



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

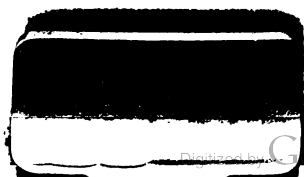
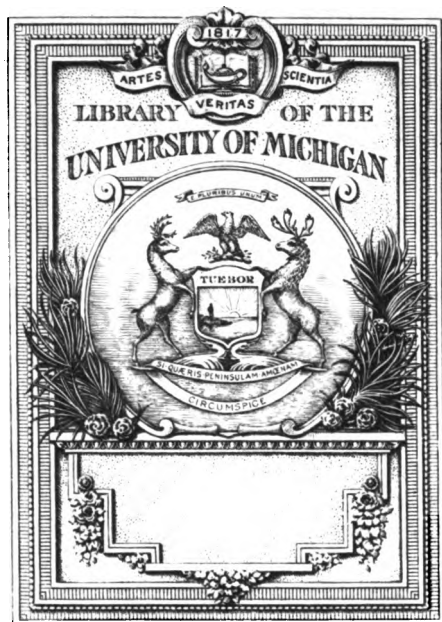
About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>

BUHR B



a39015 00025670 4b



DD

118

G54

Lib.
Lockley
5-17-40
41008

Inhaltsverzeichnis.

| | Seite |
|--|-------|
| I. Der Nothstand — eine Erfindung der „Reichsfeinde“ | 1 |
| II. Die „Verleumdungsära“ | 21 |
| III. Gründerfegen und Gründerfreunde | 60 |
| IV. „Gründerhaz“ | 98 |
| V. Liberale „Freiheiten“ | 168 |
| VI. Der neue Culturfampf | 265 |

I. Der Nothstand — eine Erfindung der „Reichsfeinde“.

Es ist in Aller Erinnerung und bleibt hoffentlich noch lange unvergessen, wie der allgemeine Nothstand, der nun schon sechs Jahre auf dem Deutschen Volke lastet, und in seinem Drucke immer zermalmender wirkt, bis in die letzte Zeit hinein von der „liberalen“ Presse, von der „liberalen“ Partei und von den „liberalen“ Ministern mehr oder weniger abgeleugnet, für eine bloße Erfindung, für eine böshafte, ruchlose Erfindung der sogenannten „Reichsfeinde“ ausgegeben wurde. Als „Reichsfeinde“, als „Gegner von Kaiser und Reich“ wurden Socialdemokraten, Ultramontane und Conservative gemeinhin in Einen Topf geworfen. Als „Reichsfreunde“ wollten die Nationalliberalen eigentlich nur sich selber gelten lassen; sie betrachteten sich als die privilegierten „Reichsfreunde“, und erst in zweiter Reihe ließen sie diesen Namen auch ihren Schutzverwandten, den Freiconservativen und den Fortschrittsleuten zukommen.

Schon im Sommer 1875 meldete die „Schlesische Presse“ in Breslau: „In diesem Augenblick zeigen sich die ersten Anzeichen, daß das große Geschäft sich von dem auf den Krach gefolgten verlängerten Siechthum zu erholen beginnt.“ Schon im November 1875 brachte die Berliner „Nationalzeitung“, gleich der „Schlesischen Presse“ ein jüdisch-liberales Blatt, einen triumphirenden Artikel „Der Nothstand und sein Ende“. Der Verfasser, wahrscheinlich Herr Julius Schweizer, Aufsichtsrath der famosen Zuckerfabrik zu Rienburg a. S. und Mitgründer der noch famoseren Chemischen Fabrik in Staßfurt, führte aus, daß die riesigen Verluste, welche das Publikum an den Börsenpapieren erlitten, genauer besehen, nur in der Einbildung beständen, daß es keine wirklichen

Verluste, sondern nur „Cours-Verluste“ wären — „Differenzen in den Cours-Notirungen“, welche erst zu wirklichen Verlusten werden, „wenn sich die Kapitalisten in Folge der herrschenden Entmuthigung zu Verkäufen herbeilassen“. Der Verfasser sah in dem angeblichen Nothstand nur eine „Kraftprobe“ für das Deutsche Volk, und forderte von ihm „Selbsthilfe“ „durch Fleiß und Sparsamkeit“. Zu derselben Zeit ließ sich die „National-Zeitung“ angeblich von „einem der bedeutendsten Industriellen Mitteldeutschland's“ schreiben: „Die Existenz eines wirtschaftlichen Nothstandes stelle ich ganz entschieden in Abrede. Man weise doch einmal die Städte und Districte nach, wo allgemeine Arbeitslosigkeit und Brodlosigkeit herrscht? Nicht einmal in den Eisendistricten, die jedenfalls am meisten leiden, kann man einen allgemeinen Nothstand constatiren! Papierinhaber leiden Noth, und diese sind wahrscheinlich die Marmisten.“ Die freiconservative „Post“ in Berlin — von Herrn Friedenthal erworben, kurz bevor er Minister wurde — wollte von einem Arbeiter-Glend nichts wissen, behauptete vielmehr: der angeblich darbende Handwerker und Arbeiter fülle nach wie vor die Kellerwirtschaften und Tanzlocale, die kleinen Theater und die Café Chantants. „Ein unbefangener Beobachter“, so schrieb sie, „betrachtet das Schwinden des aus einer schwindelhaften Periode herrührenden Glanzes als eine gerechte Buße für den verhängnißvollen Fehler, der Börse eine Zeit lang die Leitung des öffentlichen Lebens überlassen zu haben.“ Nach der „Post“ büßten also die Arbeiter und Handwerker mit Recht für die Sünden der Börsenritter. Für die Semiten der Börse und der Banken hatte das Blatt kurz vorher eine Lanze gebrochen. Ähnlich sah die fortschrittliche „Volkszeitung“ in Berlin die Ursache für den Mangel an Arbeit und für die Theuerung der Lebensmittel allein in dem „Unheil der Französischen Milliarden“.

Im Reichstag versicherte Herr Lasker, noch keinen klagenden Bauer und keinen darbenden Handwerker gesehen zu haben, und er behauptete, daß die öffentlichen Sparcassen sich immer mehr anfüllten. Herr Bamberger fragte schier verwundert: Wo ist ein Nothstand? und auch Herr Eugen Richter vermochte nicht ihn zu entdecken; so weit er aber doch vorhanden sei, bezeichnete er ihn als eine Folge des glorreichen Krieges mit Frankreich. Herr Rickert erklärte: „Warten wir doch ruhig den Verlauf der

Dinge ab; ich glaube, es wird sich bald zeigen, daß diese Schwarzseherei vom Uebel war, und daß es nicht wohlgethan war, das Vertrauen zu den wirthschaftlichen Kräften des Landes so herabzusetzen. Wir glauben noch nicht an eine so durchgreifende Krisis. Wenn man durch das Land reist, so findet man in vielen Bezirken die erfreulichsten Zustände und ein wirthschaftliches Wohlbefinden, welches man nach diesen Schilderungen zu finden in keiner Weise vorbereitet ist.“*) Dem zufriedenen, satten Herrn Ridert antwortete Windthorst-Meppen: „Ich behaupte aus eigener Anschauung, von der Französischen Grenze bis nach Berlin existirt die Noth; ob sie in Danzig existirt, weiß ich nicht!“

In der Thronrede, womit Herbst 1875 der Reichstag eröffnet wurde, und für welche insbesondere die Herren Delbrück und Michaelis verantwortlich zu machen sind, hieß es: „Wenn im Handel und Verkehr dennoch gegenwärtig eine der Stagnationen stattfindet, wie sie im Laufe der Zeit periodisch wiederkehren, so liegt es leider nicht in der Macht der Regierungen diesem Uebelstande abzuhelpen, der sich in anderen Ländern der Welt in gleicher Weise wie in Deutschland geltend macht.“ Herr Delbrück variirte hier nur einen Satz der Oesterreichischen Thronrede vom November 1873, welcher also lautete: „Auf eine Periode wirthschaftlichen Aufschwungs ist einer jener Rückschläge gefolgt, wie sie im wirthschaftlichen Leben der Völker in Folge der Ueberstürzung, der Ueberschätzung der Kapitalkraft und der Ueberanspannung des Credits von Zeit zu Zeit mit elementarer Gewalt einzutreten pflegen.“ Dort wie hier wird mit manchesterlicher Philosophie und Gelassenheit die fürchterliche Krisis wie ein unvermeidliches, unabwendbares Naturereigniß hingestellt, für das Niemand eine Verschuldung oder Verantwortung trifft. Demgemäß erklärte auch die halbamtliche „Provinzial-Correspondenz“: „Unsere wirthschaftliche Gesetzgebung ist aus der gründlichen Verständigung zwischen der Reichsregierung und der Reichsvertretung erwachsen; aus beiden Kreisen haben die hervorragendsten Sachmänner zu diesem Werke mit der Summe ihrer Sachkenntniß und Erfahrung mitgewirkt. Wenn die Reichsleitung sich jetzt zu einem Umschwung

*) Reichstags-Sitzung vom 19. November 1875.

des handelspolitischen Systems verstehen wollte, so würde sie nicht blos ihren eigenen Standpunkt verlassen, sondern auch die Grundlagen der Eintracht mit der Reichsvertretung preisgeben.“ Seitens der Herren Delbrück, Camphausen und Michaelis wurde also die völlige Uebereinstimmung mit den „hervorragendsten Fachmännern“ des Reichstags festgestellt, d. h. eben mit den Herren Lasker, Bamberger, Rickert und Eugen Richter, welche von einem Nothstand nichts wissen wollten. „Es bleibt beim Alten!“ jubelte die „National-Zeitung“, und sie lobte „den ernstesten und getragenen Stil“ der „Provinzial-Correspondenz“.

Während Herr Delbrück so vorsichtig war, eine Krisis überhaupt nicht abzuleugnen, vielmehr andeutete, daß dieselbe noch Jahre lang anhalten könne, sprach Herr Camphausen den Klagen und Hilferufen jede Berechtigung ab, erging er sich in rosigten Schilderungen und glücklichen Verheißungen. Am 10. Juni 1875 sprach er im Preussischen Abgeordnetenhaus: „Ich bin der Meinung und Ueberzeugung, daß die Lage der untersten Schicht der Bevölkerung, daß die Lage der handarbeitenden Klassen in unserm Lande auf die Dauer noch niemals so günstig gewesen ist, als sie sich gegenwärtig befindet.“ Den Arbeitern empfahl der Finanzminister — Sparsamkeit, den Arbeitgebern — Herabsetzung der Löhne und zugleich Steigerung der Arbeitsleistungen. Dieses wunderbare Recept eignete sich auch der Handelsminister Achenbach an, der überhaupt wie ein Planet die Sonne Camphausen umkreiste und von ihr Licht und Leben empfing. Herr Achenbach erließ ein Rundschreiben an die Oberbergämter und forderte sie auf, jene Arznei in Anwendung zu bringen. Selbstverständlich konnte sie keinen Erfolg haben, und andere Heilmittel, die der Handelsminister verschrieb, äußerten sogar eine sehr nachtheilige Wirkung, z. B. die Beschränkung und Vertheuerung der Retourbillets auf den Eisenbahnen, die Abschaffung der Rundreisebillets und vor Allem die Erhöhung der Tarife. Mitten in der Krisis wurde, auf Andringen von Bahnen, die zum Theil vergründet waren, zum Theil durch den Bau unrentabler Linien und durch heillose Wirthschaft im Deficit staken, eine allgemeine Erhöhung der Frachtsätze um 20 Procent nachgelassen. Ein großes Interesse hieran hatte auch die Gründerkönigin, die Berliner Discontogesellschaft, in deren Schränken noch viele Millionen Thaler Actien

von Eisenbahnen lagerten, die unter ihrer Regide entstanden waren. Einer ihrer Agenten, der Geheime Oberfinanzrath a. D. Scheele, entsagte seinen Stellungen als Vorsitzender des Verwaltungsraths der Discontogesellschaft und als Aufsichtsrath zahlreicher, von ihr abhängiger Actiengesellschaften, womit gegen 60 000 Thaler jährliche Revenuen verbunden waren, und ließ sich zum Präsidenten des Reichseisenbahnamts mit etwa 5000 Thaler Gehalt ernennen; eine Uneigennützigkeit, welche damals viel Bewunderung erregte. Nachdem jedoch Herr Scheele in seinem neuen Amte die Erhöhung der Gütertarife durchgesetzt hatte, kehrte er alsbald wieder in die Arme und zu den Fleischtöpfen der Discontogesellschaft zurück. Herr Achenbach meldete das erfreuliche Ereigniß telegraphisch den Eisenbahn-Directionen, damit sie von der erteilten Erlaubniß sofort Gebrauch machen könnten, und etliche Privatbahnen gingen „mit einer gewissen Brutalität“ zu Werke. Das Publikum ward zur Ungebühr belastet, die ohnehin kranke Industrie noch mehr geschädigt, aber auch die Eisenbahnen fanden keinen Vortheil, denn der Verkehr sank und stockte. So kam es, daß die neue Maßregel bald allseitige Mißbilligung erfuhr. Die „National-Zeitung“, welche ursprünglich die Tarifierhöhung als eine Sache der Gerechtigkeit hingestellt hatte, nannte sie jetzt einen „großen wirthschaftlichen Fehler“, und forderte des Allererschleunigsten wieder Tarifiermäßigung. Auf der Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahngesellschaft sprach Herr Mevissen, Aufsichtsrath bei mindestens 30 Actiengesellschaften, von einem „Phantom“, dem die Privatbahnen ihre bleibenden Interessen geopfert hätten. Im Abgeordnetenhause ergossen die Herren Hammacher, Berger und Eugen Richter herben Tadel über den Handelsminister, dem sie vorwarfen, wenig Umsicht gezeigt zu haben, und Herr Achenbach führte u. A. zu seiner Entschuldigung an, daß sich zuerst der Finanzminister, bei Vorlegung des Stats pro 1874, für eine Erhöhung der Tarife ausgesprochen habe. Die Tarifierhöhung war also gleichfalls eine Idee des Herrn Camphausen, und Herr Camphausen war der intimste Freund der Discontogesellschaft.

Noch denkwürdiger und charakteristischer ist eine dritte „Idee“, welche zwar nicht dem mächtigen Haupte des Finanzministers entsprang, deren Durchführung er aber bereitwilligst übernahm.

Eugen Richter, der berechtigte Anwalt der Actienbanken und Privatbahnen, forderte, die Preussische Seehandlung solle ihren Geschäftsbetrieb einschränken und namentlich das königliche Leihamt in Berlin aufheben. Dieses hatte in den Jahren 1873 und 1874 einen kleinen Zuschuß nöthig gemacht; in Folge der starken Concurrenz, welche die, seit Aufhebung der Buchergesetze und seit Einführung der Gewerbefreiheit, wie Unkraut emporgeschossenen Pfandleiher, Rückkaufshändler und Pfandscheinschieber hervorriefen. Während 1867 in Berlin noch kein Rückkaufshändler existirte, wird die Anzahl derselben heute auf über 1000 geschätzt. Während das königliche Leihamt sich mit 10 bis 12 Proc. Zinsen begnügt, nehmen die Rückkaufshändler 100 und mehr Proc.; dazu sind Unterschlagungen und die größten Schwindeleien unter ihnen gewöhnlich. Mitten in der schweren Krisis sollten nun die kleinen Leute diesen Blutsaugern und Halsabschneidern völlig ausantwortet werden. Herr Camphausen versuchte, die Stadt Berlin zur Uebernahme des Leihamts zu bewegen (wie denn an allen größeren Orten städtische Leihämter bestehen), aber der Magistrat, an dessen Spitze Oberbürgermeister Hobrecht stand, lehnte einfach ab. Das Geschäft sei nicht rentabel; auch sei, wegen der Bucherfreiheit und Angesichts der zahlreichen Privat-Pfandleiher, kein eigentliches Bedürfniß vorhanden; dazu dienten die Leihämter vorzugsweise dem Leichtsinne und der Verschwendung, der Vergnügungssucht und der Niederlichkeit. In der Stadtverordneten-Versammlung und später im Abgeordnetenhause behauptete Eugen Richter: das königliche Leihamt werde wesentlich von Fremden, Studenten und Officieren benutzt; es diene nicht der Noth, sondern denen, die lieber verfehen als verkaufen, und die noch nicht verdientes Geld verzehren wollen; erfahrungsmäßig würden die meisten Sachen zu den Festtagen (wie Pfingsten) und zu den Subscriptionsbällen im Opernhause verfeht; für den kleinen Handwerker wären Schulze-Dehlig'sche Darlehnskassen und Rohstoffvereine vorhanden; königliche oder städtische Leihämter seien verderblich und gefährlich, denn sie führten zum Socialismus. Die Berliner Stadtverordneten traten dem ablehnenden Beschlusse des Magistrats bei; die Majorität bildeten namentlich Juden und Gründer, aber mit diesen stimmte auch der „Cultorkämpfer“ Herr Birchow. Von den größeren Tagesblättern plaidirte nur die „Bosische Zeitung“ für

die Uebernahme des Leihamts; die jüdisch = nationalliberale „Tribüne“ und die jüdisch = fortschrittliche „Volks-Zeitung“ schrieben dagegen; letztere meinte, die öffentlichen Pfandhäuser gehörten „einer wirthschaftlich längst überwundenen Zeit“ an; sie stifteten nicht Nutzen, sondern „unverkennbaren Schaden“, indem sie „einen an und für sich durchaus ungesunden Credit“ nährten. Es ist dies ein Beispiel von Tausenden, wie die heutige Presse beschaffen ist, und wie sie die Interessen des Publikums vertritt. Als nun verschiedene Handwerker- und Arbeitervereine ihrem berechtigten Unmuth Ausdruck gaben, entstand in der Stadtverordneten-Versammlung ein Umschlag, und sie versuchte, auch den Magistrat zu bekehren, aber dieser blieb fest und weigerte sich, die Sache noch einmal in Erwägung zu ziehen. Mit dem Jahre 1875 sollte das königliche Leihamt eingehen, aber wahrscheinlich ein Nachwort des Kaisers ließ es einstweilen noch fortbestehen, und in Folge der wachsenden Noth warf es schon 1875 einen Ueberschuß von 13 000 Thalern ab, der 1876 auf 27 000 Thaler und 1877/78 auf 34 000 Thaler stieg. Trotzdem hatte Herr Eugen Richter den Muth, den Finanzminister noch 1876 und 1877 an die Einziehung des Leihamts zu mahnen, und in dem Verwaltungsbericht der Seehandlung für 1876 wird in der That noch gesagt: „es dürfte nicht Sache des Staates sein, für die Berliner Bevölkerung ein Institut aufrecht zu erhalten, welches die städtischen Behörden selbst für gemeingefährlich erachten“. Herr Camphausen war eben der constitutionelle Musterminister der vereinigten „Liberalen“; indeß äußerte er doch am 1. Februar 1877 im Abgeordnetenhaus gegen Herrn Richter: „Gerade im Gegentheil, der Bucher wird durch das königliche Leihamt eingeschränkt, indem ein accurat und solide verwaltetes Staatsinstitut dem Publikum die Möglichkeit gibt, sich gegen die maßlosen Anforderungen der Zwischenhändler zu schützen. Ich sehe es in diesem und im nächsten Jahre nicht für thunlich an, das Leihamt aufzuheben; dasselbe wird fortfahren, dem Bedrängten die erwünschte Aushilfe zu gewähren.“ — Inzwischen ist Herr Hobrecht, der Oberbürgermeister von Berlin, Camphausen's Nachfolger geworden, und es fragt sich, wie er heute über Leihämter denkt, und ob es in seiner Absicht und in seiner Macht liegt, das Berliner Institut einzuziehen. Der neueste Verwaltungsbericht der Seehandlung für 1877/78 widerlegt

schlagend die Ansichten und Behauptungen sowohl des Herrn Richter wie die des Berliner Magistrats, indem er feststellt, daß das königliche Leihamt weitaus von Handwerkern, Gewerbe- und Handelstreibenden, Gehülfen, Gesellen und Arbeitern, Wittwen und unverheiratheten Frauenzimmern benützt wird, welche Bevölkerungsklassen gegen 90 Procent der Pfandgeber ausmachen; und daß um die Zeit der Quartalwechsel, wo die Miethen und die Steuern fällig werden, stets der Verfaß steigt, vor den Festen dagegen stets die Einlösung erheblich überwiegt.

Schon Herbst 1875 versicherte Herr Camphausen, die wirthschaftliche Krisis habe längst ihren Höhepunkt überschritten. Zugleich versuchte er, die Schuld an der großen Schwindelperiode dem Publikum in die Schuhe zu schieben, die Gründer und die Börse aber zu entlasten: „Meiner Auffassung nach, hat das Publikum in Deutschland, verleitet durch die Gewinnsucht, durch die *auri sacra fames*, eine lange Zeit hindurch schwindelhaften Unternehmungen Vorschub geleistet, in der Hoffnung, große Erträge davon zu beziehen. Die ganze Nation war von einem gewissen Schwindel erfaßt“. — „Heute überläßt sich das Publikum einem viel zu weit getriebenen Mißtrauen. Heute werden die Kapitalien zurückgehalten, während sich in einer Menge der solidesten Papiere die lohnendste Anlage dafür bietet.“*) Der Finanzminister hielt für die Börse förmliche Hauffe=Reden, und demzufolge versuchte die Börse wiederholt, eine Hauffe in Scene zu setzen, aber selbstverständlich machte sie jedesmal ein klägliches Fiasco. Herr Camphausen ersehnte eine Hauffe um seiner selbst willen. Hatte er doch in Gemeinschaft mit Herrn Delbrück den drei großen Reichsfonds über 100 Millionen Thaler ungarantirte Eisenbahn=Prioritäten zugeführt, die zum größten Theile von der Hansemann=Miquel'schen Discontogesellschaft erworben und nun „schwer verkäuflich“ waren. In Betreff des Provinzial=Dotationsfonds, welcher gleichfalls mit 4 Millionen Thaler dieser faulen Papiere beglückt war, fand wirklich eine scandalöse Courstreiberei statt. Die famosen Hannover=Altenbeckener, Halle=Sorau=Gubener und Berlin=Görlitzer, sämmtlich Schöpfungen des Wunderdoctors Strausberg, stiegen am 3. Januar 1876, wo sie den Provinzial=

*) Reichstags=Sitzung vom 20. November 1875.

verbänden übergeben wurden, plötzlich um 3 bis 5 Proc., um am nächsten Tage wieder um ebensoviel zu fallen. Die Provinziallandtage kritisirten das Börsen-Manöver mit scharfen Worten und nahmen die Strausberg'schen Prioritäten nur unter Vorbehalt des Regresses an.

Gleich dem Oesterreichischen Finanzminister de Pretis, fuhr auch Herr Camphausen fort zu singen: „Es wird besser werden!“ In der von ihm am 16. Januar 1876 zur Eröffnung des Landtages verlesenen Thronrede hieß es: „Der auf Handel und Industrie lastende Druck hat zum Bedauern der Staatsregierung auch bei uns noch nicht aufgehört. Bei den gesunden Grundlagen, auf welchen trotz der vorgekommenen Ausschreitungen, der vaterländische Gewerbefleiß beruht, darf die Zuversicht gehegt werden, daß es der Arbeitamkeit und der stets bewährten Thatkraft des Preussischen Volkes gelingen werde, auch die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage in nicht ferner Zeit zu überwinden und Handel und Industrie neuer Blüthe entgegenzuführen.“ Wie ein Echo antwortete Herr Achenbach auf dem Stiftungsfest des Berliner Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes: Die Grundlagen unserer Industrie — das kann nicht genug öffentlich ausgesprochen werden — sind in der That gesund und werden sich durch die Krisis schon hindurchhelfen. — Auch Herr Achenbach erklärte die „Krisis“ für „eine jener häufigen Bewegungen, wie sie auf dem Gebiete der Industrie regelmäßig wiederkehren“; ja für einen Beweis von der „riesigen, ungeheuren Entwicklung“ des Deutschen Gewerbefleißes. Herr Engel, der bekannte Statistiker, auch bei vielen faulen Gründungen theilhaftig, toastete auf den Vorsitzenden des Vereins, Staatsminister Delbrück, auf den „Gneisenau der Friedenspolitik“. „So lange dieser Mann am Ruder steht, ist dafür gesorgt, daß nicht über Nacht entstandene Volkswirthe kommen und sagen: so muß es gemacht werden. Preußen ist stolz auf diesen Mann, der in gefährlicher Zeit das Schiff des Deutschen Gewerbefleißes sicher in den besten Hafen gelenkt hat und auch in Zukunft lenken wird mit starker Hand.“ Herr Delbrück nahm diese Huldigung mit vollem Bewußtsein hin, und wie ein Souverain verehrte er dem Verein seine Marmorbüste.

Indeß kamen böse Tage für die drei constitutionellen Muster-

minister. In Sachen der „invaliden“ Fonds standen Delbrück und Camphausen als Angeklagte vor dem Parlaments. Delbrück erklärte, daß er für den Ankauf der ungarantirten, unverkäuflichen Eisenbahn-Prioritäten zwar nicht die politische Verantwortlichkeit trage, aber die moralische Verantwortlichkeit übernehme.*) Wie der Abgeordnete v. Ludwig nachwies, hatten Delbrück und Camphausen überhaupt nicht die Befugniß, Effecten für die drei großen Reichsfonds anzukaufen, sondern das Gesetz übertrug dieses Mandat der Verwaltung des Invalidenfonds, einer Behörde, die erst geschaffen werden sollte. Etwas weniger sicher vertheidigte sich Camphausen wegen des durch ihn „invaliden“ gemachten Provinzial-Doationsfonds. Er suchte die Mitverantwortlichkeit dem Minister des Innern, Grafen Eulenburg dem Aeltern, zuzuschieben, der aber, wie Jedermann wußte, an dem Ankauf der Straußberg'schen Effecten ganz unschuldig war; und er berief sich auf die Herren Friedenthal und Lasfer, die er zu Rathe gezogen hatte: „Es war vielleicht von meiner Seite ein zu großer Eifer, mich mit den Wünschen der Versammlung in Fühlung zu erhalten. Ich habe stets und bei jeder Gelegenheit den größten Werth darauf gelegt, mich mit der Landesvertretung auch da, wo es sich bloß um Wünsche handelte, im Einklange zu wissen.“ (Bravo! rufen die „Liberalen“.) „Ich kann natürlich nicht erwarten, und ich nehme es auch nicht in Anspruch, daß auf allen Seiten dieses Hauses man mit meiner Verwaltung völlig einverstanden sein sollte; ich bin schon recht froh, wenn auf Seiten der Majorität keine allzugroße Unzufriedenheit herrscht.“ (Große Heiterkeit! verzeichnet der stenographische Bericht.)**) Die vereinigten „Liberalen“ wurden nicht müde, den Herren Delbrück und Camphausen Vertrauensvota zu erteilen, obwohl bei Belegung der Reichsfonds gegen Sinn und Wortlaut des betreffenden Gesetzes verstoßen war; in Sachen des Provinzial-Doationsfonds wurde sogar ausdrücklich ausgesprochen, daß „Seitens der Finanzverwaltung vollkommen ordnungsmäßig und den gesetzlichen Vorschriften entsprechend verfahren worden“, obwohl Herr Camphausen bei Ankauf der Straußberg'schen Effecten unzweifelhaft die Preussische Depositalordnung umgangen hatte.

*) Reichstags-Sitzung vom 4. Februar 1876.

**) Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 1. März 1876.

Indeß nahm Delbrück im April 1876 plötzlich seinen Abschied. Mit seiner moralischen Verantwortlichkeit und mit einer Dotation von 200000 Thaler, die er aus der Französischen Kriegsschädigung erhalten, zog er sich in's Privatleben zurück. Seine Stellung war durch die parlamentarischen Debatten über den Ankauf der faulen Prioritäten erschüttert, und er mochte fühlen, daß die Dinge um ihn her zusammenbrächen. Merkwürdiger Weise beantwortete die Berliner Börse den Abgang ihres Lieblingsministers mit einer Hauffe. Sogar die Börse begriff instinctiv, daß die große Calamität ihre eigentliche Ursache in der Manchester-Regierung hat. Fürst Bismarck versicherte im Parlament, daß Delbrück nur krankheitshalber gegangen sei, und daß er mit ihm sich immer in Uebereinstimmung befunden habe. Indeß war es auffällig, wie rasch und wie vollständig Herr Delbrück sich erholte. Bei dem nächstjährigen Stiftungsfest des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes (Februar 1877) fragte Herr Reuleaux, der durch sein „Billig und schlecht“ die Deutsche Industrie so schwer gekränkt hat: Ist es der Pflug des Cincinnatus, den unser Vorsitzender in der Hand hält, oder ein Steuerruder, welches er wieder ergreifen wird? Herr Delbrück antwortete: Es ist der Pflug des Cincinnatus, und ich fühle mich außerordentlich wohl dabei! — Thatsächlich steht die Wirthschaftspolitik, welche der Reichskanzler neuerdings verfolgt, in directem Gegensatz zu dem Delbrück'schen System, und Herr Delbrück hat dies durch seine Broschüre über Getreidezölle und durch seine Reden im Reichstag, auch deutlich zu erkennen gegeben.

Delbrück war klug genug, zur rechten Zeit zu gehen. Camphausen und Achenbach fristeten sich noch zwei Jahre hin, und mußten dafür harte Angriffe und mancherlei Demüthigungen ertragen. Delbrück und Camphausen waren nicht entfernt die Genies, als welche sie von den „Liberalen“ gefeiert wurden, sondern nur Durchschnittsmenschen, aber sie waren wohlgeschulte Beamte. Achenbach war auch nicht einmal das; seine Reden im Parlament bewiesen nicht selten Unkenntniß mit den thatsächlichen Verhältnissen und ein oberflächliches Urtheil. Am 29. März 1876 wurde der Bericht der Special-Untersuchungs-Commission über das Eisenbahn-Concessionswesen, nachdem er an drei Jahre eingesargt gewesen, wieder für ein paar Stunden an's Tageslicht gezogen, und

nun eine Comödie in Scene gesetzt, in welcher der grimme Gründertöbter Lasker eine so klägliche Rolle spielte. Bei dieser Gelegenheit sang Minister Achenbach das Camphausen'sche Lied warf er sich gleichfalls zum Ritter der Gründer und Börsianer auf, indem er sagte: „Im Großen und Ganzen hat die Sünde jener Zeit (der Schwindel=Aera) mehr oder weniger im großen Publikum selbst gelegen.“ Zum Beweise dessen berief er sich auf eine Schrift des Herrn Döschelhäuser, eines mehrfachen Gründers und vielfachen Aufsichtsraths, welche, eine bloße Dilettantenarbeit und Selbstverteidigung, von Phrasenschwulst und falschen Zahlengruppierungen strotzt. Damals behauptete Herr Achenbach auch der Börsen- und Gründungsschwindel in Oesterreich sei im Verhältniß zu dem, was bei uns in Deutschland geschehen, „geradezu pyramidal“ gewesen; während statistisch feststeht, daß von 1867 bis 1873, also in 7 Jahren, in Oesterreich-Ungarn 682 Actiengesellschaften entstanden, dagegen in Deutschland von 1870 bis 1873, also in 4 Jahren, an 1300 Gründungen, d. h. noch einmal so viel, verübt wurden. Bei der Verathung über die Petition der Städte Oberhausen und Iserlohn, welche Ersatz für den Schaden verlangten, welchen der Bergwerksbetrieb ihren Häusern zugefügt hatte, verstieg sich Herr Achenbach, als ehemaliger Professor des Bergrechts, zu dem Ausspruch: „Der Bergbau ist wohl das wichtigste Gewerbe, welches wir in Preußen haben; und man kann sagen, ein Theil der Macht, die Preußen heute besitzt, läßt sich in letzter Linie zurückführen auf die Blüthe des Bergbaues.“ Um die dem Provinzial-Dotationsfonds aufgehalften Halle-Sorau-Gubener Prioritäten zu retten, mußte der Staat für diese Bahn bei deren Gründung die allerschlimmsten Manipulationen vorgekommen sind, eine Zinsgarantie bis auf fast 10 Millionen Thaler übernehmen. Um sich über die bössartige Geschichte dieser Bahn genauer zu informiren, hatte der conservative Abgeordnete von Tempelhoff um Einsicht in die Untersuchungsacten gebeten, aber Herr Achenbach verweigerte sie einfach. Wie mehrere Redner behaupteten, kam die Staatsgarantie in erster Linie reichen Prioritätsbesitzern, gefährdeten Finanzkünstlern und mächtigen Bankinstituten zu gute, u. A. wieder der Discontogesellschaft und der Berliner Handelsgesellschaft. Mehrfach verlautete, die Minister Camphausen und Achenbach ständen und fielen mit der Vorlage;

trotzdem ging dieselbe nur mit geringer Majorität durch; mit der Opposition stimmte diesmal auch die Fortschrittspartei und sogar etliche Nationalliberale.

Noch 1877 wagten „liberale“ und „halbliberale“ Blätter, gegen die Existenz des Nothstandes zu eifern und zu versichern, derselbe sei wesentlich eine Erfindung der Schwarzmalen, und er werde von Volksverführern angerufen, um Mißstimmung und Unzufriedenheit zu erzeugen. Die „Bosfische Zeitung“ brachte in Nr. 3 do 1877 einen Artikel „Eine Ehrenrettung für ein verleumdetes Jahr“, worin sie ausführte, sowohl die düstern Prophezeiungen für 1875 als für 1876 seien glücklicherweise nicht in Erfüllung gegangen, die vorausgesagten Bankerotte seien nicht eingetreten, und von einer Zerrüttung der geschäftlichen Verhältnisse könne füglich nicht die Rede sein. Darauf antwortete ihr mit Wit, aber nicht ohne Reib, die Friedenthal'sche „Post“: „Wir haben keine genaue Rechnung geführt, aber es ist uns so vorgekommen, als ob die Anzeigen von Concursen und Subhastationen, eine so hübsche Einnahmequelle der „Bosfischen Zeitung“, in derselben einen Umfang gewonnen hätten, der allerdings bei ihr den Optimismus rechtfertigt, der uns an das hübsche Epigramm Schiller's erinnert:

Euch wundert, daß Quirl's Wochenblatt
Heut um ein Fest gewonnen hat,
Und höret doch den Stadtausrufers sagen,
Daß Brod und Rindfleisch aufgeschlagen.“

Nichtsdestoweniger schrieb einige Monate später dieselbe „Post“: „Wenn die Zunahme des Jahres 1876 (auch noch nicht nennenswerth ist, und die großen Verkehrszahlen von 1872 nicht erreicht sind, so zeigt sich doch immerhin eine erfreuliche Wendung zum Bessern, und es darf die Erwartung gehegt werden, daß die schon so lange andauernde Krisis bald, wenigstens bis zum Beginn von 1878, überwunden sein wird, und daß Handel und Industrie einen neuen kräftigen Aufschwung nehmen.“ Um diesen Aufschwung zu befördern, empfahl die Post als Candidaten für den Reichstag, Herrn Ludwig Löwe, Gründer einer Nähmaschinenfabrik und der berühmigten Berliner Patentseilensfabrik, befürwortete sie diese Wahl als die eines Industriellen und „kleinen Krupp“. Mit der originellen Unverfrorenheit und semitischen „Geistreichkeit“ ihres Redacteurs, Fritz Dernburg, machte die „National-

Zeitung“ für die Nothlage einerseits die Erfolge der Socialdemokratie bei den Reichstagswahlen, andererseits die Opposition der Fortschrittspartei gegen das Compromiß in Sachen der Justizgesetze verantwortlich. In letzterer Beziehung schrieb sie: „Damals befand sich Handel und Gewerbe endlich einmal in einer aufsteigenden Richtung, heute hören wir nur von zunehmender Noth. Der Zusammenhang zwischen der vor zwei Monaten so hoch frivolt entfesselten Agitation und dem abermaligen Niedergang unserer wirtschaftlichen Verhältnisse liegt auf der Hand; die moralische Krankheit hat, wie dies historisch nachweisbares Gesetz ist, sich in materielle Krankheit umgesetzt.“ (Nr. 88 de 1877.) Sehr treffend antwortete ihr die „Vossische Zeitung“: „Schade, daß man für den Nothstand nicht auch die drohende Mondfinsterniß verantwortlich machen kann. Die würde den Gründern und Grünbergenossen so recht gelegen kommen, um ihre Sünde und Schande zu verdecken.“ In ihrem Zorn vergaß sich die „Vossische“ und begann aus der Schule zu plaudern. Anlangend die Wahlsiege der Socialdemokraten, welche alle Welt in Staunen und Schrecken versetzten, meinte die „National-Zeitung“: „Ohne das gewissenlose Treiben und die große Verbreitung der socialistischen Agitation hätte das wirtschaftliche Uebel die Schärfe und Nachhaltigkeit nicht gewinnen können, unter der jetzt die Gesamtheit zu leiden hat.“ — „Mit dem Nothstand, der aus einer Reihe von Arbeiter-Districten gemeldet wird, contrastirt seltsam die erstaunliche Größe der Geldmittel, welche die Socialistenführer und ihr Generalstab auf die Wahlagitation zu verwenden im Stande waren und noch sind.“ (Nr. 67 de 1877.) Man sieht, wie geschieht das jüdische Blatt Ursache und Wirkung verwechselt. Das Erstaunlichste leistete es aber, als es aus dem Herbst 1877 erfolgenden Zusammenbruch der Ritterschaftlichen Bank in Stettin mit talmudistischer Dialektik nachwies, „daß der wirtschaftliche Gesundungsproceß seit der Krachzeit doch erhebliche Fortschritte gemacht hat“. (Nr. 482 de 1877.) Was die „liberale“ Presse ihren Lesern zu bieten wagt, zeigt eine Zuschrift, welche die in Dresden erscheinende „Socialcorrespondenz“ im Juli 1877 aus Berlin brachte. Dieselbe entwarf die rosigsten Schilderungen von den billigen Wohnungen und billigen Lebensmitteln in der Reichshauptstadt, so daß die mit Recht erstaunten Berliner Hausfrauen in einen all-

gemeinen Schrei der Entrüstung ausbrachen. Herr Victor Böhmert, Herausgeber dieser Correspondenz und Director des Königlich Sächsischen Statistischen Instituts, machte auch den tiefsinnigen Vorschlag, gleich den meteorologischen Stationen, sociale Stationen zur Beobachtung des socialen Wetters und der heranannahenden Wirthschaftskrisen zu errichten. In den Augen der manchesterlichen „Volkswirthe“ sind „Wirthschafts“- und „Handelskrisen“ nicht etwa die Folgen von Schwindel und Foberei, sondern eben Naturereignisse, wie Stürme und Gewitter, die man beobachten und signalisiren soll. Selbstverständlich waren im Sinne von Delbrück, Camphausen und Achenbach auch officiöse Federn thätig und beflissen sich der ärgsten Schönsfärberei. Sogar der „Deutsche Reichs- und Königlich Preussische Staats-Anzeiger“ ließ sich Ende 1876 aus dem Regierungsbezirk Arnberg schreiben: „Arbeitslosigkeit herrscht nirgendwo, auch ist die Lage der arbeitenden Klassen keineswegs derart, daß schon auf Ersparnisse früherer Jahre zurückgegriffen werden müsse.“ Die Regierung in Düsseldorf dagegen constatirte ausdrücklich die Noth und forschte nach ihren Ursachen.

Ein Tummelplatz der manchesterlichen „Volkswirthe“ und Gesetzgeber ist die „Volkswirtschaftliche Gesellschaft“ in Berlin, welche viele Gründer und Semiten umschließt, und stets eine zärtliche Vorliebe für die Börse und das Großkapital bekundet. Schon im October' 1873 behauptete hier Alexander Meyer, General-Secretair des Deutschen Handelstages, später Redacteur der „Schlesischen Presse“ in Breslau: die Amerikanische Krisis sei in einem Zeitraum von kaum drei Wochen vorübergegangen, ohne schmerzliche Spuren zu hinterlassen! Gegen die Wiederkehr von „Krisen“ empfahl er „wirthschaftliche Bildung“ und machte für die Ausartungen, mit denen das Gründerthum behaftet gewesen, die „Moralität der Gesammtheit“ verantwortlich. Ihm pflichtete bei Herr David Born, Gründer mehrerer sehr auf den Strumpf gekommenen Baugesellschaften, indem er äußerte: Das große Uebel liege in der Spielsucht des Volkes, und dadurch, daß diese von der Börse unterstützt worden, sei die Calamität herbeigeführt. (National-Zeitung Nr. 507 do 1873.) Im Februar 1874 verhandelte die „Volkswirtschaftliche Gesellschaft“ über das Actienwesen, das inzwischen so schreckliches Unheil angerichtet hatte.

Kammergerichtsrath Reßner, Aufsichtsrath zweier vergründeten chemischen Fabriken, führte in einem längeren Vortrage aus: Die Furcht, daß die Actiengesellschaften die ihnen geschenkte Freiheit mißbrauchen könnten, habe den Gesetzgeber veranlaßt, überall Fesseln anzulegen. (!) Wenn das Gesetz vom 11. Juni 1870 im Gemüthszustande der Furcht entstanden sei, so müsse jetzt vermieden werden, daß ein Gesetz gegeben werde im Zorn. Die unglücklichen Spieler (d. h. die Actionäre!) wollten heute als die Betroffenen gelten. — Herr Reßner erklärte sich sogar dagegen, daß den Gründern die Verpflichtung auferlegt werden solle, einen Prospect zu veröffentlichen! Dr. Eduard Wiß und Nachmann Hirsch Neumann, beides vielgenannte Gründer, sprachen sich mit Entschiedenheit gegen eine Aenderung des famosen Actiengesetzes aus, während Justizrath Lefse, Mitverfasser des letzteren, doch eine Revision für wünschenswerth hielt. Den Trumpf spielte Professor Laffon (eigentlich Lazarussohn) aus, der einst durch ein Schulprogramm „Der Krieg als Culturideal“ ein gewisses Aufsehen gemacht hat. Dieser meinte: das Actiengesetz möge reformbedürftig sein, in keinem Falle wäre aber jetzt die Zeit dazu angethan, eine solche Reform vorzunehmen, weil man noch nicht wisse, welche Wirkung das Gesetz in einer mehr normalen Zeit gehabt haben würde! (National-Zeitung vom 28. Februar 1874.) Herr Laffon veröffentlichte auch in der „Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte“ eine Abhandlung, die in der Ausführung gipfelte: Ethische Begriffe gehören nicht in die Lehre vom Volkshaushalt. Schon aus nacktem Eigennutz baue sich das Culturgebäude harmonisch und für Alle wohlthätig auf. — Selbstverständlich wollte die „Volkswirtschaftliche Gesellschaft“ auch von einer Börsensteuer nichts wissen. Herr Wilhelm Wackernagel, Mitredacteur der „National-Zeitung“, ließ sich dahin vernehmen: Die Börsensteuer würde den kleinen Kapitalisten, darunter Hausknechte und Dienstmädchen, stärker treffen, als den reichen Geldmann. — So wissen die Manchester Männer, obwohl sie „ethische Begriffe“ als „unwissenschaftlich“ verwerfen, doch stets den kapitalistischen Interessen ein Tugendmäntelchen umzuhängen und sich aufzuspielen als Anwälte des ganzen Volks, insbesondere als Gönner der kleinen Leute. Während die Statistik früher die Leibwissenschaft der „Liberalen“ war, ist sie mit dem Fortschreiten

der Krifis bei ihnen in Ungnade gefallen, weil nämlich ihre Resultate unbequem werden. Die Matadore des Manchesterthums versichern jetzt, die Zahlen über die Einfuhr und Ausfuhr des Deutschen Reichs seien falsch. Februar 1877 äußerte in der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ der Statistiker Engel: Die Grundlagen der Statistik liegen noch im Argen. Merkwürdigerweise halte man die Handelsbilancen noch immer für den besten Werthmesser, während jeder Einsichtige schon lange wisse, daß dieselben für den Wohlstand des Volkes absolut nichts beweisen. Auch meinte Herr Engel: Ein Staat kann noch so arm und elend werden; wenn sich nur die moralische Qualifikation der Nation erhält, dann ist er nicht verloren. Die Klagen über den Nothstand fanden allgemeine Verurtheilung. Dr. H. B. Oppenheim warnte: man solle sich doch ja hüten, so viel vom Wolfe zu sprechen, damit derselbe nicht etwa wirklich in die Hürde einbreche. Der angebliche Nothstand werde von den extremen Parteien ausgebeutet. Im „Nationalliberalen Verein“ hatte dieser Herr geäußert: Die Fabrikanten haben ihren Arbeitern zu hohe Löhne bewilligt, und nun fehle ihnen der Muth, die Löhne wieder gebührend herabzusetzen. Die Herren sollten sich doch ein Beispiel an Krupp in Essen nehmen. Da antwortete ein Fabrikant, und diese Antwort galt auch zugleich den Ministern Camphausen und Achenbach: Die kleinen Zulagen, welche wir 1871 und 1872 den Arbeitern gewährt, sind längst wieder eingezogen. Noch mehr kürzen und drücken wollen und können wir unsere Arbeiter nicht. Der schlecht bezahlte Arbeiter ist der theuerste, indem er leistungsunfähig wird, und dazu tritt noch der weitere Schaden, daß er aufhört, Consumment zu sein. — In jener Sitzung der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ aber erklärte Herr Lasson: er müsse den angeblichen Nothstand lediglich als ein ausstaffirtes Gespenst bezeichnen. Die Bevölkerung habe in gewohnter Regelmäßigkeit zugenommen, eine Menge Fabriken sei neu entstanden, wir seien mithin reicher geworden, und zwar in nicht geringerem Maße als in den sogenannten guten Zeiten. Aehnlich sprachen mehrere Redner in verschiedenen Berliner Bezirksvereinen, und diese, gleichfalls beherrscht von Gründern und Juden, beseitigten den Nothstand, indem sie einfach über ihn zur Tagesordnung gingen. Ein fortschrittlicher Abgeordneter gab, als Ursache der gebrückten Lage, die letzten drei Kriege

an, und empfahl als Mittel zum Aufschwunge, die Verbesserung der Volksschule. Einer der Anwesenden antwortete ihm: Auch die Fortschrittspartei habe nicht einmal eine Ahnung von der Lage der Arbeiter. Dem Volke fehle eben das Vertrauen in unsere wirthschaftlichen und gewerblichen Zustände.

Selbst Minister Achenbach verfiel in Unruhe und Zweifel. Bei dem Stiftungsfest des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes, am 7. Februar 1877, meinte er zwar, daß schon der Name des Vorsitzenden, Exministers Delbrück, „ein Programm und ein Panier bezeichne“; aber er bekannte doch: „Gewiß ist man geneigt, selber schwankend zu werden in seinen Ansichten in solch' schwerer Zeit, wo man das, was früher stark dazustehen schien, plötzlich erschüttert sieht, wo man diejenigen, die bisher fest waren, wankend erblickt.“ („National-Zeitung“ No. 67 de 1877.) Minister Camphausen dagegen blieb unerschüttert. Er übergab dem Hause der Abgeordneten am 16. Januar 1877 den Staatshaushaltsetat „in der Hoffnung, daß wir einem neuen Aufschwung entgegengehen“; und als dies selbst von „liberalen“ Abgeordneten stark angezweifelt wurde, hielt er am 19. Januar eine neue Hause-Rede. Er verwies darauf, wie der europäische Geldmarkt sich vor Ueberfluß nicht zu lassen wisse, wie in allen Ländern der Bankdiscout herabgesetzt werde, und die Speculation schon wieder zum Sprunge aushole. „Männer, die sich angelegen sein lassen, die wirthschaftliche Bewegung zu studiren, müssen in diesem Augenblick weit mehr Sorge tragen, daß die Unternehmungslust nicht wieder in eine Art von Schwindel ausartet, als daß sie zu befürchten haben, die Speculation werde noch lange zurückbleiben.“ Nie hat es einen so optimistischen Finanzminister gegeben, aber auch nie einen so falschen Propheten! Herr Rickert aus Danzig stieß in dasselbe Horn, und als man ihn selbst auf liberaler Seite verspottete, entgegnete er höchst naiv: „Der Abgeordnete Berger wirft mir vor, ich hätte die wirthschaftliche Calamität widerwillig anerkannt. Allerdings habe ich das gethan: ein Vergnügen kann ein solches Anerkenntniß doch für keinen von uns sein!“ Minister Camphausen ging noch weiter, denn er behauptete, durch solche Klagen schädige man die Industrie. „Es schmerzt mich tief, daß diejenigen Männer, welche sich der Industrie annehmen zu sollen

glauben, derselben gerade den größten Schaden zufügen.“*) Die Nationalliberalen klatschten dieser Minister-Logik Beifall, und auch im Frühjahr 1878 leisteten ihre Wortführer Ähnliches. Lascker sprach von den „unedlen Seelen“, welche sich nicht schämen, über den Nothstand zu jammern, und Bamberger declamirte am 18. Mai 1878 im Reichstag: Auf's Tieffste hat es mich betrübt, daß selbst in Blättern, die der Regierung nahe stehen, gesagt wird, die Nation gehe der Verarmung entgegen. Wer sein Volk liebt, schreit so etwas nicht in die Welt hinaus!

Im Parlament wie in der Presse begann man Herrn Camp-hausen scharf zu kritisiren. Man hielt ihm vor, er habe es nicht verstanden, den Milliardensegen zum Heile des Volkes zu benutzen. Anstatt eine Steuerreform durchzuführen, habe er plötzlich für 250 Millionen Anleihen gekündigt, diese colossalen Summen der Börse zugeführt und dadurch den Schwindel noch gesteigert. Er habe viele Jahre hindurch mit Ueberschüssen paradiert, die theils aus dem Verkauf von Domainen, Forstgrundstücken, Hüttenwerken, Spinnereien, Chausseehäusern und der Preussischen Bank, sowie aus der Französischen Kriegssentschädigung, aus Ablösungen und durch starken Umtrieb in den Wäldern herrühren, theils ganz künstlicher Natur sind, indem die Soll-Einnahmen aus den Steuern stets zu niedrig, die Soll-Ausgaben dagegen zu hoch veranschlagt und nicht verwendet, die unverwendeten Bestände aber regelmäßig von Neuem in Einnahme gestellt wurden. Mit solchen Finanzkunststücken sei ein Deficit vertuscht, das längst vorhanden, nunmehr nicht länger zu verbergen sei. Um den Ausfall zu decken, werde die Steuerschraube angezogen. Da die Klassensteuer contingentirt ist, so setzt man mittelst einer rigorosen Einschätzung die Höchstbesteuerten unter die Einkommensteuerpflichtigen. Auf diese Weise sind im Jahre 1876 über 12 000 Personen mit einer Summe von 400 000 Thaler zur Einkommensteuer herangezogen. Die Ortsbehörden seien angewiesen, bei der Berechnung des Einkommens aus dem Grundbesitz den zwanzigfachen, statt, wie bisher, den zehnfachen Grundsteuer-Reinertrag anzusetzen. Nachdem die Milliarden verpulvert, sind Anleihen auf Anleihen begeben und eine bedenkliche Schuldenwirthschaft eingerissen.

*) Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Januar 1877.

Camphausen wie Achenbach verloren immer mehr das öffentliche Vertrauen. Auch von den Börsenblättern wurden sie heftig angegriffen, und die Börse begrüßte die Gerüchte von ihrem Abgang jedesmal mit einer wilden Hauffe. Schließlich wurde Camphausen von seinen besten Freunden gestürzt, und weinte über die Undankbarkeit der „Liberalen“ im Parlament helle Thränen. Selbst Basker stellte sich mit seinen kurzen krummen Beinen drohend vor ihn hin und bedeutete ihm: er hätte als constitutioneller Minister, da er sich mit dem Fürsten Bismarck nicht mehr in Uebereinstimmung befinde, längst abgehen sollen, und er müsse jetzt dem Herrn v. Bennigsen Platz machen. Man weiß, wie bei diesen Worten der Fürst dem Finanzminister unter dem Tisch die Hand drückte, und wie schmähtlich sich die Nationalliberalen düpiert sahen.

Einen absonderlichen Eindruck machten die, trotz des steigenden Nothstandes veranstalteten Gastereien und Gelage, die sich nicht anders ausnahmen, als wolle man dem socialen Elend ein Schnippchen schlagen. Während der Debatten über die „invaliden“ Fonds arrangirten die Reichstagsboten ein allgemeines Fischessen. Das Compromiß in Sachen der neuen Justizgesetze feierte man durch eine „Deutsche Reichs-Weinprobe“. Während in Berlin Tausende nach Arbeit umherirrten, beschäftigungslose Proletarier sich drohend zusammenrotteten, Hunger und Verzweiflung täglich zu Verbrechen und Selbstmord trieben, fand ein „Diner für Feinschmecker“ statt, an welchem auch der Oberbürgermeister Hobrecht theil nahm, und er toastete auf den Gastgeber, „der uns zum Götzendienste verführt habe“. („Bosfische Zeitung“ vom 7. Februar 1877.) Mitten unter den Schmausenden und Bechenden saßen die „Vertreter der Literatur und der Presse“, semitische Warden und jüdische Wixholde, und die „liberalen“ Zeitungen berichteten in humoristischen Feuilletons und begeisterten Schilderungen. Was Wunder, wenn die socialdemokratischen Blätter aus diesen Vorgängen Kapital schlugen und sich in bitteren Glossen ergingen!

II. Die „Verleumdungsära“.

Als die „Liberalen“ sich in die Enge getrieben sahen, begannen sie, neben dem Ableugnen des Nothstandes, auch dessen eigentliche Quelle, den Börsen- und Gründungsschwindel zu beschönigen und zu entschuldigen; denn es hatte sich inzwischen herausgestellt, daß die übergroße Mehrzahl der Sünder im „liberalen“ Lager zu suchen war. Man vergaß jetzt, daß es Liberale gewesen, die im Parlament zuerst auf die schamlose Orgie hingewiesen und die Regierung zum Einschreiten gemahnt, zuerst in „Enthüllungen“ gemacht und die Welt in Staunen und Erregung versetzt hatten.

Am 12. December 1871 hatte Birchow im Abgeordnetenhaus gesagt: Ein hochgestellter Beamter nach dem andern geht im Gründungsschwindel unter! Am 28. Februar 1872 brachte Rudolf Parisius es zur Sprache, daß der Polizeipräsident v. Wurmb in Berlin, der Polizeipräsident v. Brandt in Hannover und der Polizeipräsident v. Gerhardt in Magdeburg als Aufsichtsräthe von Gründungen fungirten. Am 3. December 1872 sprach Eugen Richter: „Wir sehen, daß je mehr wir den activen Beamten den Eintritt in den Aufsichtsrath der Actiengesellschaften beschränken, um so mehr die pensionirten Beamten in diese Aufsichtsräthe hineingezogen werden. Das ist auch ganz natürlich: ein schöner hoher Amtstitel nimmt sich auf einem Gründerprospect gar stattlich aus, es bedeutet dort praktisch ungefähr dasselbe, was im Bauernfange der Schlepper bedeutet.“ (Weiterkeit! verzeichnet der stenographische Bericht.) „Die Flagge muß hier die Waare decken — oft eine sehr zweifelhafte Waare. Wenn diese Staats-Pensionaire mehr auf hohes Gehalt als auf wirkliche Theilnahme an der Verwaltung sehen, so werden sie solchen Gesellschaften immer sehr

willkommen sein. Ich bin in diesen Verhältnissen sehr wenig bewandert, aber man sagt mir beispielsweise, daß ein Staatsminister außer Dienst mit dem Titel Excellenz für Gründerbanken gegenwärtig einen Courswerth hat, der das Gehalt eines activen Ministers um das Dreifache übersteigt.“ (Große Heiterkeit!) Mit diesen Worten spielte Richter auf den Abgeordneten, Staatsminister a. D. Gustav v. Bonin an, der als Gehilfe der berühmten Sachmann-Schweder'schen Gründerbank, genannt „Preussische Boden-Credit-Actien-Bank“, waltete und u. A. die famose „Preussische Credit-Anstalt“ und den schrecklichen „Lindenbauverein“ in die Welt gesetzt hatte. Vermuthlich in Folge dieses Hinweises wählte das Abgeordnetenhaus Herrn v. Bonin nicht wieder in die Staatsschuldencommission.

In derselben Sitzung äußerte Lasker: „Der Herr Finanzminister (Camphausen) hat bei der Stempelsteuer erklärt, daß die Einnahme vermuthlich auch in dem nächsten Jahre bedeutend steigen werde, und er hat hinzugesetzt: von einer reichen Fülle des Geldmarktes, welche gegenwärtig durch eine bestimmte Art des Handels über viele Klassen sich verbreitet, bekomme der Staat auch eine Kleinigkeit. Es bezieht sich dies auf das gehässig gewordene Wesen der Gründungen, wodurch in der That nicht bloß von wirklichem Vermögen gesteuert wird, sondern auch von eingebildetem. Der Staat erhält die Stempelsteuer für Werthe, die nicht existiren, sondern bloß zu schwindelhaften Operationen fingirt werden. — Dem Herrn Justizminister möchte ich dringend an's Herz legen, da er doch Gewalt über die Staatsanwälte hat, eine Instruction an dieselben zu erlassen, daß der Unfug mindestens nicht mit den Merkmalen des strafbaren Betruges öffentlich fortgetrieben werde. Es hat sich bereits ein öffentlicher Zeitungskrieg entsponnen, in welchem vielfach den Verwaltungsräthen der Vorwurf gemacht wird, daß sie den Kaufpreis für übernommene Gründungsobjecte weit höher ihren Actionären gegenüber veranschlagt, als sie selbst den Kaufpreis bezahlt, und daß sie den wahren Sachverhalt verschwiegen haben. Dies ist der offenbarste Betrug, zu verfolgen nach den Gesetzen und zu bestrafen mit Gefängniß. Wenn nun ein solch' weit verbreitetes Uebel im Lande herrscht, und sogar öffentlich diese Dinge bereits besprochen werden, dann ist es Pflicht der Justiz, der Sache

auf den Grund zu gehen, zumal das Uebel weit verbreitet ist und alle Gesellschaftsschichten inficirt. Mitglieder des höchsten Adels und Bürger des verschiedensten Berufes theiligen sich an dieser Art von Geschäften, deren äußerste Ausläufer nicht uns beschäftigen sollten, sondern den Staatsanwalt und das Criminalgericht. Ich habe aber die Ueberzeugung, daß diejenigen, die noch äußerlich der anständigen Gesellschaft angehören wollen, sich zurückziehen werden von den Geschäften, sobald an einzelnen oder auch nur an einem Falle durch einen richterlichen Spruch die Strafbarkeit und der criminelle Charakter der Handlungsweise wird dargethan sein. Dann werden wahrscheinlich viele Geschäfte abgelehnt werden, welche heute leicht zu Stande kommen, und ein Ausfall an Steuern wird eintreten. Aber wir alle schlagen wohl weit höher, als die ausfallenden Einnahmen, die sittliche Reinigung an, inmitten der allgemeinen Verwirrung, von welcher wir die verschiedensten Schichten der Gesellschaft, von den höchsten bis zu den niedrigsten, zu unserm großen Leidwesen ergriffen sehen."

So scharf geißelte und so unbedingt verurtheilte Herr Laster damals das Gründertreiben, das freilich schon zu Ende ging; mit solch' sittlicher Entrüstung kennzeichnete er die tiefe Corruption, die zum öffentlichen Scandal geworden war, und forderte Abhilfe von der Justiz. Aber Minister Leonhardt erwiderte kühl: Mögen die Betrogenen sich an den Staatsanwalt wenden. „Wenn der Justizminister von oben herein mit einer solchen Anweisung kommen wollte, so wäre zu befürchten, daß dies zu einem unberechtigten Sicheinmischen der Staatsanwaltschaft in die Privatverhältnisse führen könnte."

Eine ähnliche Antwort erhielt Laster, als er am 4. April 1873 im Reichstag mit großer Vertrautheit die Kniffe und Pfiffe der Gründer und der Börse entrollte: wie sie die Gesetze zu umgehen und das Publikum zu begaunern wissen; wie der sogenannte Aufsichtsrath den Actionären nicht den geringsten Schutz bietet, sondern nur der Bundesgenosse der Blünderer ist und dafür die glänzendsten Lantienmen bezieht. „Es gibt Aufsichtsräthe", sagte Herr Laster, „welche ein gewerbsmäßiges Geschäft mit diesem Amte treiben, eine neue Art des Erwerbes. Von einem pensionirten Gründer ist mir gesagt worden, daß er nicht weniger als 50 Aufsichtsrathsstellen verwalte. Es ist jetzt zum

Theil der Aufsichtsrath ein Verwendungsposten für ehemalige höchste Staatsbeamte, zum Theil ein Posten für sehr wohlklingende Namen, für Personen, welche durch Titel oder Stellung oder durch was sonst im Publikum geschätzt sein mögen. Die Ansprüche, die an einen solchen Aufsichtsrath gestellt werden, sind der Regel nach sehr bescheiden; mit Vorliebe wird ein solcher ausgesucht, von dem man annimmt, daß er sehr wenig um die Sache sich kümmern werde. Es werden sehr bedeutende Summen, die mir in verschiedenen Fällen bis zu vielen Tausenden, in einem Falle sogar bis zu 40 000 Thaler jährlich angegeben worden sind; von Einem und demselben als Aufsichtsrath einer oder mehrerer Gesellschaften verdient und möglichst wenig gethan.“ Ueber das famose Actiengesetz, obwohl mit sein eigenes Fabrikat, sprach sich Herr Lasker folgendermaßen aus: „Das bestehende Actiengesetz ist Stückwerk. Unsere Aufgabe ist es, wo so große Mißstände bekannt sind, schnell und ohne Zeitverlust Hand an's Werk zu legen. Ich halte den Zustand, wie er gegenwärtig ist, für geradezu unerblicklich. Keine Regierung darf dazu schweigen, und die Aufsicht des Reiches darf es nicht schweigend dulden, daß ein von ihr gegebenes Gesetz täglich und offenkundig umgangen werde, daß mit der ersten Umgehung eine Anzahl von Scheinverträgen, unerlaubten Gewinnen und Unanständigkeiten jeder Art in Verbindung kommen und durch die Unzulänglichkeit des Gesetzes geschützt werden. Ich selbst bin auf das Schmerzlichste ergriffen, wenn ich Personen, für deren persönliche Anständigkeit und Ehrenhaftigkeit ich jeder Zeit einzutreten bereit sein werde (!), dennoch verbunden sehe in Complicität mit unangemessenen Dingen, die mehr oder minder von ihnen selbst ohne rechte Kenntniß durchgeführt sind, oder von Genossen, welche den Inhalt besser verstehen und doch nicht scheuen.“ Herr Lasker frug also die Regierung, ob sie dem Gründer-Unwesen steuern wolle. Herr Delbrück nahm eine Priße und entgegnete: „So weit als thunlich!“ „Man hat hier neben vielen anderen in der That mit einem Factor zu rechnen, gegen welchen nach dem Worte des Dichters ‚selbst die Götter vergebens kämpfen‘, und ich glaube, es liegt außerhalb der Macht einer jeden Gesetzgebung, Leute, die nun einmal ihr Geld los sein wollen, daran zu hindern.“ Ob dieser berühmten gewordenen Worte brachen die 105 Gründer und Auf-

sichtsräthe, welche im Hause saßen, in wieherndes Gelächter aus und schrien „Sehr wahr!“ Herr Lasker hatte gesagt: „Ich als Jurist kann bezeugen, daß wir im Stande sind, solche Gesetze zu geben, welche zwar nicht allen Uebelständen, aber einem großen Theile derselben abhelfen können.“ — „Was würden Sie den Dieben wohl antworten, wenn diese sagen: alle Diebstahls Gesetze sind umsonst, gestohlen wird doch!“ Wie man sieht, war der Staatsmann Delbrück dem Gesetzgeber Lasker weit überlegen. Seine Antwort bedeutete: Warum läßt sich das Publikum betrügen? Man kann die Dummen nicht schützen! Dieses Dictum ist später von den Gründern und Gründeradvocaten begierig aufgegriffen und brav ausgebeutet worden.

Aber die Vorwürfe, welche die Minister Camphausen und Delbrück höchst ungerecht den mit Hilfe der feilen Presse eingefangenen Actionären machen, fallen mit vollem Recht auf sie selber zurück. Sie gehörten zu den „Wissenden“; trotzdem erwarben sie für die vier großen Fonds über 100 Millionen Thaler unverkäufliche Prioritäten von Straußberg'schen Eisenbahnen, die Lasker kurz vorher „enthüllt“ und „gebrandmarkt“ hatte; und sie führten zu ihrer Entschuldigung dieselben Beweggründe an, wegen derer sie das ausgeplünderte Publikum verhöhnten und verurtheilten. „Der ganze Organismus unserer Verkehrswelt beruht darauf, daß keine Zinsen verloren gehen!“ hatte Bamberger in seinem Jubelgedicht auf das Französische „Milliardengeschäft“ gesungen. Diese Sentenz des Bankdichters und Börsen-Philosophen griff Minister Delbrück auf, und gab ihr in einer Parlamentsrede die tiefsinnige Fassung: „Es ist das Geheimniß unserer Zeit, keine Zinsen zu verlieren.“ Um keine Zinsen zu verlieren, kauften Delbrück und Camphausen für die großen Fonds über Hals und Kopf Effecten an, wozu sie überhaupt gar kein Mandat hatten; um möglichst hohe Zinsen zu gewinnen, erwarben sie eine Unsumme von ungarantirten faulen Eisenbahnprioritäten, und machten so die Fonds „invalid“. Diese beiden constitutionellen Mustermister waren also erst recht „von einem gewissen Schwindel“ erfaßt, ließen sich in der That durch die „auri sacra fames“ verleiten, und glichen selber „Leuten, die nun einmal“, allerdings nicht ihr Geld, wohl aber Staatsgelber „los sein“ und verpulvern wollten.

Am 14. Januar und am 7. Februar 1873 hielt Herr Lasker

seine so berühmt gewordenen „Enthüllungen“. Als Repräsentanten des Gründerthums, als Erzgründer nannte er („da ich Namen liebe“) den Geheimen Rath Wagener, den Fürsten Putbus und den Prinzen Viron von Kurland: drei Männer, welcher der conservativen Partei angehören. Wagener war der politische und persönliche Gegner Lascker's, und ein ebenso befähigter wie einflußreicher Mann. Er galt für einen Berather des Fürsten Bismarck, und er hatte so eben als erster Rath im Staats-Ministerium den Vortrag beim König erhalten. Um den gefürchteten Gegner zu stürzen, verband sich Lascker mit einem Calculator Peldmann, der in Wagener's Diensten stand. Peldmann verrieth seinen Brodherrn, indem er aus den ihm anvertrauten Acten Mittheilungen an Lascker machte, welche dieser nun benutzte, um Wagener vor dem ganzen Lande anzuklagen. In Folge seines Verraths wurde Peldmann entlassen und mit einer Entschädigungsklage gerichtlich abgewiesen; wie es scheint, hatte ihm Lascker eine anderweite Stelle versprochen, die er aber nicht erhielt; er gerieth in Noth und verfiel auf Schwindeleien, wurde wegen Untreue und Unterschlagung verurtheilt und machte im Gefängniß seinem Leben ein Ende. Wagener, Fürst Putbus und Prinz Viron waren weniger Gründer als Gründlinge, bloße Dilettanten in der Gründerei; während die Matabore sich fast alle zum Liberalismus bekennen, darunter viele Parteigenossen und persönliche Freunde Lascker's; während, wie statistisch nachgewiesen, 90 Proc. aller Gründer dem auserwählten Volke angehören, Juden oder doch semitischer Abkunft sind. Dennoch machte Lascker mit seinen „Enthüllungen“ einen großen Coup: er beseitigte Herrn Wagener und er wälzte das ganze Odium des Gründerschwindels auf die conservative Partei. Von den 116 Conservativen, die im Abgeordnetenhause saßen, fand keiner ein Wort der Abwehr, wagte Niemand das Gaukelspiel Lascker's, sein Raffinement und seine Dreistigkeit zu kennzeichnen.

Herr Lascker versprach weitere „Enthüllungen“, und zwar ohne Rücksicht auf die Parteien. Er sagte: „So habe ich Zuschriften mit der Drohung erhalten, man werde mit Namen hervortreten, die zu meinen politischen Freunden gehören.“ . . . „Wenn, was Gott verhüten möge, in die Reihe der anständigen Männer sich solche eingeschlichen haben sollten, die nicht in diesem Kreise sich

zu bewegen verdienen, dann hinaus mit ihnen! Die gute Gesellschaft scheidet sie aus von sich, und sie sind vergessen, und die Moral des Volkes geht unverletzt weiter! Aber so lange sie als heimliches Gift noch in der anständigen Gesellschaft sitzen, wirken sie schädlich; darum — ausscheiden!“ Herr Lasfer that plötzlich so, als ob er es für ganz unmöglich halte, daß in einer parlamentarischen Körperschaft auch Gründer säßen, und doch saßen die von ihm „gebrandmarkten“ Fürst Putbus und Prinz Biron im Herrenhause, Geheimrath Wagener im Reichstage. Aber vorsichtigerweise unterschied er schon damals zwischen „correcten“ und incorrecten Gründern; seine politischen Freunde gehörten vorweg zu den „correcten“ Gründern, für die er „jederzeit einzutreten in der Lage sein würde“. Nachdem in Folge der „Enthüllungen“ eine königliche Botschaft ergangen war, welche die Einsetzung einer Specialcommission zur Untersuchung des Eisenbahn-Concessionswesens anordnete, bedauerte Herr Lasfer, daß diese Commission auf die Eisenbahngründungen beschränkt bleibe. Auf anderen Gebieten sei nicht minder gesündigt worden; indeß versprach er in nicht ferner Zeit „einen zweiten ergänzenden Theil“ seiner „Enthüllungen“; an Material fehle es ihm nicht. „Für jetzt möchte ich sagen, daß der schlimme Theil jener Gründungen — denn auch hier unterscheide ich zwischen den volkswirtschaftlich berechtigten und wohlthätigen Gründungen und den schwindelhaften — mir erscheint, wie der nächste Angeklagte, der wartend steht, bis der Proceß über den ersten Angeklagten erledigt sein möchte.“*) Sobald Herr Lasfer merkte, daß der Stein in's Rollen kam, trat er den Rückzug an und sprach, im Interesse „seiner politischen Freunde“ v. Bennigsen, v. Bernuth, v. Bonin, Miquel, Braun, Hammacher, Hagen, Bamberger, Birnbaum, Engel, Frühauß, Jacobs, Rapp, Riesecke, Riepert, Koch, Laporte, Lueders, Meier, Mosle, Feustel, Overweg, v. Schauf, Schön, Schöttler, Cohn, Schulze-Delitzsch, Siemens, v. Unruh, Weßky, Wehrenpfennig, Wölfl, Zuckschwerdt 2c. 2c., bereits von „wirtschaftlich berechtigten und wohlthätigen Gründungen“. Nun endlich ermannten sich die Conservativen, und der Landrath v. Rauchhaupt sprach die geflügelten Worte: „Setzt fallen zum Opfer

*) Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 15. Februar 1873.

des Systems Straußberg drei Personen. Wenn aber erst der Proceß gegen die Angeklagten eröffnet werden wird, welcher auf Grund des Schwindels der Actien=Novelle einzuleiten sein wird — gegen diejenigen Personen, welche nach der Auffassung des Herrn Laster bereits als Angeklagte vor der Thür stehen — so wird sich ein Monstreproceß entwickeln, gegen den der jetzige in der That ein Kinderspiel ist.“ . . . „Wir wollen, daß die faulen Früchte aus dem Preussischen Beamtenthum ausgeschieten werden, und daß die Corruption, die nach der Auffassung des Abgeordneten Laster schon an die Pforten dieses Hauses herantritt, im Grunde vernichtet werde.“

Für die Untersuchungs=Commission und für jedes einzelne Mitglied derselben forderte Herr Laster unbeschränkte Rechte, namentlich die Befugniß, beliebig Zeugen zu vernehmen, resp. durch die zuständigen Behörden vernehmen und vereidigen zu lassen. Die Regierung versprach dies Alles, Laster ward zum Mitglied der Commission gewählt und leitete die Untersuchung fast ausschließlich. Allein nun machte er von seiner umfassenden Befugniß einen sehr ungenügenden Gebrauch; man hörte nur diejenigen Zeugen ab, welche sich einstellten, man überließ ihnen, in wie weit sie aussagen wollten, und war zufrieden, wenn sie über gewisse Punkte ihr Zeugniß verweigerten. Vereidigt ward keiner. In Sachen der famosen Hannover=Altenbeckener Bahn wurde Herr v. Bennigsen aus zarter Rücksicht gar nicht geladen, und der Zeuge Abdes war durchaus nicht zu finden, obwohl er neben Herrn Laster im Reichstage saß. In der königlichen Bottschaft hieß es: „Es ist unser Wille, daß die Ermittlung der bezüglichen Thatfachen mit der größten Sorgfalt geschehe, und die Beurtheilung der Verhältnisse und Personen ernst und unparteiisch sei.“ — Dieser ausdrücklichen Anweisung ist die Commission nicht nachgekommen, vielmehr sagt sie in ihrem Bericht: „Wenn in einzelnen Fällen der Verlauf von Thatfachen nicht immer zur vollen Aufklärung gelangt ist, so hat die Commission von weiteren Ermittlungen um so mehr Abstand genommen, als dies nur solche Punkte betrifft, welche entweder ohne wesentlichen Einfluß auf den Gang der Untersuchung und das Urtheil der Commission gewesen sind, oder sich anderweit in gleicher Weise gezeigt und dort eine für die Zwecke der Com=

mission ausreichende Feststellung gefunden haben.“ Wie Herr Laszter am 29. März 1876 im Abgeordnetenhaufe selber bekennen mußte, hat die Commission „auch bei Ermittlung solcher Zustände, welche wegen des unermesslichen Grades von Eigennutz wie von Verirrungen reblicher Männer (!) erstaunlich waren, nicht die Namen im Bericht wiedergegeben; sie hat an solchen Stellen überall die Namen als unwesentlich für den Zweck der Untersuchung fortgelassen“. (!) Ueberhaupt ist der Bericht unvollständig und fragmentarisch. Er enthält nicht entfernt, wie dies Herr v. Rauchhaupt als selbstverständliche Voraussetzung aussprach, alle Anträge, Discussionen und Zeugenprotokolle, und der spätere Handelsminister Achenbach, der anfänglich auch neben Laszter in der Commission saß, verweigerte, wie erwähnt, dem Abgeordneten v. Tempelhoff sogar die Einsicht der Untersuchungsacten, als dem Landtag der Gesekentwurf, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie für die vergründete Eisenbahn Halle-Sorau-Guben vorlag.

Aber auch so, wie er ist, belastet dieser Bericht nicht nur die von Laszter angeflagten Conservativen: Geheimrath Wagener, Fürst Putbus und Prinz Biron, sondern mindestens ebenso sehr auch verschiedene freiconservative und nationalliberale Gründer, wie Herzog v. Ujest und v. Karborff, Abikes und v. Bennigsen. Er belastet auch die großen Finanzhäuser, namentlich S. Bleichröder, Disconto-Gesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft, Gebrüder Schickler, Joseph Jaques, Jacob Landau, S. Abel jun., H. C. Plaut, B. Gravenstein, Gustav Müller. Er belastet endlich verschiedene Ministerialräthe, die ihren amtlichen Einfluß zu Gunsten der Gründer mißbrauchten, und außerdem ertheilt er auch Herrn Laszter selber eine Reihe von Dementis. Wenn der jüdische Cato sich in den Parlamenten wiederholt berühmte, daß er für all' seine Anklagen und Behauptungen auch den vollen Beweis erbracht habe, so zeigt dies nur von seiner eisernen Stirn und von der mangelhaften Information oder traurigen Muthlosigkeit seiner politischen Gegner. Die Anlagen D. und E. zum Bericht ergeben, daß Herr Laszter bei seinen berühmten Gründerreden sich grober Unrichtigkeiten, Uebertreibungen und Widersprüche schuldig gemacht, und eine auffällige Unkenntniß des Handelsgesetzbuches und der Actiennovelle verrathen hat.

Unterm 12. November 1873 übersandte das Staatsministerium den Bericht der Special-Untersuchungscommission dem Abgeordnetenhaus „zur weiteren gefälligen Veranlassung“. Aber Herr v. Bennigsen, der inzwischen zum Präsidenten erwählt war, hütete sich wohl, ihn auf die Tagesordnung zu setzen. Später entschuldigte er sich, er habe Herrn Lasker gefragt, ob dieser wünsche, daß der Bericht zur Discussion gestellt werde, aber Lasker hätte erklärt: er habe kein Interesse mehr an der Sache, und er wolle die Initiative den Conservativen überlassen. Herr Lasker befand sich in arger Klemme. Auf den Fersen saß ihm Herr v. Dieft-Daher und drängte ihn, endlich sein Versprechen wahr zu machen, und auch gegen die freiconservativen und liberalen Grönder vorzugehen. Später von jenem Herrn öffentlich angegriffen, erging er sich zwar, wie es seine Art ist, in Ablehnungen, Verdrehungen und Winkelzügen, mußte jedoch aus seinen Unterredungen mit v. Dieft Folgendes selber eingestehen: „Ich sprach mein Bedauern aus, daß immer mehr Abgeordnete in geschäftliche Stellungen sich begeben, welche sie bei der Förderung von Gesetzen als theilhaftig erscheinen lassen. Möglich, sogar sehr wahrscheinlich ist, daß ich dabei auf die 1870 im Reichstag geföhrten Verhandlungen über die Zulassung von Prämien-Anleihen und die Preussische Central-Boden-Credit-Actiengesellschaft exemplificirt habe, weil ich auch dessen mich erinnere, mein Bedauern darüber ausgesprochen zu haben, daß in dem Verwaltungsrath dieser Gesellschaft eine erhebliche Zahl von Reichstagsmitgliedern verschiedener Parteien saßen; ich bedauerte ferner, daß einzelne dieser Mitglieder den Antrag, die Ausgabe von Prämienanleihen unter gewissen Normativbedingungen zuzulassen, in dem Reichstag einbrachten oder unterstützten, während in öffentlichen Blättern mitgetheilt war, daß jene Gesellschaft mit dem Plan umginge, eine Prämienanleihe auszugeben. Ferner möglich ist, daß ich außerdem im Verlauf der langen Unterhaltung eine Aeußerung gethan, daß die 'Hydra' immer mehr auch in die Parlamente einzudringen versuche.“ — Für die von S. Bleichröder, der Disconto-Gesellschaft und anderen großen Bankhäusern projectirte Hundert-Millionen-Prämienanleihe, die glücklicherweise nicht genehmigt wurde, waren im Parlament namentlich die Abgeordneten Miquel, Braun und v. Kardorff thätig, welche auch als Verwaltungsräthe in die mit

so außerordentlichen Privilegien ausgestattete, von Bleichröder und der Disconto-Gesellschaft gegründete „Preussische Central-Boden-Credit-Actiengesellschaft“ eintraten. Miquel fungirte seit dem Herbst 1869 als Mitinhaber der Disconto-Gesellschaft, und hat als solcher viele Gründungen, darunter sehr arge, auf dem Gewissen.

Bei den Wahlen von 1873/74 erhielt Lasker eine Reihe von Anfragen, ob dieser oder jener „liberale“ Gründer wieder zu wählen sei. Er antwortete ausweichend, daß nicht jede Gründung zu verdammen sei, und daß er sich nicht in der Lage befinde, in Betreff der einzelnen Fälle ein Urtheil abzugeben, daß ihm aber der liberale Candidat ein „ehrenwerther Mann“ zu sein scheine. Nachdem er im Volke die sittliche Empörung wachgerufen, wollte er sie nun wieder dämpfen und ersticken. In der Reichstags-Sitzung vom 20. November 1875 war er fest genug, die Schuld für den Gründungsschwindel und seine verheerenden Folgen von Neuem den Conservativen zuzuschieben, fand es jedoch am 18. December 1875 für gerathen, „offen zu bekennen“, wie dies „besser unterblieben wäre“; worauf sein Leiborgan, die „National-Zeitung“, constatirte, Herr Lasker habe bei jenem Widerruf „sich großmüthig abwehrend verhalten“. Als dann endlich, auf Antrag der Conservativen, der seit fast drei Jahren im Actenstaube modernde Bericht der Special-Untersuchungscommission hervorgefucht und zur Debatte gestellt wurde, war aus dem ehemaligen Ankläger ein Angeklagter geworden, der ob der perfiden Comödie, die er vor dem Lande aufgeführt, sich zu verantworten hatte, und der trotz aller Zungenfertigkeit und Sophistik sich nicht mehr reinzubrennen vermochte.

Die große „liberale“ Presse, welche die eigentliche Zuhälterin des Börsen- und Gründungsschwindels gewesen war, stand nach wie vor zu Diensten der Gründer und Schwindler. Als nun einige wenige Blätter es wagten, auch gegen die „liberalen“ Gründer vorzugehen, wurden sie sofort als „Revolverpresse“ bezeichnet, mit schamloser Frechheit ihnen der Name beigelegt, welchen bisher die von den Gründern unterhaltenen und die Gründer anzapfenden Börsenzeitungen und die vom Scandal und vom Raube lebenden Winklblätter führten. Die wenigen Männer, welche es unternahmen, die verheerende Krisis in ihren Ursachen zu beleuchten, die Folgen der manchesterlichen Mißwirthschaft, nämlich die Ver-

geubung des Staatsvermögens und die Verarmung der Nation aufzudecken; welche gegen die öffentliche Corruption aufstanden und die Helfershelfer der Gründer in den Kreisen der Parlamente und der Beamten-Aristokratie aufwiesen — wurden von der „liberalen“ Presse und von „liberalen“ Abgeordneten schmachvoll verdächtigt, in der unerhörtesten Weise beschimpft. Jene Männer thaten nichts anderes, als was früher Parisius, Richter und Lasker gethan hatten, und sie bedienten sich zum Theil der eigenen Worte dieser Herren; aber gerade die „liberalen“ Chorführer warfen sich jetzt zu berechten Anwälten, zu leidenschaftlichen Vertheidigern der Gründer und Schwindler auf und erklärten es für ihre Pflicht, die Ankläger zu „brandmarken“. Lasker schrie: „Auf die Gründungs-Ära ist die Verleumdungs-Ära gefolgt!“ und er behauptete, die „Verleumder“ seien noch viel schändlicher und gefährlicher als die Gründer. Herr Parisius donnerte gegen „Lügen und Verleumdungen“, wollte beweisen, „mit welcher Frechheit und Nichtswürdigkeit eine gewisse Art von Schriftstellern verfährt“, und verwickelte sich dabei in die lächerbarsten Widersprüche.

Als die „invaliden“ Fonds in Sicht kamen, und Herr Miquel, als Egidirector der Disconto-Gesellschaft, dabei in's Gedränge gerieth, rief selbst die „Magdeburgische Zeitung“: „Ehrlich Spiel!“ Sie schrieb: im Volke erwache der Verdacht, daß mit seinen Interessen ein unehrliches Spiel getrieben würde; „ein reinigendes Gewitter“ thue unserer politischen Atmosphäre noth; und sie forderte Herrn Lasker auf, sich „ein neues Verdienst“ zu erwerben, und noch einmal in „Enthüllungen“ zu machen. Aber Lasker hatte genug daran, und als nun Herr v. Ludwig diese Aufgabe übernahm, deckte Lasker den attackirten Freund Miquel tapfer mit seinem Leibe und zeternte, daß die „Klatschverleumdung“ bereits über die Schwelle des Parlamentes eindringe. Gründer Miquel stellte sich vor das Haus und insinuirte fein: die Angriffe in der Presse gälten weniger seiner Person als seiner Partei. Lasker und Richter „brandmarkten“ die „schriftstellerischen Verleumder“, die „literarischen Bravi“, „gebungen, um die Ehre politischer Männer zu meuchelmorden“. Eugen Richter stellte die „Verleumdung“ der liberalen Gründer als ein System hin, indem er sagte: „Es haben sich allerhand literarische Beutelschneider und Buchmacher gefunden, die gewissermaßen in Treibhäusern solche Saison-Artikel künstlich

züchten.“ Er geberdete sich wie ein Wüthiger und that beleidigende Ausfälle gegen verschiedene conservative Abgeordnete, die er für gewisse Zeitungsartikel verantwortlich zu machen suchte. Zugleich hatte er die Forderung, den Reichskanzler auffordern zu lassen, dieser möge nicht länger Verbindungen mit dem Geheimrath Wagener unterhalten, da Lasfer diesen als Gründer „enthüllt“ habe.

Die „National-Zeitung“ schrieb: „Schon lange hat die Verdächtigung mit verhülltem Antlitz einen unserer hervorragendsten Politiker, den Abgeordneten Miquel, umschlichen.“ — „Die frechste und abgefeimteste Erpressung sieht man ihr Wesen treiben und den Abgeordneten Miquel zum Opfer erkiesen.“ (Nr. 42 do 1876.) „Die moralische Krankheit, welche die gewaltigen Erfolge Deutschlands und den Milliardenseggen begleitete — der phantastische Optimismus, der Heißhunger nach Geld, das Gründerthum — hat auf einen tiefgehenden Rückschlag hin sich verloren. (!) Als bald aber ist eine andere moralische Krankheit an die Stelle der verschwundenen getreten, Schmähsucht und Mißtrauen sind ihre Signatur; es scheint, daß jeder ehrliche Name dem Ersten Besten gehört, der sich seiner bemächtigen will, um ihn durch den Roth zu schleifen; wie früher der Gründer, behauptet jetzt der Verleumder das Feld. Ja, wie es früher Gründerconsortien gab, so gibt es stehende Verleumdungsconsortien, die ihre Waare in förmlicher Gemeinlichkeit vertreiben. Gründer wie Calumniatoren sind nicht möglich, ohne daß ein Zug im öffentlichen Leben ihnen entgegenkommt.“ Wie früher der semitische Herr Alexander Meyer für das vorwiegend jüdische Gründerthum die Moralität des Deutschen Volkes verantwortlich machte, so bezichtigte jetzt der semitische Herr Friß Dernburg, als sich endlich gegen die parlamentarischen Gründer der öffentliche Unwillen regte, die Nation der Schmähsucht und Verleumdungssucht; und solche Faustschläge in's Gesicht läßt sich der Deutsche Michel lautlos gefallen.

Die „Nationalliberale Correspondenz“ der Herren Rickert und Wehrenpfennig, Miquel und v. Bennigsen versicherte: die „Verleumdung“ der parlamentarischen Gründer beruhe auf einer bubenhaften Verschwörung zum Sturze der nationalliberalen Partei; und sie leistete ein artiges Taschenspielerstückchen, indem sie kund und zu wissen that: das von der „Magdeburgischen Zeitung“ ersehnte „reinigende Gewitter“ sei wirklich zum Ausbruch gekommen,

Dasfer und Richter hätten die „Verleumder“ niedergebunnert, und Miquel sich glänzend gerechtfertigt. Die Meldung von dem „reinigenden Gewitter“, von der „Explosion der mit Verdächtigungen angefüllten Atmosphäre“ lief durch alle „liberalen“ Blätter, und gelangte durch „liberale“ Correspondenten auch in die Spalten auswärtiger Zeitungen. Die Berliner „Tribüne“, ein Klatsch-Blatt, das namentlich von Gründern und Börslanern gehalten wird, schrieb: „Im Parlament und in der ganzen liberalen Presse ertönt ein Schrei der Entrüstung über jene rohen Ausbrüche der conservativen Pressmamelucken, die sonder Scham und Scheu erprobte öffentliche Charaktere in den eigenen Schmutz herabzuziehen suchen.“ In ihrer Nummer vom 4. März 1876 äußerte die „Tribüne“: „Das Denunciations- und Scandalwesen unserer Tage ist für den Einen ein gewinnbringendes Gewerbe, für den Andern ein politisches Geschäft. Die liberale Partei kann sich durch die jetzt in Scene gehende Kapitals- und Gründerheze nicht über die Gefahren täuschen lassen, die das neuerstandene literarische und agitatorische Gründerthum mit sich bringt.“ Die „Verleumdung“ der „liberalen“ Gründer führe zur „politischen, wirthschaftlichen und religiösen Reaction“. Wie früher die Gründer, so wurden jetzt auch die „Verleumder“ einfach den Conservativen zugetheilt, und die Conservativen für die „Verleumdung“ der „liberalen“ Gründer verantwortlich gemacht. Das „Leipziger Tageblatt“, welches bei den dortigen zahlreichen Gründungen eine dankbare Rolle spielte, eiferte gleichfalls gegen die „nachträglichen Entlarver“, die nur „das politische Leben vergiften“, hatte aber die Unverschämtheit, in derselben Nummer (47 de 1876) einen anderen Artikel „Die Gründer und die deutsche Arbeit“ zu bringen, welcher die Verwüstung beleuchtet, die das Gründungsunwesen angerichtet, es für recht und billig erklärt, daß die „Gründer und ihre Werke an's Tageslicht gezogen werden“, und dabei betont, wie Herr Miquel als Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft in wenigen Jahren vom armen Manne zum Millionär aufgestiegen ist. Um es jedoch mit seinen Hauptkunden nicht zu verderben, läßt das edle Blatt wieder folgende Betrachtung dazwischen fließen: „Diese Verhältnisse sind nicht zu ändern. Die Macht des Geldes und damit der großen Finanz-

häuser ist nicht zu brechen; sie ist der maßgebende Factor im wirthschaftlichen Leben.“

Das „reinigende Gewitter“, bestehend in den Flüchen der Herren Lasker und Richter und in der Mohrenwäsche Miquel's, schien der „Nationalzeitung“ aber doch nicht zureichend. Deshalb begann sie an der Zurechnungsfähigkeit der „Verleumder“ zu zweifeln; sie erinnerte an den „von einem berühmten Dichter geschilderten Cäsarenwahnsinn“, an den fragwürdigen Geisteszustand der Französischen Schreckensmänner und „an Titus Dates, den berüchtigten Papistendenuncianten, dessen Wahnsinn so viele Opfer fielen“. Fritz Dernburg bekam es mit der Angst; er schrieb: „In ruhigen Zeiten ist für solch' krankhafte Erscheinungen nur ein hygeisches Interesse da; bemächtigt sich dagegen der öffentlichen Meinung selbst ein krankhafter Zug, so sieht man in der That solche Personen zu einer politischen Wirksamkeit gelangen.“ Herr Dernburg fürchtete, die Gründer in den Parlamenten könnten durch ehrliche Leute ersetzt werden, und vielleicht mit voller Ueberzeugung bezeichnete er die Letzteren als Verrückte. Das griff ein Pseudonymus, Christoph Wild auf, der später als gewerbmäßiger Plagiator an den Pranger gestellt wurde. In einem Feuilleton der „Magdeburgischen Zeitung“ suchte er mit plumpen, gefrorenen Späßen den Abgeordneten v. Ludwig, den Ankläger Miquel's, als einen beschränkten Kopf zu verhöhnen; und das „Hamburger Fremdenblatt“ schilderte diesen unerschrockenen Mann als einen „geistig gestörten Unglücklichen“. Da aber Herr v. Ludwig nicht zum Schweigen zu bewegen war, vielmehr auch noch dem Gründer tödter Laster verschiedentlich auf's Dach stieg und ihm sein Sündenregister vorhielt, gerieth Fritz Dernburg in der „Nationalzeitung“ außer sich. Er denuncierte den Abgeordneten v. Ludwig als einen irrsinnigen Scandalmacher, und forderte das Bureau des Hauses auf, gegen denselben einzuschreiten.

Während Eugen Richter früher Personen, die ihren hohen Amtstitel unter einen Gründerprospect setzten und dafür bezahlt wurden, „Schlepper im Bauernfang“ nannte, hieß er jetzt einen journalistischen Collegen, der diejenigen Volksvertreter geißelte, die sich zu Gehilfen der Gründer hergegeben und mit ihrem Mandat gewuchert hatten — „Bauernfänger“; mit welchem Beinamen man

in Berlin bekanntlich die gewerbmäßigen Gauner und Falschspieler bezeichnet. So hatten sich bei diesem freisinnigen Manne binnen wenigen Jahren die Begriffe verkehrt; die „Schlepper im Bauernfange“ waren nun seine allerbesten Freunde, weil seine Parteigenossen, und die er als „Bauernfänger“ „brandmarkte“, gehörten den bösen Agrariern an. Herr v. Karborff, der Verbündete der Gründerhäuser S. Bleichröder und Jacob Landau, tabelte Herrn Richter ob solchen Vorgehens und sagte: obgleich die „Revolverpresse“ Niemanden mehr in den Roth gezogen habe als ihn, so werde er sich doch nie eine Erwiderung der Beschimpfungen erlauben; dazu fehle ihm, was die Franzosen den „Muth der Gasse“ nennen. Herr v. Karborff hatte freilich alle Ursache, sich sein still zu verhalten, da er in einem Briefe an den fortschrittlichen Aufsichtsrath und Iyrischen Rechtsanwalt Albert Träger zugestanden, er sei unter die Grönder gegangen, um ohne Vermögensverluste als Gesetzgeber wirken zu können; aber schon nach vier Wochen bekundete er doch diesen „courage du ruisseau“. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 29. März 1876 suchte er sich in derselben Weise wie Eugen Richter an den Personen zu rächen, die über seine Gründungen geschrieben haben; und obwohl ihn selbst der Bericht der Special-Untersuchungs-Commission arg bloßstellt, behauptete er doch, daß auch dieser ihn „verleumde“. Ludwig Bamberger, der geniale Schöpfer der Goldwährung, des Bankgesetzes und der Reichsbank, dazu Grönder der „Deutschen Bank“, welche mit ihren Actien-Emissionen eine so colossale Agiotage betrieb, daß sich dagegen sogar die Börsen-Presse empörte — ließ sich in der Reichstagsitzung am 27. Januar 1876 folgendermaßen vernehmen: „Was soll ich mit einem Kerl machen, der mir vortwirft, ich sei für die Goldwährung eingetreten, um sie für Börsenoperationen auszunutzen? Soll ich ihm meine Geschäftsbücher vorlegen, um die Verleumdung zu widerlegen? Solcher Canaille gegenüber ist man natürlich wehrlos.“ Bei dieser Gelegenheit verstieg sich der edle Nickelmünzmeister Bamberger zu folgender Denunciation: „Ich mache auf das Treiben unserer Hochschulen aufmerksam, wo socialistische Gelehrte Stichwörter wie Mammonismus aufgebracht, und das von Herrn Hasselmann wiedergegebene Bild vom „Schlotjunker“ erfunden haben, der über seinen Arbeitern sitzt, wie einst der Raubritter über seinen Hörigen.“ „Ich beschwöre Sie

bei allen unsern höchsten Gütern, bei all dem Theuren, das Sie erhalten wollen, nehmen Sie sich ein Exempel an dem, was die Commune der Civilisation gekostet hat. Die Französische Vertheidigung in Paris hat die Commune groß gezogen, wie es jetzt die conservativen Kreise thun.“

Die Gründer Miquél und Bamberger, v. Bennigsen und Behrenpfennig reisten im Lande umher, um von zusammengetrommelten Gründern und Juden ihre Unschuld und Uneigennützigkeit beglaubigen, die „Verleumber“ aber „brandmarken“ zu lassen. Ludwig Bamberger donnerte im „Deutschen Reichsverein“ zu Dresden gegen das „Delatorenthum“, welches ein „gewinnbringendes Gewerbe“ geworden, gegen die „Hallunken im Tugendmantel“, die durch die „Verleumdung“ „liberaler“ Gründer „ein glänzendes literarisches Geschäft“ machten, gegen die „Calumniatoren“, welche jeder tren zu „Kaiser und Reich“ stehende Gründer und Aufsichtsrath „brandmarken“ müsse, wo und wie er könne. In solchen Reden sucht der Banquier Bamberger seine classische Bildung an den Mann zu bringen und börsemäßig zu discountiren. Der „gute Revolutionär“ Bamberger, der schmunzelnd daran erinnerte, daß er vor 25 Jahren zu Zweibrücken in effigie aufgehangen, weil er sich damals im offenen Aufruhr gegen die Staatsgewalt befunden, bei Kirchheim-Bolanden tapfer Fersengeld gegeben und zu seinem Onkel Bischofsheim nach London gelaufen — stellte jetzt die unerschrockenen Ankläger des räuberischen Gründerthums und gemeingefährlichen Manchesterthums den Delatoren unter den Römischen Kaisern gleich, welche um des Gewinnes halber Unschuldige denunciirten, und denen dafür ein C. (Calumniator) auf die Stirn gebrannt wurde. Ebenso eiferte in Wort und Schrift Herr Behrenpfennig gegen die „Verleumber“, welche ihm vorgehalten, daß er in Verbindung mit Alfred Sachmann und Richard Schwebel, den Directoren der „Preussischen Boden-Credit-Actienbank“, die „Spener'sche Zeitung“ gegründet, sich dabei außerordentliche Vortheile und Abfindungen bedungen, und nun in seinem Blatte die schönsten Reclamen für die blutigsten Gründungen zugelassen hat. Ihm secundirte die „Magdeburgische Zeitung“, indem sie für ihren Mitarbeiter mit den classischen Worten eintrat: „Behrenpfennig hat die Spener'sche Zeitung insofern mitgegründet, als er das geschäftliche Unternehmen überwacht hat. Das war seine Pflicht,

weil sonst hinter seinem Rücken Ungehöriges gethan werden konnte." Herr Wehrenpennig versicherte, daß er „zu Redacturen für Handel und Börse die zuverlässigsten Männer“ gewählt habe. Zu diesen „zuverlässigsten Männern“ gehörte auch der „Volkswirth“ Alexander Meyer, später Redacteur der „Schlesischen Presse“ in Breslau, wofelbst er diejenigen Personen, welche die Parlamente von den Gründern reinigen wollten, „die Partei der schmutzigen Wäsche“ benamfte, und zur Ehrenrettung seines Freundes Braun-Wiesbaden die geistreiche Behauptung aufstellte: bei der famosen Eisenbahngründung Harburg-Stade-Cuxhaven hätte das Publitum die Gründer betrogen.

Lasfer, Bamberger und Eugen Richter schimpften im Parlament wie Fischweiber. Obwohl ihnen die ganze „liberale“ Presse zu Diensten stand, obwohl sie in zahlreichen Artikeln und regelmässigen Correspondenzen ihre politischen und literarischen Gegner bekriegten und verlästerten, war ihnen das nicht genug: sie mißbrauchten auch noch das Privileg der Tribüne, um diese Gegner vor dem ganzen Lande mit den gröblichsten Insulten und schändlichsten Schmähworten zu belegen. Nie ist dergleichen von conservativen oder clerikalen Abgeordneten versucht worden, wenngleich diese in der „liberalen“ Presse und in den jüdischen Witzblättern systematisch verhöhnt und beigeifert werden. Als aber am 17. Januar 1879 im Abgeordnetenhause Landrath v. Meyer das Verfahren eines Oberlehrers, welcher seinen Schülern die compiliatorische Schrift eines ehemaligen Apothekergehilfen über den Darwinismus zum Besten gegeben, mit „Frechheit“ bezeichnete, stellte sich am nächsten Tage der sittenstrenge Lasfer vor ihn hin und erklärte ihm: solche Ausdrücke seien in wohlgebildeter Gesellschaft nicht erhört, und er müsse beklagen, daß ein hochconservativer Abgeordneter das Wort „Frechheit“ in den parlamentarischen Sprachgebrauch eingeführt habe. Herr v. Meyer, sonst so schlagfertig, wußte den jüdischen Cato leider nicht abzutrupfen; dafür that er als ein Christ und als ein Mann von Ehre und Gewissen: er bedauerte, den Ausdruck gebraucht zu haben, und nahm ihn förmlich und feierlich zurück. Die „National-Zeitung“ aber, welche früher die wüsten Schimpfereien der Lasfer, Bamberger und Eugen Richter als „reinigendes Gewitter“ gefeiert hatte, schrieb jezt (Nr. 40 de 1879): „Herr v. Meyer erklärte von der-

selben Stelle, wo das beschimpfende Wort gefallen war, daß ein Mann, der sich selbst achtet, es vermeiden muß, Leute, die im Parlament keine Mittel der Vertheidigung haben, mit persönlich verletzenden Worten anzugreifen. Es ist gar kein Zweifel, daß das einstimmige Urtheil der aufgeklärten und gesitteten Bevölkerung diesem Ausspruch beipflichtet. Für die Betrachtung dieser Klassen fällt die Beleidigung zuerst auf denjenigen zurück, der sie ausstößt, dann auf seine Partei und leider auch auf die Einrichtung, der er angehört.“ So wechseln mit den Interessen dieser Leute auch stets Moral und Anstandsregeln!

Die von den „liberalen“ Chorführern beschimpften Männer suchten, da ihnen der Rechtsweg verschlossen blieb, sich in anderer Weise Genußthung zu verschaffen, jedoch vergebens. Herr v. Bennigsen, der Präsident des Abgeordnetenhauses, erklärte wiederholt, daß er sich um Angriffe auf Personen, die „außerhalb des Hauses“ stehen, nicht zu kümmern habe. Der Gründer v. Bennigsen hatte freilich Ursache, die „Verleumder“ der „liberalen“ Gründer ungestraft „brandmarken“ zu lassen: mußte er in Sachen der Bahn Hannover-Altenbecken unter solchen „Verleumdungen“ doch persönlich leiden. Herr v. Fordenbeck, der Präsident des Reichstags, hat sich nicht zu jenem Grundsatz bekannt, vielmehr auch Personen in Schutz genommen, die „außerhalb des Hauses“ stehen, jedoch nur dann, wenn sie sich nicht etwa an einem „liberalen“ Gründer versündigt hatten. Handelte es sich um solch' einen Frevler, so waren die Herren v. Bennigsen und v. Fordenbeck stets darin einig, eine Widerlegung oder Berichtigung des Geschmähten, auch wenn sich Abgeordnete seiner annehmen wollten, mit aller Macht zu verhindern. Dagegen erschien, in dem Criminalproceß gegen die Gründer der Westpreussischen Eisenhütte zu Elbing, Herr v. Fordenbeck als Entlastungszeuge für den Hauptangeklagten Jacob Vitten, den er als den „gewichtigsten“ unter seinen früheren Mandanten und für einen Mann erklärte, der mit aller Umsicht und gewiß in gutem Glauben gegründet habe, für den er das ganze Gewicht seines moralischen Ansehens in die Waagschale der Themis warf, und der dann auch glänzend freigesprochen wurde.

Bamberger erhielt von dem Manne, den er unverkennbar als zur „Revolverpresse“ gehörig bezeichnet hatte, eine Forderung

auf Pistolen, worauf die „National-Zeitung“ in seinem Auftrage jämmerlich zu schreien begann, von einem „Attentat gegen die parlamentarische Redefreiheit“, von einem Einreißen „amerikanischer Sitten“ declamirte. In Folge dessen schritt der Staatsanwalt gegen den Herausforderer ein, und dieser wurde in Strafe genommen. Aber selbst der Staatsanwalt gab der Wahrheitsliebe des „Zeugen“ Bamberger ein nicht mißzuverstehendes Dementi, und dieser mußte es sich gefallen lassen, daß sein Gegner ihn vor besetztem Gericht für satisfactionsunfähig erklärte. Eugen Richter wurde wegen des von ihm gebrauchten Schimpfwortes „Bauernfänger“ mit einer ganzen Reihe von Herausforderungen bedacht, denn eigentlich waren damit alle die 127 Unterzeichner des Programms der „Steuer- und Wirthschaftsreformer“, fast lauter Edelleute und Großgrundbesitzer, beleidigt, und es bleibt wunderbar, daß er der verdienten Büchtigung entkam, vollständig frei ausging. Lasker sprang sofort dazwischen und „vermittelte“, Richter aber verstand sich zu einem sehr geschraubten und bedingten Widerruf. Zwei Cartelträger, die ihn nachträglich aufsuchten, ließ er gar nicht an sich herankommen, sondern durch seine Haushälterin abweisen, worauf der Redacteur der „Deutschen Landes-Zeitung“ in einer öffentlichen Erklärung ihm „Anstand und Ehre“ absprach, und sich „für künftige Fälle den Standpunkt der reinen Nothwehr“ vorbehielt. Gegen solche Provocationen ist aber Herr Richter ziemlich unempfindlich. Die „Kölnische Zeitung“ zieh ihn der „Verleumdung“, der „dreisten tendenziösen Lüge“; die „Staatsbürgerzeitung“ in Berlin warf ihm vor, gleichzeitig nationalliberale, fortschrittliche, demokratische und welfisch-partikularistische Blätter mit politischen Correspondenzen versorgt zu haben; selbst ein Blatt seiner Partei, die „Volks-Zeitung“, beschuldigte ihn wegen gewisser Artikel in der „National-Zeitung“ („Betrachtungen über den künftigen Cours der Reichsbank-Actien“), hinter denen sie freilich Herrn Bamberger vermuthete, „schamloser Berechnungen“. — Herr Richter hat in allen diesen Fällen mit feierlichem Stillschweigen geantwortet. Und doch ist er eine gar leidenschaftliche Natur; er scheut sich mitunter nicht, weit über die Grenze der „Nothwehr“ hinauszugehen. 1874 in die Berliner Stadtverordneten-Versammlung gewählt, octroyirte Eugen Richter derselben sofort eine neue, nach parlamentarischem Muster zugeschnittene Geschäftsordnung, die sich

inzwischen als sehr unpraktisch erwiesen hat, und da sein Vorgehen bei einigen Mitgliedern Widerspruch fand, gerieth er in eine wahre Berserker-Wuth. Die National-Zeitung (Nr. 12 do 1875) berichtete darüber: „Der Stadtverordnete Richter springt wüthend und unter lauten unverständlichen Rufen von seinem Sitze auf und eilt auf den Stadtverordneten Weber zu, hält jedoch auf die Zurufe seiner Collegen an der Estrade des Präsidiums inne und sieht sich im Saale um.“ Nach Ablauf des Mandats schied Richter aus; seine Wiederwahl wäre zweifelhaft gewesen.

Wenn die Redefreiheit der Parlamente jetzt bedroht wird, so sind daran nicht zum wenigsten die Herren Lasker, Bamberger und Richter schuld. Die Präsidenten v. Bennigsen und v. Jordan bed haben es nicht für nöthig erachtet, den plebejischen Schimpfereien ihrer Freunde Einhalt zu gebieten; sie haben es nicht verstanden, die Würde des Parlaments zu schützen, Sitte und Anstand zu wahren. Selbst die Petition eines jüdischen Börsen-Redacteurs gegen den Mißbrauch der Redefreiheit — hervorgerufen durch einen neuen Ausfall des Herrn Richter — blieb unerledigt, da die „Liberalen“ die bereits auf der Tagesordnung stehende Berathung noch in letzter Stunde zu hintertreiben wußten. Aber solche Schimpf- und Verleumdungsfreiheit auf der Tribüne muß einerseits das Ansehen der Parlamente tief sinken lassen, andererseits im buchstäblichen Sinne des Wortes zum Faustrecht führen.

In seinen Philippiken gegen die Gründer und später gegen die „Verleumder“ hat Lasker sich einer langen Reihe von schreienden Widersprüchen, jämmerlichen Verdrehungen, dreisten Ableugnungen und gräßlichen Unwahrheiten schuldig gemacht. Als er am 7. Februar 1873 im Abgeordnetenhaus mit seinen „Enthüllungen“ debütierte, verschwor er sich hoch und theuer, daß er, seitdem er Rechtsanwalt sei, „nie ein Rechtsanwalts-Geschäft vollzogen“, „nie mit irgend einer Firma über irgend eine Eisenbahn je in seinem Leben ein Wort gesprochen habe“. Hinterher stellte es

sich heraus, daß er gerade damals, wo er diese feierliche Versicherung abgab, auf Ansuchen Miquel's für die Discontogesellschaft ein Rechtsgutachten in Sachen der Rumänischen Eisenbahngesellschaft angefertigt hat. Am 15. Februar 1873 versprach er „einen zweiten ergänzenden Theil“ seiner „Enthüllungen“, der eine neue Reihe von „Angeklagten“ vorführen werde, die bereits „wartend stehen“; und am 4. April 1873 äußerte er im Reichstage: „Nun ist es nur Zufall gewesen, daß ich im Abgeordneten-hause mich vorwiegend mit dem Eisenbahnwesen beschäftigt habe, keineswegs, weil die Gründungen anderer Art mit größerer Rebllichkeit betrieben, keineswegs, weil ich diejenigen Täuschungen, die bei andern Gründungen vorkommen, für minder gefährlich halte, sondern ich meine, wir würden nur einseitig den Gegenstand behandeln, wenn wir nicht auch die anderen Mißstände zeitig genug in's Auge fassen.“ „Glauben wird man mir, wenn ich versichere, daß ich für jeden Mißbrauch, den ich rüge, nicht bloß eine theoretische Formel, sondern ganz ausreichende Beispiele besitze, daß ich nicht aus bloßer Vermuthung spreche, sondern überall in der Lage bin, die Namen und die Sachen zu nennen.“ Herr Lasster „liebte“ aber schon damals nicht mehr „Namen“ und sagte entschuldigend von seinen „Enthüllungen“: er wäre „förmlich provocirt“ worden, „Namen und Sachen zu nennen“. In einer im Herbst 1876 zu seiner Verttheidigung gegen die Angriffe des Herrn v. Dieß geschriebenen Broschüre sagt er in Betreff der „Enthüllungen“ bereits: „Vom ersten Tage an hatte ich mir die Grenzen streng gezogen, bis zu welchen ich vorzubringen mich berufen fühlte, und diese Grenzen glaube ich eingehalten zu haben.“ In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. December 1877 geht er noch weiter und behauptet mit dreifester Stimme: „Ich habe unzählige Mal gegen den Abgeordneten v. Ludwig und seine Vorgänger erklärt, daß meine Aufgabe gewesen ist, nicht etwa sämtliche Gründungen zur Untersuchung zu ziehen und mich damit zu beschäftigen, sondern allein mit den Eisenbahn-Angelegenheiten.“

Da der Bericht der Special-Untersuchungscommission, obgleich unvollständig, seine politischen Freunde und ihn selber arg compromittirt, ließ Herr Lasster ihn liegen und redete am 16. Mai 1874 im Abgeordneten-hause: „Ich will abwarten, ob das Haus

die Verhandlung wünscht, damit nicht auf mir die Meinung ruhe, daß ich Freude daran hätte, derartige Dinge öffentlich zu verhandeln.“ Dafür gründet er mit Bamberger und Eugen Richter die Reichsbank und ruft bei dieser Gelegenheit, am 25. Januar 1875, im Reichstage aus: „Den Gründern erkläre ich von Neuem den Krieg bis auf's Messer!“ Als ihn dann v. Dieft ermahnt, die Sache doch endlich aufzunehmen, antwortete er in einem Briefe vom 20. August 1875: „Meine neuliche Erkrankung hat mir gezeigt, daß ich Unrecht hätte, nicht schon in der vorletzten Session die Verhandlung über den Untersuchungsbericht zu betreiben; ich hatte Anstand genommen, damit ich nicht gewissermaßen für eine persönliche Sache dringende Staatsgeschäfte zurückzuhalten scheinen möchte. Ich habe nun gesehen, daß man mit dringenden Aufgaben wegen Ungewißheit des menschlichen Schicksals nicht säumen dürfe.“ Trotzdem denkt er auch jetzt nicht daran, einen bezüglichen Antrag zu stellen, und als dies endlich die Conservativen thun, warnt er sie, damit nicht so eilig und hitzig zu sein, indem er am 23. Februar 1876 spricht: „Haben die meisten Mitglieder dieses Hauses schon den Untersuchungsbericht mit der nothwendigen Aufmerksamkeit gelesen? Wenn ein Studium nicht bereits stattgefunden hat, so versichere ich Ihnen, daß Sie zur fleißigen Arbeit einige Wochen brauchen.“ Thatsächlich war der aus mehreren dicken Actenstücken bestehende Untersuchungsbericht weitaus den meisten Mitgliedern unbekannt geblieben, namentlich den bequemen leichtgläubigen Conservativen, sonst hätten sich diese wohl schon früher gerührt. Die Zeitungen hatten nur dürftige Auszüge gebracht, und der Bericht mußte erst wieder von Neuem gedruckt werden. Als die Sache dann endlich am 29. März 1876, also etwa fünf Wochen nachher, zur Discussion gelangte, begann Herr Lascker seine unendliche Rede mit den Worten: „Der Bericht ist ungefähr drittehalb Jahre fertig und in den Händen des Publikums.“ Jetzt behauptete er also plötzlich: das Thema sei nicht nur den Abgeordneten, sondern Jedermann geläufig. Er hatte den Bericht drittehalb Jahre modern lassen, obwohl derselbe, wie Lascker am 23. Februar 1876 bemerkte, Material für den Staatsanwalt enthalte!

Von der vielberufenen Eisenbahngründung Hannover-Altenbeden, welche der Bericht auffällig kurz und reservirt behandelt,

mußte Laster zugestehen, daß dieselbe alle die Unregelmäßigkeiten, Gesetzes=Uebertretungen und Sünden in sich schließt, welche er bei den conservativen Gründungen so unbarmherzig an den Pranger gestellt hatte, namentlich Scheinzeichnungen, Ausgabe der Actien unter pari, Generalentreprise, Abfindung der Gründer u. s. w. Trotzdem versicherte Herr Laster, daß sein Freund v. Bennigsen „lediglich im Interesse der Provinz“ gegründet, „ohne für sich selbst auch nur den geringsten Nutzen zu ziehen“. Dieses ist wieder entschieden unwahr. Herr v. Bennigsen hat ohne Frage auch im Interesse seines Gutes gegründet, was Laster einst dem Prinzen Biron zum schweren Vorwurf machte. Das sehr abgelegene und sehr vernachlässigte Gut Bennigsen erhielt Eisenbahn und sogar einen Bahnhof, in dessen Geleisen aber fußhohes Gras wächst, da der Verkehr ganz unbedeutend ist. Der Werth des Gutes hat sich in Folge der Eisenbahngründung außerordentlich erhöht. Im Uebrigen ergibt der Untersuchungsbericht, daß der Staat zuerst selber bauen wollte, und ohne die Intervention der gründer=lustigen Herren v. Bennigsen und Genossen auch gebaut haben würde; daß Bennigsen die Concession für Hannover=Altenbecken und Löhne=Wienerburg nur unter der Bedingung erhielt, den Bau der Bahnen nicht etwa in Generalentreprise zu vergeben; daß er dies ausdrücklich versprach, sowohl dem Handelsminister wie im Prospect den Actionären; daß dessenungeachtet Baruch Hirsch Straußberg, den der Minister eben ausgeschlossen wissen wollte, beide Bahnen in Generalentreprise erbaute, und dafür an die Gründer eine Abfindung von 34 000 Pfund Sterling zahlte; daß der Bau sich nun viel theurer stellte — allein die Erdarbeiten bei Hannover=Altenbecken erforderten 1,375 000 Thaler mehr, das Doppelte des ursprünglichen Anschlages; daß Straußberg sich schon unter den ersten Zeichnern befand, und für Bennigsen und Genossen auch die Caution mit 250 000 Thaler bestellte; daß Herr v. Bennigsen als Verwaltungsrath fungirte, obgleich er, gegen die ausdrückliche Bestimmung des Statuts, gar keine eigenen Actien besaß. Bennigsen und der „unauffindbare Zeuge“ Abides waren die eigentlichen Macher der beiden Eisenbahngesellschaften. In den Generalversammlungen präsidirte Abides, und Bennigsen hielt hier lange Vorträge, in welchen er immer neue Bahnprojecte entwickelte und befürwortete. Obgleich sie für Hannover=Alten=

beden mehrfach eine Verlängerung der Bauzeit nachsuchen mußten, obgleich die Vollendung der Bahn sich fortwährend verzögerte, und der Handelsminister die geleistete Caution bereits für verfallen erklärte — bewarben sich Vennigsen und Genossen noch etwa um ein Duzend neuer Strecken und Zweigbahnen, und der Handelsminister ertheilte im Frühjahr 1872 folgenden Bescheid: „Abgelehnt mit Rücksicht auf die ungeordneten Finanzverhältnisse des Stammunternehmens“. Wie die Anlagen zum Untersuchungsbericht ergeben, waren Vennigsen und Genossen weit ärgere Concessionsjäger als die von Lasker so grausam gegeißelten Fürst Putbus und Prinz Viron; gehörte die große Mehrzahl der Concessionsjäger überhaupt wieder den „Liberalen“ an. Der Coursverlust aber, welchen die Actionäre von Hannover-Altenbeden erlitten, ist auf 13 Millionen Thaler zu veranschlagen. Eine farbige Illustration zu der Versicherung des Herrn Lasker, daß sein Freund Vennigsen „lediglich im Interesse der Provinz gegründet“ habe!

Aus dem „ethischen“ Gründertöbter war ein rabulistischer Gründeradvocat geworden. In der Debatte über den Untersuchungsbericht vertheidigte Herr Lasker auch noch einen andern Freund, den Geheimen Commerzienrath Robert Warschauer: „Wenn von irgend einem Manne in ganz Berlin die einstimmige Meinung herrscht, daß er absolut frei ist von dem Streben nach einem unlauteren Gewinn, und daß ihm kein Vorwurf dieser Art gemacht werden kann, so ist es Herr Warschauer.“ „Daß ich dessen Ehre gegen den allerleisesten Schatten schützen muß, das habe ich als eine ethische Regel für mich anerkannt, keineswegs als ethische Regel für den Abgeordneten Röckerath, da ich wirklich nicht entfernt den Beruf habe, eine sittliche Erziehung eines mir im Uebrigen unbekannten Herrn vorzunehmen.“ Nun sind es actenmäßige Thatfachen, daß Herr Warschauer, für den auch der Abgeordnete v. Benda eintrat, sowohl in der Schwindelperiode von 1856 als in der von 1872 an verschiedenen mehr oder minder fragwürdigen Gründungen resp. Entgründungen theilhaftig war. Die „ethische“ Dreistigkeit des Herrn Lasker war so stark, daß ihm aus seinem eigenen Volke ein Richter erstand. Es meldete sich sein ehemaliger Principal, Herr Eli Samter, an dessen Zeitung Lasker im Jahre 1857 thätig gewesen, und hielt

ihm öffentlich vor, daß dieses Blatt schon damals Herrn Warschauer als einen großen Gründer vor dem Herrn und als einen „Mann der Agiotage“ verarbeitet hat. Dagegen hielt es Eugen Richter für seine Pflicht, verschiedene Unwahrheiten, die Herr Lascker zum Besten gegeben, öffentlich einzuzugehen. Er bezeugte, daß Lascker nur aus zarter Rücksicht für die Conservativen den Untersuchungsbericht schlummern lassen, daß dieser Bericht „fast ausschließlich“ conservative Gründer belaste, und daß er Alles beweise, was Herr Lascker „enthüllt“ habe.*) Dasselbe bezeugten der national-liberale Rechtsanwalt Lipke, langjähriger Liquidator der famosen Genfer Creditbank, und der fortschrittliche Kreisrichter a. D. Parisius, Aufsichtsrath des Berliner Aquariums. Ja sogar der neu-conservative Abgeordnete v. Köller fühlte sich gedrungen, in geradezu begeisterter Weise Zeugniß abzulegen von Lascker's Eifer und Pflichttreue in der Untersuchungs-Commission, der auch Herr v. Köller angehört hatte, und von der er nun getrost behauptete, „daß das Ermitteln von Personen und Thaten Einzelner“ gar nicht ihre Aufgabe gewesen sei.**)

Wie Herr Lascker bei der Discussion des Berichts versicherte, hatte er gerade bei der Untersuchung über Hannover-Altenbecken, die nationalliberale Eisenbahngründung seines Freundes Bennigsen, eine unmäßige Energie aufgewendet: „Wir suchten einen Zeugen, der wohl unterrichtet sein mußte, den Reichstagsabgeordneten Abides. Als wir ihn suchten, war der Reichstag zusammen, und nicht weniger als viermal wurde dieser Zeuge geladen, zum Theil in Berlin, zum Theil in seiner Heimath, und immer kam die Antwort, der Herr sei nicht zu ermitteln.“ „Ich stellte den Antrag, nicht früher die Untersuchung zu schließen, als bis das Zeugniß des Herrn Abides erlangt sein würde. Mein Mitcolleague aus diesem Hause (Herr v. Köller) wird mir bezeugen, daß ich mit derjenigen Energie, mit der man überhaupt einen Antrag vertheidigen kann, sofern man nicht zur Faust greift, fortwährend auf diesen Punkt zurückgekommen bin.“ Kaum hatte Lascker diese Versicherung abgegeben, da meldete sich Herr Abides und erklärte: „Ich habe nie eine Ladung, weder schriftlich noch

*) Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Februar 1876.

**) Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. März 1876.

mündlich erhalten, oder von einer solchen etwas erfahren, obwohl ich, während die Untersuchungscommission tagte, mich entweder in Berlin oder an meinem Wohnort Hannover aufhielt. Nachdem der Untersuchungsbericht zu meiner Kenntniß gekommen war, habe ich, im December 1873, den Sachverhalt brieflich, und außerdem durch einen mir befreundeten Abgeordneten, dem Herrn Lasker mitgetheilt, und muß es mich befremden, daß er diese Mittheilung mit Stillschweigen übergeht." — Darauf stellt sich Lasker am 3. April 1876 vor das Haus und spricht: Herr Abides hat allerdings so an mich geschrieben und seine Angaben durch ein Mitglied des Landtags mir wiederholen lassen, aber ich habe ja auch gar nicht behauptet, daß er eine Ladung wirklich erhalten oder von derselben Kenntniß bekommen hat. Diese Erklärung mache ich „im Interesse des Herrn Abides“. So sprach der jüdische Cato, und das Parlament nimmt diese Worte stumm und lautlos entgegen, hat für solche Frechheit nicht Ein Zeichen des Unwillens oder der Entrüstung. Der Zeuge Abides war nicht zu finden, weil man ihn nicht finden wollte: er saß ja neben Lasker und Bennigsen im Reichstag.

Das hat Lasker in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 6. Februar 1879, wo ihm Herr v. Ludwig wieder auf den Leib rückte, in der Aufregung und Verwirrung des Augenblicks selber ausgeplaudert: „Als der Bote mehrfach berichtet hatte, daß Herr Abides nicht anzutreffen wäre, trug ich in der Untersuchungscommission vor, der Bote müsse nicht sorgfältig gewesen sein, denn Herr Abides wohne als Mitglied den Verhandlungen des Reichstags bei.“ Herr Lasker hatte es also nicht nöthig, „zur Faust zu greifen“; er brauchte seinem Fraktionsgenossen Abides, mit dem er täglich zusammentraf, bloß einen Wink zu geben, daß man ihn zu sprechen wünsche; aber er unterließ es wohlweislich, und stellte statt dessen in der Untersuchungscommission immer wieder den Antrag: Herr Abides solle energisch gesucht und um jeden Preis aufgefunden werden. Dieses echt talmudistische Gaukelspiel wollte Herr v. Ludwig am 10. Februar 1879 im Abgeordnetenhause beleuchten, und der Präsident v. Bennigsen hatte ihm zu der Auseinandersetzung mit Lasker bereits ausdrücklich das Wort ertheilt; als Herr v. Bennigsen aber merkte, daß sein Freund Lasker und er selber in ernstliche Gefahr

kämen, zog er seine Erlaubniß jählings wieder zurück, und ermuntert durch den Lärm der „Liberalen“, befragte er das Haus, ob es Herrn v. Ludwig noch länger hören wolle. Centrum und Conservative waren dafür, aber die „liberale“ Majorität stimmte dagegen, und so wurde Jenem das Wort abgeschnitten — ein Fall, der im Abgeordnetenhaufe vielleicht noch nie vorgekommen ist. Selbstverständlich geißelte die „liberale“ Presse den unerschrockenen Mann wieder als wüsten Scandalmacher.

Abdies ward unmuthig, da ihn Lasfer als den alleinigen Sündenbock hinstellte; er begann seinen Kameraden zu drohen und richtete an den Präsidenten v. Bennigsen einen Brief, der im Abgeordnetenhaufe nicht zur Verlesung kam, aber dennoch durch verschiedene Blätter lief. Wehe gewissen Leuten, wenn Abdies gesprochen hätte! Zum Glück für sie ist er inzwischen gestorben. Aber sein Geist mag nicht zur Ruhe kommen. Er geht umher, sobald im Abgeordnetenhaufe von Gründern und Gründungen die Rede ist; und wenn in der Debatte das ominöse Wort „Hannover-Altenbeden“ fällt, geräth der Präsident v. Bennigsen in sichtliche Unruhe, und in seiner sonst so festen Hand zittert die Glocke, mit der er die Verhandlungen leitet und die Redner in Ordnung hält.

Mit derselben Rabulisterei vertheidigte sich Lasfer gegen die Anklagen des Herrn v. Dieft. Einen recommandirten Brief des Letzteren wollte er nicht gelesen haben, obwohl er ihn recommandirt und eingehend beantwortete. Von zwei weiteren Briefen des Herrn v. Dieft versicherte er: „sie liegen unentfiegelt bei mir und können unentfiegelt zurückgesendet werden“. Eine wiederholte Mahnung des Herrn v. Dieft, doch endlich sein Versprechen in Betreff der „liberalen“ Gründer zu erfüllen, nennt er eine „Drohung“, wie sie „bei ehrliebenden Männern nicht Sitte sei“, und er behauptet, schon im November 1875 den unbequemen Mahner für immer von sich gewiesen zu haben, worauf Herr v. Dieft einen ganz freundschaftlich gehaltenen Brief abdruckte, den Lasfer noch unterm 20. Januar 1876 an ihn geschrieben. Dieser Mann ist ein gewohnheitsmäßiger Lügner; er lügt so ohne alle Vorsicht, daß ihn sein Gedächtniß im Stiche läßt, und er sich selber die allerärgersten Blößen gibt. In seiner vorhin erwähnten recommandirten Antwort vom 20. August 1875 sagt er: „Von welcher Seite der Kampf

(gegen die Gründer) aufgenommen wird, immer werde ich meine Unterstützung nach Kräften leihen, und auch ich würde für jede Unterstützung dankbar sein, während ich allerdings bedauere, bis jetzt nicht genügend unterstützt worden zu sein. Jemand aus Parteirücksichten zu schonen, würde ich für einen groben Verstoß gegen die sittliche Pflicht halten.“ Als nun aber Herr v. Ludwig am 5. Februar 1876 gegen den Gründer Miquel vorgeht, vollführen die „Liberalen“ einen Höllenkärm, wird er von Eugen Richter und Consorten förmlich niedergeschrien, stürzt Herr Lasfer über ihn her und beschuldigt ihn mit sittlicher Entrüstung der „Ratschverleumdung“. Und am 15. November 1877 versichert der jüdische Cato im Abgeordnetenhaus: die Gründerreden des Herrn v. Ludwig hätten „dem Lande fast soviel geschadet, als die verwerflichen Gründungen selbst“. Nur mit unfäglichem Ekel kann man die Broschüre lesen, welche dieser Tugendbold im Jahre 1876, zu seiner Vertheidigung gegen Herrn v. Dieft, veröffentlichte. Hier heißt es u. A.: „Als ich im Herbst 1875 nach Berlin zurückkehrte, fand ich einen völlig veränderten Zustand vor. Die Gründungsperiode war vorüber, aber die Verleumdung stand in Flor. Uebermals hatte sich eine sittliche Verwirrung eingeschlichen, zwar anders geartet, aber nicht minder verderblich. Scandalsucht und schlechte Leidenschaften wurden wach. Dieselbe sittliche Pflicht, welche drei Jahre vorher gebot, dem Gründungsschwindel entgegenzutreten, gebot jetzt, mit gleicher Energie die in Blüthe stehende Verleumdung zu bekämpfen. Mein Ziel war, Reformbedürfnisse nachzuweisen, die sittlichen Empfindungen des Volkes zum Widerstand gegen sittliche Verirrungen aufzurufen. Wieviel das sittliche Leben gewonnen hat, darüber enthalte ich mich jedes Urtheils.“ — Wie dieser Jungendrescher in Worten wie „ethisch“ und „sittlich“ schwelgt, wie er von Sittlichkeit förmlich trieft und stinkt! Wie viel das „sittliche Leben“ durch seine „Enthüllungen“, durch das vor dem Lande aufgeführte Gaukelspiel verloren hat, ist noch gar nicht abzusehen, aber jedenfalls ist dieser „sittliche“ Schwindler weit gefährlicher als die blutigsten Gründer.

Als er sich in ein Netz von Lügen und Ränken eingesponnen hatte, als er nicht mehr ein noch aus wußte, fing er an, den Charakter und die Motive seiner Ankläger zu verdächtigen und

anzuschwärzen. Gewisse Bücher über den Börsen- und Gründungsschwindel, die ihm und seinen politischen Freunden besonders gefährlich waren, erklärte er wiederholt, nicht gelesen zu haben und nicht lesen zu wollen; trotzdem versicherte er, daß sie die lächerlichsten Dinge enthielten, daß sie nur dem Scandal fröhnten und für buchhändlerische Speculation, ohne Kritik und Urtheil, zusammengeschrieben wären. Solcher handgreiflichen Lügen unterfing er sich zu wiederholten Malen im offenen Parlament, ohne im ganzen Hause den geringsten Widerspruch zu finden; ja er erntete noch reichlichen Beifall, was am besten beweist, wie corruptirt unser öffentliches Leben ist. Um sich an dem Verfasser jener Bücher zu rächen, erzählte er von demselben im Abgeordnetenhause eine alberne Geschichte, welche der Betreffende in einer öffentlichen Erklärung als einen bloßen Klatsch nachwies. Diese Erklärung wurde von etwa hundert Zeitungen der verschiedensten Parteirichtung, auch von „liberalen“ Blättern übernommen, aber Herr Lascker hüllte sich nunmehr in tiefes Schweigen, und der Präsident v. Bennigsen gestattete erst anderthalb Jahre später, auf die Sache zurückzukommen, die Erklärung des Verleumdeten im Hause vorzulesen, worauf Herr Lascker einfach erwiderte, er habe dazu „keine Bemerkung zu machen“. Er mußte also die von ihm verübte „Klatschverleumdung“ voll und ganz eingestehen!*) Als der jüdische Volkstribun wegen seines Gründerfreundes Miquel dem Abgeordneten v. Ludwig „Klatschverleumdung“ vorwarf, sprach er voll „sittlichen“ Zornes: „An dem Tage, an welchem Sie mich erfinden, daß ich Beschuldigungen gegen den Charakter einer Person erhoben, für welche ich nicht das volle Bewußtsein der Vertretung hätte und die Pflicht anerkannte, den Beweis zu führen, an dem Tage sagen Sie nur: Geh' aus dem Parlament, du paßt nicht mehr in eine so erhabene Versammlung!“ Dieser Fall ist vorher und seitdem oft genug dagewesen, aber Niemand von den Collegen hat es gewagt, den Zungenbrecher an seine Worte zu erinnern und ihm ein Hinaus! zuzurufen. Nach wie vor spielt er in den Parlamenten die erste Geige, ist er der Führer einer großen Partei, wirft er sich mit gußeiserner Stirn zum Censor des Hauses auf, sind Laster und

*) Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Februar 1879.

die beiden Gründer Miquel und Bamberger die gefeiertsten Redner und die eigentlichen Gesetzgeber.

Lascker erfand die „Verleumdungsära“, und die parlamentarischen Gründer beteten es ihm eifrig nach. Selbst die „Magdeburgische Zeitung“ schrieb, es sei Unsinn, so zu sprechen, denn das hieße, die vorausgegangene Gründerära als etwas Gutes ausgeben. — Aber ihre Kolleginnen waren anderer Ansicht. Nie hat irgend eine Presse, auch die socialdemokratische nicht, sich einer so pöbelhaften, unsflätigen Sprache bedient, wie jetzt die „liberalen“ Gründerblätter gegen die angeblichen „Verleumder“. In der „Nationalzeitung“ veröffentlichte der „geistreiche“ Feuilletonist Karl Frenzel „Ein kurzes Kapitel von der Verleumdung“, in welchem er die Ankläger der Gründer als verunglückte Speculanten hinstellt, und Namens seiner Kameraden von der Feder das rührende Geständniß ablegt: „Wir schreiben nur, weil wir es brauchen, sonst schrieben wir gewißlich nicht!“ Die „Breslauer Zeitung“, dem „Schlesischen Bankverein“ gehörig, der sich durch zahlreiche Gründungen ausgezeichnet hat, brach in den Wuthschrei aus: „Das Gefindel in Deutschland hat sich zusammengethan und spricht: wir wollen eine Partei der ehrlichen Leute bilden!“ Die fortschrittlich jüdische „Volkszeitung“ schrieb: „Der Eifer wider das Gründerthum liegt jetzt schon auf der Straße, so daß man fast aus jeder Kothlache wahre Tugendholde emporsteigen sieht.“ Die jüdischen Witzblätter „Kladderadatsch“, „Wespen“ und „Uff“, die einst den „Enthüller“ Lascker besungen und mit ihren Nationalhelden Simson und David verglichen hatten, wurden jetzt nicht müde, seine christlichen Nachfolger in Wort und Bild zu verhöhnern und zu beschimpfen. Indes forderten auch einige große Blätter der liberalen Partei, allen voran die „Schlesische Zeitung“ in Breslau, die Reinigung der Parlamente von den Gründern. Die „Magdeburgische Zeitung“ verlangte, das Haus der Abgeordneten solle öffentlich erklären: „ein Mandat zur Volksvertretung und eine Betheiligung an dem Gründerthum, eine Stellung im Dienste der goldenen Internationale, sind unvereinbar.“ Thue das Parlament dieses nicht, so müsse sein Ansehen unbedingt

sinken; diejenige Partei aber, welche ihre Gründer nicht ausstoße, mache sich mit denselben solidarisch. Sogar die hochmanchesterliche „Bosfische Zeitung“ schrieb damals (Nr. 32 de 1876): „Nun der Reinigungsproceß einmal vor aller Welt begonnen, muß er auch gründlich zu Ende geführt werden, oder wir würden den idealen Zug der Deutschen für Ehrlichkeit ihrer öffentlichen Charaktere, für keine berechnigte Eigenthümlichkeit mehr halten können. Schon wegen der ganzen Welt muß das Verfahren mindestens so streng geführt werden, wie das Englische gegen Wahlbestechungen, noch mehr aber weil fast ausschließlich Norddeutsche vor der eigenen Nation angeklagt sind, die zu großen Theilen noch immer nicht den Abscheu gegen die Preussische Spitze abgelegt hat.“

Das waren schöne Worte, aber es geschah nichts. Im Juni 1876 äußerte die „Magdeburgische Zeitung“: „Bei seinem weiteren Vorgehen muß Lasker auf ein Pentagramm gestoßen sein, welches ihm Pein gemacht hat, sonst wenigstens ist seine spätere Passivität nicht zu erklären. Haben ihn politische Bedenken abgehalten, hat er Personen betheiligt gefunden, die zu schonen er für angezeigt erachtete, oder ist er in jene Stimmung gerathen, von der der Dichter sagt: Und nicht begreift manch' junger Maulheld, warum der Mensch am End' das Maul hält?“ Eine Antwort auf diese Frage gab der jüdische „Börsen-Courier“ der Gebrüder Davidsohn in Berlin, indem er voll Aerger und Angst ungefähr Folgendes sagte: Lasker hat mit seinen „Enthüllungen“ eine große Dummheit begangen, er muß jetzt die Kosten der Comödie tragen, und die Conservativen (?) zahlen ihm die Gründerreden mit hundert Procent heim. — Herr Lasker selber antwortete mit der Verteidigungsschrift gegen v. Dieß, in welcher er es nun für seine „sittliche Pflicht“ erklärte, die „Verleumder“ zu „brandmarken“ und sich der „unschuldig Verfolgten“, der „correcten“ Gründer anzunehmen. Darob erwarb er sich großes Lob bei der „Berliner Börsen-Zeitung“ des Herrn Killisch. Dieser brave Mann, welcher, nachdem er mit seiner Feder sich Hunderttausende erworben, lange Jahre im Adreßbuch als Killisch v. Horn geführt wurde, bis ein Mitglied der Familie v. Horn dahinter kam und sich mit Hilfe der Polizei es verbat — dieser intelligente Mann erklärte freudigen Herzens: Lasker habe durch die Erfindung der „Verleumdungsära“ wieder gut gemacht, was er einst durch seine

Gründer-Philippiken verbrochen, und ihm solle nunmehr gern vergeben sein.

Bei den Neuwahlen 1876/77 wollte von den parlamentarischen Gründern keiner zurücktreten, klammerte sich immer Einer an den Andern, und die Parteien hatten nicht den Muth, die räudigen Schafe auszuschneiden, zumal sich gerade unter diesen viele Koryphäen befanden. Von den Nationalliberalen trat nur Miquel, von der Fortschrittspartei nur Hagen zurück. Miquel, von 1869 bis 1873 Mittdirector der Disconto-Gesellschaft, nahm als solcher seinen Abschied, sobald es mit der Gründungsära vorbei war, ließ sich aber dann zum Vorsitzenden des Verwaltungsrathes ernennen, was ihm noch immer einen Ministergehalt eintrug, bis er 1876, in Folge der Angriffe wegen der „invaliden“ Fonds, auch diesen Posten niederlegte. Wahrscheinlich ist er aber noch heute Aufsichtsrath bei verschiedenen, von der Disconto-Gesellschaft abhängigen Actiengesellschaften. Um sich zu rehabilitiren, kehrte er als Bürgermeister nach Osnabrück zurück, und er bewarb sich Anfang 1879, nach dem Abgang v. Jordanbeck's, vergeblich um die Stelle des ersten Bürgermeisters in Breslau. Als praktischer Mann verzichtete er auf den diätenlosen Reichstag und behielt nur das Mandat für den Landtag. Adolf Hagen, der 1862 durch seinen Antrag auf größere Specialisirung der Stats, das Ministerium der „Neuen Aera“ stürzte — der berühmte „Conflicts-Hagen“, legte 1871 seine Stelle als Kämmerer von Berlin nieder und wurde Director der „Deutschen Unionbank“, welche eine lange Reihe von Gründungen verübte und 1876 ihre Auflösung beschloß. Nach dem Beispiel des Herrn Miquel bewarb sich auch Hagen wieder um eine Anstellung im Communaldienst. In Charlottenburg fiel er als Candidat um den Bürgermeisterposten durch, und ward dann mit Mühe zum jüngsten Stadtrath von Berlin erwählt, nachdem er auf einen Sitz im Reichstag zu Gunsten des jüdischen „Volkswirths“ Dr. Max Hirsch verzichtet hatte.

Bei den Neuwahlen von 1876/77 ging eine tiefe Erregung durch das Volk. Auch liberale Wähler frugen den Candidaten: Sind Deine Hände von Gründungen rein? Unter dem Druck dieser Strömung fing selbst die „Volks-Zeitung“ an, gegen einige parlamentarische Gründer Front zu machen; aber die „Neue

Stettiner Zeitung“ verwies ihr solch „kleinliches Gezänk“, das nur den Gegnern zu gute komme. Die feile Presse arbeitete mit aller Macht, die öffentliche Meinung zu täuschen und zu verwirren. Es stellten die Parteien wieder ihre Gründer auf, darunter Leute, gegen die sich auch der Staatsanwalt versucht hatte. Als Candidat der Nationalliberalen trat sogar der Gründer auf, der am Eingang zum Abgeordnetenhaus öffentlich geohrfeigt worden, und er wurde auch wirklich wieder gewählt. Mit verschiedenen Gründern veranstaltete man in Wahlversammlungen eine feierliche Wäsche, so mit Bennigsen in Lehe, und mit Hammacher in Mülheim. Herr v. Bennigsen hatte vorweg jede Debatte ausgeschlossen, und als ihn dennoch ein Unberufener interpelliren wollte, ward er von dem Vorsitzenden einfach niedergeklingelt. In Mülheim wurden, nach der Erklärung des Vorsitzenden, nur Redner zugelassen, die „nationale Gesinnungen und Liebe zu Kaiser und Reich“ hätten. Hammacher, der Held zweier Gründungsperioden, der, wie selbst die „Neue Börsen-Zeitung“ schrieb, schon 1856 mit Friedrich Grillo und Assessor Thies in Essen „das industrielle Gründungsgeschäft in Westphalen nach allen Regeln der Kunst betrieben“ — hielt, obwohl eben vom schweren Krankenlager erstanden, eine über zwei Stunden lange Rede, in welcher er ausführte, daß er nur 1871 gegründet, wo von Schwindel noch nicht die Rede gewesen (!), und daß er bei seinen Gründungen nichts verdient, sondern noch viel Geld zugelegt habe (!!). Hammacher, der wie Miquel aus einem vermögenslosen Manne ein Millionär geworden, sprach so ergreifend und überzeugend, daß die über 2000 Köpfe zählende Versammlung in Weinen und Schluchzen ausbrach. Nicht nur die liberalen Blätter, sondern auch die hochconservative „Kreuzzeitung“ meldeten die vollständige Rechtfertigung Hammacher's gegen „verleumderische Angriffe“. Die „Rhein- und Ruhrzeitung“ in Duisburg, welche von einem furchtbaren „Culturkämpfer“, Namens Wilhelm Schroers redigirt wird, der gewissermaßen den literarischen Bedienten Hammacher's macht, „brandmarkte“ die Ankläger des Letzteren in einem Leitartikel: „Das moderne Delatorenthum“, der mit dem stolzen Worte Gutten's beginnt: „Ich hab's gewagt!“ und mit der Formel des römischen Redners schließt: „Dixi et animam meam salvavi!“

Bei den Neuwahlen 1876/77 wurden nicht nur die alten

Gründer und Gründergenossen wiedergewählt, sondern es drang noch eine neue Reihe von Gründern und Aufsichtsräthen, vorwiegend Semiten, in die Parlamente, z. B. Fabrikbesitzer Ludwig Löwe, Dr. med. W. Straßmann, Dr. Wilhelm Cohn, Rechtsanwalt Horwitz, Oberberghauptmann Serlo in Berlin, Justizrath Freund, Dr. Alexander Meyer und Commerzienrath Molinari in Breslau, Stadtrath Luebers in Görlitz, Justizrath Pilet in Posen, Kaufmann Reinde in Altona, Daniel Hirsch in Danzig, Fabrikbesitzer Seyl in Worms u. Triumphirend schrieb die „National-Zeitung“ (Nr. 505 do 1876): „Man könnte es sich in der That heute ersparen, noch jenes Sprühregens von Schmutz und Verleumdung zu gedenken, mit welchem ein Theil unserer Gegner die politische Schlacht einleitete; das so eröffnete Kampffeld gehörte dem Frechsten und Schamlofesten. Wir fragen heute: wo sind diejenigen, welche sich als Vorkämpfer jener Rothschlachten bewegten; welchem von ihnen hat die öffentliche Meinung ein Mandat übertragen, welchem von den Angegriffenen hat ihre Gegnerschaft ein Haar auf dem Haupte gekrümmt? Die Abgeordnetenwahl mußte das Verdict sprechen über Angreifer und Angegriffene. Wir sehen in diesem Verdict einen schlagenden Beweis von der inneren Gesundheit und Kraft unseres öffentlichen Lebens, das die Miasmen abstößt, die sich an dasselbe herandrängen.“ Dieses freche Triumphgeschrei nach den Landtagswahlen im Herbst 1876 fand jedoch eine Antwort bereits am 10. Januar 1877 durch den Ausfall der Wahlen zum Reichstage. An den Wahlurnen erschienen gegenüber den 1,500 000 national-liberalen Wählern, die 128 Abgeordnete erkoren — fast 500 000 Socialdemokraten, welche zwar nur 13 Abgeordnete wirklich durchbrachten, außerdem aber in zahlreichen Wahlkreisen sehr bedrohliche Minoritäten erzielten. In Berlin, Dresden, Chemnitz, Solingen, Zwickau, Glauchau, Schneeberg, Reichenbach im Voigtlande und Reichenbach in Schlesien, im Leipziger Landkreis und in Greiz wurden Socialdemokraten gewählt.

Als im Sommer 1878, in Folge der Attentate, die Auflösung des Reichstages erfolgte, hatten etliche parlamentarische Gründer einen schweren Stand, und ihre Candidatur wurde scharf bekämpft. Herr Hammacher durchzog mit einem Stabe von Getreuen, darunter namentlich ein Kaufmann Haase aus Ratzeburg, das Herzog-

thum Lauenburg von Dorf zu Dorf und hielt überall Wahlreden. Verschiedentlich wurde er wegen seiner zahlreichen Gründungen interpellirt, und man fragte ihn geradezu: woher er denn eigentlich seine Reichthümer habe? In der Wahlversammlung zu Grönuau war zu seinem Beistande ein Schwarm von Advocaten aus Lübeck erschienen, also fremde Eindringlinge, die gar nicht zu den Wählern gehörten und hier nicht das Mindeste zu thun hatten. Einer von ihnen, der Abgeordnete Dr. Klügmann, hielt dem Collegen Hammacher eine lange Lobrede; ein anderer, Dr. Götz, schmähte und beschimpfte die Ankläger seines Klienten, was ihm aber bald übel bekommen wäre; die empörten Lauenburger drangen auf ihn ein, und nur der überwachende Gendarm rettete ihn vor Mißhandlungen. Für Hammacher kämpften die dem Advocaten Dr. Crome gehörige „Lübecker Zeitung“ und die in Rakeburg erscheinende „Allgemeine Lauenburgische Landes-Zeitung“. Beide übergossen die Männer, welche sich über Hammacher's Gründungen verbreitet hatten, tagtäglich mit einer Fluth der übelriechendsten Schmähungen. Der während des Wahlkampfes fungirende, stellvertretende Redacteur der Lübecker Zeitung, Namens Peberzani, trieb dies so arg, daß schließlich selbst die dortigen Nationalliberalen sich seiner zu schämen begannen und ihn aus einem öffentlichen Saale hinauswarfen, so daß er noch eine ganze Treppe hinabstürzte. Hammacher's Wahl gegen den jungen Grafen Bismarck geschah nur mit einer Majorität von drei Stimmen; sie ist von zahlreichen Personen angefochten worden, und sie wird wahrscheinlich cassirt werden, denn unter den Wählern sollen sich 20 öffentliche Almosen-Empfänger befinden haben.

Ähnlich gestaltete sich eine Wählerversammlung zu Wiesloch im Baden'schen, wo der Oberstaatsanwalt Kiefer, Chef der sogenannten Mannheimer „Nebenregierung“, mit großer Leidenschaft gegen „Junker“ und „Pfaffen“ sich erging, aber mit wahrer Begeisterung für die Juden und für die Wucherfreiheit eintrat. Er jammerte, daß sein lieber edler Freund Laszler so ungerecht angegriffen werde, und er verdamnte jene Ungläubigen, welche Miquel nicht für einen „correcten“ Gründer halten. Den Verfasser der Bücher über den Börsen- und Gründungsschwindel nannte er eine „nichtswürdige Persönlichkeit“, auf den sich zu be-

rufen, eine „Schmach und eine Schande“ sei. So lästerte und schimpfte der erste Beamte der Staatsanwaltschaft im Großherzogthum, und sein Freund, der Badische Justizminister Grimm, scheint ihn, obwohl der Scandal durch viele Blätter lief, auch gar nicht zur Verantwortung gezogen zu haben. Vielleicht dient zur Entschuldigung des Herrn Kiefer, daß er, dem Bernehmen nach, an Epilepsie leidet und auch wegen Geistesstörung bereits in der Irrenanstalt zu Allenau war.

Trotz aller solcher Anstrengungen wurden bei den letzten Reichstagswahlen doch verschiedene parlamentarische Gründer und Aufsichtsräthe nicht wieder gewählt; so der „Volkswirth“ Julius Frühauß, die Advocaten Wölkel und Träger, der professionelle „Schlußmacher“ Justizrath Valentin, Dr. Dohrn in Stettin, Kaufmann August Walter in Dresden, Fabrikbesitzer Heyl in Worms, Assessor Enevogt in Sondershausen, Hüttendirector Ferd. Koch in Braunschweig, Rentner Morstadt in Karlsruhe, Gutsbesitzer Scipio in Mannheim, Oekonomierath Hausburg in Berlin, Oberbürgermeister v. Winter in Danzig, Geheimer Admiralitätsrath Jacobs in Berlin, Rittergutsbesitzer Kiepert in Marienfelde, Stadtrath Hausmann in Brandenburg, Dr. H. Grothe und Professor Hirschius in Berlin, Rittergutsbesitzer Kolbe bei Stettin, Commerzienrath Leo Molinari in Breslau (an dessen Stelle der Socialdemokrat Reinders gewählt wurde) und Dr. Friedrich Rapp, für den in Stettin vergebens der Gründer Braun-Wiesbaden plaidirte. Letzterer gelangte selber nur durch einen Zufall wieder in's Parlament. Diese Verluste treffen hauptsächlich die Nationalliberalen, und in zweiter Reihe die Fortschrittler. Hätte der Reichskanzler zu den Neuwahlen ein bestimmtes Programm aufgestellt, hätte er erklärt, daß er dem socialen Elend nur steuern könne, wenn das Volk andere Männer in den Reichstag sende, hätte er kurz und gut die Parole ausgegeben: „Wählt keinen Gründer und keinen Aufsichtsrath!“ — die Bamberger, Braun, v. Bennigsen, Löwe-Galbe, Hammacher, Laporte, Schulze-Delitzsch, Mosse, v. Bunsen, Wehrenpfennig, v. Bernuth, v. Schauß, v. Unruh, und wie sie sonst alle heißen, ja auch die Lasker, Rickert, v. Benda und Eugen Richter wären in alle Winde zerstoßen, und Fürst Bismarck hätte mit einem Schlage eine parlamentarische Mehrheit gewonnen, wie er sie zur Durchführung seiner wirtschaftlichen Pläne un-

bedingt nöthig hat. Es war eine bedeutungsvolle Demonstration, daß er seinen ältesten Sohn gegen den Jungendrescher Laster im Meiningen'schen aufstellen ließ; und es bleibt unerklärlich, weshalb er diesen glücklichen Schachzug wieder zurückthat. Es hat den vortheilhaftesten Eindruck gemacht, als der junge Graf dem vielfachen Gründer Hammacher gegenübertrat, und er gewann viele Stimmen auch unter den Liberalen. Von Gründern resp. Aufsichtsräthen wurden am 30. Juli 1878 neu gewählt: Consul H. H. Meier in Bremen; Gassdirector Dechelhäuser in Dessau, der Gewährsmann des verflorenen Ministers Achenbach; Carl Richter, „Generaldirector“ der famosen Bleichröder-Kardorff'schen Laurahütte; der „bürgerliche Democrat“ Leopold Sonnemann, Besitzer der „Frankfurter Zeitung“; Geheimrath v. Alten in Hannover; Stadtrath Lueders in Götting; Senator Dr. Witte in Rostock; Rechtsanwalt Schaffrath in Dresden; Senator und Bankdirector Otto Buesing in Schwerin.

Es erregte allgemeines Aufsehen, als im Herbst 1874 „Warrens Wochenschrift“ in Wien eine statistische Zusammenstellung brachte, wonach in beiden Häusern des Oesterreichischen Reichsraths 81 Actiengesellschaften durch 163 Verwaltungsräthe vertreten waren. Auch unsere „liberale“ Gründerpresse begann die Augen zu verdrehen, und ob solcher Zustände sich zu freuen und zu segnen. Eine schamlose Heuchelei, denn wie der Gründungsschwindel in Deutschland den in Oesterreich-Ungarn weit übertroffen hat, so ist auch das Heer unserer parlamentarischen Gründer ein viel stärkeres. Während der Schwindelperiode von 1870 bis 1873 saßen in beiden Häusern des Preussischen Landtags zusammen 182 Gründer, „Erste Zeichner“, Aufsichtsräthe, Directoren und andere Beamte von Actien-Gesellschaften; außerdem aber saßen im Deutschen Reichstag 105 solcher Personen. Von 1870 bis 1878 zählte man im Preussischen Landtag und im Deutschen Reichstag zusammen fast 300 Abgeordnete, die bei Neu-Gründungen und älteren Actiengesellschaften thätig gewesen sind. *) Welch' gewaltige Vertretung des Kapitals, welch' ungeheurere Beeinflussung

*) Eine möglichst vollständige Liste, welche zugleich den Grad der Betheiligung erkennen läßt, enthält das Buch „Der Börsen- und Gründungs-schwindel in Deutschland“ von Otto Ulagau. Leipzig 1877, bei Paul Froberg.

zu Gunsten des Handels und der Börse! Hieraus erklärt sich der kapitalistische und commerzielle Charakter unserer Gesetzgebung, die unselige Manchesterwirthschaft, welche das neue Deutsche Reich, trotz der Französischen Milliarden, in so kurzer Zeit an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Inzwischen hat die Zahl der parlamentarischen Gründer und Aufsichtsräthe etwas abgenommen, aber noch immer sitzen in beiden Häusern des Preussischen Landtags zusammen 117, außerdem im Deutschen Reichstag 75 Mitglieder, die mit Actiengesellschaften liirt waren oder noch sind. Unter diesen befinden sich fast alle parlamentarischen Größen, die gefeiertsten Redner und die Häuptlinge der Manchesterpartei, welche der wirthschaftlichen Reform abhold sind, sie offen oder heimlich bekämpfen und mit allen Mitteln zu vereiteln suchen. Mit diesen Parlamenten kann Fürst Bismarck nie zu Stande bringen, was dem Volke Hilfe und Rettung schafft, das Deutsche Reich vor dem drohenden Verfall bewahrt.

III. Gründersegen und Gründerfreunde.

Es ist interessant zu vergleichen, wie die Ausplünderung und Verderbung des Volkes durch Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland denselben Verlauf genommen hat wie in Oesterreich. Oesterreich, das den Schwindel wieder aus Frankreich übernahm, war das Vorbild, hatte gewöhnlich einen kleinen Vorsprung, aber Deutschland folgte ihm wiederholentlich auf dem Fuße nach, und hat schließlich Oesterreich wie Frankreich weit überflügelt. Die Gründung des Credit mobilier in Paris (Ende 1852), die schwindelhaften Dividenden, die er vertheilte, und der von ihm ausgeführte Ankauf der Oesterreichischen Staatsbahnen (Neujahr 1855) — gaben den Anstoß zu der ersten Gründerperiode von 1855/56. Das in Oesterreich ausbrechende Gründungsfieber verpflanzte sich nach Deutschland, und wüthete schon damals hier noch ärger. Wie Pilze schossen die Banken und Creditanstalten auf, nicht nur in Preußen, sondern auch in den Mittel- und Kleinstaaten; so in Hannover, Leipzig, Darmstadt, Luxemburg, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Lübeck, Dessau, Gera, Coburg, Gotha, Meiningen, Sondershausen, Weimar, Bückeburg. Ebenso entstanden zahlreiche Hütten-, Bergwerks- und andere Industriegesellschaften auf Actien. Die Menge der neuen Zettelbanken verursachte eine ungeheure Vermehrung des Papiergeldes, Deutschland wurde damit überschwemmt, das Publikum tief geschädigt und häufig betrogen. Alle Lebensbedürfnisse vertheuerten sich. Obwohl diese erste Gründer-Aera unter der „Reaction“ stattfand, waren die Gründer in der Hauptsache auch schon damals „Liberale“ und Juden. Auf die Politik Verzicht leistend, entschädigten sie sich an der Börse. Die neuen Bankinstitute spielten in den betreffenden Kleinstaaten bald eine bedeutende Rolle; sie mußten

sich die Höfe zu verpflichten, die zum Theil von ihnen geradezu abhängig wurden; sie entnahmen ihre Verwaltungsräthe aus den Kreisen des Adels und der Beamten-Aristokratie, und schufen sich so mächtige Verbündete. Dem allgemeinen Schwindel folgte 1857 eine große Krisis, die sich über ganz Europa und bis nach Amerika erstreckte, und unzählige Zusammenbrüche von Gesellschaften und Einzelnen herbeiführte. Unter der Geldnoth, dem Arbeitsmangel, dem Darniederliegen von Handel und Wandel litten auch schwer die unteren Klassen, aber der Actienschwindel selber hatte sie noch nicht einfangen können; die Presse besaß noch nicht die Verbreitung und den Einfluß, und es arbeiteten an ihr überwiegend noch ehrliche und anständige Leute.

Gleich nach dem glorreichen Kriege von 1866, sobald der Nationalliberalismus zur Herrschaft kam, begann die Berliner Börse einen „internationalen Charakter“ anzunehmen; sie überholte die Börsen von Hamburg und Frankfurt a. M. und wetteiferte gar mächtig mit ihren Schwestern zu Wien und Paris. Das sogenannte „Zeitgeschäft“ gewann auch in Berlin eine immer größere Ausdehnung, die Spielpapiere traten in den Vordergrund und beherrschten bald den ganzen Handel. Eine Unmasse von Deutschen und ausländischen Staats- und Communalpapieren, Lotterie- und Prämien-Anleihen, Eisenbahn-Actien und Eisenbahn-Obligationen wurden eingeführt und mit allen Mitteln unter die Leute gebracht. Oesterreicher, Russen, Amerikaner, Rumänier, Italiener, Türken, und wie die „fremden Fonds“ alle helfen, lockten das Geld aus der Tasche und ließen riesige Summen in's Ausland abfließen. Der Wunderdoctor Straußberg fabricirte im Jahre 1868 an 65 Millionen Thaler Rumänische Eisenbahn-Obligationen, die zu einer wahren Landseuche wurden, Tausende von Existenzen ruinirt haben. Bei diesem einzigen Papier läßt sich an Capital und Zinsen ein Verlust von ca. 45 Millionen Thaler nachrechnen. Von 1869 bis 1871 warfen jüdische Bankhäuser zu Berlin, Breslau, Posen, Köln, Aachen, Hamburg, Bremen, Hannover, Leipzig, Dresden, Mainz, Stuttgart, München die berüchtigten Amerikanischen Eisenbahn-Prioritäten auf den Markt, schließlich 26 an der Zahl, die bald keine Zinsen mehr gaben, immer tiefer im Preise sanken, und inzwischen, bis auf 5 oder 6, völlig vom Courszettel verschwunden sind. Sie haben das Deutsche Publikum um etwa 100 Millionen Thaler

gebracht, und ähnliche Summen hat es bei den „fremden Fonds“, bei federleichten Eisenbahn-Actien und unsagbaren Lotteriepapieren eingebüßt. Diese colossalen Verluste datiren schon aus der Zeit vor dem großen Schwindel.

Die zweite Gründerperiode vollzog sich in Oesterreich 1868/69, unter dem neuen Reichskanzler Grafen Beust, unter dem liberalen „Doctoren-Ministerium“ Giskra, Herbst, Brestel, Hasner, Berger. Von diesen Ministern theiligten sich mehrere selber an Börsenoperationen; sie leisteten dem Schwindel jeden möglichen Vorschub und empfiengen dafür hohe „Provisionen“, glänzende „Trinkgelber“^{*)} Mit den Concessionen zur Bildung von Actiengesellschaften ward ein offenkundiger Schacher betrieben. Hohe Beamte, vornehme Edelleute und Mitglieder beider Häuser des Reichsraths traten als Verwaltungsräthe ein, und gewannen flugs ein Vermögen. Aushalb begannen die Gründungen auch in Norddeutschland; aber die Concessionen waren hier nur spärlich zu erlangen. Da thaten sich die Liberalen mit den Freiconservativen zusammen, und vereinbarten mit den Herren Delbrück und Michaelis die Actiennovelle vom 11. Juni 1870, welche die Bildung von Bankinstituten und Industrie-Gesellschaften völlig freigab. In der festen Erwartung dieses Gesetzes war schon eine Reihe von Gründungen vorbereitet; noch während des Krieges mit Frankreich ging das Gründertreiben in Scene, und nach dem Friedensschlusse gestaltete es sich zu einer wahren Orgie, die über zwei Jahre anhielt. Diesmal war es Oesterreich, das erst hinterdrein kam. Die liberalen Bürgerminister hatten sich verabschieden müssen, und an ihre Stelle trat Anfang 1871 das Ministerium Hohenwart-Schäffle, welches sich in Bezug auf Schwindel und Tripotage weit weniger „freisinnig“ zeigte, und deshalb von der „liberalen“ Presse des In- und Auslandes sehr herabgesetzt wurde. Die Börse und im Reichsrath die Centralisten oder sogenannten „Verfassungstreuen“, meistens Verwaltungsräthe, waren seine geborenen Feinde. Hatte doch der Handelsminister Dr. Schäffle geschrieben: „Ein Diebstahl in's Große wird heute in Europa getrieben, woneben das Raub-

^{*)} Graf Beust setzte es durch, daß die berüchtigten Türkenloose an der Wiener Börse eingeführt wurden. Finanzminister Brestel verweigerte die Zulassung, aber sein Nachfolger Holzgethan war gefügiger.

ritterthum und die theokratische Auszehrung von ehemals edle Metiers waren — und er führt zu Ehren, statt in's Zuchthaus!“ Daher ist dieser Mann auch von unsern „Volkswirthen“, wie Braun-Wiesbaden, Bamberger, Alexander Meyer, so verhöhnt und begeistert worden. Erst nach dem Sturze von Hohenwart und Schäßle (30. October 1871) konnte der Hegenabbath auch in Oesterreich losgehen. Mit dem wiederum „verfassungstreuen“ Ministerium Auerzperg-Lasser-Glaser begann dortselbst die dritte Gründerperiode, die an Umfang ihre Vorgängerinnen weit übertraf, und in faulen Gründungen förmlich schwelgte.*) Während in Wien der „Große Krach“ schon im Mai 1873, gleich nach Eröffnung der Weltausstellung, stattfand, versuchte man in Berlin, den Schwindel noch bis Ende 1873 fortzusetzen, wo er langsam und mählich erlosch. An der Berliner Börse wurden 1872 und 1873 fast 2000 verschiedene Effecten gehandelt!

Diesmal hatte die Börse in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland das ganze Volk in ihren Netzen eingefangen. Dort wie hier war die feile, zum weitaus größten Theile nun in jüdischen Händen befindliche Presse die Zutreiberin gewesen. Mit dem Schwindel, von ihm genährt und gemästet, vermehrten sich erstaunlich die politischen Zeitungen und die Börsenblätter. Sie drangen in jedes Haus, vom Keller bis zum Dachstübchen, sie flogen bis in's entlegenste Dorf, und sie rühmten und empfahlen jedes Papier, auch das faulste und werthloseste. Die „liberale“ Presse stand ganz und gar im Solde der Börse und der Gründer; aber auch conservative Blätter blieben nicht unzugänglich. Mit der zweiten Hälfte des Jahres 1872 tauchen auch in der hochconservativen „Kreuzzeitung“ verschämte Reclamen für mitunter recht böse Gründungen auf; so für Adolf Salomon's Gastronomen- und Hinkindustrie (vormals Schäfer & Hauschner), für die Chemische Fabrik in Schönebeck, für die von Borfig und Krupp gegründete

*) Namentlich das „Haus Rothschild“ gab seinen Namen zu Allem her. Der junge Rothschild „gründete“ was das Zeug hielt; wollte man nach dem „Krach“ den alten, jetzt verstorbenen Baron für eine nothleidende Gründung seines Sprößlings interessieren, so antwortete er trocken: „Mein Sohn repräsentirt nicht das Haus Rothschild.“ Sobald der Sohn Chef des Hauses geworden, zog er sich selbstverständlich von seinen faulen Schöpfungen zurück.

Maschinenfabrik Deutschland in Dortmund &c. Aber noch mehr. Selbst der amtliche „Deutsche Reichs- und Königlich Preussische Staats-Anzeiger“ kann sich nicht enthalten, im redactionellen Theil neue Gründungen anzupreisen. So empfiehlt er das zu so trauriger Berühmtheit gelangte Wasserwerk Neptun der Herren Doctoren Engel und Braun-Wiesbaden, welche den vielverheißenden Prospect unter Beifügung ihres Charakters als „Abgeordnete“ unterzeichnet haben (Nr. 10 de 1872); er empfiehlt die gleichfalls von Dr. Braun verfaßte und später von dem Staatsanwalt in Augenschein genommene Wöhlert'sche Maschinenfabrik (Nr. 32 de 1872); er empfiehlt die wiederum von Dr. Braun erzeugte, glücklicherweise todtgeborene Buchhändlerbank (Nr. 44 de 1872); er empfiehlt die nicht minder fragwürdige Berliner Bauvereinsbank, gegründet von Herrn Baesemann, dem „Erbauer des Berliner Rathhauses“ (Nr. 52 de 1872) &c. &c. Auch der Börsenberichterstatter des „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeigers“ war, wie bei allen Blättern, ein Jude!

In Oesterreich wie in Deutschland war die Börse der Mittelpunkt des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens geworden. Der hohe Adel, die höchsten Beamten, gefeierte Gelehrte und Künstler speculirten an der Börse, bewarben sich bei Gründungen und Emissionen um „Betheiligungen“, boten ihre Dienste als Aufsichtsräthe an, schmauseten und zechten mit professionellen Gründern und Börsianern. In Oesterreich erwuchs ein zahlreicher Finanzadel; Börsenmänner wurden ununterbrochen zu Rittern und Baronen ernannt. Auch in Preußen sahen sich etliche hervorragende Gründer in den Adelsstand erhoben, und eine lange Reihe von Börsianern, die bei dem Schwindel betheiligt sind, erhielten bis in die letzte Zeit hinein Orden und Titel, was natürlich nur auf Vorschlag und Empfehlung ihrer Freunde und Clienten geschah, und den großen Einfluß beweist, den diese Leute in Hof-, Adels- und Beamtenkreisen noch immer besitzen. In Oesterreich wie in Deutschland hatte sich eine Klasse von gewerbsmäßigen Speculanten gebildet, welche gleich den Banquiers, Actien-Directoren und Aufsichtsräthen, einen fabelhaften Aufwand trieben. Luxus und Verschwendung, Ueppigkeit, Wöllerei und Ausschweifungen jeder Art ergriffen alle Schichten der Gesellschaft. Die Gründer und Börsianer wußten mit Hilfe der Presse den Wahn zu er-

zeugen, als ob die ganze Nation im Golde schwimme. Das Geld wurde förmlich ausgestreut, die Preise gewaltsam in die Höhe getrieben. Es entstand eine künstliche Theuerung, Lebensmittel und Wohnung stiegen um das Drei- und Sechsfache. Die solide Arbeit, der ehrliche Erwerb geriethen geradezu in Mißachtung; Börsenjobberei und Schwindelgeschäfte wurden salonsfähig, denn die Elite der Gesellschaft, selbst Damen, ältere wie jüngere, trieben sie als eine Art von Sport.

Diesmal wurde das gesammte Volk vom Höchsten bis zum Niedrigsten ausgefogen. Dienstboten und Wäscherinnen waren mit faulen Actien bedacht worden, ebenso wie Excellenzen und Prinzen. Einem weit verbreiteten Gerücht nach, hat auch Kaiser Franz Josef, ohnehin nicht reich, den größten Theil seines Privatvermögens in Actien verloren. Desgleichen sollen verschiedene Mitglieder des Preussischen Königshauses große Summen dem Generalgründer Heinrich Quistorp anvertraut und dabei empfindlichen Schaden erlitten haben. Man sieht, wie unvorsichtig die Declamationen der Herren Camphausen, Achenbach und Delbrück sind, wenn sie behaupten: die ganze Nation sei von einem Schwindel erfaßt gewesen, die betrogenen Actionäre verdienten kein Mitleid, und es gebe nun einmal Leute, die durchaus ihr Geld los sein wollten. Um den Sturz Quistorp's, dieses unglückseligen Menschen, aufzuhalten, versuchten seine Protectoren eine Unterstützung aus Staatsmitteln anzubahnen. Nach Zeitungsberichten trat zu diesem Zwecke eine Commission unter Vorsitz des Finanzministers Camphausen und unter Huziehung des Präsidenten der Preussischen Bank, v. Dechend zusammen; indeß stieß der Plan in der öffentlichen Meinung auf scharfen Widerspruch, und so überließ man Herrn Quistorp dem verdienten Schicksal. Reiche und wohlhabende Leute verloren theilweise und ganz ihr Vermögen, kamen um Haus und Hof, wurden bettelarm. Unzählige aus dem Mittel- und Kleinbürgerstande verloren ihre langjährigen sauren Ersparnisse; viele Tausende wurden ruinirt und ringen seitdem um ihre Existenz; Tausende brachen völlig zusammen und sanken von Stufe zu Stufe; gar Viele griffen zum Selbstmord. Die Actienseuche hat Millionen heimgesucht, und auch Diejenigen, welche nie ein Börsenpapier besaßen, haben durch die zahllosen Unterschlagungen und Diebstähle bei Banken und Bankhäusern,

durch die zahllosen Concurse und Subhastationen mehr oder minder große Verluste erlitten; während in Folge der Krisis die arbeitenden Klassen, aus Mangel an Beschäftigung und wegen der übermäßigen Concurrnz, in Noth und Elend geriethen. Eine vollständige Vermögensverschiebung hat stattgefunden: Millionen sind beraubt, ausgeplündert; etliche Tausend, vornehmlich Juden, haben sich ungemein bereichert. Der Statistiker Engel, wie schon erwähnt, selber ein vielfacher Gründer, schätzte im Jahre 1876 die Coursverluste, welche das Publikum bei den an der Berliner Börse gehandelten Actien erlitten, und welche Herr Julius Schweizer von der „National-Zeitung“ als wirkliche Verluste gar nicht gelten lassen wollte, auf etwa 700 Millionen Thaler. Von den Gründungen der Schwindelperiode und von sonstigen Actien ist jedoch kaum die Hälfte im Berliner Courszettel zur Notirung gekommen, und auch aus anderen Gründen ist jene Schätzung ganz unzureichend; vielmehr darf man heute den Gesamtverlust auf gut 2000 Millionen Thaler veranschlagen — eine Summe, welche die riesige Kriegsschädigung, die Frankreich hat leisten müssen, weit übertrifft. Was aber bedeuten diese Coursverluste gegenüber den Verheerungen, welche seit sechs Jahren Handel und Industrie, Gewerbe und Handwerk erfahren! Was bedeuten sie gegenüber dem sittlichen Deficit, welches seitdem uns belastet! Wieviel hat das Deutsche Volk eingebüßt an Ruf und Ansehen, wieviel verloren an Ehrlichkeit und Moralität, an Tugend und Religion, an Arbeitslust und Sparsamkeit, an Zucht und Sitte! Wie erschrecklich haben Mord und Selbstmord, Raub und Einbruch, Diebstahl und Betrug, Meineid und Nothzucht, dazu die Vergehen und Verbrechen im Amte zugenommen!

Gerade die verunglücktesten Gründungen führten sich mit Namen ein, die kein Mißtrauen aufkommen lassen konnten. Die später in Concurse gerathene Bahn Crefeld-Kreis Kempen wurde dem Publikum empfohlen von Landrath Max Förster und Oberbürgermeister Ouderegh in Crefeld und von dem Herrenhausmitglied Hermann vom Rath auf Haus Lauersfort. Im Prospect war eine Rentabilität von $11\frac{1}{2}\%$, „ohne Annahme eines durchgehenden Verkehrs“, ausgerechnet. Bei der gleichfalls verachteten

und später von der Regierung übernommenen Bahn Münster-Enschede figurirten u. A. als Aufsichtsräthe: Fürst zu Bentheim (Herrenhausmitglied), Landrath v. Wasse und Regierungsrath Schüller in Burgsteinfurt. Der Norddeutsche Landwirthschaftliche Bankverein, dessen Directoren Helbig und Scharffe vor dem Strafrichter standen, dessen unglückliche Genossenschafter ihre Ein-schüsse verloren, und dazu noch die große Unterbilance decken mußten, nannte als Mitglieder des Verwaltungsraths u. A.: Landrath Freiherr von dem Kneesebeck-Fühnsdorf (Abgeordneter) und von der Osten-Geiglig, Kammergerichtsrath Maximilian Schulz, Oberhandelsgerichtsrath v. Bangerow. Unter den Auf-sichtsräthen der Februar 1873 von Carl Aulig & Co. gegründeten Westend-Potsdam-Baubank stand obenan Generalmajor v. Wix-leben, und es folgten dann Stadtverordneter, Rechtsanwalt Meyn und Dr. Heinrich Ebeling, Börsen-Redacteur der „Bosfischen Zeitung“. Wie es sich hinterher herausstellte, war das kostbare Bauterrain eine Art Sumpf bei Potsdam, wo es eine gute Entenjagd gab. Nach einem Bericht in „Saling's Börsenblatt“ präsidirte General v. Wixleben der Generalversammlung in voller Uniform, und der Director Fischer legte eine Bilanz vor, die mit 3400 Thaler Gewinn abschloß. Später bekannte Fischer, daß er wenige Monate nach seinem Eintritt den schwindelhaften Charakter der Gesellschaft durchschaut habe; er und Aulig ver-schwanden aber, der Aufsichtsrath legte sein Amt nieder, und die Actionäre hatten das Nachsehen.

Gewiß nicht bloß aus Freundschaft und Wohlwollen, sondern in schlauer Berechnung umgaben sich Gründer und Gründer-banken, ältere und junge Actiengesellschaften mit einem Stabe von Parlamentariern, mit ehemaligen und activen Staats- und Communalbeamten, zogen sie die Elite der Gesellschaft heran. Es waren, wie Herr Eugen Richter so treffend sich ausdrückte, die „Schlepper im Bauernfange“, welche die zahllosen Gründungen erst möglich machten, und sie wurden dafür reichlich bezahlt, sie erhielten von der Beute ihren Antheil, indem sie als „Erste Zeich-ner“ große Coursgewinne einsteckten und als Aufsichtsräthe fette Tantiemen bezogen. Wie einträglich diese Functionen gewesen, hat Herr v. Kardorff verrathen, als er in einem Briefe an den Rechtsanwalt Träger schrieb: „Es ist ziemlich bekannt, daß ich

nich an industriellen Unternehmungen nicht theilhaftig habe, um Schätze zu sammeln, sondern lediglich um mir zu ermöglichen, ohne Vermögensverluste meine parlamentarische Thätigkeit wahrzunehmen.“ Dieser praktische Volksvertreter residirte alljährlich sechs bis neun Monate mit Familie und Dienerschaft in Berlin, was ihm also keine „Vermögensverluste“ kostete, was er alles aus den Revenuen von vier oder fünf Actiengesellschaften bestritt, an denen er sich „theilhaftig“ hatte. Wenn das Publikum nun den glänzenden Namen vertraute, mit denen die Prospective, Emissionsanzeigen und Zeitungsartikel prahlten, wenn es den mit solch' klangvollen Namen unterstützten Empfehlungen glaubte und die angepriesenen Actien kaufte — ist es nicht zu entschuldigen und zu bemitleiden; verdient es wohl, von denselben Leuten, die es ausplünderten, von derselben Presse, die es verführte, hinterher noch ob seiner Einfalt und Leichtgläubigkeit verspottet zu werden; verdient es den grausamen Hohn, es sei der „Sucht nach mühelosem Gewinn“ zum Opfer gefallen, und es sei ihm nur Recht geschehen??

Dem Wunderdoctor Straußberg stand bei seinen schlimmen Eisenbahngründungen, insbesondere bei den von ihm für 65 Millionen Thaler ausgegebenen Rumänischen Obligationen, der Geheime Oberfinanzrath Ambromm zur Seite, der noch 1871, als der colossale Schwindel bereits sich enthüllt hatte, im Amte war, und den Minister Camphausen erst gehen ließ, als etliche Blätter Scandal schlugen. Straußberg's Verbündete waren: die Herrenhausmitglieder, Herzog v. Meist und Herzog v. Ratibor, Graf v. Lehndorff, Fürst Putbus und Oberbürgermeister Richtsteig in Görlitz; sowie die Abgeordneten Ambromm, Abikes, Lenz, Eugenber, Neubourg, v. Bennigsen und Landrath Graf zu Solms-Sonnenwalde. Der Generalgründer Quistorp hatte zu Gehilfen die Regierungsräthe Bühling und Jungermann, von denen der letztere im Reichskanzleramt angestellt war. Robert Baumann, früher in Leipzig, gründete mit den Herrenhausmitgliedern Fürst Putbus, Prinz Biron und dem Freiherrn v. Schuchbar (Milchling) in München, mit den Abgeordneten Braun-Hersfeld, Braun-Wiesbaden und Faucher. Bei der Berliner Nordbahn, traurigen Andenkens, waren Baumann und Feig & Pincus die Finanzleute und die eigentlichen Macher; der Prospect nannte als Verwaltungsräthe aber auch den Staatsminister Bernhard v. Bülow, den Kammer-

herrn und Regierungsrath Grafen Bernstorff in Neu-Strelitz und das Reichstagsmitglied, Rittmeister von der Lanken auf Mügen; als Directoren die Regierungsräthe Windmüller und Schück. Auf dem Prospect des berühmten Thüringer Bankvereins figurirten, neben den Banquiers Baumann, Heidenreich, Moritz und Moos, der Geh. Ober-Regierungsrath Freiherr v. Münchhausen, der Regierungsrath Haß und der Regierungsrath Dr. Reinhard aus Weimar, „Großherzoglicher Regierungskommissar bei der Thüringischen Eisenbahn“. Später trat als „Aufsichtsrath“ noch der Oberbürgermeister Brodzina in Rudolstadt hinzu. Ebenso mußte der später geadelte Großspeculant J. A. W. Carstenn Genossen und Protectoren in den höchsten Kreisen zu finden. Er ist der eigentliche Vater verschiedener Bauvereine in der Umgebung von Berlin und der berühmten Flora in Charlottenburg. Die letztere, bei welcher er den Vorkäufer machte, wurde von Fürst Putbus, Polizeipräsident v. Wurmb, Legationsrath Freiherr v. Stessens, Regierungs-Assessor Plewe u. A. aus der Taufe gehoben. Ueber eine andere Gründung des genialen Herrn Carstenn, die wahrscheinlich auch die Ursache zu seiner Erhebung in den Adelsstand gewesen ist, berichtete die „Nationalzeitung“: „Die Land- und Bau-gesellschaft in Lichterfelde hat sich constituirt; dieselbe hat die Bebauung des ganzen Terrains rings um das dort zu errichtende Gebäude des Cadettencorps zum Zwecke. Seine Majestät der Kaiser hat sich in einem Schreiben sehr anerkennend über den Plan ausgesprochen. Der General à la suite des Kaisers, Freiherr v. Steinäcker, wurde zum Vorsitzenden des Verwaltungsraths gewählt, und eine Stelle für ein von Seiten des Kriegsministers zu delegirendes Mitglied offen gehalten.“ (!) In diesem Verwaltungsrath saß auch der Abgeordnete und Landrath a. D. Freiherr von dem Knesebeck auf Jühnsdorf.

Die Gründerfamilie Mamroth „betheiligte“ bei ihren Schöpfungen die Geheimen Admiralitätsräthe Wandel und Jacobs (Abgeordneter), die Stadtverordneten Dr. Stort und Dr. Erich, den Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. Engel (Abg.), den Justizrath Dr. Braun-Wiesbaden (Abg.) und den Geh. Regierungsrath Dr. Esfe, den Regierungs-Vizepräsidenten Willenbücher und den Rechtsanwalt Mehring in Posen, und den Rechtsanwalt Quenstedt in Bromberg. Adalbert Delbrück, Vetter des Reichsfinanzleramts-Präsidenten und einer der gewaltigsten Gründer überhaupt, stellte

an die Spitze der ziemlich verunglückten Deutschen Baugesellschaft den Stadtrath Risch und den Geh. Ober-Regierungsrath Kieselste (Abg.); umgab die Gesellschaft für Bauausführungen mit einem Aufsichtsrath von Künstlern, wie Geh. Baurath Hitzig, Baumeister Heyden und Hennicke, Geschichtsmaler D. Begas und Bildhauer Fußmann-Hellborn; und verzierte die Vereinigten Chemischen Fabriken zu Leopoldshall mit einem Juristen, dem Stadtgerichtsrath Keyßner, welcher das Talent besaß, gleichzeitig auch noch als Aufsichtsrath einer zweiten, am selben Orte gegründeten chemischen Fabrik zu fungiren. Zu den Gehilfen des geadelten Gründers Gerson v. Bleichröder gehörten u. A. der Abgeordnete v. Kardorff, der frühere Oberbürgermeister von Gera, Wilhelm Weber, der Geh. Legationsrath Graf Hatzfeld-Wildenburg, der Berghauptmann v. Carnall, der Wirkliche Geh. Kriegsrath Krienes, der Justizrath, jetzige Oberbürgermeister Friedensburg in Breslau, und der jetzige Abgeordnete Dr. Wilhelm Cohn in Charlottenburg.

Jede größere Bank war auch im Parlament vertreten, so daß es sehr erklärlich ist, wenn die Gesetzgebung so außerordentlich die Interessen des Kapitals und der Börse förderte. Im Verwaltungsrath der Berliner Handelsgesellschaft saßen das Herrenhausmitglied Gustav Mevissen aus Köln, die Abgeordneten Overweg und v. Unruh und der Geheime Ober-Regierungsrath Windhorn. Bei den Hensel'schen Bankinstituten resp. bei der Spielhagen'schen Hypothekenbank fungirten die Herrenhausmitglieder Reichsgraf zu Solms-Baruth, Fürst zu Putbus, Graf v. Lehndorff-Steinort und Herzog v. Ujest; die Abgeordneten Polizeipräsident Engelken in Potsdam und Landesältester v. Seydewitz, sowie der erste Tresorier des Königs, Geh. Regierungsrath Geiling, ferner Herr v. Treskow-Grocholin und Kammerdirector Zffland in Bückeburg. Wie allgemein verbreitet ist, haben auch Mitglieder des Königshauses an den Hensel'schen Actien, die sie, ebenso wie die Quistorp'schen Effecten, in der Meinung übernahmen, gemeinnützige Zwecke zu unterstützen, empfindliche Einbußen erlitten. Die Gründer und Börslaner verschonten eben Niemanden, und nur die „Wissenden“ haben sich vor Verlusten geschützt. Bei der Hübner'schen Hypothekenbank und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft waren thätig die Parlamentarier: v. Bockum-Dolffs, Staatsminister v. Carlowitz, Freiherr v. Batow und Graf Schwerin-Putzar,

Rittergutsbesitzer Karbe, Freiherr v. Eckardstein-Prockel, und von activen Beamten: Geheimer Ober-Regierungsrath Windhorn, Geh. Oberfinanzrätthe Geim und Löwe. Im Aufsichtsrath der Gewerbank Schuster & Co. saßen Oberst z. D. v. Ohlen und Ablerstrom und die Abgeordneten, General-Land-Feuer-Societätsdirector v. Quelsen in Merseburg und Landrath Graf Solms-Sonnenwalde. Die Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co. betrieb ihre statutenwidrigen Gründungen unter „Aufsicht“ der Abgeordneten Schulze-Delitzsch, Rechtsanwalt Schend in Wiesbaden, Dr. Buhl in Deidesheim und der Stadträtthe Kunz, Halske und Meyer Magnus. Bei Errichtung der Centralbank für Genossenschaften, die ihren Zweck fast nur in Gründungen suchte, obwohl ihr solches das Statut ausdrücklich verbot, waren thätig der Abgeordnete Georg v. Bunsen und der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Straßmann, neuerdings gleichfalls in das Abgeordnetenhaus gewählt. Die vielberufene Preussische Boden-Credit-Actienbank umgab sich mit den Abgeordneten, Minister v. Bonin, Geh. Ober-Regierungsrath Engel, Rittergutsbesitzer Günther-Marzdorf, Dr. Ahlmann in Kiel, Graf v. Wisingerode, Hermann Schnoor in Leipzig und Friedrich Feustel in Bayreuth; außerdem mit den Kammerherren Louis v. Brillwitz und Hans Eder Herr zu Putlitz, Justizrath Wilke, Geh. Justizrath Borchardt, General-Lieutenant v. Wipleben. Mit den gründungswüthigen Directoren dieser Bank, Sachmann und Schweder, gründete der Abgeordnete Dr. Behrenspennig die „Spener'sche Zeitung“ und redigirte dieselbe, bis der Schwindel zu Grabe getragen war. Unter ihm brachte das Blatt, dessen Börsentheil zeitweise der „Volkswirth“ und jetzige Abgeordnete Alexander Meyer leitete, für die faulsten Gründungen faustdicke Reclamen im Stil des Doctor Eisenbart. Herr Behrenspennig aber wurde im Herbst 1877 zum Ministerialrath ernannt. Besonders gesucht waren die Sinecuren bei der Discontogesellschaft, von denen manche in der Schwindelperiode bis 50 000 Thaler jährlich eintrug. Zu den Verbündeten dieser Generalgründerbank gehörten die Geheimen Ober-Finanzrätthe Scheele, Scheller und Möller, der schon genannte Regierungsrath Dr. Reinhard aus Weimar, die Herrenhausmitglieder Wilkens und Freiherr v. Diergardt, die Abgeordneten Miquel, Hardt v. Rönne, v. Bernuth, Freiherr v. Eckardstein-Prockel, die Wirklichen Geheimen Rätthe

und Excellenzen Wehrmann und Schuhmann, denen es vorher obgelegen, dem König im Namen des Staatsministeriums Vortrag zu halten.

Eine parlamentarische Gründung war die März 1870 von der Discontogesellschaft, Gerson Bleichröder, Rothschild & Söhne in Frankfurt und Salomon Oppenheim in Köln errichtete, mit ganz außerordentlichen Privilegien ausgestattete Preussische Central-Boden-Credit-Actiengesellschaft, welche sich mit einer unverschämten Agiotage einführte. In den Verwaltungsrath traten die Parlamentarier, Graf v. Arnim-Bohnenburg, Staatsminister v. Bernuth, v. Bethmann-Hollweg auf Runowo, v. Kardorff-Wabnitz, Graf v. Hocholz-Niesen, v. Wedell-Malchow, v. Sanger-Grabowo, Geh. Oberfinanzrath Wildens, Braun-Wiesbaden, Miquel, Hardt, v. Simpson-Georgenburg, Freiherr v. Eckardstein-Prockel; außerdem General-Landschaftsrath v. Heyden-Carlrow, Geh. Ober-Regierungsrath v. Nathusius auf Hundsburg, Geh. Oberfinanzrätthe Scheele und Möller in Berlin, Herr v. Tiedemann-Kranz, Wirklicher Geheimer Rath Schuhmann. Zur Gründung der Deutschen Bank, bei welcher die „Ersten Zeichner“ nicht blos Einen, sondern drei große Schnitte hintereinander machten, die selbst in Börsenkreisen Unwillen erregten, verband sich Adalbert Delbrück mit den Abgeordneten Ludwig Bamberger, Hardt, H. H. Meier, A. G. Mosle, Consul G. Müller, Overweg. Erster Director wurde der Abg. Assessor Dr. Georg Siemens, und in den Aufsichtsrath trat der Abg. Dr. Friedrich Rapp. Bei der seligen Deutschen Unionbank waren die Abgeordneten Adolf Hagen, Braun-Wiesbaden und Hammacher thätig. Letzterer hatte 175 000 Thaler gezeichnet, was ihm, da die 50 procentigen Interimscheine mit 103 an die Börse kamen und bis 140 getrieben wurden, ein Trintgeld von 50 000 bis 70 000 Thaler eingetragen haben muß. Das Publikum dagegen hat an den Actien der Deutschen Unionbank ca. 10 Millionen Thaler, an ihren Gründungen und sonstigen Emissionen allermindestens 25 Millionen, zusammen also etwa 35 Millionen Thaler verloren. Hammacher, Hagen und Consul Müller gründeten die durch ihre traurigen Schicksale berühmte Deutsche Eisenbahnbaugesellschaft, bei der als Directoren der Baurath Mellin und der Regierungsassessor Carl Windthorst eintraten, während der Wirk-

liche Geheime Ober-Regierungsrath Hartwich, wie die „Nationalzeitung“ meldete, „mit ausdrücklicher Genehmigung des Reichsfinanzlers“, den Vorsitz im Aufsichtsrath übernahm. Bei der verkrachten Berliner Wechselbank walteten als Aufsichtsräthe: Ernst Freiherr v. Eckardstein-Drehna, „Volkswirth“ Julius Faucher, Stadtbaurath Gerstenberg, Graf Solms-Sonnenwalde und Geh. Hofrath Dohme. Bei dem liquidirten Berliner Bankverein, der auch eine reine Gründerbank war, und mit dessen Actien ein wildes Agiotagespiel getrieben wurde, fungirten die Abgeordneten Dr. Fr. Rapp, Kriesche und Guido Graf Hendel v. Donnerzsmard.

Der Schaaffhausen'sche Bankverein in Köln, welcher, trotz ausdrücklichen Verbots seiner Statuten, die Gründerei betrieb, war im Parlament durch die Herren Mevissen, Overweg und Freiherr v. Diergardt vertreten. Von den Aufsichtsräthen des Schlesischen Bankvereins zu Breslau verdienen genannt zu werden: die Abgeordneten, Prinz Carl Hohenlohe, Berghauptmann, jetzt Ministerialdirector Dr. Serlo und Graf Guido Hendel v. Donnerzsmard; dazu Consistorialrath Dittrich, Forstdirector Windler, Appellrath Ferd. Wenzel, Freiherr Hermann v. Muschwitz und Excellenz Emmo Graf Schaffgotsch. Bei den zahlreichen, meist unglücklichen Gründungen des Schlesischen Bankvereins figuriren u. A. die Parlamentarier Graf Renard, Elsner v. Gronow, Dr. Websky und Adolf Hagen; sowie die Herren Graf Solms-Roesa auf Clupco, Justizrath v. Wilnowski, Generalsecretair Wilh. Korn, Wirklicher Geh. Kriegsrath Krienes und Kreisgerichtsdirector Hermann Black, welcher letztere Director der Leipziger Wechselbank wurde.

Eine vorwiegend parlamentarische Gründung war auch die im Juli 1871 sich ankündigende Süddeutsche Boden-Creditbank in München, und ihre 40 procentigen Interimsscheine wurden an den Börsen mit 114—117 eingeführt, was einem Course von 135—142½ entspricht. Im Prospect waren neben den Rittern von der Börse genannt: die Reichsräthe Graf Max zu Arco-Valley, Graf Wolfgang zu Castell, Theodor v. Cramer-Klett, Graf Otto Duadt-Isny und Freiherr Julius v. Niethammer; Staatsrath August Lamey in Mannheim, Graf Albert zu Reckberg-Rothenlöwen, Präsident der I. Württembergischen Kammer, die Reichstagsmitglieder Dr. v. Schaub und Freiherr Franz

v. Stauffenberg; ferner Professor Freiherr Justus v. Liebig und Oberstallmeister Graf Max zu Hohenstein. Als Aufsichtsräthe älterer Actiengesellschaften in Bayern treten noch hervor: Staatsrath Heinrich v. Schubert, Ministerialrath v. Rißler, Appellrath Stenglein, Reichsrath Graf Max v. Montgelas, Freiherr Ullner v. Benningen, Graf Friedrich v. Hegenberg-Dux und Dr. Albert Wiß, früher Reichstagsabgeordneter in München. Vielfache Gründer sind Lothar v. Faber in Nürnberg und das nationalliberale Reichstagsmitglied Friedrich Feustel in Bayreuth. Bei der Stuttgarter Bank theilten sich: Otto Erbgraf v. Rechberg-Rothenlöwen, Regierungsrath Holland, Reichstagsmitglied Emil v. Reßler. Bei sonstigen Stuttgarter Actiengesellschaften wurden genannt: Geh. Legationsrath Dr. Griesinger, Geh. Hofrath v. Kaulla, Obertribunalsrath Sarwey, Regierungsrath Jordan, Commerzienrath v. Hallberger, sowie die Reichstagsabgeordneten Chevalier, Doertenbach und Gustav Müller. Im nationalliberalen Großherzogthum Baden geschahen die Gründungen vornehmlich unter Anführung der Bankhäuser Labenburg & Söhne, Köster & Co., Hohenemser & Söhne in Mannheim, Gebrüder Haas, Ed. Kölle und G. Müller & Cons. in Karlsruhe. Bloss in Mannheim wurden 1870 und 1871 vier Banken gegründet, und jede mit einem reichen Kranz von Aufsichtsräthen versehen, von welchen die namhaftesten sind: Fr. Graf Werlichingen, Fr. Freiherr v. Bodman, Fr. Graf Oberndorf, L. Freiherr Rüdert v. Collenberg, und die Parlamentarier: Professor Bluntschli, Dissené, Eckhard, Doertenbach in Stuttgart, Gossen in Zell, Cornelius Wilh. Heyl in Worms, Joseph Benzing in Landstuhl (Pfalz), Dr. Buhl in Weibesheim, Bayerischer Reichsrath Böcking in Landau, Morstadt in Karlsruhe, Fauler zu Freiburg im Breisgau, Pfleger in Lörrach, Scipio in Mannheim.

Nach Preußen wüthete der Schwindel am ärgsten in Sachsen, wo eine lange Reihe von Gründerfirmen thätig war; so in Dresden: Michael Raschel (Barone Felix und Carl v. Raschel), M. Schie Nachfolger, Robert Thode & Co., Eduard Rocksch Nachfolger, Philipp Elimeyer, A. L. Mende, Otto Seebe, Georg Meusel & Co., Bassenge & Co., Herzog & Philippi, Günther & Rudolph, B. Gutmann, A. Gerstenberger, Gebrüder Guttentag u.; in Leipzig: Becker & Co., Frege & Co., Heinrich Rüstner & Co., H. C. Plaut,

Hammer & Schmidt, C. G. Weiß & Co., Dürbig & Co., Hermann Samson, G. Gaudig & Blum, Knauth, Nachod & Kühne, Schnoor & Franke u. Hervorragende Gründer resp. Aufsichtsräthe sind: Commerzienrath Hschille in Großenhain, Geh. Commerzienrath Richard Hartmann, Gustav Hartmann, Rich. Hartmann jun., Commerzienräthe Keller und Joh. Zimmermann, Geh. Hofrath Kohl, Advocat Weber I, Louis Benndorf, Julius Stärker, Gottlieb Behrend, Louis Schönherr, sämmtlich in Chemnitz; Hugo Grumpelt, Advocat Schanz, Medicinalrath Küchenmeister, Justizrath Kohnschütter, Architect Manfred Semper, C. Gomperz, Dr. Theodor Eulenstein, Advocat Dr. Gustav Lehmann, Emil Quellmalz, Commerzienrath Max Hauschild, Victor Blachstein, Advocat Dr. Wolf, sämmtlich in Dresden; Casar Sonnenkalf, Ludwig Gumpel, Hofrath Dr. Oswald Marbach, Kreisgerichtsdirector H. Blach, Buchhändler Franz Wagner, Professor Birnbaum (Abg.), sämmtlich in Leipzig; Carl Graf Einsiedel-Wolfenburg, Graf v. Hohenthal-Dölkau; ferner Baron v. Beust, der Bruder des Oesterreichischen Reichskanzlers, der diesem nach Wien folgte und dort weiter gründete, sowie Freiherr Max Maria v. Weber, später in Wien, und neuerdings Volontair im Preussischen Handelsministerium. Im Sächsischen Landtag saßen folgende Gründer resp. Aufsichtsräthe und Actienverwandte: Hermann Schnoor und Geh. Commerzienrath Becker aus Leipzig, Stadträthe Rülke, Beck, Fröhner und Dr. Mindkowitz, Advocat Emil Lehmann, Justizrath Schaffrath, August Walter, Richard Scheller, Graf Wilbing v. Königsbrück und Oberbürgermeister Pfotenhauer, sämmtlich in Dresden; Professor Richter in Tharandt, Bürgermeister Dr. Koch aus Leipzig und Martini in Glauchau, Kammerherr v. Metzsch auf Griesen, Rittergutsbesitzer Pfeiffer auf Burkersdorf, Gutsbesitzer Barth in Stenn, Advocaten Eysoldt und Hermann Schreck in Pirna, Advocat Meischner in Penig, Florentin Wehner in Leipzig, Lehnrichter Philipp bei Radeberg, Directoren Uhle in Glauchau, Wehnert in Dresden, Grahl in Döhlen.

Fast einen ähnlichen Umfang gewann die Gründerei in dem kleinen Herzogthum Braunschweig, wo überhaupt eine große offenkundige Corruption waltet und das Ländchen gewissermaßen beherrscht. Große Gründer resp. mehrfache Aufsichtsräthe sind die Commerzienräthe Ritter v. Voigtländer, Löbbecke, Schöttler, Schmidt,

Seeliger und Oppenheimer, Dr. Aronheim, die Directoren Seyferth, Ferd. Koch, Fr. Deicke, Wendorf, Windhausen, Urbich und B. v. Seckendorff, die Advocaten Häusler, Breithaupt, Otto und Müller, Buchhändler Heinrich Bieweg, Oberbaurath Schessler, Lotterie-Inspector Wolf, G. Runde, E. Mencke, R. Löhnefink, Selwig, Carl Salomon, Ingenieur Mitgau, Major a. D. Hollandt, Finanzrath Wolff, Ferd. Ebeling, Hermann Buchler, Stadtrath Rittmeyer. Von dortigen Abgeordneten standen zu Actiengesellschaften in Beziehung: Commerzienräthe Schöttler und Seeliger, Dr. Aronheim, Dr. Seyferth, Hüttendirector Ferd. Koch, B. v. Seckendorff, Finanzrath Kunzen, Oberbürgermeister Caspari, Handelsgerichts-Director Bode, Landyndikus Desterreich, Advocaten Häusler und Müller. In den Deutschen Reichstag hat Braunschweig 1877 wie 1878 nur Gründer resp. Aufsichtsräthe entsandt. Bei Errichtung der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekbank, deren 40 proc. Interimsscheine mit 25 % Aufschlag eingeführt wurden, reichten sich Braunschweiger, Hannoversche, Hamburger und Berliner Gründer die Hände. Von Hannoveranern waren betheiligt: M. J. F. Frensdorff, Ephr. Meyer & Sohn, Fritz Hurgig, Advocat J. Benfey, Senator Brande, der Abgeordnete Obergerichtsanwalt Laporte und der Geheimrath Victor v. Alten, neuerdings in den Reichstag gewählt. Hannover hat gleichfalls eine lange Reihe von Gründern und Aufsichtsräthen aufzuweisen. Es seien nur noch genannt: Lessmann & Abr. H. Cohen, Michel Behrend, M. Blumenthal's Nachfolger, Adolf Meyer, Commerzienräthe Siemering, Rümpler, Röhrs, Eichwede, Buresch, Köhsel, Stadtdirector Rasch, Bürgervorsteher Heinemann, Polizeipräsident v. Brandt, Oberhofbaurath Molthau, Steuerath Stöck, Schatzrath Dr. König, Regierungs- und Baurath Reil, Obergerichtsanwälte Abel, v. Hartmann, Warnebold und Müller in Hannover, Advocaten Haarmann und Meyersburg in Celle, „Generaldirector“ Winger, Senator Bödiker in Osnabrück.

Das patriarchalische Mecklenburg beglückte Berliner und Hamburger Gründer mit drei neuen Banken, die weiter keinen Zweck hatten, als mit ihren 40 proc. Actien-Interimsscheinen dem Börsenschwindel und dem Courswucher zu dienen. Consul Freiherr von der Heydt und Assessor Siemens (Deutsche Bank), Director Rauters und Dr. Stammann (Norddeutsche Bank in Hamburg) errichteten die

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank in Schwerin, welcher die Aufsichtsräthe Hofrath Dr. Flörke in Grabow, v. Dreves auf Kirch-Nummenhof, Kammerherr v. Derges auf Kotelow und Vice-Landmarschall v. Demitz auf Cölpin (jetzt Reichstagsmitglied) als Folie dienen mußten. Abgeordneter Adolf Hagen (Deutsche Unionbank in Berlin), Generalconsul Nölting, Siegfried Schiff, Moritz Warburg, C. Woermann und Generalconsul Störzel in Hamburg, v. Kauffmann-Affer in Cöln, Commerzienrath Wilh. Rust in Neu-Strelitz, Geh. Commerzienrath Thormann in Wismar, Senator Burchard in Rostock gründeten die Mecklenburg-Schwerin'sche Boden-Credit-Actiengesellschaft in Schwerin und ernannten zu Directoren: Senator Otto Buesing (jetzt Reichstagsmitglied), H. Oppenheim und Moritz Pincus; zu Aufsichtsräthen: Dr. Dannenberg in Hamburg, Herrn v. Meding, Amtshauptmann v. Abercron, Graf v. Bassewitz-Wesselsdorf (früher Reichstagsmitglied). Diese Bank gründete wieder die Brauerei Paulshöhe in Schwerin und errichtete Commanditen in Berlin, Frankfurt und Mannheim! Neben der seit 1850 bestehenden Rostocker Bank, hielt man es für nöthig, noch die Rostocker Vereinsbank in die Welt zu setzen, welches unglückliche Institut von der Berliner Wechselbank, David Liepmann in Berlin, Eduard Frege & Co. in Hamburg, Philipp Elimeyer in Dresden, Ernst Paetow, Burchard & Sohn und Wm. Zelz in Rostock erzeugt wurde. Bei den durchgängig sehr bösen industriellen Gründungen in Mecklenburg, verfaßt von Samelson & Sackur, Beer & Herzberg, „Generaldirector“ Müller, Gustav Thölde, Wein & Co. in Berlin, Frege & Co. in Hamburg u., theiligten sich noch u. A. Bürgermeister Westphal in Schwerin, Acciserath Meyenn, Advocat Groth, Apotheker Senator Dr. Witte (jetzt Reichstagsabgeordneter), Consul Leseberg, Director Abendroth, Advocat Burchard, Consul Crotogino, Rheider Beselin, Fabrikdirector Tischbein, F. Schwarz, W. Burmester und Georg Brockelmann in Rostock. Leider hat sich auch die Großherzogliche Regierung bewogen gefunden, April 1873 die Mecklenburgischen Eisenbahnen an ein Consortium zu verkaufen, bestehend aus der Berliner Discontogesellschaft, der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt und A. Carstanjen in Cöln, welche nummehr eine Actiengesellschaft bildeten. Den Gründern kam jedoch der Krach über den Hals, und sie führten die

Actien erst im August 1875 zum Course von 102 $\frac{1}{4}$ ein. Thatsächlich sind sie dieselben nicht mehr los geworden, und die Einführung war, ebenso wie die fortgesetzte hohe Coursnotirung es ist, nur Hocuspocus, um Gimpel einzufangen.

Hamburg und das benachbarte Altona umschließen eine lange Reihe von Gründerfirmen, die sich vorzugsweise mit dem Gründen von Banken, Credit-Instituten, Handels- und Transport-Gesellschaften beschäftigten. So L. Behrens & Söhne, Alex. Borgnis (H. J. Merck & Co.), J. C. Godeffroy & Sohn, Adolf Godeffroy, Wachsmuth & Krogmann, Robert Rayser, Schröder Gebrüder & Co., Senator Dr. Octavio Schröder, Roß-Bidal & Co., J. D. Mugenbecher Söhne, Ferd. Jacobson, A. J. Schön & Co., Generalconsul Gökler, Wilh. Lübbers (Haller-Söhle & Co.), C. W. L. Jacob, Rudolf Schwebel, Generalconsul Freiherr v. Westenholz, Baron Alexander v. Rap-herr, Elkan, Schönfeld, Aug. Volten, J. Frensdorff, Lieben-Königswarter, Wm. D'Swald & Co., M. M. Warburg & Co., Elias Warburg, Carl Meister & Co., Th. Wille, Carl Woermann, Emile Nötting & Co., C. G. Heise, Generalconsul v. Gorrißen, Bertelsfeld & Michaelis, D. Jacques & Sohn, Siegfried Schiff, J. Böttiger, Schellhaß, Bode & Co., W. Nissen (Siemssen & Co.), Borwerk Gebrüder & Co., Consul Reimers, Senator Giffle, G. H. Kämmerer Söhne, Generalconsul Amfinck, L. E. Amfinck & Co., J. A. Delbanco, Consul Münchmeyer, Leopold Jacobi, Andr. Israel & Co., Rob. M. Sloman, C. Warnecke, H. B. Levy, H. Cohnheim & Söhne, Julius Horwig, August Sanders, C. H. Burmester, M. Fränkel, Josef Moosher, Ewald Pini, Martin Goldschmidt, Ludwig Cohen, R. Karpeles, Eduard Frege & Co., Prock & Schnars, G. Halberstadt, P. Rauers, H. E. Stoffert, Ed. Krause, Generalconsul Goebelt, Geh. Commerzienrath Lühdorf, C. Rud. Hirschkorn, Ed. Ewald, Ferd. Nagel, Heyn & Co., Lutteroth & Co., Schmidt & Vichel, J. Renner & Co., A. Tesdorpf & Co., M. Meyersberg, Lorenz Booth u. u. in Hamburg; Semper, C. H. Donner, Hesse-Newman & Co., J. H. & G. F. Bauer, M. Matthiessen & Co. u. in Altona. Als Aufsichtsräthe wurden mehrfach genannt „General-Ingenieur“ Zimmermann und Dr. Dannenberg in Hamburg. In den Hansestädten überwiegen nicht die jüdisch-semitischen, sondern, was sonst nirgend vorkommt, die christlich-germanischen Gründer.

Der Generalgründer Hamburg's war der Senator Gustav Godeffroy, Mitbesitzer der gouvernementalen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Berlin, und seit dem „Krach“ einer der ertragreichsten Schutzpölnner. Von Parlamentariern standen zu Actiengesellschaften in Beziehung: Th. Meinde in Altona, M. W. Hinrichsen, Edgar Rosß, G. A. Schön, Rob. M. Sloman und Rechtsanwalt Wolffson in Hamburg.

In Bremen und namentlich in Lübeck waren die Gründungen weit geringer an Zahl, doch wählten auch diese beiden Städte Gründer resp. Aufsichtsräthe in den Reichstag: Bremen — H. H. Meier und A. G. Mosle; Lübeck — C. D. Lienau, Aug. Wichmann und Advocat Klügmann, den Adjutanten Hammacher's im letzten Wahlkampf. Eine colossale Gründung war die Deutsche Nationalbank in Bremen, verübt von der Niedersächsischen Bank in Bückeburg, der Anglo-Deutschen Bank in Hamburg, der Anglo-Oesterreichischen Bank in Wien, der Berliner Handelsgesellschaft, dem ehemaligen Abgeordneten Consul Gustav Müller (G. Müller & Co.) u. A. Nicht weniger denn $7\frac{1}{2}$ Millionen Thaler wurden in 40 procentigen Interimsscheinen à $110\frac{1}{4}$ emittirt, was einen Cours von ca. $125\frac{1}{2}$ bedeutet. Heute notirt die Vollactie ca. 40. Den Vorstand resp. Aufsichtsrath dieser Bank, die schon lange keine Dividenden mehr zahlt, bildeten C. H. Wätjen, Consul L. G. Dyes, Wilh. Nielsen, Wilh. Einstmann (G. H. & C. Primavessi), E. Loewe, Wilh. Adam (Rössingh & Mummy), Joh. G. Lohmann, F. E. Watermeyer, A. H. Faber, Georg Plate. Die Bremische Hypothekenbank empfahl sich mit den Herren E. C. Weyhausen, J. Plump, H. Clausen, A. Ende, Aug. Friße, J. C. Rust, J. C. D. Arndt, M. Feuerstein, J. G. Graue, Justus Gruner, G. Ihlder jun., Notar Bredenkamp, Advocat Fr. Meier, Staatsanwalt Wilde. In Lübeck gründete die dortige Commerzbank die Lübecker Bank, indem sie voll ebler Uneigennützigkeit ihr im Prospect Alles zur Verfügung stellte, wessen sie sich selber erfreute, nämlich „Geschäftserfahrungen, auswärtige Beziehungen und Arbeitskräfte, die ihrer Direction nicht ausgeschlossen“. In der That hatten beide Banken, Mutter und Tochter, fortan nur Eine Direction; an der Berliner Börse aber wurden die neuen Actien zu 108 eingeführt, während sie jetzt etwa noch 60 stehen. Die generosen Gründer waren: Julius v. Borries, Consul H. Mann,

J. E. Scheele, Senator Dr. W. Brehmer, Johannes Schramm, H. J. L. Bossehl, Consul Aug. Rehder, J. A. Wolpmann, Wm. Spiegeler, Hermann Otte und das frühere Reichstagsmitglied C. D. Lienau.

Die ehemalige freie Reichsstadt Frankfurt ist ebenso verjudet wie Berlin und Breslau, und sie war es schon eher als diese beiden. In Frankfurt sitzen die Gläubiger der Könige und Staaten, die Gründerbarone Rothschild (Mitglied des Herrenhauses), Erlanger, Bethmann, Reinach, Marx, Haber, Steinberg, Heyder, Weißweiler, v. Rutenberg, de Meuville, und die vorläufig noch nicht geadelten Gründer resp. Gründergenossen Königswarter, Kohn-Speyer, Goldschmidt, Hohenemser, Lion, Hummel, Cassel, Cassella & Co., Fuld, Fink, Fünd, Baß & Herz, Salomon Roos, May, Flinksch, Donner, Ellinger (Cohen), Klop, Hahn, Kulp & Sohn, Scherer, Seligmann & Stettheimer, Jordan, Kann, Landauer, Mumm, Beyfus, Ladenburg, Marcuse, Stern, Brentano, Schlesinger-Trier, Reiß, Sulzbach, Gerson, Jäger, Kuchen, Weiller, Andreae-Goll, Andreae-Holland, Rüdler, Maas, Mayer, Fr. Borgnis, Zimmer, Schmidt-Poler, Aug. Siebert, Speyer-Ellissen, Ferd. Graubner, Blumenthal, Dresler, Hauser, Haase, Weydt, Dr. Sauerländer, Dr. Braunsfels, Dr. Zuch, Dr. Feist, Dr. Siebert u. u. Sie gründeten Banken und Industriegeellschaften über ganz Deutschland, in Oesterreich, Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Rußland, und bei jeder Gründung handelte es sich um Millionen. Viele dieser Gründungen liquidirten inzwischen, und bei allen ohne Ausnahme haben die Actionäre riesige Coursverluste erlitten. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Internationale Bau- und Eisenbahnbaugesellschaft, welche ein Actienkapital von nicht weniger denn 30 Millionen Thaler (!) auswarf, und als Aufsichtsräthe u. A. nannte: Dr. Dannenberg in Hamburg, die Abgeordneten Dr. Friedrich Rapp und Dr. Georg Siemens und Minister Freiherr v. Arnbüler. Besonderes Interesse verdient auch Herr Leopold Sonnemann, ein Demokrat von reinstem Wasser und Besitzer der „Frankfurter Zeitung“. Als den Mitgliedern des Reichstags freie Fahrt auf den Eisenbahnen bewilligt wurde, verweigerte Herr Sonnemann die Annahme der Freitarte, schickte sie mit feierlichem Protest zurück, und belobte sich dafür durch eine große moralische Rede. Etliche Wochen

später aber kam er in aller Stille um besagte Freikarte wieder ein und benutzte sie weidlich. Ein ähnliches Stückchen war es, als Herr Sonnemann voll sittlicher Entrüstung in seinem Blatte die „Kölnische Zeitung“ verarbeiten ließ, weil diese dem Gründungs-schwindel so großen Vorschub geleistet hat. Die edle „Kölnerin“ revanchirte sich, indem sie hohnlächelnd den Nachweis führte, daß die Frankfurter Zeitung genau dasselbe gethan hat. Wie Ende 1876 in öffentlicher Gerichtsverhandlung festgestellt wurde, haben Herr Sonnemann und sein Börsen-Redacteur, Bernhard Doctor, sich bei zahlreichen Gründungen regelmäßig als „Erste Zeichner“ betheiligen lassen, was dem damaligen Chef-Redacteur des Blattes so unziemlich und ehrenrührig erschien, daß er seine Stelle niederlegte, und mit Parteifreunden gegen die Wiederwahl Sonnemann's in den Reichstag agitierte. Herr Sonnemann verzichtete jedoch erst 1877, und wahrscheinlich in Folge jenes scandalösen Processes, auf ein Mandat. Er überließ es der Alles heilenden oder doch lindernden Zeit, die Sache etwas in Vergessenheit zu bringen, und nachdem anderthalb Jährchen verstrichen, stellte er sich bei den letzten Neuwahlen wieder auf, und gelangte auch glücklich in den Reichstag, wo er sich frei und tapfer an der Debatte über das Socialistengesetz betheiligte, aber von dem Fürsten Bismarck ein wenig gezaust wurde. Für das Blatt dieses Ehrenmannes, für die „demokratische“ (!) „Frankfurter Zeitung“ traten am 8. Februar 1879 im Abgeordnetenhanse die Koryphäen der verschiedensten Parteien ein, und der Handelsminister Herr Maybach sah sich genöthigt, klein beizugeben. Sobald es sich um die Ehre oder um den Profit eines Gründers handelt, reichen sich die sonst einander so hart befehdenden Herren versöhnlichst die Hände.

In den Kleinstaaten spielten die Gründer, wie erwähnt, schon seit 1856 eine mächtige, Alles beherrschende Rolle, und einzelne Regierungen machten mit ihnen, z. B. bei Emissionen von neuen Actien, gemeinsame Sache, ließen sich bei der unverschämtesten Agiotage geradezu betheiligen. Die von dem jüdischen Hofbanquier Meyer Strupp in Meiningen gegründete, von Seiten des Staats mit den umfassendsten Privilegien ausgestattete Mitteldeutsche Creditbank begann mit einem Actienkapital von 8 Millionen Thaler! Da dasselbe viel zu groß war, kürzte sie es um die Hälfte, erhöhte es aber 1869 wieder um 1 Million, ließ 1870

nochmals 1 Million folgen, emittirte 1871 wiederum 2 Millionen, und warf endlich 1872 noch 8,300 000 Thaler aus, so daß an Actien die colossale Summe von 16,300 000 Thaler fabricirt ward! Bis zu demselben colossalen Betrage durfte sie, mit Genehmigung der Meiningen'schen Regierung, Papiergeld ausgeben. Dafür empfing die Regierung einen Antheil an dem riesigen Agio, mit welchem die neuen Actien begeben wurden, indem sie 300 000 Thaler zu pari erhielt, während der Cours etwa 180 betrug. Die ursprünglichen Gründer, Meyer Strupp und Consorten, hatten das Recht, für 4 Millionen Thaler zu beziehen, waren aber so großmüthig, diese den Actionären à 130 zur Verfügung zu stellen, und begnügten sich mit einem Trinkgeld von ca. 800 000 Thaler. Heute notiren diese kostbaren Actien etwa noch 70, und der Coursverlust, den das Publikum bei dieser einzigen Bank erlitten, läßt sich auf gut 12 Millionen Thaler veranschlagen. Dafür wurde ihr durch das famose Reichs-Bankgesetz vom 14. März 1875 die Ausgabe von ungedecktem steuerfreien Papiergeld im Betrage von 3,187 000 Mark bewilligt, was ein Geschenk von ca. 100 000 Mark jährlich bedeutet. Die Mitteldeutsche Creditbank erzeugte wieder die Deutsche Hypothekenbank in Meiningen; und zwar haben Mutter und Tochter ein gemeinsames Local, Eine Direction und denselben Aufsichtsrath. Auch mit den Actien des Tochterinstituts wurde eine wilde Agiotage betrieben. Bis zum Jahre 1872 existirten 40 procentige Interimsscheine im Nennwerthe von 3 Millionen Thaler, und man beschloß eine Kapitals-Erhöhung. Anstatt nun aber die Actien vollzahlen zu lassen, emittirte man 5 Millionen Thaler neue Actien, wieder nur mit 40 Proc. Einzahlung. Diese jungen Actien wurden an den Börsen von Berlin, Breslau und Frankfurt à 115 $\frac{1}{2}$ eingeführt, was thatsächlich einen Cours von 138 $\frac{3}{4}$ ausmacht. Heute notiren sie ca. 88, und dies entspricht nach Abzug des Disagio nur einem Course von 70! Die Jöbberei mit den jungen Actien geschah unter der speciellen Aufsicht der Meiningen'schen Staatsregierung, welche von den 12 Mitgliedern des Verwaltungsraths 2 ernimmt. Zu den, mit fetten Tantiemen bedachten Aufsichtsräthen beider Banken gehörten u. A. die Regierungsräthe Schend und Fromm, Revisionsrath Diez, Oberamtmann v. Mansbach. Meyer Strupp ist der einflußreichste Mann im Herzogthum, und

es ist kein bloßer Zufall, wenn der jüdische Gesetzgeber Lasker im Reichstag seit 1867 den 2. Meiningen'schen Wahlkreis vertritt, denselben gewissermaßen erb- und eigenthümlich besitzt, und daraus so schwer zu verdrängen ist, daß selbst der Sohn des Fürsten Bismarck vor ihm den Rückzug nahm.

Eine ähnliche Machtstellung behaupten die Banken in den anderen Thüringischen Staaten. Die Coburg-Gothaische Creditgesellschaft in Coburg, in deren Aufsichtsrath Staatsrath Loh und Ministerialrath Rose saßen, erhöhte in der Schwindelperiode ihr Kapital von 600 000 auf 3,000 000 Thaler — ein Fünftel der neuen Actien hatte die Staatsregierung al pari zu fordern — um es nach dem Krach dann wieder um 500 000 Thaler herabzusetzen, und ist der Cours von 125 auf 66 gefallen. Bei der Gothaer Privatbank, deren Actien von 130 auf 85 gesunken sind, fungirten Staatsrath Braun und Geh. Regierungsrath Mönich; bei der Deutschen Grundcreditbank in Gotha, die ihr Kapital seit 1870 bis unmittelbar vor dem Krach fortgesetzt vergrößerte, und deren Actien seitdem etwa 30 Procent eingebüßt haben, walteten Appellationsgerichts-Präsident v. Holzendorff, Ministerialrath Samwer, Baron v. Cohn in Dessau, Graf v. Pourtales auf Glumbowitz, die Herrenhausmitglieder Fürst v. Hatzfeld auf Trachenberg und Graf v. Maltzan auf Militsch, die Abgeordneten Baron v. Baerst und Prinz Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen. Die Actien der Geraer Bank, auf welche die Fürstliche Regierung gewisse Bezugsrechte hatte, sind seit 1872 von 165 auf ca. 75 heruntergegangen, und die von dieser Bank damals gegründete Geraer Handels- und Creditbank ist im Course von 120 auf 48 gestürzt. Beide Banken hatten wieder eine gemeinsame Direction, und als Aufsichtsräthe wurden u. A. Cabinetsrath Schlick, Geh. Oberregierungsrath v. Salviati in Berlin und Justizrath Weisker genannt. In starken Verfall ist die Weimari'sche Bank gerathen; ihre Actien sind, da sie schon lange keine Dividende mehr geben, seit 1872 von 125 auf ca. 30 gefallen. Die Bank hat sich, trotz der Aufsichtsräthe: Geheimer Staatsrath Stichling und Kreisgerichtsrath Hase, mit ganz statutenwidrigen Gründungsgeschäften befaßt und dabei fast ihr ganzes Kapital festgelegt. Noch scandalöser gestaltete sich die gewaltthame Liquidation der Thüringer Bank in Sondershausen. Es bildeten sich unter den Directoren

und Aufsichtsräthen verschiedene Parteien, die sich in Zeitungsartikeln und Flugschriften gegenseitig die schlimmsten Dinge vorwarfen, auf den Generalversammlungen mit einem Gefolge von Advocaten, Börsen-Redacturen und Strohmännern erschienen, den größten Tumult vollführten und buchstäblich einander in die Haare geriethen, sich mit Schimpfworten und Maulschellen regallirten. Alles dies geschah unter den Augen der Regierung, und ohne daß die Staatsanwaltschaft sich der unglücklichen Actionäre annahm, deren Vermögen man offen plünderte. Auf den Ruinen dieser Bank saß unter den Aufsichtsräthen der fortschrittliche Abgeordnete und lyrische Rechtsanwalt Albert Träger, und er recitirte aus seiner Gedichtsammlung den klassischen Vers: „Es ist kein Mensch so arm, daß er nicht sterben kann!“ —

Mit Juden und Gründern gesegnet ist das schöne Anhalter Ländchen. Berüchtigt ist die Dessauer Creditanstalt, welche in der Schwindelperiode von 1856 errichtet, im ersten Jahre 17 Proc. Dividende und dann nichts mehr vertheilte, so daß ihre Actien im Betrage von 6 Millionen Thaler fast bis auf Null sanken. Unter den Aufsichtsräthen von 1870/71 figuriren: Regierungsrath Krütli, Oberbürgermeister Medicus, Appellrath v. Kräwel in Raumburg und Börsen-Redacteur Freystadt in Berlin. Auch die Anhalt-Dessauische Landesbank, obgleich sie mit dem Privilegium, Papiergeld auszugeben, versehen war und unter Staatsaufsicht stand, hatte schon in den fünfziger Jahren sich sehr vergründet, und ist überhaupt starken Schwankungen ausgesetzt gewesen. Trotzdem gestattet die Anhaltische Regierung, daß die von der Bank ausgegebenen Pfandbriefe zur Belegung von Mündelgeldern u. benutzt werden dürfen; eine Vergünstigung, welche in Preußen glücklicherweise den Hypothekeninstituten nicht gewährt wird. Der Cours der Actien ist seit 1872 von 175 auf 110 gesunken. Zu den Aufsichtsräthen, für welche alljährlich ein ansehnliches Lantienmen-Conto ausgeworfen wird, gehörten u. A. Oberbürgermeister Medicus, Dr. Bürtner, Geheimer Commerzienrath Dechhäuser (jetzt Reichstagsmitglied), Stadtrath Voigtel in Magdeburg und der Börsen-Redacteur der „National-Zeitung“, Julius Schweizer in Berlin. Berliner und eingeborene Gründer errichteten während der Schwindelperiode im Anhaltischen eine Reihe von Maschinen-, Zucker- und chemischen Actien-Fabriken, die fast

alle ein kümmerliches Dasein führen, und den beklagenswerthen Actionären große Verluste gebracht haben. Begründet wurde auch die Herzoglich Anhaltische Maschinenbauanstalt in Bernburg, ein blühendes Etablissement, das bisher hohe Erträge abgeworfen, und dessen Verkauf der Landtag mit nur 20 gegen 12 Stimmen genehmigte. Wie lockte im Prospect schon der Name der neuen Gründung, welche Aussichten wurden den Actionären eröffnet, und wie schmähtlich sahen sie sich alsbald enttäuscht! Wie die Preussische, mußte auch die Anhaltiner Regierung Staatsgut verschleudern, fisciatische Werke den Gründern überlassen, denn die „manchesterlichen“ Volkswirthe und „liberalen“ Zeitungen predigten unaufhörlich: Es ist unschicklich und seiner unwürdig, daß der Staat Industrie oder Handel betreibt und so dem Privaten Concurrenz macht. Es ist aber auch unpraktisch und unwirtschaftlich, denn der Privatbetrieb wirft eine weit höhere Rente ab. Wie bei der Erdmannsdorfer Spinnerei, erwies sich auch bei der Anhaltischen Maschinenfabrik das manchesterliche Rechen-Exempel sehr falsch. Beide Etablissements vertrachteten als Actiengesellschaften; beide gewähren keine Dividenden mehr und stecken dazu tief in Schulden. Die Erdmannsdorfer Spinnerei, mit 103½ aufgelegt, notirt noch etwa 15, und die Preussische Seehandlung, welche die von den Gründern im Betrage von 1 Million Thaler fabricirten Prioritäten gefälligst belieh, wird das Etablissement wohl wieder übernehmen müssen. Die Anhaltische Maschinenfabrik, einst mit 105 bezahlt, und heute ca. 20 preisend, schuldete der Regierung einen Kaufgelderrest von 135 000 Thaler, den sie nicht zu tilgen vermochte. Auf Befürwortung des Abgeordneten, Zuckerfabrikanten Baldamus, bewilligte der Anhaltische Landtag die weitere Stundung der Hypothek, von welcher 125 000 Thaler dem Landarmenfonds gehören. Wie leicht könnten bei einem Zusammenbruch die Landarmen in Schaden gerathen!

Was früher in den Kleinstaaten nicht Alles möglich war, beweist die Niedersächsisch-Bant in Bückeburg. Sie entstand in der Gründerära von 1856, und waren ihre Verfasser: Prinz Felix zu Hohenlohe-Dehringen und die jüdischen Bankhäuser Adolf Meyer in Hannover, E. J. Meyer und Julius Bleichröder in Berlin u. An Actien waren 2 Millionen Thaler

emittirt, aber nur mit 25 Procent Einzahlung; erst in der Schwindelperiode wurden sie vollgezahlt. Der ursprüngliche Concessionsträger Prinz zu Hohenlohe und die mit ihm verbündeten Banquiers haben sich das Recht vorbehalten, weitere Actien bis zur Höhe von 12 Millionen Thaler (!) al pari zu übernehmen. Bei Erhöhung über 12 Millionen (!!) sollen die Actionäre die Hälfte der neuen Actien, und die Fürstlich Schaumburg-Lippe'sche Kammer einen Bruchtheil zu pari übernehmen dürfen. Das Actienkapital kann also unendlich vermehrt werden. Ebenso unbeschränkt sind die sonstigen Befugnisse der Bank, namentlich auch das ihr erteilte Privileg, Noten auszugeben, deren Gesamtbetrag unbegrenzt war. 1873 lief von diesem einzigen Bänklchen nicht weniger denn für 6 Millionen Thaler Papiergeld um, und zwar völlig steuerfrei. Als Aufsichtsräthe wurden von Beamten genannt und nahmen an der reichlich bemessenen Lantième Theil: Geh. Legationsrath Freiherr v. Bursian in Frankfurt a. M., Kammerrath König und Kammerdirector Iffland in Bückeburg.

Zwei mächtige Banken haben ihren Sitz im Großherzogthum Hessen: die Bank für Handel und Industrie, und die Bank für Süddeutschland in Darmstadt. Erstere wurde schon 1853 gegründet, und sie war der erste „Crédit mobilier“ in Deutschland, eine Gründerbank par excellence. Ihre Actien standen schon in der Gründerära von 1856 gegen 160, sanken dann bis ca. 70, erklommen im Schwindeljahr 1872 die unsinnige Höhe von 230 und notirten im November 1876 nur noch 98. 1870 bis 1872 wurde das Actienkapital von 15 auf 35 Millionen Süddeutsche Gulden vermehrt. Die Actionäre bezogen die neuen Actien zum Course von 120 und 150, und es läßt sich berechnen, daß sie inzwischen einen Coursverlust von mindestens 25 Millionen Gulden erlitten haben. 1871 und 1872 entfielen je 15 Procent Dividende, die aber in der Hauptsache aus dem colossalen Agio herrührten, mit welchem die jungen Actien begeben waren, die also die Actionäre aus ihrer eigenen Tasche sich zahlten; 1873 gab es noch 10 Proc. Dividende, wozu jedoch über eine Million Gulden aus dem Reservefonds entnommen werden mußten; für 1875 und 1876 vertheilte man nur noch je 6 Proc. Von jeher war diese Bank bei allen möglichen Gründungen, Emissionen und

sonstigen Finanzoperationen theilhaftig, die sie zum Theil mit anderen Gründerbanken und großen Bankhäusern ausführte. Zu ihren speciellen Verbündeten gehörte der Schaaffhausen'sche Bankverein in Köln, mit dem sie gewissermaßen verwandt war, insofern ihr erster Director der Commerzienrath Theodor Wendelstadt ist, während als Director des Schaaffhausen'schen Bankvereins der Commerzienrath Victor Wendelstadt waltete, welcher auch wieder in dem Aufsichtsrathe der beiden Darmstädter Banken saß. In Gemeinschaft mit dem Schaaffhausen'schen Bankverein gründete sie u. A. die Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft in Mainz, mit einem Actienkapital von 10 Millionen Thaler, worauf 40 Proc. eingezahlt wurden. Diese 40 Thaler pro Actie wurden einst mit 60 Thalern bezahlt, während sie im Jahre 1876 nur noch 10 Thaler galten, denn sie geben keine Dividende mehr. Die Actien der Darmstädter Bank, wie sie kurzweg genannt wird, gehören gleich den Actien der Berliner Discontogesellschaft und der Oesterreichischen Creditanstalt zu den eigentlichen Spielpapieren der Deutschen Börsen, wo das Differenz- oder Zeitgeschäft den wirklichen Effecten-Handel schon längst in den Hintergrund gedrängt hat. Die Darmstädter Gründerbank figurirt bei der Unterbringung aller Eisenbahn-, Communal- und Staatsanleihen, und sie wird auch regelmäßig von der Preussischen Regierung herangezogen. Neben der Darmstädter Bank besteht seit 1855 die Bank für Süddeutschland oder Darmstädter Zettelbank genannt. Von ihrem Kapital im Nennwerthe mit 8,219 000 Gulden waren bis 1871 nur 40 Proc. mit 3,287 000 Gulden eingezahlt. Während der Schwindelperiode trat eine Erhöhung bis zu 13,000 000 Gulden ein, womit selbstverständlich wieder eine starke Agiotage verbunden war; der auf 125 getriebene Cours ist inzwischen bis auf 100 zurückgegangen. An Noten hatte die Bank im Jahre 1873 den Betrag von 24 $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden ausgegeben; das Reichsbankgesetz hat ihr die noch immer horrende Summe von 10 Millionen Mark Papiergeld steuerfrei gelassen. Die Darmstädter Bank und die Darmstädter Zettelbank haben eine gemeinsame Direction und einen gemeinsamen Aufsichtsrath; beide beziehen hohe Tantiemen, die in der Schwindelperiode wahrhaft riesige Summen betrugen. Noch für 1873, also schon nach dem Krach, erhielten die 6 Directoren und 18 Aufsichtsräthe von der

Darmstädter Bank zusammen ca. 360 000 Gulden, außerdem von der Darmstädter Bittelbank ca. 85 000 Gulden. Zu diesen glücklichen Aufsichtsräthen gehörten: Geh. Commerzienrath Mevissen in Köln (Mitglied des Preussischen Herrenhauses), Freiherr Abraham v. Oppenheim, Commerzienräthe Königs, Leiden und Victor Wendelstadt und Geheimer Regierungsrath Oppenheim in Köln, Freiherr Moriz v. Bethmann in Frankfurt, Staatsrath Christ in Heidelberg, Geheimer Staatsrath Frand und Geheimer Rath Zimmermann in Darmstadt, Commerzienrath Leonhard Heyl in Worms, Geh. Commerzienräthe Röder und Lauteren in Mainz u. Verschiedene dieser Aufsichtsräthe fungirten dann noch bei verschiedenen anderen Actiengesellschaften, die der Darmstädter Bank ihr Dasein verdanken; z. B. Freiherr v. Bethmann, Königs und Lauteren bei der vorhin genannten Süddeutschen Immobilien-Gesellschaft in Mainz, wo 1872 und 1873 für den Verwaltungsrath auch je 40 000 Gulden Trintgeld abfielen.

Die zahllosen Banken in den Mittel- und Kleinstaaten wurden zu wahren „Raubstaaten“. Da sie in der eigentlichen Heimat keinen ausreichenden Wirkungskreis fanden, überschwebten sie mit ihren Banknoten, Hypothekenbriefen und Actien ganz Deutschland, hauptsächlich Preußen, und haben so dem Publikum die colossalfsten Verluste zugefügt. Ihr viel zu großes Grundkapital verführte sie, die waghalsigsten und überflüssigsten Gründungen in die Welt zu setzen, oder sich an solchen zu betheiligen. Namentlich haben sie auch eine ganze Reihe von nothleidenden und verfallenen Eisenbahnen auf dem Kerbholz.

Eine ungeheure Kapitalvergeudung und Ausplünderung des Publikums hat in den sechziger und siebenziger Jahren durch den schwindelhaften Eisenbahnbau in Nord- und Mitteldeutschland stattgefunden. Man sehe den tiefen Coursstand der Bahnen, welche die „Eisenbahnkönige“ Straußberg und Blesner und verschiedene zu diesem Zwecke gegründete Eisenbahnbau-Gesellschaften, der Regel nach in der berüchtigten Weise der „General-Entreprise“, in's Leben gerufen haben. Sie sind fast alle ebenso unsolide wie theuer erbaut, mit so riesigen Summen von Actien und Prioritäten belastet, daß an eine Rentabilität nicht zu denken ist. Nicht wenige von ihnen haben zur Liquidation schreiten müssen, sind in Concurz gerathen, andere vegetiren nur. Auch unter den

älteren Eisenbahngesellschaften haben sich verschiedene durch den Bau von uneinträglichen Zweigstrecken und überflüssigen Concurrencylinien verspeculirt und sehr geschwächt.

Man sehe einmal die Anlage B. zum Bericht der Special-Untersuchungs-Commission. Nach derselben sind von 1862 bis Ende 1872 beim Preussischen Ministerium nicht weniger denn 710 Eisenbahn-Concessionen nachgesucht worden. Davon entfallen auf die Schwindeljahre 1871 und 1872 zusammen 247 Gesuche. Unter den Bewerbern kehren gewisse Namen häufig wieder; sie bemühen sich um Linien in den verschiedensten Landestheilen, sie kommen mit immer neuen Projecten, und bilden sich so zu förmlichen Speculanten aus. Sie wollen nicht sowohl bauen, als mit der Concession ein Geschäft machen, dieselbe verkaufen oder abtreten; sie bewerben sich auf eigene Hand und in Verbindung mit Börsenmännern, und sind öfter von diesen nur vorgeschoben. Jedes Städtchen, jedes Dorf und jedes Gut will eine Eisenbahn und wo möglich einen Bahnhof haben; das bloße Nachsuchen der Concession, die Erlaubniß zur Aufnahme der Vorarbeiten ruft wilde Speculationen in Grund und Boden hervor, und die Anwohner der projectirten Linie werden zum Zeichnen von Actien verführt. In der Regel muß man jedoch zu Scheinzeichnungen greifen; nicht selten sind die Bewerber und Unternehmer mittellos, und die angestellten Arbeiter und Beamten sehen sich betrogen. Unter den Concessionsjägern, die nur an Speculation und Schacher denken, oder die augenscheinlich angeworben sind und „Trinkgelder“ lucriren wollen, befinden sich zahlreiche Beamte bis zu den Spitzen hinauf, zahlreiche Edelleute, die Mitglieder der ältesten und berühmtesten Geschlechter, viele Freiherren und Grafen, auch Fürsten und Herzoge. Unter diesen Concessionsjägern findet man eine Menge von Persönlichkeiten wieder, die während der Schwindelperiode auch auf anderen Gebieten als Gründer und Gründergenossen glänzten — der beste Beweis von dem Werthe und Nutzen der Eisenbahnen, die ihnen ihr Dasein verdanken; der schlagendste Beweis von dem eigentlichen Charakter der modernen Culturhéroen und sogenannten Wohlthäter der Gesellschaft. Farbige Illustrationen zu dem ganzen Treiben bieten die Anträge von kranken Eisenbahngesellschaften, die mit dem eigenen Ausbau nicht fertig werden können, aber trotzdem noch um die Concession

für andere Linien bitten. Von den vielfachen Bemühungen, welche in dieser Hinsicht die Hannover-Altenbecker Bahn, unter Führung der Herren Abikes und v. Bennigsen, unternahm, ist bereits gesprochen. Solche Anträge stellten auch die von der Thüringischen Bank gegründete Saal-Unstruthbahn, die famose Cuxhavener Gesellschaft der Herren Faucher und Braun-Wiesbaden, die später in Concurz gerathene Grefeld-Kreis Kempener Industriebahn, und die gleichfalls vertrachtete Münster-Enschede Eisenbahngesellschaft. Letztere bewirbt sich auch noch um die Strecke Münster-Rheda-Paderborn, und der Minister antwortet ihr: „Das zur Zeit concessionirte Unternehmen muß zunächst ausgeführt werden.“

Von activen und ehemaligen Beamten wurden in Prospecten und Zeitungsnotizen als Aufsichtsräthe noch genannt:

Bankpräsident v. Dechen, Oberberghauptmann v. Dechen, Wirklicher Geheimer Rath Broicher, Oberlandesbaudirector Hagen, Präsident Schellwitz in Breslau (Abgeordneter), Polizeipräsident Devens in Köln (Abg.), Präsident Wallach, Geh. Ober-Regierungsräthe v. Maassen in Berlin und v. Tiedemann in Merseburg, Wirklicher Geheimer Kriegsrath Barreßki, Legationsrath Gefner, Legationssecretair Fr. Baron v. Holstein, Geh. Archivrath Niesel, Oberbergrath Schwarze in Breslau, Ober-Regierungsräthe v. Struensee in Breslau, Boehm in Magdeburg, Sack in Dortmund, Geheime Regierungsräthe Ed. Mollard, Luedersdorf, Schlott;

Regierungsräthe Th. Krönig, Schulze und Bettin in Berlin, Brandhoff in Elberfeld, Vogt, Giehne und Frey in Breslau, v. Sybel in Straßburg, Kleffel, Garfe, Fleischmann und Schwaniß in Magdeburg;

Landräthe Prinz Pandjery in Berlin (Abgeordneter), Freiherr v. Hagke in Weissenfee (Abg.), Freiherr v. Unruhe-Bomst (Abg.), Friedenthal-Gießmannsdorf (Abg.), Melbeck in Solingen (Abg.), Schubarth in Gladbach (Abg.), Reßler in Duisburg, Leysner in Grefeld, Brauns in Schlesien, v. Salice-Contessa in Namslau,

v. Werthern in Cölleba, v. Goldfus in Nimptsch (Abg.), v. Bassewitz in Halle, v. Buddenbrock in Poln. Wartenberg, v. Nathusius-Althaldensleben, Schaffner in Homburg, Font in Rüdelsheim, Baron v. Kerkerind-Borg in Ahaus, Simons in Elberfeld;

Oberforstmeister v. Winkingerode in Cöln, Forstmeister Gefner in Breslau;

Staatsanwälte Kölk in Berlin, v. Uchtritz in Breslau;

Geh. Oberbaurath Lübbcke, Oberbaurath Moore, Geh. Regierungs- und Bauräthe Nieß, Hitzig, v. Derschau, Bauräthe Duassowski, Sobrecht, Mellin, Dulon und Koenigt in Berlin, Licht in Danzig, Raschdorf in Cöln;

Professoren Hirschius (Abg.), v. Sybel (Abg.) und Rudolf Weber in Berlin, Loewig und Lebert in Breslau, Kühn in Halle;

Minister Graf v. Kielmannsegg und Graf v. Bennigsen, Geheimrath v. Bar, Ober-Regierungsrath Houth-Weber, Geh. Ober-Regierungsrath Lenz in Hannover;

Geheimer Rath Magdeburg, Geh. Finanzrath Flach, Geheimer Regierungsrath Hendel in Wiesbaden;

Geh. Ministerialrath Ruhstrat, Kammerräthe Heumann und v. Res, Ober-Regierungsrath Hofmeister, Oberstaatsanwalt Rueder, Baurath Nienburg in Oldenburg;

Ober-Post-Amts-Director Flüge in Rostock;

in Sachsen: Legationsräthe Dr. Adolf Reil und Wolf Hugo v. Lindenau, Oberbaurath Sorge, Zollrath Löbe, Bergräthe v. Fromberg, v. Cotta, Braunsdorf, Oberbergrath Breithaupt, Staatseisenbahn-Betriebsdirector Taubert, Postdirector Krefner in Glauchau, Regierungsrath Schneider, Professoren Böttcher in Chemnitz, Preßler in Tharandt, Landrath v. Graevenitz auf Thamm;

in Bayern: Staatsrath v. Schubert, Ministerialrath v. Müßler in München, Regierungsräthe Meuth in Kaiserslautern, Wand in Speier;

in Württemberg: Justizminister v. Blossen, Regiergungsdirector v. Müller, Oberfinanzrath v. Zeller, Hofdomainenrath v. Essich, Regierungsrath Idler in Kirchheim;

Ministerialrath Kilian in Karlsruhe;

Staatsrath Braum, Geh. Regierungsrath Mönich, Rassenrath Otto und Bürgermeister Hünersdorf in Gotha; Regierungsrath

Kurz, Landrätthe Reinhardt (Abg.) und Mämpel, Staatsrath v. Wolffersdorff, Bürgermeister Niemann in Sondershausen; Rammerrath Krieger in Arnstadt, Cabinetsrath v. Geldern in Greiz, Baurätthe Hensch in Altenburg, Staberow in Gera, Hering in Grünthal, Geh. Staatsrath Giese in Meiningen, Geh. Staatsrath Thon, Regierungsrath Heim, Geh. Oberforstrath Grebe, Geh. Regierungsrätthe Hufeland in Weimar, Ackermann und Sintenis in Dessau, Minister v. Gerstenberg in Altenburg.

Besonders häufig sind unter den Aufsichtsräthen auf Actien die Regenten der Städte vertreten. So die Oberbürgermeister Bredt in Barmen, v. Bründen in Halberstadt, Deeg und v. Remniz in Frankfurt a. O., Richtsteig und Gobbis in Görlitz, Offenbergh in Münster, Ondereydt in Grefeld, Hasselbach in Magdeburg, v. Boff in Halle, v. Odershausen und Breslau in Erfurt, Lindemann in Dortmund, sämmtlich Herrenhausmitglieder, Keller in Duisburg, Phillips in Elbing, Miquel in Osnabrück, v. Winter in Danzig, Pfotenhauer in Dresden, Caspari in Braunschweig, sämmtlich Abgeordnete, Obertüschen in Mülheim an der Ruhr, Conzen in Aachen, Jahr in Cottbus, Weber in Gera, Laue in Sondershausen, Medicus in Dessau, Joachimi in Götthen, Laurentius in Altenburg, Moll und Achenbach in Mannheim, Fauler in Freiburg im Breisgau, Muther, Krell und Trinks in Thüringen, Stadtdirector Rasch in Hannover.

Von Berliner Stadträthen waren als Gründer resp. Aufsichtsrätthe thätig: Nisch, Stort, Harnecker, Hagen, Kunz, Meyer Magnus, Pohle, Sarre, Romstädt, Albert Löwe, Gerstenberg; von Berliner Stadtverordneten: Ullstein, Meyn, Horwitz, Ramroth, Rauffmann, Gerth, Wendig Bernhardt, Halske, Straßmann, Ludwig Löwe, Wilh. Weber, Ebeling, Hausburg, Krebs, Liebermann, Rhens, Rosmann, Erich, Gilka, Vorsig, Delbrück, Fürst, Reimer, Wulfschein, Wildens, Langerhans, Berthheim, Eger, Borchardt, Friedheim, May u. In Berlin, Breslau und Posen besteht die Mehrzahl der Stadtverordneten aus Juden und Gründern, und bei jeder Neuwahl verstärken sich dieselben.

Von ausgeschiedenen und activen Beamten in Preußen waren als Gründer oder mehrfache Aufsichtsrätthe thätig: die Minister v. Bonin und v. Bernuth, die Geheimen Oberfinanzrätthe Ambronn, Scheele, Wildens, Scheller, Geim, Moelle, die Geheimen

Ober-Regierungsräthe Wagener, Heise, Engel, Rieschke, Salviati, Windhorn, Geh. Oberbaurath Koch, die Geheimen Admiralitätsräthe Jacobs, Gaebler, Wandel, Wirklicher Geh. Kriegsrath Prienes, Geh. Regierungsrath Esse, Geh. Finanzrath Kühnemann, Hof-Justizrath Girau, Geh. Hofrath Robert Dohme, Hofbaurath Klingenberg, Regierungsräthe Haß, Windmüller, Schweizer, Friedrich Reil, Regierungs-Assessor Plewe, Gerichts-Assessoren Siemens und Löwenfeld, Baurath Waesemann, Geh. Canzleirath Kurs, Geh. Rechnungsrath Bernhardt, Rechnungsrath Rudolf Müller, Garnison-Verwaltungs-Director Krenser, Königl. Hütten-Director Förster, Telegraphenrath H. Schulz.

Es gab Beamte, welche ein halb Duzend Gründungen in die Welt setzen halfen, oder gleichzeitig ein halb Duzend Aufsichtsrathsstellen bekleideten, oder gleichzeitig bei Actiengesellschaften fungirten, die einander directe Concurrenz machten. Es liegen Fälle vor, daß Beamte sich an der Gründung und Verwaltung von Erwerbsgesellschaften, z. B. Berg- und Hüttenwerken, theiligten, die mit fiscalischen Werken concurrirten; und zwar auch solche Beamte, die an den concurrirenden Staats-Etablissements angestellt waren, so daß sie innerhalb ihres eigenen Amtsgebiets gründeten, sich mithin der größten Pflichtverletzung schuldig machten.

Erst als der Schwindel zu Ende ging, kam das Gesetz vom 31. März 1873 zu Stande, welches den Reichsbeamten die Theilnahme an der Verwaltung von Actiengesellschaften untersagte, wenn damit eine Vergütung verbunden ist. Erst lange nach dem Krach erfolgte das Gesetz vom 10. Juni 1874, welches ein solches Verbot auch für die Preussischen Beamten aussprach. Allein dieses Gesetz war vollkommen überflüssig, denn das Verbot bestand in Preußen schon seit 35 Jahren. Eine durch die Gesetz-Sammlung publicirte Cabinetsordre vom 13. Juli 1839 bestimmt: „Kein Staatsbeamter darf ein Nebenamt oder eine Nebenbeschäftigung, mit welcher eine fortlaufende Remuneration verbunden ist, ohne vorgängige ausdrückliche Genehmigung der betreffenden Centralbehörde übernehmen.“ Ein Allerhöchster Erlaß vom 20. November 1840, gleichfalls durch die Gesetz-Sammlung veröffentlicht, besagt, daß die Erlaubniß der Centralbehörde

namentlich auch dann nachgesucht werden soll, wenn es sich um „eine Consulentschaft oder ein Syndicat bei einer Corporation oder bei einer Privatperson“ handelt. Diese beiden Erlasse, welche also Gesetzeskraft hatten, fanden eine Art von Declaration in dem Staatsministerialbeschuß vom 24. October 1859, der die schon damals nicht selten vorkommende Betheiligung von Beamten an der Bildung und Verwaltung von Actiengesellschaften rügt, sie für unstatthaft erklärt und die Behörden zur strengen Nachachtung auffordert.*) Nichtsdestoweniger fungirten schon vor 1870 zahlreiche Beamte, namentlich höhere, als Verwaltungsräthe, und in der Schwindelperiode treten sie in solcher Eigenschaft massenhaft auf, werden sie von älteren und neugegründeten Actiengesellschaften fast regelmäßig herangezogen. Daß sie die Genehmigung der betreffenden Centralbehörde einholten, ist billig zu bezweifeln; die Regierung scheint sich um das auffällige Treiben gar nicht gekümmert zu haben. Nur zwei Fälle sind bekannt geworden, wo die vorgesetzte Behörde einschritt. Der Ober-Regierungsrath Gustav Seelmann in Stettin, zum Vorsitzenden des Aufsichtsraths der später verkrachten Keppler'schen Ofenfabrik erwählt, mußte dieses Amt auf höheren Befehl niederlegen. Ebenso wurde der Stadtgerichtsrath Spiller in Berlin veranlaßt, seine Unterschrift auf dem Prospect der famosen Bauvereinsbank Waesemann wieder zurückzuziehen. Obwohl die Actien dieser Baubank von 110 auf ca. 20 gesunken sind, so war sie noch lange nicht die schlimmste Gründung, an der sich Beamte betheiligt haben. Nur Ein Fall ist bekannt geworden, daß die Regierung gegen einen Beamten, der sich mit den Gründern liirt hatte, disciplinär vorging. Bergassessor Dr. Bernhard Rosmann, bei den anrühligsten Gesellschaften thätig, wie Bad Müdersdorf, Bergwerksverein Siegena in Hagen und Vereinigte Oderwerke des Freiherrn Albert v. Werthern, wurde gemafregelt; wie es scheint, aber auch nur deshalb, weil er wegen eines Formfehlers, betreffend die nicht rechtzeitige An-

*) Ähnliche Bestimmungen bestanden in anderen Deutschen Staaten, z. B. in Braunschweig, wo bereits die Verfassung von 1832 den Beamten die Uebernahme von besoldeten Nebenämtern untersagt. In Bayern erging im Frühjahr 1872, also wenigstens noch während der Schwindelperiode, ein Gesetz, welches den Staatsbeamten die Betheiligung an Industrie-Unternehmungen verbot.

melbung des Concurſes der Geſellſchaft Mubersdorf, gerichtlich zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden war.

Das Geſetz vom 10. Juni 1874 war alſo unnöthig, und erinnerte nur an die Unterlaſſungſünden der Regierung. Trotzdem empfahlen die Motive der Vorlage eine Uebergangszeit, indem ſie ausführten, die als Aufſichtsräthe waltenden Beamten hätten ſich mit Rückſicht auf die Nebeneinnahmen doch nun einmal eingerichtet, und es würde eine Härte ſein, ihnen dieſelben ſofort zu nehmen. Demnach erhielt das Geſetz folgenden Zuſatz: „Sedoch können die vor Publication dieſes Geſetzes bereits ertheilten Genehmigungen (??), ſofern ſich aus der Benutzung derſelben keine Unzuträglichkeiten ergeben haben, biß zum 1. Januar 1876 in Kraft beſſen werden.“ Von dieſer Erlaubniß wurde ein ausgiebiger Gebrauch gemacht. Eine große Anzahl von Beamten wartete mit ihrem Ausſcheiden aus dem Dienſt der Actiengeſellſchaften den letzten Zeitpunkt ab, und einige ſchwankten noch, ob ſie nicht lieber auf ihren Staatsgehalt als auf die fetten Tantiemen verzichten ſollten. Mit den Unterbeamten pflegte man weniger Federleſen zu machen. Wenn dieſe armen Leute, die von ihrem Hungergehalt gewöhnlich eine ſtarke Familie zu ernähren haben, zu einer Nebenbeſchäftigung griffen, etwa Abends in einer Muſiccapelle mitwirkten oder als Billeteure thätig waren, bedurften ſie dazu ſtets und von jeher der Erlaubniß ihrer Dienſtbehörde, und nicht ſelten wurde dieſe Erlaubniß verweigert oder doch zurückgenommen.

Welche Grundſätze früher in Preußen herrſchten, beweist eine Cabinetſordre vom 14. Mai 1844, welche urſprünglich geheim gehalten, neuerdings bekannt wurde. Dieſelbe beſiehlt, daß Beamte, welche ſich an Börfengeſchäften theiligen, zur Disciplinarunterſuchung gezogen und entlaſſen werden ſollen. Ohne Rückſicht hierauf, haben Beamte und Militairs an der wildeſten Agiotage, an den ſaulſten und frechſten Gründungen Theil genommen. Das Actienunweſen, das Börfen- und Gründertreiben hat auch der Ehrenfeſtigkeit und dem Anſehen des Altpreußiſchen Beamtenthums Abbruch gethan; ſeit der Schwindelära ſind die Vergehen und Verbrechen im Amte ganz außerordentlich gewachſen, findet ſich auch in Beamtentreiſen eine börfenliberale Strömung, eine milde Beurtheilung des Schwindels und der Schwindler, und damit

verbunden eine Schlaffheit in sittlichen Grundsätzen und in der Erfüllung der Amtspflichten.

Nach dem Krach begannen die Liquidationen oder „Entgründungen“ der Actiengesellschaften, von denen manche noch lebensfähig war, und sie gehen Jahr aus, Jahr ein munter fort. Wiederum unter den Augen der Justiz werden die betrogenen Actionäre zum zweiten Male geplündert, ihnen auch noch das Hemde ausgezogen. Die Liquidationen ziehen sich zwei, drei Jahre und länger hin, bis das eigentliche Object aufgezehrt ist; die Liquidatoren oder Leichenräuber sind in der Regel die früheren Gründer, wiederum meistens Juden, welche sich also nochmals vollstopfen. Trotz dieser wahrhaft schreienden Zustände — Professor Schäffle nennt es „das börsianische Abdeckergewerbe“ — hat bisher weder der Reichstag noch die Regierung eine Reform des Actiengesetzes vorgenommen. Beide haben vielmehr sich wiederholt dahin vernehmen lassen: eine solche Reform eile nicht, und sie dürfe nicht überstürzt werden, da eine neue Gründerära nicht sobald wieder zu erwarten sei, und der Gesetzgeber noch unter dem Eindruck der allgemeinen Erregung stehen würde! Einen Anlauf machte Preußen 1876 durch einen bezüglichen Antrag beim Bundesrath. Allein die Motive der beigegebenen Denkschrift verrathen die alten manchesterlichen Grundsätze und Anschauungen der Herren Delbrück und Michaelis, Camphausen und Achenbach.*) Sie treffen nicht entfernt den Kernpunkt der

*) Unter Anderem heißt es: „Notorisch sind die maßlosen Ueberschätzungen, welche das Publikum von Seiten der Gründer bei der Umwandlung bestehender Einzelunternehmungen, besonders Fabriken, in der Form der Actiengesellschaft erfahren hat; nicht minder notorisch die bis zu dem Doppelten und Dreifachen des wahren Werthes künstlich hinaufgeschraubten Summen, zu welchen besonders Grundstücke von Bau- und anderen Actiengesellschaften zum unabwendbaren Ruin der Actionäre übernommen oder in Anrechnung auf das Grundkapital eingebracht sind. Es wäre nicht gerecht, für diese Vorgänge, in denen ein gleich schwerer Mißstand in wirthschaftlicher, wie in socialer Beziehung zu erblicken ist, allein die Gründer verantwortlich machen zu wollen. Das Publikum kam ihnen auf halbem Wege entgegen, und die Motive waren auf seiner Seite sittlich kaum

Schwindeleien, sondern befürworten nur gewisse Formalitäten, die leicht wieder umgangen werden können. Inzwischen ist die Sache völlig eingeschlafen, obwohl thatsächlich neue Gründungen und Emissionen schon wieder versucht wurden. Nur der Unganst der Zeit und den leeren Taschen des Publikums ist es zu danken, wenn der Schwindel noch feiert und lahm liegt.

minder verwerflich, wie auf Seiten der Gründer.“ — — In der amtlichen Denkschrift wird also zwischen dem Betrüger und dem Betrogenen kein besonderer Unterschied gemacht; die Motive zum Antrag auf Reform des Actiengesetzes plaidiren ausdrücklich für den Dieb, und sprechen das sittliche Mischgulbig über den Bestohlenen.

IV. „Gründerhaz“.

Wie bei uns Delbrück und Camphausen, so gaben in Oesterreich die semitischen Minister Lasser und Glaser den Gründern und Schwindlern das Stichwort. „Wir haben alle gesündigt, die Börse wie das Publikum“, sprach Herr Lasser; „Lasset uns den Schleier der Vergessenheit darüber breiten!“ Und der Justizminister Glaser höhnte die betrogenen Actionäre nach Art des Herrn Camphausen, indem er äußerte: „Wer 50 procentige Gewinne ruhig einheimste, der darf bei 50 procentigen Verlusten nicht ad bestias schreien!“ Wenn man Herrn Giskra und seine Gründer-Collegen im Reichsrath wegen der „Trinkgelber-Theorie“ zur Rede stellte, so warfen sie sich in die Brust und donnerten: „Nieder mit den Jesuiten!“ Ebenso stürzten sich in Preußen nach dem Krach die Gründer und Juden auf den „Culturbkampf“ und schürten ihn aus Leibeskräften. Der „Culturbkampf“ sollte ihre Sünden und Unthaten vergessen machen, und den schweren Nothstand nicht zum Bewußtsein kommen lassen.

Wie in Preußen, so bestand auch in Oesterreich ein 1857 ergangenes Gesetz, das activen Beamten verbot, Stellen als Verwaltungsräthe beizubehalten. Aber dieses Gesetz wurde sogar von Ministern umgangen. Giskra legte seinen Posten im Verwaltungsrath der Lemberg-Czernowitzer Bahn erst nieder, als man ihn öffentlich dazu drängte, behielt sich aber den Wiedereintritt heimlich vor, und sobald er das Ministerium quittirt hatte, nahm er wieder Besitz von der fetten Sinecure. Daneben präsidirte er mit dem semitischen Baron Victor v. Erlanger dem Verwaltungsrath der Franco-Oesterreichischen Bank, und als die beiden jüdischen Revolberjournalisten Raß und Herzog gegen Erlanger mit „Enthüllungen“ vorgingen, und diesem 1800 Gulden

„Schweigegeßler“ abpreßten, fühlte sich Herr Giskra, weil in Mit-leidenenschaft gezogen, veranlaßt, Herrn Raz aufzusuchen und ihm seine Unschuld zu betheuern. Ebenso hatte sich der Handels-minister Vanhans die Verwaltungsrath-Stelle bei der später sehr in Verruf gekommenen Hypothekar-Rentenbank reservirt, was im Proceß Ofenheim an den Tag kam und den Sturz des Ministers zur Folge hatte.

Der Criminal-Proceß, den Minister Vanhans so unvorsichtig war, in Scene zu setzen gegen den Generaldirector der Lemberg-Czernowitzer Bahn, den Semiten Victor Ofenheim, genannt Ritter v. Ponteurin, angeklagt der colossalfsten Schwindereien und Unterschlagungen — enthüllte eine bodenlose Corruption in den oberen Schichten der Gesellschaft, zeigte, wie das Oesterreichische Staatswesen in Fäulniß begriffen ist. Beust, Giskra, Petrino und Vanhans erwiesen sich im Laufe des Processes Einer wie der Andere als „Trinkgeld-Minister“. Der Regierungs-commissar Holeczek, welchem die Aufsicht über die Bahn oblag, hatte von derselben ein regelmäßiges Gehalt bezogen, und der Angeklagte Ofenheim erklärte trocken: das sei bei den landes-fürstlichen Commissarien überhaupt allgemein üblich. Der Staats-anwalt Graf Lamezan wies mit sittlichem Zorn den verächtlichen Charakter der Entlastungszeugen nach; er zeichnete Herrn Giskra, als den Judas der „Verfassungspartei“, welcher die Freiheit ver-kaufte, die Bedrängniß des Vaterlandes zum Object eines Schachers machte, und von seinem Palaste auf die Menge schaute, deren Begeisterung er betrog. Der Staatsanwalt sprach so scharf, daß ihn der Vorsitzende des Gerichtshofes, Baron Wittmann, unterbrach, aber dieser wurde wieder selber „rectificirt“ durch eine Zuschrift des Oberlandesgerichts-Präsidenten Hein, die ihn vor Aufregung erkranken ließ. Mitten in der Verhandlung, während er das Résumé abgab, brach der Vorsitzende ohn-mächtig zusammen, und die Sitzung mußte aufgehoben werden. Nicht nur der Staatsanwalt, auch der Gerichtspräsident bedrängte die Entlastungszeugen zu sehr, ließ hohe und mächtige Persön-lichkeiten compromittiren, und darum glaubte die vorgesetzte Be-hörde eingreifen zu müssen — ein Vorgehen, das in einem civilisirten Lande unerhört ist. Acht Tage lang blieb der Proceß unterbrochen, was ihm wahrscheinlich eine ganz andere Wendung

gab, und an Stelle des noch immer kranken Baron Wittmann trat ein neuer Vorsitzender. Der Staatsanwalt hatte erklärt: werde der Angeklagte, wie er hoffe, verurtheilt, so sei dies ein Signal zur Einleitung einer ganzen Reihe weiterer Gründerproceſſe; eine Freisprechung dagegen ſei gleichbedeutend mit einem Brandmal des Oeſterreichiſchen Bürgerthums. Er legte den Geſchworenen an's Herz, daß es von ihrem Ausſpruch abhängen, ob die weit verbreitete Meinung: Oeſterreich ſei tief verkommen, ſein Handel und Wandel ſei bis in die Wurzel angefreſſen und angefault — ſich eclatant beſtätigen ſolle; daß ihrem Verdict das Vaterland mit ängſtlicher Spannung entgegen ſehe. Er ſchloß mit den ergreifenden Worten: Was auch in Oeſterreich verloren ſein mag, beweifen Sie, daß Eines nimmermehr verloren iſt — die Ehre! — Aber die Geſchworenen ſprachen Ofenheim frei, und ſeine Spießgeſellen brachen nach der Urtheils=Verkündigung, wie in einem Poſſen=Theater, in lärmendes Bravo! aus. Auf der Straße und in den Wirthshäuſern erging das Volk ſich in lauten Flüchen und Verwünſchungen, und offen ſprach man es aus, daß die Geſchworenen beſtochen worden.

Wie Graf Lamezan es vorausſagte, war dieſes Verdict zugleich entſcheidend für alle weiteren Gründerproceſſe in Oeſterreich. Noch mehrere wurden verſucht, in Wien, Preßburg, Peſt und andern Orten, aber faſt alle endeten mit Freisprechung. In dem Proceſſe wider die Gründer der Noten= und Rentenbank in Wien und der von dieſer erzeugten Poudrettefabrik in Graz wies der Staatsanwalt wieder „cyniſchen Betrug“, Urkundenfälfchung und Urkundenvernichtung nach, während die Angeklagten ſich mit „geſchäftsmäßiger Uſance“ rechtfertigten. Der Vertheidiger, Advocat Markbreiter, ſprach mit Entriſtung von der „Gründerhaß“, und ſtellte das Bureau des Staatsanwalts als das „Mekka der verunglückten Speculanten“ hin. Noch kühner zeigte ſich der durch den Ofenheim=Proceß ſchnell berühmt gewordene und jetzt von allen bedrohten Gründern umworbene Advocat Neuda, indem er auf eine Blöße der Staatsanwaltschaft deutete. Wie bei dem Proceß der Elementar=Verſicherungsbank, Excellenz Graf Wiſdenburg und der jüdiſche Baron Sothen nicht auf die Anklagebank geſetzt, ſondern nur als „Zeugen“ vorgeladen wurden, ſo geſchah es auch bei dieſem Poudretteproceß mit Seiner

Excellenz dem ehemaligen Unterstaats-Secretair Baron Helfert. Nun schilderte Neuda, wie die großen Banken mit ihren hundertfachen Gründungen und ihren nach Millionen zählenden Kapitalien jämmerlich zerstoben und ihre Actien zu Maculatur geworden, ohne daß die betheiligten Großwürendenträger auch nur behelligt wurden. „Hier gibt es nur eine Alternative“, schloß der Advocat: „Entweder mußten Alle, die mitgethan, der ganze Verwaltungsrath mit dem Baron Helfert an der Spitze, des Betruges angeklagt werden — oder Keiner. Soll Seiner Excellenz gegenüber Gnade und Schonung walten, so verlange ich für meinen Klienten Gerechtigkeit!“

Bei der berühmten Affaire der Ungarischen Ostbahn — es waren an Einzahlungen für Actien und Prioritäten ca. 20 Millionen Gulden verschwunden — verlangte die Regierung, von jedem weitem Strafverfahren gegen die Schuldigen, die sich aus Parlamentariern, hohen Aristokraten und ehemaligen Ministern zusammensetzten, abzusehen. Der Ministerpräsident Tisza citirte Ofenheim und Strauszberg, und sprach von der Erfolglosigkeit solcher Prozesse, die nur Scandal machten und den Credit des Landes schädigten! Er erlitt eine Niederlage, der Ungarische Reichstag beschloß die Erhebung der Anklage. Aber der Oberstaatsanwalt erklärte in Uebereinstimmung mit den Kronjuristen, daß der Proceß ein völlig aussichtsloser sei.

Zu derselben Zeit, Ende 1876, erschien eine Brochüre „Lasser, genannt Auersperg“, welche unter vollständiger Darlegung des Beweismaterials die betrügerischen Geschäfte einiger Banken schildert und die Oesterreichische Regierung der Mitschuld anklagt. Die Flugschrift wurde auf Antrag der Prager Staatsanwaltschaft verboten und ihre Vernichtung angeordnet, von den denuncirten Vorgängen aber nicht die geringste Notiz genommen. Da richteten 33 Mitglieder des Abgeordnetenhauses an den Justizminister Glasier dieselbe eine Interpellation, und erhielten ungefähr dieselbe Antwort, wie Lasser früher von dem Preussischen Justizminister Leonhardt. Herr Glasier erklärte: Es ist nicht Sache des Justizministers, sich an die Stelle der Staatsanwaltschaft zu setzen und die Tagesliteratur zu durchforschen. Erst die vorliegende Interpellation kann ich als eine „amtlich an mich gelangte Anzeige“ betrachten und leite dieselbe an den Wiener Staatsanwalt,

welcher mir inzwischen berichtet hat, daß er seit langer Zeit „mit der Ansammlung und Vorbereitung des betreffenden, sehr umfangreichen Materials beschäftigt ist“.

Auch in den Oesterreichischen Parlamenten fuhren die ärgsten Gründer fort, die Hauptrollen zu spielen, obwohl etliche von ihnen sogar in Criminaluntersuchung geriethen. Anfang 1875 brachte der Abgeordnete Menger den Entwurf zu einem sogenannten Incompatibilitätsgeſez ein, wonach im Reichsrath nur Männer mit reinen Händen ſißen ſollten, und begründete ſeinen Antrag, indem er hervorhob, daß die Unabhängigkeit und der makelloſe Ruf der Volksvertreter ein ſittliches Erforderniß des conſtitutionellen Systems ſei. Seine Ausführungen gegen die Trinkgelbertheorie wurden mit rauschendem Beifall aufgenommen, beſonders von den zahlreichen Verwaltungsräthen, die im Hauſe ſaßen, und welche dieſelbe Begeiſterung bekundeten, wie früher ihre Preußiſchen Collegen bei den „Enthüllungen“ des Gründertöbters Laſker. Was aus dem Geſezentwurf geworden, iſt dunkel geblieben; indeß hat er eine praktiſche Nutzenanwendung außerhalb des Parlaments gefunden. Bei den letzten Wahlen in Oeſterreich erlitt die „liberale“ „verfaſſungstreue“ Partei eine ſtarke Niederlage; die Bürger der kleinen Städte und die Landbevölkerung, welche biſher ſtets freisinnig gewählt, aber mit den von „liberaler“ Seite gegründeten Volks-, Spar-, Renten-, Credit-, Commerz- und Induſtrie-Banken gar böſe Erfahrungen gemacht hatten, gaben ihre Stimmen vorwiegend conſervativen Candidaten, und bekundeten neuerdings eine große Abneigung gegen alle „liberalen“ „Freiheiten“.

Welche Wunden der Schwindel in Oeſterreich geſchlagen, welche Opfer er forderte, bewies der Selbſtmord des Generals v. Gablenz. Damals (Januar 1874) ſchrieb die „Neue Freie Preſſe“, das größte Gründer- und Judenblatt der Monarchie: „Das wiſſen wir, daß der Tod dieſes Mannes die Probe iſt, ob die Kriſe nur einige Lunte, oder ob ſie das tieffte Mark des Volkes ergriffen hat, und an edlen geſunden Lebensgebilden ihr zerſtörendes Werk vollbringt. Gablenz griff nach dem Revolver, weil er mit dem militäriſchen Handwerk vertraut war; tauſend Andere ſind todt, wenn ſie auch noch unter den Lebenden weilen, ſind wandelnde Leichen, die nicht ſterben können, weil das dumpfe Elend ſie ſelbſt für den Selbſtmord entkräftet hat. Der Blitz,

welcher in Zürich getödtet, beleuchtet in Oesterreich einen Abgrund, an welchem die besten, wohlhabendsten, intelligentesten Volksschichten dahinwandeln. Der Verstorbene führt wie im Leben, so im Tode ein Heer von Unglücklichen, welche von der Noth heimgesucht, in ihren Lebenshoffnungen vernichtet, in ihrem Familienglücke gebrochen, bekümmert und verkümmern der dunkeln Zukunft entgegenstarren. Wie weit muß die Krise ihre Wellenkreise gezogen haben, wenn sie solche Opfer erfaßt! Wo wäre der unbarmherzige Akerweise, welcher heute noch von der fortgesetzten Zerstörung einen neuen Aufbau des wirthschaftlichen Lebens erwarten möchte! (*).

Ein Jahr später ließ sich ein anderes Juden- und Gründerblatt, die Berliner „National-Zeitung“, dahin vernehmen (No. 101 do 1875): „Die Freisprechung Osenheim's ist für den Oesterreichischen Staat eine der schwersten Niederlagen, ein moralisches Königräth, und vielleicht um so schwerer, je weniger man sich darüber wundert. Die Geschworenen mögen, wenn nicht schlimmere Triebfedern mitwirken, sich gescheut haben, einen Mann zu verurtheilen, der bei Lichte besehen, zahllose **) Complicen hat, und dessen Verurtheilung eine ganze Reihe von Verfolgungen hätte nach sich ziehen sollen. Oesterreich ist das classische Land des Krachs und wird es bleiben; immerhin aber sollte ihm zur Ehre angerechnet werden, daß seine Justizbehörden wenigstens versucht haben, gegen den Stachel zu löden.“ **) „Wenn man die Opfer des Krachs überschaut, so stehen Schuld und Sühne in umgekehrtem Verhältniß. Der große Speculant kommt immer noch mit einem blauen Auge davon, während ein erheblicher Theil des Mittel- und Beamtenstandes seine Leichtgläubigkeit und naive Habgier (!) mit der bessern Hälfte seiner Ersparnisse und oft noch beträchtlich darüber (!) büßen muß. Was

*) Das Beispiel, das Feldmarschalllieutenant v. Gablenz gab, fand bis in die letzte Zeit hinein Nachahmung bei vielen Officieren der Oesterreichischen Armee. Officiere aller Grade nahmen sich das Leben, weil sie entweder durch Verluste an faulen Actien ruinirt waren, oder von blutgierigen Bucherern verfolgt wurden. Aus dem letzteren Grunde erschloß sich u. A. März 1877 der General v. Barth in Wien.

**) Auch im Original gesperrt.

ihm die Gründungen gelassen, geht heuer bei den „Entgründungen“*) darauf, und es wäre wohl ein der Forschung eines Börsen-Pathologen würdiger Gegenstand, wie unter dem Vorwande der Liquidationen*) von Neuem geschwindelt, und gleichsam der Rest gegeben, d. h. genommen wird.“ Weiter wird dann ausgeführt, daß auch die Arbeiter durch übertriebene Lohnforderungen und erfolgreiche Strikes ihre Schuld an der Krisis tragen, und dafür nun büßen müssen. Der Artikel schließt: „Sie alle haben ihren Lohn und ihre Strafe dahin, nur an den Ofenheim's wird keine Gerechtigkeit geübt.“

So schrieb das edle Blatt Anfang 1875, denn noch war in Preußen kein Staatsanwalt aufgestanden, noch umstrahlte die parlamentarischen Gründer der Nimbus von Hochachtbarkeit und Uneigennützigkeit. Sobald aber die Gründerproceße begannen, declamirte die „National-Zeitung“, als Chorführerin der „liberalen“ Presse, gegen die „Gründerhaß“, und sobald etliche Vortwizige die „correcten“ Gründer Bamberger, Miquél, Braun, Hammacher, Hagen u. unter die Lupe nahmen, zeterte sie über „Verleumdung“, und statuirte mit Herrn Lasker die „Verleumdungsära“.

In Preußen nahmen die Gründerproceße denselben kläglichen Verlauf wie in Oesterreich.

Noch während der Schwindelperiode selber, und namentlich in den ersten Krachjahren brachten die Blätter allerhand Gründungs-Scandalosa in Form von Inseraten und redactionellen Artikeln; der Unfug wurde, wie Herr Lasker am 3. December 1872 im Abgeordnetenhause äußerte, „mit den Merkmalen des strafbaren Betruges öffentlich fortgetrieben“: aber die Staatsanwaltschaft nahm davon keine Notiz; hatte doch der Justizminister Leonhardt sich geweigert, sie dieserhalb zu instruiren, weil das „zu einem unberechtigten Sichemischen in die Privatverhältnisse führen könnte“.

*) Auch im Original gesperrt.

So war im Prospect des Globus, Actiengesellschaft für Gas- und Wasserleitungs-Anlagen in Berlin, gegründet von Jacques Coppel, Isidor Szig und Nachmann Hirsch Neumann (Vorsitzender des Aufsichtsraths: Rechtsanwalt Ludwig Meyn) der Erwerbspreis auf 300 000 Thaler angegeben. Doch machte bald darauf der Vorbesitzer Hollerbach öffentlich bekannt, daß er für die Fabrik nur etwa die Hälfte bekommen habe. Die Gründer vermochten diese Behauptung nicht zu widerlegen; sie antworteten nur, Hollerbach habe sein Schweigen von der Zahlung einer Geldsumme abhängig gemacht. Am 4. April 1873 wies im Deutschen Reichstage Herr Sonnemann auf eine ganze Reihe von verdächtigen Gründungen hin. Unter anderen nannte er die Thüringische Schieferbergbau-Gesellschaft im Meiningerischen, welche Nachmann Hirsch Neumann, Otto Clement, Rudolf Henneberg und Dr. Heinrich Ebeling, Börsen-Redacteur der „Vossischen Zeitung“ mit 400 000 Thaler Actien verfaßten, während das Object „keinen größern Werth als 4000 Thaler hatte“. Verschiedentlich berichteten die Zeitungen, wie die Gründer anrühiger Gesellschaften große Posten Actien „zurückgeschenkt“ hätten — und dies waren jedenfalls beachtenswerthe Indicien. So ließ der Generalgründer Hermann Geber durch die Vorbesitzer der famosen Chemischen Fabrik zu Staßfurt — dem Publikum empfohlen durch die Namen der Herren H. C. Plaut, Rauff & Knorr, Eduard Stahl Schmidt, Stadtrath Nisch und Julius Schweizer, Börsen-Redacteur der „National-Zeitung“ — 100 000 Thaler Actien „zurückschenken“.

Nach einem Artikel der Berliner „Staatsbürger-Zeitung“ vom 16. April 1876 entdeckte man bei Umgründung der Graf Renard'schen Minerva in die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft (Aufsichtsräthe: August Schmieder, Max Alexander, Bankdirector Fromberg und Justizrath v. Wilnowski in Breslau, Oekonomierath Bieler in Salesche, Director Reimke in Lipine, Graf Solms-Roesa in Slupsko, Gustav Schadow und Ferd. Gumprecht in Berlin), daß die ganze Hilfs- und Knappschaftskasse, die etwa 75 000 Thaler besaß, und unter Aufsicht der Staatsbehörde stand, spurlos verschwunden war. Die armen Arbeiter haben ihre an 20 Jahre geleisteten Beiträge eingebüßt, und eine Beschwerde beim Handelsminister soll erfolglos geblieben sein. Von der berühmten Flora in Charlottenburg bei Berlin wußten

die Zeitungen fortwährend zu erzählen. Frühjahr 1875 verlas in der Generalversammlung der jehige Abgeordnete Dr. Alexander Meyer einen Revisionsbericht, der die bössartigsten Dinge aufdeckte. Die Blätter schilderten die Verwaltung als eine ununterbrochene Kette von Betrug und Diebstahl, Raub und Einbruch. Trotzdem bewilligte die Regierung der Gesellschaft die Veranstaltung einer Lotterie im Betrage von 250 000 Thaler, und der Ertrag fiel wieder in spitzbübische Hände; die Loosinhaber wurden in derselben schamlosen Weise betrogen wie die Actionäre.

Solcher eclatanten Fälle, wo von einem Vorgehen der Staatsanwaltschaft nichts zu hören gewesen, könnten noch Duzende angeführt werden. Auch der Untersuchungsbericht über das Eisenbahn-Concessionswesen bot, wie sogar Herr Lasfer zugeben mußte, Material zu einem strafgerichtlichen Verfahren, namentlich in Betreff der Gründungen Hannover-Altenbeden, Kreuzburg-Posen, Halle-Sorau-Guben u., wo Scheinzeichnungen, Scheinverträge und andere Schwindeleien eine große Rolle spielen.

Die Staatsanwälte schritten erst in Folge directer Denunciationen ein, und deren Zahl wurde bald Legion, namentlich bei der Staatsanwaltschaft in Berlin. Aber in den allermeisten Fällen kam es nur zu einem sogenannten Scrutinal-Verfahren, das sich oft mehrere Jahre hinzog und doch nicht das geringste Resultat hatte. In den wenigsten Fällen wurde eine förmliche Voruntersuchung eröffnet, noch seltener kam es zur Erhebung der Anklage, und wirkliche definitive Verurtheilungen waren nur ganz vereinzelt zu erlangen. Die Richter erwiesen sich noch weit schwieriger als die Staatsanwälte.

Gegen die Gründer des blutigen Lindenhauvereins, Excellenz v. Bonin und Genossen, welche den unglücklichen Actionären ein Grundstück, das Paul Munk von dem Wunderdoctor Straußberg erworben, mit einem Aufgelbe von 1,150 000 Thaler überantworteten, schwebte die Voruntersuchung acht Monate; worauf der Erste Staatsanwalt am Berliner Stadtgericht, Herr Lessendorff, die Einstellung des Verfahrens beantragte, indem er ausführte: zwar liege ein großer schändlicher Betrug vor, aber derselbe entziehe sich leider dem Strafgesetze. Bei Gründung der Egells'schen wie der Wöhler'schen Maschinenfabrik in Berlin war ein lügnerrischer Prospect veröffentlicht, aber die Gründer bestritten, daß

derselbe mit ihrem Wissen und Willen abgefaßt sei, und dabei hatte es sein Bewenden. Der Egells'sche Prospect war von einem Börse=Literaten angefertigt worden; jedoch vermochte er nicht mehr anzugeben, wer ihm dazu den Auftrag erteilte (!), denn er hatte dies Geschäft handwerksmäßig betrieben. Als Verfasser des Wöhlert'schen Prospect's bezeichneten die Angeschuldigten ihren Genossen Carl Coppel, der aber bereits im Grabe ruhte. Herr Braun=Weisbaden vermochte sich zuerst gar nicht zu besinnen, daß er den Contract mit den Vorbesitzern abgeschlossen, daß er das Statut der neuen Gesellschaft verlautbart, als „Erster Zeichner“ aufgetreten und im Aufsichtsrath gesessen. Er rechtfertigte sich vor seinen Wählern mit der geistreichen Wendung: man habe ihn aufmerksam gemacht, daß sein Name unter dem Prospect der Wöhlert'schen Maschinenbaugesellschaft stehe, worauf er in einem Briefe an den Vorstand gegen diesen Mißbrauch protestirt und zurückgetreten sei. Die Herren Braun, Lasker, Miquel, v. Kardorff u. pflegen, wenn es sich um Dinge handelt, die ihnen unbequem sind, nie selber zu lesen, sondern sie lassen sich dann stets „aufmerksam machen“, erst von Dritten die betreffenden Stellen zeigen.

Es kostete jahrelanges Ringen und zahllose Beschwerden bei den höheren Instanzen, bevor die Staatsanwaltschaft sich entschloß, etwas energischer vorzugehen gegen die Gebrüder Förster und Consorten, die durch einen Rattenkönig von Gründungen zu Grünberg i. Schl. eine ganze Landschaft ausgeplündert haben. Der Abgeordnete v. Ludwig brachte die Sache wiederholt im Landtag zur Sprache, und es schweben jetzt verschiedene „Voruntersuchungen“, ohne daß das Ende abzusehen ist. Der Mann aber, welcher sich die Verfolgung jener Gründer gewissermaßen zur Lebensaufgabe gemacht hat, sah aus Ursache der Verfolgung plötzlich die fürchtbare Anklage auf Verleitung zum Meineide gegen sich erhoben, wurde in Haft genommen und vor die Geschworenen gestellt, aber trotz des glänzenden Plaidoyers des Staatsanwalts freigesprochen. Die Anklage ruhte eben auf zu schwachen Füßen.

Wo Verurtheilungen erfolgten, betrafen sie entweder kleine Gründer, sogenannte Gründlinge, die es gar zu dumm und plump getrieben hatten, oder die Strafen fielen doch außerordentlich

milde aus. Der Generalgründer Heinrich Quistorp hatte bei dem Deutschen Centralbauverein eine künstliche Dividende von 15 Procent und für sich selber 12 600 Thaler Lantieme herausgerechnet, während er drei Monate später den Concurß anmelden mußte. Deshalb angeklagt, wurde er in erster Instanz zu zwei Monaten verurtheilt, der Procurist Reinhold Rudloff-Grübs aber, welcher die fälschliche Bilanz mit vollem Bewußtsein gezogen, völlig freigesprochen. Quistorp appellirte, und das Kammergericht in Berlin setzte die Strafe „mit Rücksicht auf den geringen Betrag“, welchen sich Jener zu Gemüthe gezogen, auf eine Woche Gefängniß herab. Theodor Miether, Vorbesitzer, Gründer und dann Director des Eisenwerks Pinneberger Union, schrecklichen Angebens, wurde von den Geschwornen zu Altona zweier großartigen Fälschungen schuldig befunden, kam aber mit drei Monaten Gefängniß davon, und der Buchhalter Demuth erhielt wegen geleisteter Beihilfe nur vierzehn Tage. Etwas schlimmer lief die Sache ab für die Aufsichtsräthe dieser blutigen Gründung, die Banquiers Karl Miether und Gustav Bath. Sie hatten u. A. eine Unterschlagung von 180 000 Thaler Actien begangen, und der Staatsanwalt beantragte 9 Monate, doch der Gerichtshof erkannte auf 15 Monate Gefängniß.

Wegen Schwindeleien bei der eigentlichen Gründung war eine Verurtheilung fast nie zu erlangen, und wäre es nicht so traurig und niederschlagend, es würde geradezu ergötzlich sein, zu sehen, wie sowohl Staatsanwälte als Richter mit der famosen Actiennovelle und mit dem Handelsgesetzbuch überhaupt nichts anzufangen wissen, wie sie sich mühen und quälen, den verübten Schwindel unter irgend einen Paragraphen des Strafgesetzbuchs zu bringen, wie aber weder der eine noch der andere passen will, wie zaghaft und schwankend der Staatsanwalt die Anklage vertritt, wie er sie nicht selten fallen läßt, und es sich vorbehält, aus einem anderen Fundamente einen neuen Strafantrag zu stellen, oder wie die Richter ihm solches selber empfehlen und ihr Bedauern ausdrücken, daß sie den Angeschuldigten diesmal laufen lassen müssen. Nur wenn es sich zugleich oder nebenbei um offenbaren Betrug, Diebstahl oder Unterschlagung handelte, wurden die Gründer, Directoren und Aufsichtsräthe dann und wann verurtheilt; sogar in diesen Fällen erfolgte noch öfter Freisprechung.

Der ehemalige Handlungsdiener Max Mattner, der sich später Dr. Max Freiherr v. Vibra nannte, welchen Titel ihm die Republik San Marino verliehen, hatte drei Baugesellschaften, eine immer schwindelhafter als die andere, um Berlin herum gegründet. Bei Nordenb, wo Rechtsanwalt Franz Lorez, Musifus Menger u. seine Gehilfen gewesen, warf ihm die Anklage Scheinzeichnungen, also Täuschung der Actionäre vor. Der Vertheidiger erwiderte: Nirgends im Gesetz stehe es, daß der „Erste Zeichner“ die Zeichnung selber leisten müsse; das könne auch ein Anderer thun, und hier habe es Mattner für verschiedene Mitzeichner gethan. — Selbstverständlich hört damit jede Controle auf, ob das Actienkapital auch wirklich eingezahlt ist, und das Gesetz wird direct umgangen; aber wenn es auch buchstäblich erfüllt und die Einzahlung baar geleistet wird, bleibt der ganze Act vor dem amtirenden Notar ein bloßer Hocuspocus, denn das nöthige Geld kann von irgend einem Banquier geliehen, und demselben sofort wieder zurückgegeben werden. So ist es auch hundert Mal geschehen, und Scheinzeichnungen und fingirte Einzahlungen bilden bei den Gründungen der Schwindelperiode die Regel; oft war von den gezeichneten Millionen nicht so viel vorhanden, daß man dem Notar die Gebühren bezahlen konnte. In Sachen Mattner schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Vertheidigers an und erkannte auf Freisprechung, und dieses Urtheil wurde sowohl in der Appell-Instanz, wie auch vom Ober-Tribunal bestätigt. Der Staatsanwaltschaft aber warfen die Börsenblätter nicht mit Unrecht vor, daß sie sich in doppelter Hinsicht eine Schlappe zugezogen habe. Erstens sei sie mit dem Actienwesen und namentlich mit den Usancen bei Aufstellung der Bilanz nicht vertraut. Zweitens hätte sie aus demselben Grunde, nämlich wegen actenmäßig begangener Scheinzeichnungen, zunächst die hochadligen Herren belangen müssen, welche bei Hannover-Altenbeden, Halle=Sorau=Guben, Berliner Nordbahn u. theilhaftig sind. — Mattner's blutige Gründungen blieben ungerochen; er hatte sich's aber auch beikommen lassen, verschiedene Grundstücke zu kaufen, und die werthlosen Actien der von ihm verfaßten Immobilien-Bank in Zahlung zu geben. Dafür wurde er zu zwei Jahren Gefängniß, sein Helfershelfer Hugo Better zu einem Jahre verurtheilt. Letzterer entfloh aber nach Amerika.

Einen ähnlichen Verlauf wie Nordens nahmen die Prozesse in Sachen der Societätsbrauerei und der Vereinsbrauerei Berliner Gastwirths. Obwohl bei der letzteren die Gründer vorweg unter sich gegen 200 000 Thaler vertheilten, und der Cours der Actien bis auf 1, sage Eins! gesunken war, meinte der Staatsanwalt doch, daß die Gründung „einen reellen Hintergrund“ gehabt habe, und gab dem Gerichtshof anheim, ob ein Theil der Gründer nicht „bona fide gehandelt“ hätte. Gegen den Hauptangeklagten, den Banquier Otto Swoboda, welcher der eigentliche Entrepreneur gewesen, und zwei seiner Kunden bestimmt hatte, je 20 000 und 50 000 Thaler dieser faulen Actien zu kaufen, beantragte der Staatsanwalt sechs Monate, gegen die Uebrigen geringere Strafen. Swoboda war so vorsichtig gewesen, „seiner Gesundheit halber“ in die Schweiz zu gehen, was er aber gar nicht nöthig gehabt hätte. Der Gerichtshof sprach Alle frei, indem er der Ausführung des Vertheidigers beitrug: Nach dem Actiengesetz sind die Aufsichtsräthe überhaupt nicht als Bevollmächtigte der Actionäre anzusehen. Auch Swoboda habe sich, wie schon der Staatsanwalt angedeutet, keines Betruges schuldig gemacht; seine Pflicht war es nur, den „Ersten Zeichnern“ die Wahrheit zu sagen, welches eben die Gründer selber waren, nicht aber seinen Kunden, den Actionären, welche zum Course von 97 oder 98 kauften und daher wissen mußten, was sie thaten. — Herr Swoboda hat ein „Taschenbuch für Kaufleute, Banquiers und Kapitalisten“ geschrieben, das die Börsenpresse angelegentlichst empfahl.

In Betreff der Berliner Societätsbrauerei, einer wahrhaft himmelschreienden Gründung, schwebte die Voruntersuchung Jahrelang, was aber einen der Angeschuldigten, den Banquier Max Löwenfeld so wenig bekümmerte, daß er auf der Bühne des Wallner-Theaters als Debütant auftrat, und hier unter dem Zulauf und Beifallsturm von Israel, Theodor Döring und Friedrich Haase copirte. Löwenfeld hatte als Aufsichtsrath der Societätsbrauerei eine Forderung an die Gesellschaft über 16 000 Thaler für 12 000 Thaler angekauft, und den Profit von 4000 Thaler mit Reh, dem Gründer und Director der Brauerei, getheilt. Der ehemalige Rechtsanwalt und jetzige Rath am Reichs-Oberhandelsgericht, Herr Wiener, früher auch Aufsichtsrath der Rumänischen Eisen-

bahngesellschaft, war als Entlastungszeuge geladen, und gab zu, daß Löwenfeld ihn wegen jenes „Geschäftes“ zu Rathe gezogen, und daß er demselben gesagt habe, er könne nichts Bedenkliches darin finden. Dies sei auch heute noch seine juristische Ansicht, erklärte Herr Wiener, und ohne Frage mußte dieses Gufachten auf den Gerichtshof tiefen Eindruck machen. Der Staatsanwalt war so hingerissen von Bewunderung, daß er ausrief, die Sache sei so „brillant construirt“, daß man ihr nicht beikommen könne; er selber beantragte in Betreff aller Punkte und hinsichtlich aller Angeklagten die Freisprechung, die selbstverständlich auch kurz und rund erfolgte. Leider hatte sich Herr Max Löwenfeld in einem andern Falle eine kleine Unterschlagung von 6000 Thaler zu Schulden kommen lassen, und dies trug ihm vier Monate Gefängniß ein. Wie die Zeitungen meldeten, hat er sich später ganz der Bühne gewidmet. Sein nicht minder genialer Bruder, der Gerichtsassessor a. D. Hermann Löwenfeld, hat sich einen Namen gemacht durch die hervorragende Rolle, die er bei verschiedenen Entgründungen spielt, z. B. bei der Generalbaubank, bei der Centralbank für Industrie und Handel, bei der Thüringischen Bank und bei der Eisenbahngesellschaft Erfurt-Hof-Eger. Auf einer Generalversammlung der letzteren ließ er eine Rede gegen die „Entthüllungen“ seines Glaubensgenossen Laster los, den er als einen Tugendbold, aber als einen unpraktischen Menschen hinstellte, der nur das „Geschäft“ geschädigt habe.

In dieselbe Grube, in welche der baronisirte Handlungsdiener Mattner fiel, gerieth auch der Maurermeister Ströhmer in Berlin. Er hatte mit Dr. Heinrich Ebeling, dem Börsen-Redacteur der „Vossischen Zeitung“, die berühmte Nordbaubank gegründet, welche die Börse mit ihrem Galgenhumor „Nordbaubank“ nannte, obwohl dem Aufsichtsrath derselben Rechtsanwalt und Stadtverordneter Ludwig Meyn präsidirte. Ströhmer hatte mit Meyn und den Gebrüdern Emil und Eugen Cohnfeld auch die famose Dresdener Dampfziegelei gegründet, und es durchgesetzt, daß Berliner Zeitungen, an welche er 21 000 Thaler Trinkgelder vertheilte, den Cours der Actien mit 108—111 notirten, während das Papier an der Börse überhaupt nicht einmal zugelassen wurde. Beide blutigen Gründungen sind bisher ungerochen geblieben, obwohl die Blätter verschiedentlich meldeten, daß wegen der Dresdener

Dampfziegelei die Staatsanwaltschaft eingeschritten sei. Nun aber ließ Herr Ströhmer, als Director der „Nordbaubank“, sich's einfallen, einen Posten Actien der Dresdener Dampfziegelei bei seinem israelitischen „Jugendfreunde“ Lilie zu lombardiren. Dieser edelmüthige Mann gab auf die werthlosen Actien ein Darlehen von 20 000 Thaler, gegen ein Damno von 1000 Thaler und gegen den bescheidenen Zinssatz von 20 Procent. Vor Gericht erklärte Herr Lilie, daß 20 Procent Zinsen heute nichts Ungewöhnliches sind, und darin hat er vollkommen Recht. Der Gerichtshof verurtheilte Herrn Ströhmer wegen des an seinem „Jugendfreunde“ Lilie begangenen „groben Vertrauensbruchs“ zu anderthalb Jahren Gefängniß. Man sieht also, daß es wohl erlaubt ist, Actionäre zu betrügen, nicht aber „Jugendfreunde“, die gegen 20 Procent leihen.

Ob „Untreue“ oder „Unterschlagung“, darüber stritten Staatsanwaltschaft und Vertheidigung in dem Criminalproceß gegen die Directoren der Provinzial-Wechsler- und Disconto-Bank in Posen. Dieselbe war im März 1872 von Gebrüder Weit & Co. in Berlin, Gebrüder Alexander und Ignaz Leipziger in Breslau gegründet; der Prospect nannte als Aufsichtsräthe u. A. Rechtsanwalt und Stadtverordnetenvorsteher Pilet in Posen, jetzt Mitglied des Abgeordnetenhauses, und Rittergutsbesitzer v. Treßkow-Radojewo; die 40procentigen Interimscheine wurden à 106 emittirt, was einen Cours von 115 bedeutet. Nach 21 Monaten waren von dem Actienkapital mit 1 Million Thaler bereits 942 000 Thaler verloren, die Bank trat in Liquidation und mußte später den Concurß anmelden. Ihre colossalen Verluste waren durch Betheiligung an faulen Gründungen und durch Börsen-Speculationen der eigenen Beamten entstanden. Ohne Wissen des Aufsichtsraths hatte der Procurist Albert Feldmann in Speculationspapieren über 1 Million Thaler, der Director Karl Eckert gegen 2 1/2 Million Thaler umgesetzt, der Director Martin Briske große Posten von Actien angekauft, wozu sie das Geld und den Credit der Bank in Anspruch nahmen. Die semitischen Sachverständigen Herz, Simon und Alexander erklärten es jedoch nicht für unzulässig, daß Vorsteher einer Bank sich bei denselben ein persönliches Conto zu legen. In Folge dessen sprach der Gerichtshof die beiden Angeklagten Eckert und Briske von der ihnen zur Last gelegten

„Unterschlagung“ frei, konnte auch in Betreff des Letzteren nicht den Thatbestand der „Untreue“ entdecken, da Bristle ein vermögender Mann und daher im Stande gewesen sei, seine Verbindlichkeiten bei der Bank jeder Zeit zu decken. Thatsächlich hatte ihm die Bank die Zahlung von 37 000 Thaler erlassen! Nur der minder gut situirte Edert wurde der „Untreue“ schuldig befunden und mit sechs Monaten bedacht.

In Sachen des Bankverein Tellus zu Posen ward Graf Plater der „Untreue“, der „Unterschlagung“ und des „Betruges“ angeklagt. Binnen kurzer Zeit hatte die Bank ihr ganzes Actienkapital von 2,000 000 Thaler und außerdem 967 000 Thaler verloren. An Depots waren gegen 100 000 Thaler verschwunden. Das Kreisgericht Posen erkannte gegen Graf Plater auf 2 Jahre Gefängniß und 1000 Thaler Geldbuße, das Appellgericht in Posen sprach ihn völlig frei. Dieses Erkenntniß vernichtete das Ober-Tribunal in soweit, als der Angeklagte der „Untreue“ und „in idealer Concurrenz“ auch des „Betruges“ nicht schuldig befunden, und verwies die Sache zur anderweiten Verhandlung an das Appellgericht zu Frankfurt a. D., aber auch hier erfolgte wieder Freisprechung.

So lange es sich bei den Gründerprocessen nur um kleine Gründlinge oder um ungetreue Directoren handelte, schien die Presse ganz zufrieden, daß man der Gerechtigkeit endlich Genüge that, und sie bezeugte sogar ihren Beifall. Der jüdische „Mabderatsch“ stimmte ein Loblied auf Herrn Lessendorff an, rief ihm „Brav! Brav!!“ zu, und forderte ihn auf, doch nur ja nicht nachzulassen. Das Blatt wandte sich aber, als die großen Gründer und semitischen Börsenhäuptlinge in Gefahr kamen.

Unter dem Druck der öffentlichen Strömung, die endlich ein nachdrückliches Beispiel statuirt wissen wollte, erhob die Berliner Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Gründer der Bank für Spirit- und Producten-Handel, die Banquiers Adolf Abel, Victor Ludwig Brede, Paul Gravenstein und Siegfried Schiff. Da der

Proceß eine cause célèbre war, fungirte Herr Lessendorff selber, und er erklärte, daß er die Anklage nicht auf das unzuverlässige Actiengesetz, sondern auf das Strafgesetzbuch stütze, daß er sie wegen „Betrugs“ erhebe. Im Prospect war der Erwerbspreis der gegründeten Fabriken auf $1\frac{1}{4}$ Million Thaler angegeben, während er thatsächlich 150 000 Thaler weniger betrug; trotzdem wurden die 50 procentigen Interimscheine mit 105 aufgelegt, was einem Course von 110 entspricht. Die Staatsanwaltschaft hatte insofern einen glücklichen Griff gethan, als die Angeklagten sämmtlich hervorragende Gründer waren; andrerseits gehörte die Gründung selber zu den besten und ehrlichsten, der Aufschlag von 150 000 Thaler war im Verhältniß zu dem Gros der „Neuschöpfungen“ ein sehr bescheidener, die Actien standen nach ca. 60, und hatten bisher eine Dividende von 6 bis 7 Proc. gegeben. Dazu kam, daß die Belastungszeugen vorwiegend jüdische Geschäftsleute waren: Rosenthal, Sultan, Ehrlich, Friedheim, Felsbach, von denen etliche die gesunkenen Actien aufgekauft hatten, um sie gegen ihre Glaubensgenossen, die Gründer, zum Emissionscourse von 105 geltend zu machen. Solche Consortien von jüdischen Speculanten, sogenannte „Schutz-Comités“, bildeten sich damals häufig; sie wurden von der jüdischen Presse jetzt als „Hyänen“, „Leichenräuber“ und „Nasgeier“ bezeichnet, und ihre Opfer, die Gründer, als „geschundene Raubritter“ in Spectakelstücken auf die Bühne gebracht. Ehrlich und Friedheim kauften Actien der Spritbank auf, um sie einzulagen. Wolf Sultan aus Thorn erhielt in Betreff seiner eigenen Zeichnung, im Auftrage der Gründer eine Entschädigung von 4000 Thaler, und übernahm dann noch von Dritten für 60 000 Thaler Actien, die er in gleicher Weise zu verwerthen versuchte. Er wandte sich dieserhalb an Abel, welcher den Brief der Staatsanwaltschaft mit dem Antrage übergab, Wolf Sultan wegen „Erpressung“ zur Rechenschaft zu ziehen. So hatten, wie Herr Lessendorff bemerkte, die Gründer sich selber denuncirt.

Wie die Angeklagten versicherten, rührte der Prospect von einem Börsen-Literaten her; um die Abfassung und um den Inhalt wollten sie sich nicht weiter bekümmert haben. Der Staatsanwalt erwiderte: die Ausrede, daß der Prospect „gleichsam vom Himmel gefallen“, sei zwar sehr beliebt, aber nicht glaubwürdig;

die Angeklagten seien für den Inhalt des Prospect's verantwortlich, und er beantrage das Schuldig. Nach den Ausführungen der Vertheidiger war der Prospect eine bloße Zeitungsreclame, wie sie bei Kaufleuten üblich ist, und auf welche denkende Leute keinen Werth legen. Rechtsanwalt Hölthoff meinte: Das Gründ'en sei früher Modesache gewesen, wie jetzt die Verfolgung der Gründer; und wenn hier wirklich eine Verurtheilung geschehe, müsse er den Staatsanwalt aufrichtig bedauern; dann würde es ihm gehen, wie dem Goethe'schen Zauberlehrling, der voll Schrecken ausrief: „Herr, die Noth ist groß! Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los.“ Rechtsanwalt Matower — eine „Autorität auf dem Gebiete des Handelsrechts“ und Mitgründer der Bleichröder = v. Kardorff'schen Deutschen Reichs- und Continental-Eisenbahnbau-Gesellschaft, unseligen Angebens — bezeichnete Ausdrücke des Staatsanwalts, wie „Gründer“ und „Gründerlohn“ als „Spitznamen“, mit denen „umherzuwerfen, doppelt gefährlich sei“. Rechtsanwalt Mundel, Gründer und Aufsichtsrath, und Justizrath Karsten, vielfacher Gründer, erklärten alle Vorgänge bei dieser Gründung für so correct wie nur möglich, und ihre Clienten als die hochachtbarsten Geschäftsleute. Doch der Gerichtshof war anderer Meinung; er verurtheilte am 14. Juni 1876 nach dem Antrage des Staatsanwalts, jeden der Angeklagten wegen Betrugs zu sechs Monaten Gefängniß und 1000 Thaler Geldbuße, und das Kammergericht bestätigte unterm 22. Februar 1877 lediglich diese Sentenz.

Ein zweiter Schlag traf die Gründer in Magdeburg. Simon Levy in Berlin, Julius Levy, Meyer Samuel Meyer und Gustav Sommergut in Magdeburg, und Gustav Plaut (H. C. Plaut) in Leipzig hatten die Maschinenfabrik von F. A. Klusmann in Magdeburg, reell etwa 225 000 Thaler werth, für 600 000 Thaler erworben und den Actionären der von ihnen gegründeten Subenburger Maschinenfabrik mit 800 000 Thaler überwiesen. Der Prospect, wie üblich, von einem „Unbekannten“ verfaßt, verhiess 10 bis 15 Proc. Reingewinn. Schon das erste Geschäftsjahr (1872) ergab aber nur 4 $\frac{1}{2}$ Proc. 1873 schloß mit 505 000 Thaler Verlust; worauf die Gründer, eingeschüchtert durch die Drohungen einiger Actionäre, 300 000 Thaler Actien „zurück-schickten“, der ziemlich gewalttham gegründete Vorbesitzer Kluse-

mann allein an 200 000 Thaler. Dessenungeachtet schloß auch 1874 noch mit 198 000 Thaler Verlust. Nun wurden die Actien zusammengelegt und das Grundkapital von 650 000 Thaler auf 175 000 Thaler „reducirt“, worauf 1875 endlich einen Reingewinn von — 212 Thaler erbrachte. Klusmann und die beiden Levy versprachen, noch weitere 50 000 Thaler Actien „zurückzuschenken“, falls man sie in Ruhe lasse. Doch inzwischen schritt der Staatsanwalt ein. Die Anklage lautete auch hier auf Betrug, wegen falscher Angaben im Prospect, namentlich wegen Verschweigung des Gründeraufschlags mit 200 000 Thaler. Diese Gründung war, wie ihre Schicksale zeigen, schon eine weit böhere; Geheimer Commerzienrath Emil Stephan, früher in Königsberg i. Pr., ein Hauptgründer und als Entlastungszeuge vorgeladen, hatte sie so bedenklich gefunden, daß er die ihm angebotene Theiligung ablehnte. Trotzdem gingen die Vertheidiger der Angeklagten dem Staatsanwalt Angern scharf zu Leibe. Justizrath Lefse aus Berlin, Mitverfasser des Actiengesetzes, „verurtheilte das Denunciantenwesen der Actionäre, das leicht auf diese zurückfallen könne“. Justizrath Karsten aus Berlin bezeichnete die Forderungen und Drohungen der Actionäre, gegenüber den Gründern, als „Erpressung“. Rechtsanwalt Träger, Leib-Dichter der „Gartenlaube“ und vielfacher Aufsichtsrath, that den hochpoetischen, aus Oesterreich importirten Ausspruch: „Dem Gründungsschwindel ist die Gründerhag gefolgt!“ Der Gerichtshof hielt die Kriterien des Betruges für vorhanden, meinte aber, daß es an einem Betrogenen fehle; das Publikum im Allgemeinen könne nicht dafür angesehen werden. Der Gerichtshof fand die Angeklagten des Betruges nicht schuldig, und verurtheilte sie nur wegen „Verschleierung“ der Bilanz zu Geldbußen von 100 bis 500 Thaler.

Dieses Erkenntniß des Stadt- und Kreisgerichts Magdeburg vom 27. October 1875 wurde nun vom dortigen Appellgericht nnterm 19. Mai 1876 wesentlich abgeändert. Oberstaatsanwalt Ring zeigte sich den Vertheidigern wohl gewachsen und bezahlte sie in ihrer Münze. Anknüpfend an den vom Rechtsanwalt Träger gebrauchten Ausdruck „Gründerhag“, erklärte er, daß es allerdings seine Absicht sei, die betrügerischen Gründer „dahin zu hegen, wohin sie gehören, nämlich in's Gefängniß“. Und als

Rechtsanwalt Mundel spottete: das allgemein verurtheilte Actiengesetz sei wohl deshalb so miserabel ausgefallen, weil bei der Verathung kein Staatsanwalt zugegen gewesen, erwiderte ihm Herr Ring unter allgemeiner Heiterkeit: Vielleicht ist ein Rechtsanwalt dabei gewesen, und dies die Ursache der schlechten Fassung. Rechtsanwalt Mundel versicherte, die Gründerhag brücke nur das Geschäft herunter, und Justizrath Lefse erklärte, daß er den Prospect nur für eine gewöhnliche Waarenanpreisung halte. Aber das Appellgericht war anderer Ansicht. Es verhäng über die Angeklagten dieselbe Strafe, welche die Gründer der Spritbant Brede getroffen hatte. Gebrüder Levy, Meyer, Sommerguth, Plaut und Director Henniges wurden wegen Betruges zu je 6 Monaten Gefängniß und 1000 Thaler Geldbuße, der von den Gründern verführte Klusmann wegen Theilnahme am Betrug zu 3 Monaten Gefängniß und 500 Thaler Geld verurtheilt. Das Appellgericht vermifste nicht die „Betrogenen“; es nahm an, daß viele ehrliche Leute im Vertrauen auf den Prospect Actien erworben hätten. Von zwei Personen war dies auch festgestellt; sie bekundeten, daß ihre, bei Frege & Co. in Leipzig gezeichneten Actien später im Auftrage der Gründer zurückgekauft wurden, und zwar gegen volle Erstattung von Kapital und Zinsen.

Nun fuhr Heulen und Zähneklappern unter die Gründer; keiner von ihnen fühlte sich mehr sicher. Ein Gericht erster Instanz und ein Gericht zweiter Instanz hatten falsche Angaben im Prospect für Betrug erklärt, und welche Prospective waren nicht lügnerisch und schwindelhaft! Von dem höchsten Gerichtshof stand nichts Günstigeres zu erwarten; von dem Ober-Tribunal verlautete in Advocaten-Kreisen, daß dortselbst eine „bedenkliche Strömung“ gegen die Gründer vorherrsche. Auch das Ober-Tribunal hatte bereits gesprochen, in Sachen der Stollberger Glashütte — gegründet von den Advocat-Anwälten Koch und Bloem, von A. Charlier, R. Delius, H. Steinmeister und W. Reußen — zwei freisprechende Erkenntnisse der Zuchtpolizeikammer und der Appellkammer des Landgerichts zu Aachen vernichtet. Im Gegensatz zu dem ersten und zweiten Richter, fand das Ober-Tribunal eine Vermögensbeschädigung und einen widerrechtlichen Vortheil darin, daß die Gründer den Gründerauflschlag mit 70 000 Thaler den Consortialen oder „Ersten Zeichnern“ ver-

schwiegen hatten. Wenn aber der höchste Gerichtshof die Gründer für verpflichtet erachtete, den „Ersten Zeichnern“ nichts vorzuspiegeln und nichts Wesentliches zu verschweigen, so bestand diese Verpflichtung doch unzweifelhaft auch den Actionären gegenüber. Nach dieser hochwichtigen Entscheidung waren — so durfte man schließen — alle Gründungen der Schwindelperiode dem Staatsanwalt verfallen.

Das Volk nahm diese Urteilsprüche mit freudiger Genugthuung auf, aber in den höhern Schichten der Gesellschaft fanden die Gründer innige Theilnahme und lautes Bedauern. Die „gute“ Gesellschaft war von den Gründern „betheiligt“ worden, war mit ihnen verwandt und verschwägert, oder sie hatte doch mit ihnen geschmaust und gezecht. Was Wunder, wenn den Gründern in den höchsten Kreisen Vertheidiger und Fürsprecher erstanden, und wenn sie nun, mit Hilfe ihres Geldes und ihrer mächtigen Freunde, Himmel und Erde in Bewegung setzten! Ihre mächtigste Verbündete war die „liberale“ Presse, und diese ging mit einer Behemenz und Energie in's Zeug, daß der Erfolg nicht fehlen konnte.

In der ganzen „liberalen“ Presse ertönte ein Jammergeschrei über die „Gründerhag“. Die den Staatsanwalt angehenden, ausgeplünderten Actionäre wurden von der „Berliner Börsen-Zeitung“ des Herrn Killisch, genannt Killisch v. Horn, von dem „Berliner Börsen-Courier“ der Gebrüder Davidsohn, von der „Schlesischen Presse“ des Herrn Schottländer, von der dem Schlesischen Bankverein gehörenden „Breslauer Zeitung“, von der „Neuen Stettiner Zeitung“ und vielen andern Blättern als elende „Denuncianten“, als schändliche „Blünderer“ „gebrandmarkt“. Die „Bosfische Zeitung“ übernahm einen Artikel der „Berliner Börsen-Revue“, welcher constatirte, daß die verurtheilten Gründer der Wrede'schen Spiritfabrik „in der Achtung, welche sie bisher genossen, eine Einbuße nicht erlitten“ hätten. Der „Börsen-Courier“ drohte mit einer Massen-Auswanderung der Gründer und Börslaner. Das „Berliner Tageblatt“ des Herrn Mosse (Moses) empfahl der Staatsanwaltschaft Milde und Nachsicht, und man colportirte das Gerücht von der Versetzung des Herrn Lessendorff. „Liberale“ Blätter jammerten, daß die Richter und Staatsanwälte sich von der „Zeitströmung“ gegen die Gründer beeinflussen ließen. Die

„Bosstische Zeitung“ aber bezeichnete die „Ziele der Gründerhege“ als politische Reaction, und machte für die Verluste der „Liberalen“ bei den Landtagswahlen im Herbst 1876 die „Gründerhege“ verantwortlich.

Sommer 1876 erschien eine Brochüre unter dem Titel „Gründer-Processe, eine criminalpolitische (!) Studie von Justinus Möller“. Der pseudonyme Verfasser erklärt es für „entschieden verwerflich“, daß die Gerichte sich der Worte „Gründer“ und „Gründerlohn“ bedienen; er erklärt die Anwendung des Betrugsparagraphen auf die verdächtigen Gründungen als eine traurige Verirrung der Rechtsanschauung; er verhöhnt den Staatsanwalt als „Retter der Gesellschaft“ und insinuirt fein: auch die Richter könnten faule Actien besitzen und an der Börse unglücklich speculirt haben. Er fragt: weshalb die Behörden gegen den Gründungsunfug, der doch notorisch war, nicht damals einschritten, als er in Blüthe stand? Er schreibt wörtlich: „Die Geschichte des Denunciantenthums ist die Geschichte der Reactionen. Jeder Bürgerkrieg hat die Proscriptionsliste im Gefolge, jede wirthschaftliche Revolution — ihre „Gründerhege“. Selbstverständlich widmete die „National-Zeitung“ dieser Brochüre einen Leitartikel. Zwar kann sie ihr „nicht beistimmen, wo sie räth, Opportunitätsgründe halber den Weg unerbittlicher Gerechtigkeit zu verlassen“, aber es sei „doch unmöglich, sich blind zu machen gegen die tiefen sittlichen Schäden, welche die allgemeine Gründerhege unserm Volksleben zu schlagen droht“. Auch seien die Gründerprocesse verspätet: „Wäre es der Staatsanwaltschaft schon im Jahre 1872 in den Sinn gekommen, unredliche Gründer als Betrüger zur Untersuchung zu ziehen, so müßte allerdings der 1873 er Krach ein Jahr früher zum Ausbruch gekommen sein, aber der Fall wäre weniger tief, die Krankheit unseres wirthschaftlichen Lebens weniger allgemein und die Heilung schneller und leichter gewesen.“ — Als Verfasser jener Brochüre nannte sich hinterher frei und stolz der Gerichts-Assessor a. D. Dr. Julian Goldschmidt, jetzt Director der Norddeutschen Grundcredittbank in Berlin, der ein Jahr später in Sachen der vergründeten Westpreussischen Eisenhütte selber vor dem Criminalgericht stand. Herr Goldschmidt trat auch bei den Landtagswahlen von 1876 als Candidat auf, Eugen Richter und Rudolf Parisius empfahlen ihn als feinen

Renner des Actienrechts, und als ihn seiner Gründerfreundlichkeit wegen, Dr. Hans Blum in Leipzig bekämpfte, „brandmarkte“ er diesen als den „entarteten Sohn“ seines Vaters.

Das Stärkste leistete die jetzt vielgenannte „Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz“, das Organ der Schutzöllner, das von großen Gründern unterhalten und von einem Freiherrn P. v. Roëll redigirt wird. Ende 1876 schrieb dieses würdige Blatt: „Schon fängt das Obium, das auf den Gründern lag, an, sich auf die Heizer zu werfen; schon bildet sich die Ueberzeugung, daß uns die Schwindelperiode zwar mit Ruthen schlug, die Verleumdungs- und Verfolgungsperiode aber mit Storpionen. Die Schwindelperiode war weniger schädlich, weil eine großartige Circulation, ein rascher Blutumlauf neben dem fieberhaften, auch viel gesundes Leben erzeugte, und das national gesteigerte Kraftgefühl neben manchem Rartenhaus, auch viel nützliche und dauernde Schöpfungen hervorbrachte, während die künstlich genährte Mißtrauensperiode nur zerstört, und uns für den Ruin der Geschäfte nicht einmal den Ersatz einer geläuterten Geschäftsmoral darbietet.“ (?) „Selbst die wenigen Gründer, die mit Bewußtsein täuschten, schlugen nur dem Geldbeutel ihrer Opfer Wunden, die Heizer und Verleumder aber der Ehre und dem guten Namen. Die Gründermanie leitete den geschäftlichen, die Verleumdungsmanie dagegen den moralischen Bankerott ein.“ „Lebten wir noch in absolutistischen Zeiten, wo die Weisheit und Machtfülle Eines Mannes dem Lande die Richtung verleiht, so würden wir an diesen Selbstherrscher die Bitte richten: über Alles, was während der Periode des geschäftlichen Aufschwunges geschah, zieht den Schleier der Liebe, des Vergessens zu decken, dem rückwärts spähenden Blicke des Grolls ein militairisches „Rechtsum!“ zu commandiren und dem Auge des Volks wieder die Direction nach vorn, in eine geläuterte hoffnungsreiche Zukunft zu geben. Wir würden ihn, objectiver und gerechter wie die Tugendprediger, an alle die vielen Thatfachen erinnern, welche die Sünden jener Periode aus der Region des persönlichen Verschuldens hinausheben und als eine allgemeine Verirrung charakterisiren, an welcher die Regierung ihren sehr großen Schuldantheil hat, wenn bei so elementaren Strömungen überhaupt von Schuldantheilen die Rede sein kann. Wir würden erinnern: a) an den berücksenden

Zauber, den die Siege ohne Gleichen und der Milliardensegen auf die Phantasie eines armen gebuckten Volkes*) mit Naturnothwendigkeit ausüben mußte; b) an die Fehler, welche die Regierung machte durch zu schnelle Einziehung der Milliarden, durch Kündigung von Staatsanleihen, durch colossale Bestellungen für das Metablisement, wodurch alles die phantastischen Volksvorstellungen von einer neuen, noch nie dagewesenen Ära des Wohlstands und Glücks nur gestärkt werden konnten; c) an die plötzlichen Zollreductionen Delbrücks, welche der Industrie ein wirkliches Fundament entzogen, und zwar mit Rücksicht auf einen industriellen Aufschwung, wovon gerade die Regierung besser wie das Land wissen mußte, daß es nur ein Trugbild, ein kurzer Knalleffect war; und d) an die Thatsache, daß den Gründer-Prospecten dieser Knalleffect, dieser industrielle Scheinflor nicht minder als Basis diente wie den Gesetzesvorlagen, womit Herr Delbrück die Pölle reducirte, und daß gerade der Fortfall der Pölle die Hauptursache ist, daß die Gründer-Prospecte Maculatur, und die Dividenden-Versprechungen Lügen wurden.“

Die Dreistigkeit und Sophistik dieses Gründer-Advocaten muß allerdings Etel, aber doch auch eine gewisse Bewunderung hervorrufen. Wie geschieht er die Fehlgriffe und Unterlassungssünden der Regierung benutzt, um die Orgie der Gründer zu entschuldigen; wie er die Gründer geradezu als die Verführten und die Regierung als die Verführerin hinstellt! Und doch fanden gerade die jetzt verurtheilten Maßnahmen der Regierung während der Schwindelperiode bei den Gründern den lautesten Beifall; die Börse „escomptirte“, wie sie in ihrem Diebsjargon sagt, die überschnelle Einziehung der Milliarden, die Kündigung der Anleihen, die colossalen Bestellungen der Regierung, die luxuriösen Staatsbauten u., und begleitete sie mit einer unaufhörlichen, sich beständig steigenden Hauffe. Während der Schwindelperiode waren Delbrück und Camphausen die Abgötter der Gründer; nach dem Krach wurden sie von diesen immer heftiger beschudet und schließlich als Sündenböcke geopfert; ganz so, wie Laster zur Sühne des großen Schwindels, dessen eigentliche Träger die Juden sind, den Geheimrath Wagener schlachtete. Sofort nach dem Krach

*) Hier ist wohl das auserwählte Volk der Juden gemeint.

werfen sich die Gründer mit aller Macht auf den Schutzzoll zu Gunsten der Eisen- und Textil-Industriellen, unter denen sie in der Schwindelperiode ihre hauptsächlichsten Genossen gefunden hatten, und bereiten so vor eine neue Gründung.

Nur um kein Mittel unversucht zu lassen, ergriffen die verurtheilten Gründer die Nichtigkeitsbeschwerde; sie hatten so gut wie keine Hoffnung mehr. Aber siehe da, gerade das gefürchtete Ober-Tribunal wurde ihnen zur Retterin! Die Agitation in der „liberalen“ Presse gegen die „Gründerhag“ sollte doch nicht ohne Erfolg bleiben. Am 1. December 1876 vernichtete das Ober-Tribunal das Erkenntniß des Appellgerichts Magdeburg, welches die Gründer der Sudenburger Maschinenfabrik wegen Betrugs verurtheilte, und verwies die Sache zur anderweiten Verhandlung vor das Appellgericht zu Halberstadt. Als Grund für die Cassation wurden Formfehler bezeichnet, und namentlich gerügt, daß die durch den Prospect verführten Actionäre bei ihrer Vernehmung nicht vereideten waren. Das Halberstädter Appellgericht beschloß, die ganze Beweisaufnahme zu wiederholen, und obwohl die in Rede stehenden Zeugen bei ihrer Aussage verblieben und sie jetzt mit dem Eide bekräftigten, erfolgte doch die Freisprechung der Gründer. Die Angeklagten wurden, wie in erster Instanz, des Betruges nicht schuldig befunden, und bei diesem Urtheil beruhigte sich die Staatsanwaltschaft. Das machte Julius Levy aus Magdeburg so kühn, daß er versuchte, auch noch die Geldbuße mit 500 Thaler abzuwälzen, welche ihm der erste Richter wegen „Verschleierung“ der Bilanz auferlegt hatte, und welche in allen Instanzen bestätigt war. Zum Staunen der Gründerwelt legte nicht die Staatsanwaltschaft, sondern Julius Levy die Nichtigkeitsbeschwerde ein, wurde aber damit zurückgewiesen, und mußte die 500 Thaler wirklich büßen.

Denselben Verlauf nahmen die übrigen Gründerprocesse, in denen vom Vorderrichter eine Verurtheilung ausgesprochen war. In Sachen der Spiritbank Wrede hatten der erste und der zweite Richter übereinstimmend ausgeführt: der Causalnexus zwischen Täuschung und Vermögensbeschädigung sei erwiesen, da die Leser des Prospectes durch denselben nothwendig zu irrigen Schlüssen verleitet werden mußten, auch einen besonderen Gründerlohn keineswegs voraussetzen, sondern erwarten durften, daß der Ge-

winn für die Gründer aus dem Agio mit 5 Procent*) resultire. Das Ober-Tribunal vernichtete am 10. October 1877 auch dieses Erkenntniß. In den Gründen seiner Entscheidung trat der höchste Gerichtshof sämmtlichen thatsächlichen Feststellungen des Appellrichters bei und verwarf die dagegen erhobenen Beschwerden, jedoch mit der einzigen Ausnahme, daß bei Motivirung des Causalnexus zwischen Irrthumserregung und Vermögensbeschädigung nicht überzeugend nachgewiesen sei, daß die Zeichner im Wesentlichen durch die Angaben über den Erwerbspreis zur Zeichnung bestimmt wurden. Das Appellgericht zu Frankfurt a. O., an welches die Sache zur anderweiten Verhandlung verwiesen, ordnete eine nochmalige Beweisaufnahme an. Die Bertheidiger, Rechtsanwälte Ratower und Munkel, machten auf die Entscheidungen des Reichsoberhandelsgericht zu Leipzig in den Civilprocessen gegen die Gründer der Spritbank und gegen die Gründer der Braunschweiger Eisenbahnwagen-Bauanstalt aufmerksam, wonach es Prospecten gegenüber, die nur als „kaufmännische Reclame“ anzusehen sind, keinen „Getäuschten“ gebe; mithin könne in solchen Fällen auch von keinem „Betrüger“ die Rede sein, und der Gerichtshof würde sich, wollte er anders erkennen, in Widerspruch zu dem höchsten Reichsgericht setzen. Das Frankfurter Appellgericht that dies denn auch nicht; es erklärte die nochmals vernommenen und bei ihrer Aussage verbliebenen Zeugen für unglaubwürdig, weil sie eben durch die Gründer beschädigt sind, und sprach die letzteren völlig frei. Gegen dieses Urtheil vom 19. März 1878 meldete die Oberstaatsanwaltschaft zwar die Wichtigkeitsbeschwerde an, zog sie aber wieder zurück, und damit hatte die Sache ein Ende. In Gründerprocessen, wo es sich um schwindelhafte Prospecte handelt, fehlt es also entweder an einem „Betrogenen“, oder die angeblich Betrogenen verdienen doch keinen Glauben!

Im geradezu classischer Weise spann sich der Proceß in Sachen der „Rheinischen Effectenbank“ zu Cöln ab, der sich nicht weniger denn vier Jahre hinzog und gleichfalls mit einer eclatanten Niederlage der Justiz endete. Diese Bank wurde October 1872 von der Bank für Rheinland und Westfalen in Cöln (die

*) Thatsächlich 10 Procent!

sich also selber eine Concurrrenz schuf), von der Aachener Bank für Handel und Industrie, A. Baderstein in Berlin, Eduard Frege & Co. in Hamburg und Karl Gustav Horn in Köln gegründet, welche 2 Millionen Thaler Actien à 111 auflegten und Februar 1873 noch weitere 2 Millionen Thaler folgen ließen. Horn, ein buckliger Krüppel von 24 Jahren, früher Zeitungscolporteur, dann Gesellschafter der Bankfirma Horn & Obenthal, die auf einem Kapital von 5000 Thaler fundirte, und mit einer Unterbilanz von 60 000 Thaler abschloß, fabricirte aus diesem thatsächlich bankerotten Geschäft die neue Actiengesellschaft, und zeichnete von dem Kapital die Kleinigkeit von 1,450 000 Thaler, die selbstverständlich nur auf dem Papier standen. Neben Horn fungirten noch zwei Directoren mit 12 000 und resp. 7500 Thaler Gehalt, während den Aufsichtsräthen entsprechende Lantiemen zu fielen. Mit Hilfe der Presse gelang es, die Actien bis 130 hinaufzutreiben, und zum größten Theil allmählig zu verkaufen. Dr. Nicolaus Hocker erhielt für seine literarische Thätigkeit von der Rheinischen Effectenbank einen festen Jahresgehalt von 1000 Thaler. Einem anderen Journalisten gewährte sie die Mittel zum Ankauf eines Börsenblattes, und einem dritten creditirte sie 6000 Thaler, die später „beglichen“ wurden. Ihr Hauptverbündeter war der Advocat-Anwalt Bach, Börsenredacteur der „Rheinischen Zeitung“, welcher als solcher dem Schwindel außerordentliche Dienste geleistet hat, und selber an der Börse rasend speculirte. Bei der Rheinischen Effectenbank hatte er ein offenes Conto, und schuldete ihr schließlich 162 000 Thaler. Nomineller Eigenthümer der „Rheinischen Zeitung“, die das fortschrittliche Banner hoch hielt, war der gegründete Volkstribun Classen-Rappellmann, und als Chefredacteur waltete der Advocat Peter Köppel, der später zum Nationalliberalismus überging und darauf eine Anstellung bei der „National-Zeitung“ in Berlin erhielt, Herbst 1878 aber die Leitung der freiconservativen „Neuen Magdeburger Zeitung“ übernahm, welche der alten „Magdeburgerin“ Concurrrenz machen sollte, indeß nach sechsmonatlicher Existenz bereits wieder verblüht. Die „Rheinische Zeitung“ und der „Allgemeine Anzeiger“ waren die Börsenorgane der Rheinischen Effectenbank und des mit ihr eng liierten Schaaffhausen'schen Bankvereins; und als Aufsichtsräthe der Actiengesellschaft für Buchdruckerei und Verlag,

welche den „Allgemeinen Anzeiger“ herausgab, fungirten Advocat-Anwalt Robert Effler II., Generalconsul Adolf Rautenstrauch, „Generaldirector“ Martin Neuerburg und Dr. Richard v. Kaufmann-Affer, Personen, die zu beiden Bankinstituten in vielfachen Beziehungen standen.

Der Schaaffhausen'sche Bankverein, dem seine Statuten das Gründen verboten, der es aber trotzdem direct und indirect, unter dem Namen seiner Directoren, nach allen Regeln der Kunst betrieb, schuf sich in der Rheinischen Effectenbank eine Art von Zweiganstalt, die ihm seine faulen „Werthe“ abnahm und für ihn das eigentliche Gründergeschäft besorgte. Die Rheinische Effectenbank war eine bloße Gründer- und Speculationsbank; sie schwelgte in den blutigsten Gründungen, sie trieb eine fabelhafte Wechselreiterei und ein colossales Börsenspiel, und sie gewährte allen möglichen Leuten, darunter eigenen Beamten und Aufsichtsräthen und solchen des Schaaffhausen'schen Bankvereins, Lombarddarlehen und ungedeckte Credite zu Differenzgeschäften an der Börse. Schon das erste Geschäftsjahr schloß mit einem Deficit von 500 000 Thaler. April 1875 trat die Bank in Liquidation und bald darauf mußte sie den Concurß anmelden. Sie hatte ihr ganzes Grundkapital von 4 Millionen Thaler verbraucht, dazu über 2 Millionen Thaler Schulden contrahirt, und für 15 Millionen Thaler faule Actien unter das Publikum gebracht. Die eingeleitete Untersuchung ergab ein System von Fälschungen und Unterschlagungen, ein Labyrinth von Schwindel und Betrug. In der Haft machte Horn umfassende Geständnisse, beschuldigte er schwer den Schaaffhausen'schen Bankverein, namentlich den ersten Director desselben, Commerzienrath Victor Wendelstadt, und die Aufsichtsräthe der Effectenbank, denen er die eigentliche Urheberchaft zuschob und als deren bloßes Werkzeug er sich bezeichnete: Die Effectenbank sei nur gegründet worden, um der Kölner hohen Finanz als Ableiter ihrer unverkäuflichen „Werthe“ zu dienen, und daneben noch bei neuen Gründungen erhebliche Gewinne auf Kosten der Actionäre einzusäckeln. Im Ganzen seien der Effectenbank von ihren eigenen Aufsichtsräthen gegen 5 Millionen Thaler faule Actien aufgeladen worden. Im Audienztermin widerrief Horn alle diese Beschuldigungen und suchte die mitangeklagten Aufsichtsräthe wieder rein zu waschen. Die öffentliche Meinung

aber war darin einig, daß er jetzt lüge und früher die Wahrheit gesagt habe. Am 31. Juli 1876 sprach das Zuchtpolizeigericht zu Köln das Urtheil. Es lautete für Horn auf drei Jahre Gefängniß, für Leopold Surén, Director der Bank für Rheinland und Westfalen, auf drei Monate, für Victor Wendelstadt und Rudolf Willemsen, Director der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia, auf je 6 Wochen. Willemsen und Surén waren schuldig befunden, in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsräthe der Effectenbank faule Actien aufgehast zu haben, während Wendelstadt wegen „Verschleierung“ der Bilanz seine Strafe erhielt. Die übrigen neun Angeklagten wurden freigesprochen, nämlich die Directoren Theodor Horn und Heinrich Losetti und die Aufsichtsräthe Eduard Frege in Hamburg, Friedrich Heinrich Knecht in Mannheim, Adolf vom Rath (Deichmann & Co.), Moritz Elsbacher, Raoul Stein, Adolf Rautenstrauch und Advocat-Anwalt Esser II. in Köln. Dem verurtheilten Commerzienrath Wendelstadt brachten die Einwohner von Godesberg bei Bonn, woselbst er eine Villa besaß, eine Ovation dar; eine Deputation, geführt vom Bürgermeister des Orts, überreichte ihm eine Beileids- und Hochachtungs-Adresse, bot ihm den „Kranz der Ehre“ dar.

Gegen das erste Erkenntniß legten sowohl die Staatsanwaltschaft als die Verurtheilten die Berufung ein, und die Appellkammer des Kölner Landgerichts entschied sich am 1. Februar 1877 dahin: sie ermäßigte die Strafe für Horn auf 2 Jahr und 10 Monate, und sprach alle übrigen Angeklagten frei. Horn aber, den seine Freunde gegen Leistung einer Caution aus dem Gefängniß losgemacht hatten, war so vorsichtig gewesen, inzwischen nach Amerika zu reisen. Unterm 28. Juni 1877 vernichtete das Ober-Tribunal dieses Urtheil, soweit es die Freisprechung der beschuldigten Aufsichtsräthe betraf, und verwies den Proceß zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zu Elberfeld. Allein auch hier erfolgte wieder Freisprechung, worauf das Ober-Tribunal das ergangene Erkenntniß abermals cassirte, und die Sache einem dritten Gericht übertrug. Wie vorausszusehen war, konnte auch die Appellkammer des Landgerichts zu Koblenz an den so unbarmherzig verfolgten Aufsichtsräthen keinerlei Schuld finden. Sie bestätigte unterm 10. März 1879 einfach die Erkenntnisse der Kölner und Elberfelder Appellkammer, und dabei

beruhigte sich nun auch die Staatsanwaltschaft, so daß dieser denkwürdige Proceß nach vier Jahren glücklich sein Ende erreicht hat.

Wie Horn vor den Schranken des Gerichts klagte, hätten sowohl er, als sein Freund, Jacob v. Kaufmann-Affer, mit dem er die Gründung der Effectenbank ursprünglich plante, schwer unter den Verfolgungen der Revolverpresse zu leiden gehabt. Herr v. Kaufmann-Affer, ein vielfacher Gründer, ging aus Furcht vor dem Staatsanwalt in's Wasser, da er sich in die Untersuchung wegen der Bergwerks-Gesellschaft Germania in Ralk verwickelt sah. In Gemeinschaft mit Affer und etlichen Directoren resp. Aufsichtsräthen des Schaaffhausen'schen Bankvereins hatte Martin Neuerburg, „Generaldirector“ der Germania, dieser seiner Gesellschaft ein Stück Land mit einem Preisausschlage von 50 000 Thaler überantwortet. Deshalb wegen „Untreue“ angeklagt, wurde Neuerburg von der Zuchtpolizeikammer in Cöln glänzend freigesprochen. Wie die Blätter berichteten, hatte der Gerichtshof diesen Profit durchaus correct und angemessen gefunden, und die Seitens des Staatsanwalts erhobene Beschuldigung, die Germania sei ein Schwindelproduct, als gänzlich unbegründet zurückgewiesen. Wolff's Telegraphen-Büreau meldete die Freisprechung und zugleich, daß gegen die Personen, welche den hochgeachteten und durch seine gemeinnützige Thätigkeit hochverdienten Herrn v. Kaufmann-Affer in den Tod getrieben und ihm 10 000 Thaler Schweigegelder abgepreßt hätten, nunmehr die Untersuchung eingeleitet werden solle. Von einem solchen Verfahren ist nichts zu hören gewesen; dagegen wurde Herr Neuerburg in zweiter Instanz mit zwei Monaten Gefängniß bedacht, was ihn so überraschte und dermaßen aufbrachte, daß er eine Denkschrift veröffentlichte, in welcher er verkündete, wie er „auf Richter in Berlin hofft“, und den ihn verurtheilenden Vorderrichter einer bitteren Kritik unterzog.

1876 war das Jahr der „Verleumdungsära“ und der Gründer-Verurtheilungen; dann aber folgte die Ära der Freisprechungen. In Sachen der Stollberger Glashütte hatte, wie erwähnt, das Ober-Tribunal das freisprechende Erkenntniß der Appellkammer zu Aachen vernichtet, und den Proceß an das Landgericht zu Düsseldorf verwiesen. Aber auch hier fand man die Gründer unschuldig, und als der Ober-

Procurator von Neuem den Recurs einlegte, verwarf das Ober-Tribunal denselben jetzt, und bestätigte nun selber die Freisprechung. Es ist erklärlich, daß nach solch fortlaufenden Mißerfolgen die Staatsanwaltschaft den Muth verlor, nur noch selten eine Anklage erhob und dann ein unsicheres zaghaftes Auftreten bekundete. Eine farbige Illustration hierzu bot der im Herbst 1877 verhandelte Proceß gegen die Gründer der Westpreussischen Eisenhütte.

September 1872 erstand Jacob Litten in Elbing das dortige Walzwerk von Ruttenteuler, Dehring und Lorenz, abgeschätzt auf 175 000 Thaler, aber thatsächlich weit weniger werth, für 220 000 Thaler, wobei er sich von den Verkäufern eine „Provision“ von 2200 Thaler bedang. Er kaufte nämlich im Auftrage des Geh. Commerzienrath Emil Stephan, und cedirte das Walzwerk der neu zu bildenden Actiengesellschaft: Westpreussische Eisenhütte um den Preis von 330 000 Thaler. Der Aufschlag betrug also 50 Proc. oder 110 000 Thaler, welche die Norddeutsche Grundcreditbank in Berlin unter die Gründer vertheilte. Die Vorbesitzer behielten die Leitung und übernahmen 110 000 Thaler Actien. Als erste Aufsichtsräthe fungirten und haben den Prospect, welcher den „Erwerbspreis“ auf 330 000 Thaler angab, mitunterzeichnet: Carl Wittrich und F. Oltersdorf in Königsberg in Pr., Director Adolf Rosenstein und Alexander v. Loeben in Berlin, Rentier Lebens und Rechtsanwalt Heinrich in Elbing. Letzterer hatte als Notar den Kaufvertrag und die Cession aufgenommen, kannte also die Manipulationen der Gründer amtlich. Am 9. November 1872 wurden 450 000 Thaler Actien ausgegeben, und schon am 31. December 1872, also 7 Wochen später, schloß das erste Geschäftsjahr von drei Monaten (!) mit einer Dividende von 14 Procent!! Die Actien waren zum allergrößten Theil noch unbegeben, und gelangten erst später, ohne den ersten Dividendenschein, in die Hände des Publikums. In wahrhaft genialer Weise vertrieben die Actien Simon Lipmann, früher Commis bei Stephan, und Michaelis, früher Commis bei Lipmann, jetzt Director der Halle'schen Creditanstalt, welche Stephan, Lipmann und die Norddeutsche Grundcreditbank erzeugt hatten. Man verbreitete ein Exposé, unterzeichnet „Direction der Westpreussischen Eisenhütte“; dasselbe verwies auf die angeblich vertheilte Dividende von 14 Proc., stellte eine neue von 20 Proc. in Aussicht,

und schilderte die Blüthe und den Umfang des Walzwerks in der übertriebensten Weise. So gelang es den Herren Lipmann und Michaelis, die Actien zum Course von 125 bis 130 unterzubringen. März 1873 wurden 300 000 Thaler neue Actien fabricirt, aber selbstverständlich war von einer Dividende nicht mehr die Rede. Anfang 1876 kam es zum Conkurs, den das Gericht um sechs Monate zurückdatirte, und die Westpreussische Eisenhütte, die an Actien und Prioritäten 950 000 Thaler ausgegeben hatte und außerdem noch 100 000 Thaler schuldig war, wurde schließlich den Gebrüdern Michelly in Königsberg i. Pr. für ganze — 48 000 Thaler zugeschlagen. Die Prioritätenbesitzer erhielten ca. 23 Proc. ihrer Forderung, alle übrigen Gläubiger und die Actionäre nichts.

Erst als Frühjahr 1876 die „Ostpreussische Zeitung“ in Königsberg i. Pr. die scandalöse Geschichte dieser Gesellschaft in einer Reihe von Artikeln beleuchtete, ging die Staatsanwaltschaft vor. Jacob Litten ward verhaftet, krankheitshalber aber wieder entlassen. Die Börslaner nahmen ihre Rache, indem sie den Cours der „Ostpreussischen Zeitung“, einer Actiengesellschaft, von 85 auf ca. 60 heruntersetzten.*)

Angeklagt wurden 15 Personen: die Vorbesitzer Kutteneuler, Lorenz, Dehring und der Mitdirector Schoch, die Gründer Litten, Stephan, Schmidt, Lipmann, Adolf Rosenstein, die Consortialen resp. Aufsichtsräthe C. F. Gaedecke, Eugen Dzondi, v. Loeben, Hermann Lebens, ferner Josef Litten jun. und Dr. Julian Goldschmidt. Die Anklage lautete auf Betrug resp. falsche Angaben vor dem Handelsrichter und Verschleierung der Bilanz. Wie überall, wollte auch hier keiner der Angeklagten eine Ahnung

*) Die „Ostpreussische Zeitung“ ist ein conservatives Organ, und an derselben stark theilhaft der Geh. Commerzienrath Moritz Simon, welcher im Aufsichtsrath der fortschrittlichen „Hartung'schen Zeitung“ den Vorsitz führt. Die jüdischen Großgründer Moritz Simon, Adolf Samter und Carl Jacob gründeten, um des Geschäfts willen, das fortschrittliche Blatt, und Simon theilhaftete sich, mit Rücksicht auf seine politische Gesinnung (!), an der Gründung des conservativen Organs. Moritz Simon wurde wegen einer gesetzwidrigen Gefälligkeit, die er seinem bankerotten Freunde Carl Jacob erwies, zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt, eine Strafe, die des Kaisers Gnade in 10 000 Thaler Geldbuße umwandelte.

haben, wie der incriminirte Prospect in die Zeitungen gekommen ist, obwohl Lipmann zugeben mußte, der Verfasser zu sein, und obwohl Dr. Julian Goldschmidt einräumte, das Manuscript seinem „Verwandten“, Israel Samuel Preuß zum Abdruck in 2000 Exemplaren übergeben zu haben. Ebenso strittig blieb die Autorschaft des Circulars, welches man unter der Firma „Direction der Westpreussischen Eisenhütte“ versandt hatte, obwohl der Entwurf desselben bei dem Geh. Commerzienrath Stephan gefunden wurde. Als Entlastungszeuge für Jacob Litten, den er seinen „ältesten und gewichtigsten Mandanten“ nannte, erschien dessen früherer Rechtsbeistand, Herr v. Jordanbeck, und sagte aus: Litten übertrug seine Rechte und Pflichten an ein Consortium; ein Bedenken über den Gründerausschlag waltete bei mir nicht vor (!), da ich anders nicht wußte, wie das Geld für ein solches Unternehmen gefunden werden sollte (!). Ich fragte Litten, ob alles in Ordnung sei, worauf er mir sagte: Herr Stephan und die Anderen haben so gute Juristen, daß uns in dieser Hinsicht (!) weder Tadel noch Vorwurf treffen kann. — Nach einem Bericht des „Berliner Börsen-Courier“ hätte sich bei dem Aufruf des Herrn v. Jordanbeck der Gerichtshof von seinen Sitzen erhoben, was aber jedenfalls eine jüdische Aufschneiderei ist. Ein anderer Entlastungszeuge, Commerzienrath Baare, ein Häuptling der Schutzöllner und „Generaldirector“ des Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, welche Gesellschaft während der Schwindelperiode eine gewaltige Agiotage betrieb, und deren Actien seit 1872 von 240 auf ca. 30 stürzten — versicherte, daß der entsetzliche Verfall des Walzwerks nur durch den Rückgang der Eisenpreise herbeigeführt sei, und daß die Actionäre, auch wenn kein Gründerausschlag geschehen, dennoch Alles verloren haben würden!

Zu der Verhandlung vor dem Elbinger Criminalgericht hatte eine Anzahl von Gründerblättern besondere Berichterstatter entsandt. Der „Berliner Börsen-Courier“ verhöhnte und verlästerte täglich in pikanten Feuilletons das Richtercollegium, den Staatsanwalt und die Belastungszeugen. Die beisitzenden Richter und der Staatsanwalt wurden als taub und phlegmatisch verspottet, die Belastungszeugen, ausgeplünderte Actionäre, als schwachsinzig hingestellt und als unlautere Denuncianten schnöde verdächtigt. Kein Staatsanwalt schritt dagegen ein. Erst nachdem die Ange-

klagten freigesprochen, fand der Vorsitzende des Gerichtshofs Gnade vor den Augen des Tobberblatts. Die Verteidiger priesen ihre Klienten als Ehrenmänner ersten Ranges, welche die größte Hochachtung verdienen; die den Angeklagten ungünstigen Zeugen und Sachverständigen, sowie der Staatsanwalt, wurden von den festen gewandten Advocaten hart mitgenommen. Der Staatsanwalt erschien ihnen gegenüber geradezu hilflos, und zog im Laufe der Verhandlung zu seiner Unterstützung einen Kollegen heran; er ließ einen Punkt der Anklage nach dem andern fallen, und beantragte schließlich nur das Schuldig gegen Litten, Lipmann, Rosenstein und Gaedecke. Justizrath Lefse aus Berlin — man sieht, es kehren immer dieselben Advocaten wieder — erklärte: Heute ist man schon ziemlich allgemein der Ueberzeugung, daß die Gründerproceffe nur schädlich sind und das Rechtsbewußtsein verwirren, da schließlich der Geschäftsmann nicht mehr weiß, was Recht oder Unrecht ist. Rechtsanwalt Wannowski aus Danzig hielt einen Gründergewinn von 50 Procent nicht für übermäßig; verdienten doch die Apotheker und die Fabrikanten von Fliegenpapier (!) 100 und mehr Procente. Der semitische Justizrath Mendthal aus Königsberg forderte die Staatsanwaltschaft geradezu auf, sich künftighin derartiger Anklagen zu enthalten, da Gründerproceffe „nicht mehr Mode“ seien, und in der öffentlichen Meinung ein vollständiger Umschwung eingetreten sei. Rechtsanwalt Quenstedt aus Berlin, ein brillanter Redner und Aufsichtsrath der Ostdeutschen Wechsel-Vereinsbank in Bromberg, die nur drei Monate lebte, und deren Comptoir-Utensilien unter den Hammer kamen — entwickelte sehr lehrreich, wie jeder rechtschaffene Betrug aus sechs Ingredienzien oder Kriterien sich zusammensetzen müsse, die bei einem Gründer nie nachgewiesen werden können. Auch der Gerichtshof fand diese Ingredienzien nicht vollständig beisammen, selbst nicht in Bezug auf Litten und Lipmann, denen allerdings eine dolose Irrthumserregung nachzuweisen sei, und sprach deshalb, unterm 8. October 1877, sämtliche fünfzehn Angeklagte frei. Der Staatsanwalt legte in Betreff von Litten und Lipmann die Appellation ein und beantragte, diese wenigstens wegen versuchten Betruges zu bestrafen, aber das Appellgericht zu Marienwerder bestätigte unterm 9. März 1878 das erste Erkenntniß und verneinte in den Motiven des Urteils sogar die Absicht des

Betruges. Der „Börsen-Courier“ brachte die ganze Sentenz zum Abdruck, und sie bildet in der That einen wahren Triumph für die Gründer. Das Erkenntniß des Appellrichters folgt Schritt für Schritt den Ausführungen der Advocaten; es erklärt alle Vorgänge bei der Gründung für correct und den Gründergewinn für legal: Kein „verständiger Mensch“ konnte glauben, daß die Gründer „ihre beträchtlichen Auslagen und Kosten“ opfern und sich nicht durch einen Aufschlag entschädigen sollten. Wenn die angeblich geschädigten Actionäre den Prospect anders auffaßten, „als er vernünftiger Weise aufzufassen war“, so könne daraus den Gründern kein Vorwurf gemacht werden. Die Actionäre hatten ja die Möglichkeit, das Papier zu verkaufen, als es über pari stand. Wenn sie diese günstige Conjunction versäumten und später Schaden erlitten, so sei das wieder nicht die Schuld der Gründer und ihres Prospectes. — Ebenso wie die Advocaten, bemängelt auch das Appellgericht das Zeugniß der geschädigten Actionäre und ihre Glaubwürdigkeit, weil sie sich bei ihren verschiedenen Vernehmungen in Widersprüche verwickelt und im Audienztermin anders ausgesagt hätten als in der Voruntersuchung. Dies ist nun aber ein sehr häufiges Vorkommniß. Die Antworten des Zeugen hängen wesentlich von der Fragestellung, von dem Geschick und Eifer des Inquirenten ab. Im Kreuzverhör der öffentlichen Verhandlung, wo zugleich Präsident, Staatsanwalt und Verteidiger fragen, gestaltet sich die Aussage des Zeugen oft ganz anders, und übrigens ist die Aussage im Audienztermin die entscheidende, sonst brauchte der Zeuge überhaupt nicht noch einmal geladen zu werden.

Das Erkenntniß des Appellgerichts zu Marienwerder bezog den jungen Josef Litten, der wegen Verjährung freigesprochen, sich energisch zu beschweren, daß man ihn überhaupt angeklagt habe, und wie die „National-Zeitung“ meldete, ist auf Veranlassung des Justizministers, der Staatsanwaltschaft „ernste Mißbilligung“ ausgedrückt, dem Elbinger Kreisgericht aber eröffnet worden, daß der Anklagebeschluß gegen Herrn Litten jun. nicht für gerechtfertigt erachtet werden könne. Staatsanwalt und Richter erhielten also für ihr Einschreiten noch eine ministerielle Nase. Im Uebrigen hat der verunglückte Proceß dem Staat ein paar tausend Thaler nur an baaren Auslagen gekostet.

Das Erkenntniß des Appellgerichts zu Marienwerder beweist, wie sehr Herr Lascker irrte, als er am 3. December 1872 im Abgeordnetenhaufe entwickelte: die Gründer machten sich, wenn sie den Gründeraufschlag den Actionären verschweigen, straffällig; wenn er damals behauptete: „Dies ist der offenbarste Betrug, zu verfolgen nach den Gesetzen und zu bestrafen mit Gefängniß.“*) Jenes Erkenntniß beweist vielmehr, wie sehr der Justizminister Herr Dr. Leonhardt Recht hatte, wenn er sich weigerte, eine Generalverfügung an die Staatsanwälte zu erlassen, daß sie auf die unbescheidenen Gründungen achten mögen; denn solche Recherchen sind, wie der Ausfall der Prozesse lehrt, höchst überflüssig, sind in der That nur ein „unberechtigtes Sicheinmischen der Staatsanwaltschaft in die Privatverhältnisse“. Herr Lascker freilich hatte sich inzwischen vollständig belehrt; schrieb er doch in seiner Broschüre gegen Herrn v. Dieß: Jetzt stehen viele Gründer vor dem Strafrichter. „Gelingt es doch selbst der scandalsüchtigen Presse, unschuldig Verfolgte zu einer Reinigung vor Gericht zu veranlassen.“ Also auch Herr Lascker war jetzt der Ansicht, daß die Staatsanwälte in der Verfolgung der Gründer bereits einen viel zu großen Eifer entfalteten!

Außerhalb Preußen's ergingen einige scharfe Verurtheilungen. Gottlieb Behrend, Vorbesitzer, Gründer und Director der Maschinenbaugesellschaft Münnich in Chemnitz, deren Actien einst mit 190 bezahlt und dann völlig werthlos wurden, erhielt wegen Betrugs und Fälschung der Bilanz von dem Schöffengericht in Freiberg 3 Jahre und 3 Monate. Dr. J. B. Moritz, Director der Rheinischen Actien-Bierbrauerei in Mainz und ein Matador der dortigen Fortschrittspartei, hatte wegen Untreue eine Gefängnißstrafe von 18 Monaten zu verbüßen. Später stand er vor den Assisen zu Koblenz, angeklagt der Theilnahme an dem betrügerischen Bankerott seines Bruders Jacob Moritz. „Die Bücher waren mit großem Raffinement geführt, und so gelang es der geschickten Vertheidigung, in der Hauptsache ein freisprechendes Verdict der Geschworenen zu erzielen.“ Nur wegen falscher Angaben vor dem Handelsrichter, betreffend die Gründung der Nieder-Mendiger

*) Bgl. S. 22.

Brauerei, verhing das Gericht über Dr. J. B. Moritz und seinen Bruder Carl Moritz je zwei Monate Gefängniß. In Sachen der März 1877 zusammengebrochenen Rostocker Vereinsbank*) verurtheilte das Criminal-Collegium zu Bülow den Director Carl Winkler wegen Betrugs, Untreue und Unterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus, den Director Julius Wächter wegen Urkundenfälschung zu fünf Monaten Gefängniß, sowie den Aufsichtsrath, Consul Franz Paetow, wegen „Verschleierung“ der Bilanz zu sechs Wochen Gefängniß; und die Justiz-Canzlei in Schwerin hat dieses Erkenntniß in zweiter Instanz einfach bestätigt.

Einen nicht wenig überraschenden Ausgang nahm der Proceß gegen die Gründer der Saxon-Austrian-Braunkohlen-Gesellschaft, Emil Duellmalz und Albalbert Kräger in Dresden. Ein glänzender Prospect, angefertigt von dem Handelskammer-Secretair Dr. Rentsch, jetzt Mitglied des Deutschen Reichstags, versprach den Actionären 25 Proc. Dividende; hinterher erhielten die Unglücklichen nicht einen Pfennig, weder Zinsen noch Kapital. An Actien wurden 400 000 Thaler ausgegeben, außerdem 118 000 Gulden Hypotheken und Prioritäten aufgenommen; später ward das so belastete Werk gerichtlich auf rund 47 000 Gulden abgeschätzt. Duellmalz und Kräger sind noch bei vielen andern faulen Gründungen theiligt. Trotzdem pflegte Duellmalz nach dem Krach, wie Laster, in „Enthüllungen“ zu machen; auf den Generalversammlungen trat er als Rächer der geplünderten Actionäre auf, und er gehörte auch zu dem Betriebs-Comité der Rumänischen Bahnen. 1876 erfolgte die Anklage wegen Betrugs, begangen durch falsche Vorpiegelungen in dem Prospect der Saxon-Austrian-Gesellschaft; eine Menge von beschädigten Actionären ward abgehört, und das Schöffengericht in Dresden erkannte gegen Duellmalz und Kräger auf je ein Jahr Gefängniß. Hugo Grumpelt, der die werthlosen Actien vertrieben hatte, ward freigesprochen. Aber das Ober-Appellationsgericht in Dresden vernichtete das Urtheil gegen Duellmalz und Kräger und ordnete eine neue Beweisaufnahme an. Andere Sachverständige wurden vernommen, und diese gaben ein Gutachten ab, daß die Angeklagten „auf Grund der ihnen seiner Zeit zu Gebote gestandenen Unterlagen wohl befugt gewesen

*) Bgl. S. 77.

feien“, im Prospect so glänzende Versprechungen zu machen, daß „die Art und Weise, in welcher sie zu den Zahlenangaben gelangt seien, den Beweis liefern, daß sie sich eine absichtliche und leichtsinnige Ueberschätzung nicht hätten zu Schulden kommen lassen“. (!) In Folge dieses Gutachtens sprach der höchste Gerichtshof die Herren Duellmalz und Kräger von Strafe und Kosten frei.

Einen vollständigen Triumph über die Justiz errangen die Gründer im Herzogthum Braunschweig. Die Eisenbahnwagen-Bauanstalt, früher Friedrich Deicke, in Wahrheit etwa 120 000 Thaler werth, wurde den Actionären mit 300 000 Thaler angerechnet, und 350 000 Thaler Actien à 105 ausgegeben! Am 1. März 1876 mußte die Fabrik den Betrieb einstellen. Der Staatsanwalt erhob Anklage gegen den Vorbesitzer und jetzigen Director Deicke, gegen Alexander Bennndorf, Gustav Kunde, Eberhard Mende, Commerzienrath Albert Oppenheimer, Carl Magnuz, Lotterie-Inspector Hermann Wolff und Banquier Uhl, sämmtlich in Braunschweig, Commerzienrath Gustav Seeliger in Wolfenbüttel, Commerzienrath Louis Ephraim Meyer, Eduard Spiegelberg, Max Frensdorff, Bernhard Caspar, A. H. Gernlein und „General-Ingenieur“ Christian Zimmerman, sämmtlich in Hannover. Das Braunschweiger Kreisgericht erkannte auf Freisprechung, worauf der Staatsanwalt appellirte, und das Obergericht in Wolfenbüttel die Sache an das Kreisgericht in Helmstedt verwies. Hier wandte sich der Vertheidiger, Advocat Huch, an das Auditorium und protestirte feierlich gegen das „rechtswidrige Verfahren“ des Obergerichts; es ward in die Sache eingetreten, und die Richter erkannten wieder auf Freisprechung. Vor dem Kreisgericht in Braunschweig standen auch die Gründer des dortigen Walzwerks, dessen Actionäre Alles verloren haben. In der vorhin genannten Sache hatte der Staatsanwalt selber die Freisprechung anheimgestellt; hier hielt er die Anklage aufrecht, was die Angeschuldigten Häusler und Salomon in offene Wuth versetzte. Sie überschütteten den Staatsanwalt mit Vorwürfen, daß er sich „plötzlich“ um die geschädigten Actionäre kümmere, und daß er sich durch die Artikel des socialdemokratischen „Volkfreund“ habe auffacheln lassen zu Angriffen auf Ehrenmänner „unter dem Deckmantel des Rechts“. Der Mitangeklagte, Hüttendirector und nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Ferdinand Koch, ein vielfacher Gründer, rückte mit der Drohung

heraus, daß er sich in Folge der Anklage genöthigt sehe, sein engeres Vaterland Braunschweig zu verlassen. Der Staatsanwalt erwiderte: Wenn die Gerichte sich in einem solchen Falle machtlos erklärten, so müsse im Volke Treu und Glauben schwinden. Zu jeder Freisprechung in einem Gründerproceß könne sich die Socialdemokratie mit Recht beglückenwünschen. Indeß der Gerichtshof schien nicht dieser Ansicht zu sein, und verkündete auch hier ein freisprechendes Urtheil.

Bei den Gründerproceßten stand die Freiheit und das Vermögen der Gründer auf dem Spiel. Wurden sie criminell verurtheilt, so war zu befürchten, daß sie im Civilwege auch zur Herausgabe des Raubes angehalten werden konnten. Deshalb boten sie jedes Mittel auf, scheuten sie keine Kosten, um mit Hilfe der feilen Presse und der geschicktesten Advocaten dem Strafrichter zu entschlüpfen; deshalb wurden die Betrogenen und Ausgeplünderten, welche den Staatsanwalt anriefen, in den Zeitungen und vor Gericht als elende Denuncianten, bössartige Speculanten und schändliche Expreßer hingestellt und „gebrandmarkt“; deshalb wagte die ungeheure Mehrzahl der Beschwindelten gar nicht hervorzutreten, sondern sie hielten sich furchtsam zurück und verschwiegen lieber ihre Verluste. Die Presse war die Zutreiberin und Zuhälterin der Gründer, die Advocaten waren ihre Lehrmeister und Genossen gewesen. Die Advocaten hatten ihnen gezeigt, wie die Gesetze umgangen werden, welche Schiebungen und Scheinverträge nöthig sind, hatten mit ihnen gegründet und waren von ihnen „betheiligt“ worden. Die Advocaten waren die Mitschuldigen, deshalb plaidirten sie auch mit solcher Begeisterung für die angeklagten Gründer; einige wurden ja selber angeklagt oder geriethen doch wenigstens in Voruntersuchung. In Berlin, Dresden, Chemnitz, Köln, Hannover, Braunschweig und anderen größeren Orten erscheinen die Advocaten massenhaft als Mitgründer und Aufsichtsräthe; einzelne sind bei zahlreichen und bei den bösesten Gründungen theilhaftig; aber auch im kleinsten Städtchen war der Rechtsanwalt gewöhnlich mit irgend einer Gründung oder doch mit

Gründern liirt. Wie schon früher erwähnt, spielen endlich die Advocaten auch wieder eine große Rolle bei den Liquidationen oder Entgründungen; gewisse Generalversammlungen, z. B. die der Thüringischen Bank, waren in der Hauptsache von bezahlten Advocaten und hungrigen Börsen-Redacturen besucht, die im Sinne der „börsianischen Abdecker“ Reden hielten und Anträge stellten. Deshalb hielt es auch fast schwer, einen Advocaten zu finden, der Proceffe gegen die Gründer übernahm.

Im Civilwege war den Gründern erst recht nicht beizukommen, selbst den strafrechtlich verurtheilten nicht. Nach der „National-Zeitung“ hatte das Reichs-Oberhandelsgericht unterm 7. October 1875 folgende Sentenz gefällt: „Die Gründer einer Actiengesellschaft, welche sämtliche Actien für eigene Rechnung übernommen haben, sodann aber die Actien öffentlich zur Zeichnung offeriren, gelten im Verhältnisse zu den Zeichnern als Verkäufer der Actien, auch dann, wenn der zur Zeichnung einladende Prospect nicht von ihnen selbst, sondern von einem Organ der Gesellschaft erlassen ist, und ihre (der Gründer) Namen weder aus dem Prospect noch sonst den Zeichnern bekannt geworden sind. In solchem Falle haften auch die Gründer für die Wahrheit der in dem Prospect enthaltenen Angaben. Diese Haftung ist, wenn sich dergleichen Angaben als unrichtig erweisen, auch nicht auf den Fall beschränkt, daß den Gründern absichtliche Täuschung (dolus) zur Last fällt.“ Nach diesem Erkenntniß hätten die Gründer jeden lügenhaften Prospect mit ihrem Vermögen büßen müssen. Aber es hat, ebenso wie jenes Urtheil des Preussischen Ober-Tribunals in Sachen der Stollberger Glashütte *), nur auf „Erste Zeichner“ oder Confortialen Anwendung gefunden, welches eben die Genossen und Gehilfen der Gründer sind. Zu Gunsten dieser ist mehrfach entschieden, z. B. in Sachen der Dannenberger'schen oder eigentlich Liebermann'schen Rattunfabrik und in Sachen der Dels-Gnesener Eisenbahn. In beiden Fällen brauchten die „Ersten Zeichner“ die gezeichneten Actien nicht abzunehmen, weil die Gründer resp. Emissionshäuser sich gewisser Versehen und unrichtiger Angaben schuldig gemacht hatten. Das große Publikum nun pflegt überhaupt nicht Actien zu zeichnen, es läßt dieselben

*) Bgl. S. 117.

erst nach ihrer Einführung an der Börse durch den Banquier kaufen. Es ist der ernsthafte, ehrliche Actionär; dieser aber hat, wie die Gerichte entschieden, nicht entfernt die Ansprüche und Rechte, welche dem „Ersten Zeichner“ zuerkannt wurden.

Die ausgeplünderten Actionäre der Braunschweiger Eisenbahnwagen-Bauanstalt versuchten, die Gründer im Civilproceß zu fassen, und klagten auf Zurücknahme der Actien gegen Erstattung des Kaufpreises nebst Zinsen. Allein das Handelsgericht in Braunschweig, dessen Director der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Bode ist, wies die Klage, die sich auf die falschen Angaben und Vorspiegelungen des Prospectes stützt, zurück; aus denselben Gründen, welche das Appellgericht in Marienwerder geltend macht. „Vigilantibus jura sunt scripta!“ (das Actiengesetz ist für die Schläuen, nicht für die Dummen!), heißt es in dem umfangreichen Erkenntniß, das wieder ein juristisches Meisterstück ist. Was die Gründer gethan haben, mag nicht anständig sein, mag sogar sehr unmoralisch sein, aber ungesetzlich ist es nicht. — Das Obergericht in Wolfenbüttel konnte sich dieser Rechtsanschauung nicht anschließen; es hob die erste Sentenz auf und verurtheilte die Gründer nach dem Klagantrage. Große Verstärkung, panischer Schrecken auf der ganzen Gründerlinie, wie nach der criminellen Verurtheilung in Sachen der Sprübank und der Sudenburger Maschinenfabrik! Die Verklagten wandten sich hilfesuchend an das Reichs-Oberhandelsgericht zu Leipzig, und dieses betrog ihre Hoffnung nicht; es stieß das zweite Erkenntniß um, und stellte das erste abweisende Urtheil des Braunschweiger Handelsgerichts wieder her. Im Civilproceß fanden die Gründer denselben Schutz beim Reichs-Oberhandelsgericht, wie im Criminal-Verfahren beim Preussischen Ober-Tribunal.

Bei dem Gründerproceß in Elbing sprach Justizrath Lefse: Die alten erfahrenen Rechtslehrer haben festgestellt, daß zur criminellen Bestrafung eines dolus auch der dolus im Civilproceß nachgewiesen werden mußte, und ich möchte den Juristen kennen lernen, der aus dem Prospect eine Verurtheilung im Civilproceß herleiten wollte. — In voller Uebereinstimmung mit Herrn Lefse, erkannte das Braunschweiger Handelsgericht wie das Berliner Kammergericht, auf Abweisung der Civilkläger, welche auf Grund von Prospecten die Gründer regresspflichtig zu machen

gedachten. Beide Gerichte stellten fest, daß den Gründern nicht die Pflicht obliege, die Actionäre in die Geheimnisse der Gründung einzuweißen, daß eine Gründung sehr große Unkosten verursache, und ein Gründeraufschlag daher vorausgesetzt werden müsse. In voller Uebereinstimmung mit den Gründer-Advocaten bezeichnete das Reichs-Oberhandelsgericht den Gründer-Prospect als eine bloße kaufmännische Reclame; wonach es also Sache der Actionäre ist, ob und welchen Werth sie demselben beilegen wollen. Auf dieses Erkenntniß trumpten, wie schon erwähnt, die Bertheidiger in dem Criminalproceß gegen die Gründer der Spritbank Breda, und erreichten so vor dem Appellgericht in Frankfurt a. O. die Freisprechung ihrer Clienten. Das Reichs-Oberhandelsgericht bestätigte die Abweisung der Civilkläger in Sachen der Spritbank, indem es den Rechtsgrundsatz aufstellte: Der Nachweis, daß die Gründer simulirt haben, genügt nicht; der Kläger muß auch darlegen, daß beim Ankauf der Actien die Simulation auf seine Vorstellung wirklich eingewirkt hat. Da eine solche Beweisführung unmöglich sein dürfte, sind die Gründer auch im Civilproceß unsaßbar. Hiernach müßte aber auch jeder Betrogene und Bestohlene zunächst den Nachweis führen, daß der Betrug und resp. Diebstahl „wirklich auf seine Vorstellung eingewirkt“ hat! Das Reichs-Oberhandelsgericht verurtheilte dagegen die Actionäre der Sudenburger Maschinenfabrik zur Herausgabe der 50 000 Thaler Actien, welche die Gründer Levy und Genossen, aus Furcht vor dem Staatsanwalt, der Gesellschaft „zurückgeschenkt“ hatten.

Der einzelne Actionär ist überhaupt rechtlos. Er ist nach der Entscheidung des Reichs-Oberhandelsgerichts nicht legitimirt, gegen die Vorbesitzer des gegründeten Objects oder gegen die Gründer der Gesellschaft auf Gewährung der garantirten Dividende zu klagen. Dieses Recht besitzt nur die Gesamtheit der Actionäre, die Generalversammlung, und wenn letztere, wie z. B. bei der Schleßischen Wollwaarenfabrik, vormalß Joseph Beer sel. Wittve in Liegnitz, auf die Garantie zu Gunsten der Gründer resp. Vorbesitzer verzichtet, ist der Einzel-Actionär an die Beschlüsse der Generalversammlung gebunden. Er ist, wie in Sachen der Vereinigten Spiritusbrennereien in Magdeburg (verfaßt von Simon Lipmann, S. Levy, M. S. Meyer, Ferd. Blumenthal,

Ed. Friedeberg und dem Geh. Commerzienrath Emil Stephan) entschieden wurde, nicht legitimirt zur Klage auf Ungiltigkeitserklärung der Gründungsverträge. Er ist, wie in Sachen der Eisenbahnbau-Gesellschaft Pleßner, in Sachen der Berliner Producten-Maklerbank und in Sachen der Mecklenburgischen Boden-Credit-Anstalt entschieden, nicht legitimirt zu klagen auf Schadenersatz gegen den Aufsichtsrath, auch wenn dieser statutenwidrige und ungesetzliche Handlungen oder Unterlassungen begangen hat, denn das Reichs-Oberhandelsgericht hat, wieder in Uebereinstimmung mit den Gründer-Advocaten, festgestellt, daß der Aufsichtsrath nicht Bevollmächtigter, sondern nur Organ der Gesellschaft ist, aber nicht zugleich auch Organ der einzelnen Actionäre. Diese haben kein Recht, den Aufsichtsrath oder den Vorstand zu belangen wegen statutenwidriger Festsetzung der Dividende, wie das z. B. von Actionären der Hartung'schen Zeitung in Königsberg i. Pr. versucht wurde; sie haben, wie das Berliner Kammergericht in Sachen der Rumänischen Eisenbahngesellschaft entschied, nicht einmal das Recht, die bereits ausgeworfene Dividende auch wirklich zu fordern. Zu allen solchen Klagen resp. Protesten ist nur die Gesamtheit der Actionäre, also die Generalversammlung, bevollmächtigt. Nur diese kann z. B. auch ungetreue Directoren, Liquidatoren 2c. entfernen und verfolgen; sie ist berechtigt, verursachte Schäden, offenbaren Betrug und Diebstahl zu pardonniren, jeden Unfug und Schwindel, directe Verletzungen der Gesetze zu sanctioniren. So protestirte der Obergerichtsanwalt Ubbelohde vergeblich dagegen, daß die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft die von Strausberg übernommenen, thatsächlich werthlosen Actien der Hannover-Altenbeckener Bahn mit 2,700 000 Thaler zum vollen Uebernahmepreis in die Bilanz einstellte, da dies ohne Frage eine „Verschleierung“ und Fälschung sei, aber die Generalversammlung billigte dieses Verfahren, und der Handelsminister Achenbach bestätigte den Beschluß. Die Generalversammlung ist ein bloßer Focuspocus, denn die Gründer, Aufsichtsräthe, Directoren und resp. Liquidatoren wissen sich durch Ankauf oder Leihen von Actien stets in den Besitz der meisten Stimmen zu setzen, so daß ihre Anträge regelmäßig durchgehen, und die armen Actionäre immer in der Minorität bleiben. Und was geschieht, wenn die Generalversammlung wirklich ein-

mal dem fahrlässigen oder ungetreuen Aufsichtsrath oder Vorstand Decharge verweigert? Die Herren treten einfach zurück, und die Actionäre können ihnen nachspfeifen; eine Klage auf Schadenersatz ist schwer durchzuführen, und selbst wenn sie Erfolg hat, ist von den Verurtheilten gewöhnlich nichts mehr beizutreiben. Auch die Generalversammlung ist zuweilen ohnmächtig. Hat sie z. B. eine Revisions-Commission eingesetzt, und hat diese dem Aufsichtsrath resp. Vorstand Decharge erteilt, so kann nach einem Urtheil des Reichs-Oberhandelsgerichts die Decharge von der Gesellschaft nicht mehr angefochten werden. Die Aufsichtsräthe und Directoren brauchen also nur dafür zu sorgen, daß ihre Freunde und Clienten zu „Revisoren“ eingesetzt werden, und ihre Entlastung ist sicher.

Daß die Actionäre rechtlos und ihr Eigenthum vogelfrei, ist bereits tief in die Vorstellung des Volkes übergegangen. Die Mehltheuer-Weida-Eisenbahn, gegründet von der Meininger Creditbank, A. Paderstein und Baruch Hirsch Strausberg, ist bekanntlich in Concurs gerathen; nach Meldungen der Blätter wurde der Specialdirector der Gesellschaft, Ingenieur Oscar Heßler, in Haft genommen, und gegen Consul Gustav Müller, Otto Kaufmann und Justizrath Karsten in Berlin soll von der Staatsanwaltschaft in Plauen die Untersuchung eingeleitet sein. Im November 1877 machte nun das Sächsische Gerichtsamt in Pausa bekannt, daß aus dem Bezirk desselben 700 eichene Schwellen, sowie große Massen anderer Materialien von der Bahn entwendet worden sind, und warnt die Bevölkerung, diese Dinge nicht als „herrenloses Gut“ zu betrachten und mit der Plünderung einzuhalten, da sie sonst sich der Bestrafung aussetze. — „Nette Zustände!“ bemerkt die „National-Zeitung“, ohne zu bedenken, daß diese Zustände directe Folgen des Actiengesetzes und des Actienschwindels sind.

Nicht nur die Actionäre, auch die Richter stehen vor dem Actiengesetz und überhaupt vor dem Handelsgesetzbuch häufig rathlos, was schnurstracks sich widersprechende Entscheidungen und Verfügungen beweisen. Noch immer ist es zweifelhaft, ob die Actiengesellschaft eigene Actien erwerben und vernichten darf. Die Reduction des Actienkapitals, das Zusammenlegen der Actien, welches schon eine Art von Entgründung ist, wird von einem

Handelsrichter gebilligt, von dem andern beanstandet. Existirt eine Actiengesellschaft rechtlich, wenn sie auf Grund falscher Angaben in das Handelsregister eingetragen ist? Geben Scheinzeichnungen und nicht geleistete Einzahlungen die Rechte auf, welche sich die Gründer und sogenannten „Ersten Zeichner“ vorbehalten haben? Darf die Reduction des Actienkapitals und die Rückzahlung an die Actionäre, trotz noch schwebender Verbindlichkeiten, Hypothekenforderungen zc. geschehen, und wen haben die Actionäre in Anspruch zu nehmen, die liquidirende Gesellschaft oder die fungirenden Liquidatoren? Solche und hundert andere Rechtskniffe und Diebspiffe setzen immer wieder Advocaten und Richter in Bewegung, dehnen sich zu endlosen Processen aus und verzehren das streitige Object in Gebühren und Kosten. Die Actiengesellschaft ist ein incommensurables Gebilde, das nirgends hineinpaßt und nirgends unterzubringen ist; der Civil- wie der Criminalrichter stoßen fortwährend auf Lücken im Gesetz und müssen ihre Ohnmacht bekennen.

Trotz alledem und trotz aller Petitionen, die beim Reichstag einlaufen, hat das Reichsjustizamt, an dessen Spitze Herr Friedberg steht, mit den Vorarbeiten zur Revision der Actiengesetzgebung noch immer nicht fertig werden können. März 1879 gab der Regierungscommissar in der Petitionscommission eine „nicht uninteressante“ Erklärung ab: „Die Aufgabe ist schwierig. Es gilt einerseits die in Deutschland gemachten Erfahrungen in umfassendem Maße zu sammeln und eingehend zu prüfen, andererseits die Zustände in andern Ländern, namentlich in England, Frankreich und Belgien kennen zu lernen. Inzwischen sind viele und beachtenswerthe Stimmen aus der Handelswelt, aus wissenschaftlichen Kreisen und in der Presse (!) laut geworden, die von Aenderungen an der bestehenden Gesetzgebung gerade jetzt entschieden abriethen. Das Reichsjustizamt hat sich zwar durch dieselben in der Verfolgung seiner Arbeit nicht abhalten lassen, aber es ist doch der Ansicht, daß die Frage nicht dringlicher Natur sei.“ — So lautete die Erklärung des Regierungscommissars, obwohl im März 1877 sogar der Bundesrath den Reichskanzler um gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Ausbreitungen bei Actiengesellschaften ersucht hat; und obwohl Herr Vasker bereits am 4. April 1873 im Reichstag declamirte: „Unsere Auf-

gabe ist es, wo so große Mißstände bekannt sind, schnell und ohne Zeitverlust Hand an's Werk zu legen. Ich halte den Zustand, wie er gegenwärtig ist, für geradezu unleidlich. Keine Regierung darf dazu schweigen, und die Aufsicht des Reiches darf es nicht schweigend dulden.“*) Die Herren von der Petitionscommission scheint die Erklärung des Regierungscommissars vollkommen befriedigt zu haben, und ebensowenig ist im Reichstag eine Stimme laut geworden, die ob der endlosen Verzögerung ihre Mißbilligung ausgedrückt und Beschleunigung der Reform verlangt hätte. Es ist mit dem Deutschen Reichstag wohl nicht viel anders als mit dem Oesterreichischen Reichsrath, von dem sich die „Börsische Zeitung“ im October 1875 schreiben ließ: „Das Trostloseste aber ist, daß das im Jahr 1874 eingebrachte neue Actiengesetz noch heutigen Tages unerledigt ist, und es nach menschlicher Voraussicht auch in alle Ewigkeit bleiben wird, weil alle unsere politischen Parteien viel zu gierig auf eine zweite Auflage des Börsenschwindels hoffen.“ — —

Nicht genug daran, daß die Gründer in den wider sie angestregten Criminal- wie Civil-Processen so glänzend obsiegten, sie gingen auch noch gegen diejenigen Personen vor, welche sie und ihre Werke abfällig zu kritisiren wagten; sie stellten zahlreiche Strafanträge wegen „Beleidigung“ und „Verleumdung“, und fanden bei Staatsanwälten und Richtern außerordentliches Entgegenkommen. Im Gegensatz zu den angeschuldigten Gründern, wurden die „Beleidiger“ und „Verleumder“ kurz abgeurteilt; sie mußten es hart büßen, die Ehre der Gründer in Zweifel gezogen zu haben, und erhielten zum Theil weit härtere Strafen, als betrügerische Aufsichtsräthe und spitzbübische Directoren, deren die Justiz Herr zu werden vermocht hatte.

November 1875 erhob die Berliner Staatsanwaltschaft Anklage wegen „verleumderischer Beleidigung“ des Aufsichtsraths der Rumänischen Eisenbahngesellschaft, bestehend aus den Herren Geh.

*) Bgl. S. 24.

Oberfinanzrath Scheele, v. Hansemann, v. Bleichröder, Miquel, Justizräthe Wiener, Hirschius und Riem und Rechtsanwalt Bölsfel. Um „Deutsches Kapital zu retten“, hatten Gerson Bleichröder und die Discontogesellschaft die unglücklichen Besitzer der von Strausberg fabricirten $7\frac{1}{2}$ proc. Eisenbahn-Obligationen im Betrage von 65,375 000 Thaler zu einer Actiengesellschaft vereinigt. Thatsächlich wurden nur die hochadligen Mitconcessionäre des Wunderdoctors, die Herzoge v. Ratibor und v. Ujest und Graf Lehndorff, gerettet, welche das Reichs-Oberhandelsgericht später verurtheilte, die ausgegebenen Obligationen zum ursprünglichen Course von 71 nebst Zinsen einzulösen. Ende 1876 notirten die neuen Actien — 8, und man war den „convertirten“ Actionären die Dividende schuldig geblieben; der Aufsichtsrath aber berechnet sich vorweg 3 Proc. des Betriebs-Ueberschusses und empfängt seine Lantiömen baar, welche z. B. für 1874 an 29 000 Thaler betrug. In einer Reihe von Artikeln hatte nun die in Berlin erscheinende „Eisenbahnzeitung“ entwickelt, wie sehr der Aufsichtsrath durch Handlungen und Unterlassungen die Actionäre geschädigt habe; und bei dem in Folge dessen inscenirten „Verleumdungsproceß“ stellte sich factisch Folgendes heraus. Wie der Regierungsrath Ewald bekundete, hatte Strausberg bei der Abrechnung die neue Actiengesellschaft um mehrere Millionen übervorthailt; und Herr Vasker gab, was er bei seinen „Enthüllungen“ so feierlich bestritt, ein Rechtsgutachten ab, daß Strausberg zur Herausgabe der colossalen Summe verpflichtet sei. Indes stand der Aufsichtsrath von einer solchen Klage ab, und überwies die Sache nur der Staatsanwaltschaft, welche sich aber wieder ohnmächtig bekannte. Die Aufsichtsräthe Hansemann und Bleichröder hatten ferner ein Darlehn von 5 Millionen Thaler, das sie selber von der Seehandlung zu 4 Proc. entnahmen, der Gesellschaft mit 8 Proc. berechnet. Außerdem waren in den Generalversammlungen große Posten von Actien durch Strohmänner vertreten gewesen, und so die Beschlüsse stets im Sinne des Aufsichtsraths gefaßt worden, aber Herr Miquel belehrte den Gerichtshof, daß es unter den Juristen „controvers“ sei, ob nur der Eigenthümer der Actien oder auch der zeitige Inhaber ein Stimmrecht ausüben dürfe. Der Gerichtshof erkannte zwar an, daß die „unvermeidliche Doppelstellung“ der Herren Bleichröder und Hansemann, als Aufsichts-

räthe und zugleich als Gläubiger resp. Agenten der Gesellschaft, etwas Auffälliges haben könne, sah aber in der „Provision“, welche sie sich von den Actionären mit 4 Proc. oder 40 000 Thaler zahlen lassen, nichts Ungehöriges noch Unbilliges. Thatsächlich hatten Hansemann und Bleichröder dasselbe gethan, was in Sachen der Societätsbrauerei die Staatsanwaltschaft dem kunstsinnigen Max Löwenfeld vortwarf, gegen den sie Anklage wegen „Untreue“ erhob, weil er bei einem ähnlichen Geschäft sich eine lumpige „Provision“ von 4000 Thaler zu Gemüthe gezogen.*) Mit Rücksicht auf die „hohe achtbare Stellung“ der Angegriffenen (darunter die General-Gründer Hansemann, Bleichröder, Scheele, Miquel!) verurtheilte das Berliner Stadtgericht am 3. Februar 1876 den Redacteur der „Eisenbahnzeitung“ zu drei Monaten Gefängniß. Wegen Beleidigung des Reichskanzlers, der merkwürdigerweise in diesen „Verleumdungsproceß“ hineingezogen war, obgleich er mit demselben nicht das Geringste zu thun hatte, wurde nur auf vier Wochen erkannt! Das Material zu den Angriffen auf Bleichröder und Genossen hatte der Rechnungsrath Hefling aus Münster geliefert; da dieser aber wegen Krankheit den Termin nicht wahrnehmen konnte, wurde gegen die „Eisenbahnzeitung“ allein verhandelt, denn der Staatsanwalt erklärte, es sei an der Zeit, die Ehre der beleidigten Gründer rein zu waschen. Wie Hefling später veröffentlichte, wurde er, ein Greis von 74 Jahren, am 30. Juni 1876 in Berlin verhaftet, unmittelbar vor der Generalversammlung der Rumänischen Eisenbahngesellschaft, zu welcher er ein Actienkapital von 16 000 Thaler angemeldet hatte, und in der er als Opponent aufzutreten gedachte, und erst nach 6 Wochen, ohne daß ein Verhör stattgefunden, wieder freigelassen. Mit Recht bemerkte die „Bosnische Zeitung“, daß eine Verhaftung, in Folge der Anklage auf Beleidigung resp. „Verleumdung“ von Aufsichtsräthen, „kaum denkbar“ sei. Nach Meldungen der Blätter wurden die Untersuchungsacten wider Hefling im Mai 1877 an das Kreisgericht Münster abgegeben, aber von einer öffentlichen Verhandlung ist in dieser, seit dem Herbst 1875 schwebenden Sache nichts mehr zu hören gewesen. Dagegen machte Hefling bekannt, daß seine Denunciationen gegen den Aufsichtsrath

*) Bgl. S. 110.

rath der Rumänischen Eisenbahngesellschaft, wegen „Verschleierung“ der Bilanz und wegen der Strohänner, die 24 000 Stimmen in zwei Generalversammlungen vertreten, von der Staatsanwaltschaft wiederholt zurückgewiesen, schließlich als „frivol“ bezeichnet und ihm angedroht worden, daß er als Querulant zur Rechtschenschaft gezogen werden würde.

Fast noch schlimmer als Heßling erging es dem Freiherrn A. v. Loö. Derselbe hatte den Commerzienrath Victor Wendelstadt, Director des Schaaffhausen'schen Bankvereins und Präsident des Aufsichtsraths der Rheinischen Effectenbank, öffentlich beleidigt, indem er behauptete, Wendelstadt habe ihm empfohlen, Actien der Effectenbank zu kaufen, und zwar zu einer Zeit, da Jener wissen mußte, daß es mit dieser famosen Bank schon sehr schief stehe*). Baron Loö hatte durch den Ankauf der faulen Actien eine große Summe verloren, und es ist erklärlich, vielleicht auch zu entschuldigen, wenn er sich etwas erregt äußerte. Der Staatsanwalt beantragte wegen Beleidigung des Herrn Wendelstadt nicht weniger denn einen Monat Gefängniß, aber das Zuchtpolizeigericht in Köln fand das noch sehr ungenügend, und erkannte auf zwei Monate! Später ward diese exorbitante Strafe in 1000 Mark Geld umgewandelt. Dasselbe Zuchtpolizeigericht verurtheilte wegen Beleidigung der Herren Movius, Königs und Bürgerz, Directoren des Schaaffhausen'schen Bankvereins, den Advocat-Anwalt Back, früheren Intimus dieses verdienstlichen Instituts**), zu sechs Wochen Gefängniß, den Dr. Pfahl in 900 Mark und den Redacteur der „Neuen Borsenzeitung“ zu Berlin in 400 Mark Geldbuße. Der Letztere hatte wegen Beleidigung des Herrn Movius, in dessen Eigenschaft als Mitglied des Kölner Handelsgerichts, bereits 150 Mark büßen müssen. Ebenso klagte Herr Adolf vom Rath, Aufsichtsrath der falliten Rheinischen Effectenbank***), wegen einer beleidigenden Kritik gegen die „Frankfurter Zeitung“ des Herrn Sonnemann. Der socialistische Abgeordnete Bebel hatte in einem Flugblatt die Wahl des Professors Birnbaum in Leipzig bekämpft, dem er Betheiligung an faulen Grün-

*) Vgl. S. 123 ff.

**) Vgl. S. 124.

***) Vgl. S. 126.

bungen vortwarf. Als ob es sich um einen Hochverraths-Proceß handelte, wurden zwei Seher und ein Maschinenmeister der „Glauchauer Nachrichten“ dem Untersuchungsrichter zwangsweise vorgeführt; Bebel aber erhielt, trotz der von ihm beigebrachten Beweismomente, 100 Thaler Geldstrafe. Adolf Kempmann, früher Buchhalter beim Schaaffhausen'schen Bankverein, drohte dem Herrn Victor Wendelstadt mit „Enthüllungen“, und wurde deshalb von den Kölner Gerichten wegen „Erpressung“ zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Ein früherer Beamter der Preuß. Hypotheken-Versicherungs-Gesellschaft Hübner in Berlin ward aus derselben Veranlassung wegen „Nöthigung“ angeklagt, aber freigesprochen. „Erpressung“ und „Nöthigung“ sind gar gefährliche Strafparagrafen, vor denen sich, Actiengesellschaften gegenüber, alle Reclamanten wohl in Acht nehmen mögen! Ein Ritterguts-pächter und ein adliger Rittergutsbesitzer wurden auf Antrag von Versicherungs-Gesellschaften, die sich weigerten, die liquidirten Schäden zu bezahlen, und denen die Versicherten mit Veröffentlichung des Falles drohten, auf „Versuch zur Erpressung“ angeklagt, aber glücklicherweise noch freigesprochen.

Gründer, die um ihrer gründerischen Thätigkeit willen, angegriffen, aus Ursache derselben bei den Wahlen bekämpft wurden, fanden an dem Staatsanwalte oder doch an dem Injurienrichter stets einen Rächer. Hammacher hat verschiedentlich die Staatsanwälte in Dortmund, Wesel, Essen, Altona zc. in Bewegung gesetzt, und er veröffentlichte eine Zuschrift des Dortmunder Staatsanwalts, worin dieser sehr bedauert, daß durch sein Verschulden eine Beleidigungs-klage gegen die dortige „Tremonia“ verjährt sei. August Förster in Grünberg i. Schl., Mitverfasser des dortigen Rattenkönigs von Gründungen, wegen Etiquettenfälschung bestraft und dann in Concurs gerathend, trotzdem aber zum Mitglied der Grünberger Handelskammer erwählt, dessen Accordvorschlüge das Gericht verwarf, weil er aus der ihm anvertrauten Kasse der bankerotten Gesellschaft 3000 Thaler entnommen — klagte gegen die „Deutsche Landeszeitung“, welche über den Fall berichtet und dabei, statt „unrechtmäßig entnommen“, den Ausdruck „entwendet“ gebraucht hatte; und der Injurienrichter des Berliner Stadtgerichts verurtheilte den verantwortlichen Redacteur zu 100 Mark Geldbuße, indem er ausführte: Verklagter werfe dem

Kläger eine ungegesetzliche Handlungsweise vor, während das Urtheil des Concursrichters ihm bloß ein unmoralisches Verfahren zur Last lege. Man sieht also, wie peinlich die Richter unterscheiden, wenn es sich um die Ehre eines Gründers handelt; wie die Unmoralität des Gründers kein Entschuldigungs-, nicht einmal Milderungsgrund für den „Beleidiger“ ist, und wie das „Beleidigen“ weit gefährlicher als das Gründen thut.

Bekanntlich wurde Dr. Guido Weiß in Berlin, in Folge eines Artikels über das jüngste Drei-Kaiser-Bündniß, das nach einer spätern Erklärung des Fürsten Bismarck gar nicht existirt, zu drei Monaten Festungshaft wegen angeblich „indirecter Majestätsbeleidigung“ verurtheilt. Darob erhob die „liberale“ Presse ein großes Geschrei, aber sie schwieg mäusehenstill, als das Berliner Kammergericht in einem Injurienproceß wegen „indirecter Gründerbeleidigung“ verurtheilte. Das Kammergericht fand es schon strafbar, wenn man die Gründer im Allgemeinen „in der öffentlichen Meinung herabwürdigt“. Nun passirte aber etwas Menschliches. Bald darauf verurtheilte dasselbe Kammergericht den Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“ wegen Beleidigung, weil dieses Blatt in einem Bericht über eine Gerichtsverhandlung eine Aeußerung des betreffenden Angeklagten wiedergab, der da behauptete, ein höherer Polizeibeamter habe von einem Gründer ein Pferd geschenkt erhalten. Der Staatsanwalt führte aus: es müsse als eine Beleidigung angesehen werden, wenn man von Jemandem behauptet, er habe „von einem so verächtlichen Menschen, wie ein Gründer es ist“, ein Geschenk angenommen. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ausführung wörtlich an, und erkannte auf Strafe.

Die neueste Rechtsprechung der Deutschen, namentlich der Preussischen, und insbesondere der Berliner Gerichte in Beleidigungsprocessen hat ihres Gleichen in keinem andern Lande. Die Beleuchtung eines Wahlauftritts, der von einem Landrath mit unterzeichnet war, wurde als Beamten-Beleidigung bestraft. Tadelnde Kritiken von Regierungsmaßnahmen oder Gesetzentwürfen wurden als Beleidigung der Minister, des Bundesraths oder des Reichskanzlers, ja als Majestätsbeleidigung geahndet. Die Zahl der autographirten Strafanträge des Fürsten Bismarck soll bald 2000 erreichen. Staatsanwälte und Richter erklärten wiederholt:

Alles was den Fürsten Bismarck angehe, müsse mit einem außerordentlichen Maßstabe gemessen werden, ja ein Berliner Staatsanwalt ließ sich vernehmen: die Straffälligkeit sei schon vorhanden, wenn der Fürst sich beleidigt fühle! Wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck ergingen bis dahin unerhörte Strafen; der Redacteur der „Völkischen Zeitung“ wurde wegen Nachdrucks eines Artikels aus der „Frankfurter Zeitung“ von dem Kreisgericht Neuwied zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt und sofort in Haft genommen. In Folge der zahllosen Strafanträge des Fürsten wagt die „liberale“ Presse gegen ihn nicht mehr zu mucken, und treibt mit ihm eitel Abgötterei. Die Proceffe wegen Majestätsbeleidigung häuften sich in Preußen seit 1871 von Jahr zu Jahr, sogar Kinder wurden dieserhalb vor Gericht gestellt; nach den unglückseligen Attentaten erfolgte die Aburteilung der Angeklagten colonnenweise, und die Gerichte überboten sich in drakonischen Strafen. Nun grassirte wirklich jenes ekle nieberträchtige Denunciantenwesen, das die „liberale“ Presse voll feiler Berechnung in Sachen der unschuldig verfolgten Gründer nur erfunden hatte. Die „Reichsfreunde“ spitzten, wo sie gingen und standen, die Ohren, die Mordspatrioten horchten an den Thüren, und trugen jede unvorsichtige Aeußerung, entstellt und verzerrt, zum Staatsanwalt. Niemand war vor seinem besten Bekannten, in seinem eigenen Hause mehr sicher. Zahlreiche Personen wurden von ihren Feinden und Neidern fälschlicher Weise angeschuldigt; der Schuldner denuncirte, um sich zu rächen, den Gläubiger, die verlassene Geliebte den ungetreuen Mann, das eifersüchtige Weib den Gatten. Erst unserer Zeit war es vorbehalten, das Verbrechen der „indirecten Majestätsbeleidigung“ zu construiren. Die Berliner Staatsanwaltschaft erhob Anklage, weil die „Germania“ Friedrich Wilhelm IV. den „gerechtesten“ König genannt hatte, und beantragte drei Monate Gefängniß!

Während die Gründer schwindelten und während die Gründerproceffe im Sande verliefen, tobte der „Culturkampf“, und die eigentlichen Heßer und Rufer im Streit waren die Gründer und die Juden. Unter dem Schlachtgeheul und Triumphgeschrei der „liberalen“ Gründerpresse wurden die Ausnahmegesetze gegen die katholische Kirche erlassen, wurden die Klöster, Vereine, Schulen, Erziehungs- und Pflegeanstalten geschlossen, die Ordens-

leute vertrieben, Bischöfe und Pfarrer gesperrt und entsetzt, das kirchliche Vermögen mit Beschlagnahme belegt, und die Zahl der Verurtheilten wegen Uebertretung der Maigesetze ward Legion. Hunderte von Geistlichen irren in der Fremde umher, viele schmachteten im Gefängniß, viele wurden flüchtig und, wie gemeine Verbrecher, stechbrieflich verfolgt. Vertriebene Geistliche, die einer verwaisten Gemeinde die Messe lasen, oder einen Sterbenden mit den Sacramenten versahen, wurden wegen „unbefugter Amtshandlung“ verurtheilt. Zahllos waren die Verurtheilungen der katholischen Pressorgane, und unter ihren Redacturen gibt es nur wenige, die nicht die Luft des Gefängnisses haben athmen müssen. In Sachen der Maigesetze und der Preßvergehen katholischer Blätter verhängen die Gerichte außerordentlich hohe Strafen; freisprechende Erkenntnisse wurden gewöhnlich in den oberen Instanzen umgestoßen, die gefällten Strafen nicht selten noch verschärft. Die „liberale“ Presse dagegen verhöhnzte und beschimpfte ungestraft die katholische Kirche und ihre Diener; erst seitdem der „Culturkampf“ von Seiten der Regierung etwas nachgelassen hat, schritt hin und wieder ein Staatsanwalt ein, erfolgten leichte Verurtheilungen wegen „Beleidigung des katholischen Cultus“. Während das Kreisgericht in Pless wegen Lästerung der Mutter Gottes auf eine Woche Gefängniß erkannte, dictirte das Stadtgericht in Breslau dem Redacteur der katholischen „Schlesischen Volkszeitung“, welche die jüdisch-„liberale“ „Breslauer Morgenzeitung“ für die sittliche Corruption verantwortlich gemacht, diesem Blatte vorgeworfen hatte, daß es mit die Saat gesäet habe, welche im Socialismus und Atheismus aufgegangen sei, sechs Monate Gefängniß!*)

Zu den Blüthen des „Culturkampfes“ gehört der jahrelange Feldzug der Polizei und der Justiz gegen die Pilgerversammlungen in Dittichswalde, Marpingen u. a. D. Der Betrugsparagraph, an dem die Gründerprocesse gescheitert waren, sollte plötzlich Anwendung finden gegen die Wundererscheinungen in Marpingen! Als nun das Landgericht in Saarbrücken auf Freisprechung er-

*) Ähnliches geschah in Oesterreich, wo der Redacteur des katholischen „Vaterland“ wegen Beleidigung der jüdischen „Neuen Freien Presse“ zu drei Monaten strengen Arrestes verurtheilt wurde.

kannte, hatte die „liberale“ Gründerpresse, allen voran die „National-Zeitung“, die Unverschämtheit, die lange vergebliche Arbeit der Justiz und die dem Staate zur Last fallenden großen Unkosten zu beklagen, und mit Genugthuung hervorzuheben, daß die Urteilsgründe eine „schändliche Täuschung“ constatiren und nur die Absicht der rechtswidrigen Bereicherung verneinen. Das Gründerblatt berechnete, wie die „sonst arme Kirchen-Kasse“ in Marpingen in einem Jahre 4000 Mark eingenommen, wieviel die armen Bewohner an den Pilgermassen verdient hätten, und es sprach die Hoffnung aus, daß trotz der Freisprechung, der Proceß die „reinigende Wirkung“ der Aristotelischen Tragödie ausüben werde. Die jüdischen Witzblätter besangen den Dolus, welchen das Gericht bei den Angeklagten von Marpingen nicht hatte finden können, und wollten „Sanct Dolus“, den eigentlichen Schutzheiligen der Gründer und Schwindler, nun den wundergläubigen Katholiken unterschieben. Andererseits haben aber auch Juden die Wirkungen des „Culturkampfes“ bereits übel empfunden. Als Mai 1878 die Wundererscheinungen im Posen'schen von Seiten der Polizei angefochten wurden, traten Juden auf, welche dort um des Geschäfts willen ihre Zelte aufgeschlagen, und bekundeten feierlichst, daß auch sie den hellen Schein, welchen die Madonna ausstrahlt, gesehen hätten, und daß an der himmlischen Erscheinung nicht zu zweifeln wäre.

Im Großen und Ganzen soll die Rechtsschaffenheit unserer Richter noch immer nicht geleugnet werden. Aber Thatsache ist es, daß seit dem unglückseligen „Culturkampf“, seit dem traurigen Verlauf der Gründerproceße und seit den zahllosen harten Verurtheilungen wegen „Beleidigung“ und „Verleumdung“, im Volke der Glaube an die Unbefangtheit und Sicherheit des Richters tief erschüttert ist. Von Seiten der officiösen wie von Seiten der „liberalen“ Presse ist alles Mögliche aufgeboten worden, wird ununterbrochen darauf hingearbeitet, den Richter zu beeinflussen und voreinzunehmen. Bald empfiehlt man ihm mehr Strenge,

balb mehr Milde, balb sucht man ihn anzufeuern, balb wieder abzuwiegeln. Dazu kommt, daß unsere ganze Gesetzgebung wesentlich Gelegenheitsarbeit ist, ein Werk der Hast und Ueberstürzung, daß sie fortwährend abgeändert wird, daß schon morgen Unrecht ist, was heute noch für Recht gilt, und umgekehrt, daß wir mit neuen Gesetzen förmlich überschwemmt werden, die alle kennen zu lernen selbst der Beamte, selbst der Richter nicht mehr im Stande ist, daß die neuere Gesetzgebung sich nur noch stoß- und sprungweise entwickelt, und eigentlich aus lauter Ausnahmegesetzen besteht. Der Richter wird von der Regierung wie von den Parteien in die Politik hineingezogen; er soll nicht mehr richten, sondern politische Dienste leisten. Macaulay aber sagt: Das Hineinzerrn der Politik in die Gerichtssäle ist jederzeit der Anfang alles Siechthums der Justiz gewesen.

Schon seit der Conflictszeit ist der Richter in Preußen zu sehr in die Parteikämpfe verwickelt, hat er sich zu sehr an Wahlkämpfen und Agitationen aller Art betheiligt; weit mehr als es den anderen Beamten gestattet wurde. Darunter muß auch die Unbefangenheit weiser und gerechter Richter leiden. In unseren Parlamenten dominirt der „liberale“ Kreisrichter; er ist der eigentliche Gesetzgeber, wozu ihm aber fast Alles fehlt. Seine Vorbildung ist einseitig und mangelhaft; dem praktischen Leben steht er fremd gegenüber, er kennt weder die Anschauungen noch die Bedürfnisse des Volkes. Daher auch die Sündfluth von neuen Gesetzen, daher auch die schwerfällige, nachlässige und zweideutige Fassung derselben, die schreienden Widersprüche und ungleichartigen Härten, die in ihnen hervortreten. Unsere Richter waren in der Conflictszeit vorwiegend Fortschrittsmänner, seit 1866 bekennt sich die große Mehrzahl zum Nationalliberalismus. Dieser aber ist der Vater der manchesterlichen Gesetzgebung, ist der Vater des unglücklichen Actiengesetzes. Was Wunder, wenn die Richter im Hinblick auf das Actiengesetz, die Gründer mit milben Augen betrachten.

Dazu kommt, daß die Gründer zum Theil den höchsten Schichten der Gesellschaft angehören, daß sie sich in der angesehensten, einflußreichsten Stellung befinden, daß sie vorwiegend „Reichsfreunde“ und Nationalliberale, „Culturpauker“ und — Freimaurer sind. Julius Schweizer, der Börsen-Redacteur der „National-Zeitung“, ist z. B. Meister vom Stuhl in der Loge

Koyal York. Die Freimaurerlogen, in welche neuerdings mehr und mehr Juden, getaufte und ungetaufte, eindringen, sind der Sitz der eigentlichen Bourgeoisie und Geldaristokratie, sind als ein über die ganze Erde verzweigter Bund weit staats- und gemeingefährlicher als der Jesuitenorden. Unter den Richtern aber befinden sich auch viele Freimaurer, und über manchen Gründer hat ein „Bruder“ zu Gericht gegessen. Auf diese Gefahr wies z. B. auch die Berliner „Staatsbürger-Zeitung“ hin.

Es kommt ferner in Betracht, daß die Regierung, weil sie sich eben in mehr als einer Hinsicht mitschuldig fühlte, der Verfolgung der Gründer mit einer gewissen Verlegenheit zusah, diese Verfolgung jedenfalls nicht ermuthigte. Klagte doch Herr Sonnenmann im offenen Parlament den Finanzminister Camphausen an, dieser habe es schweigend mit angesehen, wie die den Gründern überlassene Erdmannsdorfer Spinnerei den unglücklichen Actionären mit einem großen Aufschlage (man sagt, gegen 50 Procent!) aufgehaßt wurde; die Regierung habe, indem sie den Kaufpreis nicht veröffentlichte, „dazu beigetragen, das Publikum täuschen zu lassen“. Ähnlich war der Fall mit der Königshütte, welche Herr Camphausen für 1,300 000 Thaler losschlug, und die dann den Kern der Gründung bildete, welche Gerson Bleichröder, unter dem Beistande des Herrn v. Kardorff, mit 9 Millionen Thaler Actien fabricirte.

Endlich darf nicht übersehen werden, daß während der Schwindelperiode auch Richter als Mitgründer auftraten, daß viele Richter, darunter Mitglieber der höchsten Deutschen Gerichtshöfe, als Aufsichtsräthe und Syndici bei Eisenbahnen, Banken und Industriegesellschaften fungirten, was selbstredend auf die Rechtspredung nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Als Aufsichtsräthe resp. Justitiare von Actiengesellschaften wurden genannt:

Landgerichts-Assessor v. Görtschen in Aachen, Kreisrichter v. Mayer in Dortmund, Cappell und Heyland in Essen, Schmits in Mülheim an der Ruhr, Parisius und Schulze-Delitzsch, Fülehone in Ratibor, Stadtrichter Weichsel in Magdeburg, Friedländer und Berger in Breslau, Amtsrichter Burchardi in Glückstadt;

Gerichtsräthe Graf v. Bartensleben, Witte, Reysner, Spiller, Jaelligen und Parisius in Berlin, Schubert und Buchholz in Essen, Gwinner in Frankfurt a. M., Kolbe und Schmidt in

Stettin, Wolff in Potsdam, Henning in Fiddichow, Salzmann in Halberstadt, Stubenrauch in Magdeburg, Vorster in Broid, Schaubert und Trentler in Breslau, Hase in Weimar, Sarsfert in Zwickau, Noos in Lörrach, Rose in Coburg, Brehmann und Rudolph in Bernburg, Rose in Meiningen;

Gerichtsdirectoren Black, Kuhlwein, Schulz und Zweigert in Preußen, Steinhäuser in Plauen, Bode in Braunschweig, Berlet in Gotha, Fries in Weida, Obergerichtsdirector Albrecht in Verden, Gerichtspräsident Dr. Göffler in Hamburg;

Kammergerichtsräthe Schlötte und Schulz in Berlin, Appellräthe Schreiner in Cöslin, v. Kräwell in Raumburg, Ferd. Wenzel in Breslau, Buergers in Cöln, Mag. Voigtel in Magdeburg, Freiherr v. Hertling in Aschaffenburg, Stenglein in München, Tappenbeck in Oldenburg, Dr. Wendt in Leipzig;

Geh. Justizräthe Borchardt und Greffer in Berlin, v. Ammon und Forst in Cöln, Krüger in Halberstadt, Silberschlag, Meier und Friße in Magdeburg, Herzbruch in Burg;

Ober-Justizrath Lehmann und Ober-Appellrath Baron v. Beauclieu in Oldenburg, Ober-Appellräthe Rosky und Böschmann in Dresden, Ober-Tribunalsräthe Sarwey in Stuttgart, Frech, Mollard, Brummemann und Goldammer in Berlin, Reichs-Oberhandelsgerichtsräthe Römer, v. Bangerow, Wiener und Moritz Hoffmann in Leipzig;

Appellationsgerichts-Präsidenten v. Rönne in Berlin, Ruyt in Mainz, v. Holzenborff in Gotha, Appellgerichts-Chefpräsidenten Graf v. Rittberg in Glogau und von und zu Egloffstein, Tribunals-Chefpräsident v. Göffler in Königsberg in Pr., Justizminister v. Bernuth.

Der nationalliberale Appellrath Witte in Breslau, früher Stadtgerichtsrath in Berlin, und nach seiner eigenen Angabe in Hirth's Parlaments-Almanach „fünfzehn Jahre lang Mitglied des Verwaltungsraths der Berlin-Stettiner Eisenbahn“, erklärte am 15. November 1877 im Abgeordnetenhaus, daß er durch das Gesetz vom 10. Juni 1874, welches die Beamten endlich nöthigte, ihre Stellung bei den Actiengesellschaften aufzugeben, „bedeutende pecuniäre Opfer“ gebracht habe, und er richtete an die Staatsregierung die Aufforderung: „Man eröffne dem Richter auch freieren Spielraum zur Bekleidung von Nebenämtern bei Privat-

gesellschaften, und scheue davor nicht zurück. Ich glaube, die Würde und Integrität des Standes werden nicht darunter leiden.“ Herr Witte ist der Ansicht, daß gerade „die Verührung mit dem Leben“, das Sichbewegen „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ geeignet sei, den Charakter des Richters zu „heben und zu festigen“. Jedenfalls verdient diese Offenherzigkeit, noch inmitten der furchtbaren Krachperiode, alle Anerkennung; denn sie läßt errathen, was zu erwarten steht, sobald die tiefen Wunden, aus denen Deutschland blutet, erst wieder ein wenig vernarbt sein werden.

Bemerkenswerth ist auch, daß eine Anzahl von Richtern, besonders Assessoren, in der Gründerperiode den Staatsdienst quittirten und ganz und gar zu den Actiengesellschaften übertraten. So Kreisgerichtsdirector Black in Schlesien, die Stadtrichter Friedländer und Berger in Breslau, die Gerichts-Assessoren Friedenthal, Milch, Landsberg und Klettke in Breslau, Löwenfeld, Dr. Julian Goldschmidt, Siemens, Magnus, Soël in Berlin.*) Wie die Namen verrathen, sind die Herren meist Semiten, was wieder die unüberwindliche Leidenschaft der Söhne des ausgewählten Volks für Handel und Börse beweist. Sie studiren, machen glänzend alle Examina und werfen sich dann, gleich den Vätern, aufs Geschäft, wo ihnen das Fuß gar sehr zu Statten kommt. Andererseits bringen aber auch wieder immer mehr Semiten in die Advocatur und in das Richteramt. In Berlin, Breslau, Posen wird der „jüdische Referendar“ bald die Majorität behaupten, und auf dem „Deutschen Juristentag“ dominiren die Semiten bereits. Als der letztere im Sommer 1878 in Jena versammelt war, beschloß die dritte Abtheilung, über die Anträge, betreffend die Strafbarkeit des Verschweigens eines Gründer-

*) Der nationalliberale Kreisgerichts-Director Weisert in Kösen verließ 1877 den Staatsdienst und wurde Syndicus der Berliner Kaufmannschaft. Obwohl sein Einkommen sich dadurch sehr bedeutend, vielleicht um das Dreifache erhöhte (Artikel 78 der Preuß. Verfassungsurkunde), und obwohl die Wähler des Herrn Weisert seinen Uebertritt von der Justiz zum Handel kaum vorhergesehen haben werden, behielt er dennoch sein Mandat zum Abgeordnetenhaus bei, ohne sich einer Neuwahl zu unterwerfen. Die Berliner Kaufmannschaft resp. Börse aber legt gewiß Werth darauf, einen „Gesetzgeber“ in ihrem Dienst zu haben.

gewinnes bei der Errichtung von Actiengesellschaften, zur Tagesordnung überzugehen. Wie ist da zu erwarten, daß unsere Juristen sich für eine Reform des Actiengesetzes erwärmen sollten!

Am 15. November und am 17. December 1877 mahnte der Abgeordnete v. Ludwig den Justizminister Leonhardt, unter dem lärmenden Unwillen der „Liberalen“, die blutigen Gründungen der Schwindelperiode doch nicht sämmtlich verjähren zu lassen, wurde aber eigentlich gar keiner directen Antwort gewürdigt; der Geheime Ober-Justizrath Rindfleisch, inzwischen zum Ministerial-Director emporgestiegen, bemerkte nur beiläufig, Herr v. Ludwig habe sich zu wenig an die Sache gehalten. Damals hatten sich in der Ersten Sächsischen Kammer schwere Anklagen gegen die Preussische Justiz erhoben, und als Herr v. Ludwig darauf hinwies, fiel Lasterleben über ihn her und „brandmarkte“ ihn, indem er unter dem lauten Beifall des Hauses die Sprüche Salomonis citirte. Laster schrie: er habe „enthüllt“, da es noch an der Zeit war (unmittelbar vor dem Krach!): jetzt aber kämen die „Verleumder“ und suchten ihre Akzung wie die Raben vom Aas. Dazu bemerkte der jüdische „Börsen-Courier“ der Gebrüder Davidsohn: „Wenn Herr v. Ludwig behauptet, eine große Anzahl von Abgeordneten hätte mitgegründet und mit agiotirt, so ist das eben keine Verleumdung. Man weiß nach gerade, daß gesündigt wurde überall vom Ministerhôtel und vom Fürsten-Palais bis zum Handwerksmeister und bis in die Bürgerwohnung, nicht zum wenigsten allerdings von parlamentarischen Leuten, die sich der Börse alliirt hatten.“ — Man beachte wohl die cynische und zugleich drohende Sprache des Laster-Organ! Uebrigens erscholl in der Zweiten Sächsischen Kammer dieselbe Anklage gegen die Sächsische Justiz. Der Abgeordnete Barth warf der Staatsanwaltschaft vor, einen Gründerproceß wegen der hohen Stellung der Betheiligten verschleppt zu haben, und er erbot sich, dem Justizminister die Namen der beschuldigten Beamten zu nennen. Wie die Blätter meldeten, wäre jedoch Herr Abeken nicht neugierig gewesen.

Am 6. Februar 1879 constatirte der unermüdlche Abgeordnete v. Ludwig in Sachen der „fetten schmutzigen Gründer“ das „Fiasco der Preussischen Justiz“, und Minister Leonhardt erwiderte nur, daß er dem Ankläger in den „Irrgarten“ seiner Ausführungen

nicht folgen werde. Herr v. Ludwig äußerte aber auch noch: „Es ist notorisch, daß der Justizminister Juristen und Richter, die unter die Gründer gegangen waren und dort Pleite gemacht hatten, wieder als Juristen, sogar als Staatsanwälte angestellt hat.“ Auf diesen schweren Vorwurf entgegnete der Minister gar nichts, denn die betreffenden Thatsachen sind offenkundig.

Der frühere Rechtsanwalt Krönig aus Herford war Mitgesellschafter der Eisenbahngesellschaft Plessner, deren Actien einst 180 standen und dann Maculatur wurden, bei der die Actionäre ca. 8 Millionen Thaler und die Gläubiger ca. 5 Millionen Thaler verloren haben. Als die Gesellschaft zusammenbrach, ward auch über das Privatvermögen des Herrn Krönig der Concurß eröffnet; er accorbirte jedoch und zahlte den Gläubigern **Ein Zehntel Procent!** Diesen Concurßifer nahm der Minister wieder in den Justizdienst auf, und machte ihn zum Rechtsanwalt in Siegen. Noch befremdlicher ist der folgende Fall. Kreisgerichts-Director Hermann Blacß quittirte sein Amt, gründete mit Siegmund Sachs, Eugen Kieß und Georg Köbiger die Leipziger Wechselbank, fungirte als Erster Director derselben, gründete als solcher die Provinzial-Matlerbank, ursprünglich in Leipzig, später in Berlin, die Leipziger Malzfabrik in Schkeuditz und ähnliche höchst fragwürdige Gesellschaften. Als es nichts mehr zu gründen gab, trat die Leipziger Wechselbank in Liquidation; ihre 40procentigen Interimsscheine waren à 106 aufgelegt, was einem Course von 115 entspricht, und Ende 1876 notirte die Bollactie nur 50. Herr Blacß zog sich zurück, und da er ohne Beschäftigung war, wurde er vom Justizminister Dr. Leonhardt zum Staatsanwalt in Meßeritz ernannt. Ein ehemaliger Gründer als Preussischer Staatsanwalt! *Difficile est satiram non scribere.*

Der Börsen- und Gründungsschwindel, offen und straflos betrieben, erschütterte in der ganzen Handelswelt die Begriffe von Mein und Dein, Pflicht und Ehre, Anstand und Rechtlichkeit. Er verführte zu den waghalsigsten Speculationen, zu unzähligen

leichtfertigen und betrügerischen Bankerotten, zu zahllosen Rassen-Einbrüchen, Fälschungen, Unterschlagungen und Veruntreuungen aller Art. Der jüdische Kladderadatsch, merkwürdigerweise das Publikationsorgan unserer Studenten-Verbindungen und zugleich das der Staatsanwälte und Untersuchungsrichter, brachte in jeder Nummer Steckbriefe in Wort und Bild, die Portraits von Louis Feig, A. A. Blachstein, G. A. Walbthausen, Selmar Uhley, Heinrich Moos, Stidel, Gebr. Raß, und wie die betrügerischen Bankerotteure und spitzbübischen Directoren alle heißen, die mit ihrem Raube nach Amerika durchbrannten. An der Börse wurden Depeschen gefälscht und Depeschen gestohlen, an der Börse ergingen sich die Makler, welche nur Geschäfte vermitteln, aber nicht selber Geschäfte machen sollen, in den wildesten Speculationen. Unter den Börsen-Speculanten wüthete nach dem Krach der Selbstmord; eine lange Reihe von Maklern und Tobbern erhing, erschoss und vergiftete sich, verschiedene verfielen in Irrensin. Albert Borchardt, der durch seine colossalen Engagements die Berliner Börse Jahre lang in Athem gehalten hatte, stürzte sich aus der drei Stock hohen Wohnung seiner Schwester und zerschmetterte auf dem Straßenspflaster. Am 15. November 1877 erschoss sich, während der Abgeordnete v. Ludwig seine Gründerrede hielt, ein Herr Levy in der Nähe des Parlamentsgebäudes auf offenem Plaze. Die Israeliten, sonst feige und zäh am Leben hängend, haben unter den Nachwirkungen des Krachs fast ihre Natur verkehrt und schwelgen im Selbstmord.

Der Schwindel ergriff auch die auf dem Princip der Solidarhaft errichteten Genossenschaften, die nach Schulze-Delitzsch'schen Vorschriften gegründeten Volksbanken, Spar- und Vorschuß-, Consum- und Rohstoff-Vereine. Die Leiter derselben gewährten in der leichtfertigten Weise unverhältnißmäßig große Credite, oft ihren Verwandten und Freunden, speculirten an der Börse, plünderten die Rassen, und der Krach wurde unter diesen Instituten geradezu endemisch. In Folge von Veruntreuungen und Diebstählen ihrer Beamten fallirten die Oberlausitzer Creditbank in Frankfurt a. O., die Allgemeine Gewerbebank in Berlin, der Vorschußverein in Rhyen, der Creditverein zu Stolberg am Harz, die Creditgesellschaft zu Lauenburg in Pommern, die Danziger Credit- und Sparbank von C. Kempf & Co., der Creditverein in

Meuselwitz, die Vorschufsbank in Teltow, die Kreisbank in Prenzlau, der Niederlausitzer Creditverein, die Deutsche Volksbank in Gütin, die Volksbank in Gräfrath, die Vorschufsbank in Mittenwalde, die Creditgesellschaft in Culm, der Vorschufsverein in Rosswien, die Volksbank in Dortmund, die Gewerbebanken in Magdeburg, Düsseldorf und Essen, der Spar- und Creditverein in Ulm 2c. 2c. Von ihren Beamten empfindlich bestohlen wurden der Credit- und Vorschufsverein in Geisenheim, der Creditverein in Schierstein, der Vorschufsverein in Breslau, die Gewerbebank in Ohligs, der Vorschufsverein in Wiehe, die Spar- und Creditbank Förderer & Co. in Nordhausen, die Spar- und Vorschufskasse in Homburg v. d. H., die Volksbank in Freiberg, der Creditverein in Memel, die Genossenschaftsbanken in Bagnang, Langenau, Alpirsbach, Kirchheim und Cannstadt, sämmtlich in Württemberg, die Volksbank in Waldbroel (180 000 Mark), die Vereinsbank in Großhelmsdorf (240 000 Mark), der Spar- und Vorschufsverein in Schönebeck bei Magdeburg (250 000 Mark) 2c. 2c.

Der Banquier und Rathsherr Blumberg in Jauer, mehrfacher Gründer, brachte den dortigen Vorschuf-Kassen-Verein um ca. 200 000 Mark und entlebte sich. Der hochangesehene Commerzienrath Paul Krauß in Cannstadt unterschlug bei der dortigen Spar- und Vorschufsbank 300 000 Mark und entfloß. Stadtrath Otto Franke in Großenhain unterschlug bei dem dortigen Credit- und Vorschufsverein ca. 60 000 Mark und entfloß, wurde aber erwischt und abgeurteilt. Stadtrath Fiedler und Moritz Steindorf, Directoren der Dessauer Gewerbebank, erhielten für einen Unterschleif von ca. 560 000 Mark je vier Jahre Gefängniß. Stadtrath Fitting aus Freienwalde, „mit den höchsten Ehrenämtern der Stadt und des Kreises betraut“, erhielt aus ähnlichen Gründen zwei Jahre Gefängniß, Stadtrath Urban in Frankfurt a. O. aber zehn Jahre Zuchthaus. Stadtrath und Landtags-Abgeordneter Reinhard Fröhner in Dresden wurde als Director der dortigen Gewerbebank, deren Vermögen er mit $\frac{12}{13}$ oder 1 Million Mark in zweifelhaften Forderungen festgelegt hatte, zwar verhaftet, aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Carl Baurmeister, Director der Gütiner Volksbank und als solcher zu zweijähriger Gefängnißstrafe verurtheilt, ward vom Großherzog von Oldenburg begnadigt, unter der Bedingung, daß

er das Bankgeschäft nicht wieder aufnehmen. Kaum aber aus der Haft entlassen, ging er schon wieder an's Geschäft, worauf er von Neuem eingezogen und der Gnadenact annullirt wurde. Schulte-Seithaus, bereits wegen Gründungsschwindel zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt, ruinirte als Director die Gräfrather Volksbank und wurde dann steckbrieflich verfolgt. L. G. Kirstein, Director der Culmer Creditbank, entfloß mit 180 000 Thaler und wurde in New-York auf Einschreiten des Deutschen Consuls verhaftet; Justizminister Leonhardt verweigerte aber den nöthigen Vorschuß zur Deckung der Transportkosten, und so mußte Kirstein wieder entlassen werden. „Liberale“ Blätter meldeten, daß er im Spital gestorben und als Stadtarmer begraben sei. Aber so dumm war der Jude Kirstein nicht. Er lebt und befindet sich wohl und munter. Seine Frau reiste ihm nach, und er betreibt in New-York wieder ein flottes Bank- und Wechselgeschäft.

Bei der Düsseldorfer Gewerbebank hatte der Commis Hadenbroich ein falsches Hauptbuch angefertigt, und das richtige in den Rhein geworfen; er erhielt zwei Jahre Gefängniß. Vorstand und Aufsichtsrath dagegen, angeklagt, eine falsche Bilanz angefertigt, statt des thatsächlich vorhandenen Mancos einen Ueberschuß von 25 000 Thaler herausgerechnet zu haben, kamen sehr gnädig davon. Director Obbe, mit einem Jahrgelalt von 3000 Thaler angestellt, wurde „zu der im Genossenschaftsgesetz vorgesehenen höchsten Strafe“, zu 20 Thaler, die Aufsichtsräthe Budde und Eck zu je 5 Thaler Geldbuße verurtheilt. Das Deficit der Bank aber stellt sich auf 3½ Millionen Mark, die 700 Genossenschaften, lauter kleine Leute, haben nicht nur ihre Einlagen verloren, sie sollen auch noch 1300 Gläubiger befriedigen, d. h. sie müssen ihr ganzes derzeitiges Vermögen opfern, und sie verlieren auch die Aussicht, in Zukunft etwas zu erwerben. Aehnlich ging es mit dem Norddeutschen Landwirthschaftlichen Bankverein in Berlin*), wo die Directoren mit den Aufsichtsräthen gründeten und schwindelten, und die 800 unglücklichen Genossenschafter schließlich ein Deficit von ca. 350 000 Thaler zu decken hatten, jeder 1300 Mark nachschießen sollte. Aehnlich ging es mit dem

*) Bgl. S. 67.

Vorschußverein in Hofweil, als dessen Director Stadtrath Brückner fungirte; die Bank brach mit einem Deficit von ca. 700 000 Thaler zusammen, und 700 Genossenschaftler, getäuscht durch die seit acht Jahren gefälschten Bilanzen, geriethen in's Elend. Aehnlich ging es mit dem Ulmer Spar- und Creditverein und mit der von diesem gegründeten Württembergischen Commissionsbank in Stuttgart, wo die jüdischen Directoren Adam und Graf und der Buchhalter Blum verhaftet wurden, und wo die Betrogenen, die in Form von Ratengeschäften, Kapital- und Creditversicherungen ihre sauren Ersparnisse angelegt hatten, sich aus der ärmsten Volksklasse recrutiren. Mehrere Jahre vor dem Zusammenbruch war eine Brochüre erschienen, welche das Publikum und die Regierung warnte, aber die Presse warf sich zur Vertheidigerin der Schwindelbanken auf, sie „brandmarkte“ die „Verleumder“, und die Regierung blieb völlig indolent.

Die Solidarhaft bei den Genossenschaften hat sich als ein zweischneidiges Schwert erwiesen, die Weisheit der Gesetzgeber Schulze-Dechwitz und Laster in das hellste Licht gestellt. Das Gesetz über die Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften vom 4. Juli 1868 war, ebenso wie das Actiengesetz vom 11. Juni 1870, eine der vielen „Wohlthaten“, mit welchen die „Liberalen“ das Volk überschüttet haben. Es sollte auch den Ärmsten „creditfähig“ machen, „den kleinsten Ersparnissen Gelegenheit zu lohnender Anlage“, zu einer „Gewinnbetheiligung“ bieten. So wollte man die Genossenschaften belohnen, die in der trüben Reactionszeit nach 1848 die Sammelpunkte des „liberalen“ Bürgerthums bildeten, zuerst „Selbsthilfe“ und „Selbstverwaltung“ pflegten. Statt dessen haben die chronischen Bankbrüche bei den Genossenschaften, ebenso wie die Actienseuche, entsetzliche Verheerungen, und zwar hier unter den ärmsten Volksklassen angerichtet, viele Tausend Familien um ihre Sparpfennige betrogen, ja nackend ausgezogen. Die Dänische Regierung, durch die dortigen Vorkommnisse belehrt, hat begriffen, daß es mit der „Selbsthilfe“ und „Selbstverwaltung“ eitel Schwindel ist, und dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Spar- und Volksbanken unter Controle der Staats-Behörden stellt. Der Deutsche Justizminister, Herr Friedberg, dagegen hält, wie beim Actiengesetz, auch beim Genossenschaftswesen eine Reform nicht für „dringend“, und vertröstet „wohlwollend“ auf eine ein-

heitliche Regelung beider Materien. Herr Schulze-Dehlig ge-
dachte dem schreienden Bedürfniß mit einem Flickwerk abzu-
helfen, begnügte sich aber dann, in eine von seinen Freunden eingebrachte
Resolution einzustimmen, welche den Reichskanzler ersucht, „sich
der gesetzgeberischen Initiative zu bemächtigen.“*)

Wie bei den Actiengesellschaften, so waren auch bei den Ge-
nossenschaftsbanken die Schwindler, Fälscher und Diebe vor-
wiegend „Liberale“ und Juden, „Reichsfreunde“ und „Cultur-
kämpfer“. Unter den flüchtigen oder ergriffenen Bankerotteuren
und anderen Spitzbuben befanden sich sogar „liberale“ Partei-
führer, Männer vom Stadthause und vom Gemeinderath, die in
weiten Kreisen Hochachtung und Bewunderung genossen, und
zugleich das Vertrauen der Regierung besaßen. Jedenfalls können
auch „Liberale“ von den ausgeplünderten Genossenschaftlern nicht
sagen, daß sie ein Opfer ihrer „Spielwuth“, der „Sucht nach mühe-
losem Gewinn“ geworden sind. Hier werden die Kassendefecte
und Bankbrüche entweder todtgeschwiegen oder auf andere Ur-
sachen geschoben.

Das allgemeine Raub- und Betrugssystem ergriff auch die
bei den Bankhäusern und Actiengesellschaften angestellten „jungen
Leute“, wie die Commis und Buchhalter, oft sehr euphemistisch,
heißen. Die „jungen Leute“ kamen zu der Schlußfolgerung,
daß ihnen von der großen Beute ein Antheil gebühre, und da
man ihnen diesen Antheil nicht gab, so nahmen sie sich ihn. Bei
der Deutschen Nationalbank in Bremen stahl ein Buchhalter
10 000 Thaler, und bei der Deutschen Effecten- und Wechselbank in
Frankfurt steckte ein schon seit 20 Jahren im Hause L. A. Hahn be-
schäftigter „junger Mann“ 50 000 Thaler ein. Mit 50 000 Thaler
verschwand auch Robert Fischer vom Schlesischen Bankverein in
Breslau, wo er gleichfalls eine lange Reihe von Jahren gewirkt
hatte. Im Bankgeschäft von Meyer Cohn in Berlin, der in
Folge seiner vielen Gründungen zum Commerzienrath ernannt
wurde, conditionirte ein junger Mensch, Namens Emil Selmar,
welcher binnen Kurzem die Summe von 27 000 Thaler unter-
schlug. Dafür hielt er sich eine Maitresse, welche er in einer
Villa eingemietht hatte, eine feine Equipage, einen Marfstall von

*) Sitzung des Reichstags vom 11. März 1878.

15 Pferden, eine Meute von 40 der theuersten Hunde, und eine vollständig eingerichtete Feuerwehr. Die Hunde hatten zu ihrer Bedienung zwei Hundejungen und einen eigenen Kellner, der ihnen die Mahlzeiten servirte. Es war eine besondere Hundeküche eingerichtet, und die Speisefarte wechselte, wie es bei Racehunden nöthig ist, jeden Tag. Am Sonnabend, dem jüdischen Schabbes, gab es auch für die Hunde stets ein Extra-Gericht.

Bei der Deutschen Unionbank der Herren Hammacher, Hagen und Braun-Wiesbaden unterschlug der Kassirer Bamberger große Summen und erhielt dafür 7 Jahre Gefängniß, wurde aber schon nach 3 Jahren begnadigt. Bei der Straußberg'schen Eisenbahngesellschaft Halle-Sorau-Guben brannte der Kassirer Pilz mit 274 000 Mark durch, und „Pilz“ wurde bald ein Gattungsname für die diebischen Beamten der Bankgeschäfte und Actiengesellschaften. Bei der Oesterreichischen Creditanstalt in Wien und bei ihren Filialen in den Provinzen sind die Kasseneindrücke eine sich regelmäßig wiederholende Erscheinung, und sobald die Directoren oder Aufsichtsräthe von einem neuen Diebstahl erfahren, pflegen sie rasch ihre eigenen Actien auf den Markt zu werfen, um noch einen guten Cours zu erzielen, oder in ihren Actien auch wohl à la baisse zu speculiren. Lederer, Director der Filiale in Prag, hatte mit den ihm untergebenen Beamten an 600 000 Gulden unterschlagen; vor Gericht vertheidigte er sich mit den klassischen Worten: Wenn alle Directoren, Beamten und Verwaltungsräthe, die seit 1870 geschwindelt und gestohlen haben, zur Rechenschaft gezogen werden sollten, so wäre nicht genug Holz in den Böhmischen Wäldern für die Anklagebänke! — Diese Rede war frech, aber keineswegs unrichtig. Hatte doch der baronisirte jüdische Gründer, Freiherr v. Königswarter in Wien, bei Gelegenheit des Ofenheim-Processes geäußert: Es kommt keiner zu einer Million, ohne das Zuchthaus mit dem Aermel zu streifen! Bei der Berliner Discontogesellschaft ging der Botenmeister mit der Kleinigkeit von 7400 Mark durch, und verschiedene Kassenvoten von anderen Banken wurden mit weit größeren Summen flüchtig. Principale und Commis, Procuristen und Kassirer, Directoren und Ausläufer — Alles speculirte und jobberte, schwindelte und fälschte, veruntreute und stahl. Selbstverständlich stahlen in den Actienfabriken auch die Arbeiter. Bei dem

Monstreproceß gegen die Diebe der Stobwasser'schen Lampenfabrik in Berlin, einer sehr bössartigen Gründung, hielt der Vorsitzende des Gerichtshofs es für angebracht, das „milde“ Urtheil (14 Tage Gefängniß bis 2 $\frac{1}{2}$ Jahre Zuchthaus!) dahin zu motiviren: die Controle in der Actienfabrik sei eine sehr lax gewesen, und das Bewußtsein ihrer strafbaren Handlungsweise den Arbeitern vielleicht gar nicht klar geworden.

Sogar die Reichsbank wurde von ihren Beamten bestohlen, z. B. die Agentur in Reisse und neuerdings die Filiale in Frankfurt a. M., wo der Kassenbiener mit 32000 Mark ausriß. Die Communalständische Bank für die Preussische Oberlausitz ward um 45000 Mark und die Königlich Bayerische Bank bei der Filiale Bamberg um ca. 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark beschädigt. Verschiedene Bayerische Kassenbeamte und verschiedene Preussische Steuer-Einnehmer am Rhein und anderwärts, meistens enragirte „Cultorkämpfer“, ließen sich große Unterschlagungen zu schulden kommen. Selbst unter den Richtern fanden sich Diebe, Fälscher und andere schwere Verbrecher. Der Stadtrichter Wulffloff aus Malchin wurde mit 80000 Mark flüchtig. Der nationalliberale Kreisgerichtsrath Stülcke aus Grünberg i. Schl. ging mit 22000 Mark Bündelgeldern auf und davon. Der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete, Ober-Amtsrichter Wirth in Württemberg, ward wegen falscher Beurkundung zu 6 Wochen verurtheilt, und gleich darauf wegen Verleitung zum Meineide verhaftet, worauf er sich im Gefängnisse erhing. Appellrath Dr. Hauck in Bamberg ward vom Bezirksgericht in Fürth wegen „Sittlichkeitsverbrechen“ zu 1 $\frac{1}{2}$ Jahren Zuchthaus verurtheilt. Der Landgerichts-Assessor Hennch von Rothenfels, 54 Jahre alt und verheirathet, stand wegen Nothzucht, verübt an einem 15 jährigen Mädchen, vor dem Schwurgericht in Würzburg und erhielt drei Jahre Zuchthaus. Wenn solche Verbrechen von Beamten, von Richtern, von Angehörigen der guten Gesellschaft begangen werden, was ist da von der armen ungebildeten Masse zu erwarten!

Der gewaltige Börsen- und Gründungsschwindel, offen und straflos betrieben, mußte das ganze Volk demoralisiren, verwildern und „verrohen“. Erst seit dem „Großen Krach“ wuchsen so erschrecklich Diebstahl und Betrug, Raub und Einbruch, Fälschung und Meineid, Nothzucht und Blutschande, Todtschlag und Selbst-

mord. In den großen Städten herrscht eine Unsicherheit, wie im abgelegenen Walde, viele Mordthaten bleiben unentdeckt, das Leben, fremdes wie eigenes, wird wie Wasser vergossen. Noth und Verzweiflung treiben zum Verbrechen, aber auch Mißachtung von Gesetz und Recht, denn das Gesetz ist von den General-Schwindlern schlaue umgangen, und das Recht erweist sich den großen Spitzbuben gegenüber lahm und ohnmächtig. Das Rechtsbewußtsein im Volke ist verwirrt und zerrüttet. Ganz laut hört man sagen: „Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen!“ Ja, die wenigen Gründer und Schwindler, welche verurtheilt wurden, hat man zum Theil wieder davon laufen lassen. Der ehemalige Director Horn von der Rheinischen Effectenbank wurde gegen eine Caution von 5000 Thaler, die seine Complicen aufbrachten, aus der Haft entlassen, ging nach Amerika und hat dort ein neues Bankgeschäft etablirt. Wie Hohn klang das Erkenntniß zweiter Instanz, das ihn für den allein Schuldigen erklärte und ihn, nachdem er glücklich entwischt war, zu 2 Jahr 10 Monaten Gefängniß verurtheilte.*) Hugo Better, neben Max Mattner wegen Betrugs zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt,**) wurde gleichfalls gegen Stellung einer Caution von 500 Thaler in Freiheit gesetzt, entfloß gleichfalls nach Amerika, und zeigte von dort aus seine glückliche Ankunft dem Berliner Stadtgericht an. Verschiedene Redacteurs der „reichsfeindlichen“ Presse dagegen, und zum Theil nur vorgeschobene Strohänner, wurden trotz ernstlicher Krankheiten in Haft behalten, und mußten dieselbe mit bleibendem Siechthum oder gar mit dem Leben büßen.

Schwindelhafte Zeitungs-Annoncen wurden vom Preussischen Ober-Tribunal als strafbarer Betrugsversuch erklärt, und derselbe Gerichtshof stellte fest, daß ein Zeitungsinserat, welches zur Theilnahme an einer Lotterie auffordert, auch wenn sich Niemand betheiligt, dennoch straffällig ist. Betrügerische Gründerprospecte hingegen wurden in Criminal- wie Civilprocessen als bloße kaufmännische Reclame anerkannt. Gründer, die Millionen eingesteckt haben, werden freigesprochen; der Diebstahl und Betrug im Großen erscheint, wie einst im alten Aegypten, fast concessionirt.

*) Bgl. S. 126.

**) Bgl. S. 109.

Dagegen verurtheilte das Berliner Stadtgericht einen Arbeiter, der einen fremden Hund an sich gelockt hatte und von dem Besitzer desselben einen Finderlohn beanspruchte, zu drei Monaten Gefängniß; desgleichen einen Chemiker, der, um sich Brod zu verschaffen, Recepte aus einer alten Charte de abgeschrieben und für einige Mark verkauft hatte, zu sechs Monaten Gefängniß; und das Kreis-Schwurgericht in Berlin belegte eine Arbeiterfrau, welche aus Noth, um ihren Hauswirth zu täuschen, einen Postschein gefälscht, „Eine Mark“ in „Zehn Mark“ verändert hatte, mit einem Jahre Zuchthaus und nahm sie sofort in Haft.

Die Straßlosigkeit der Gründer ist ein nationales Unglück. Freche Schamlosigkeit, tiefe Corruption erfüllt die Gesellschaft, vergiftet unser öffentliches Leben. Professionelle Gründer, die „mit dem Ärmel das Zuchthaus gestreift“ haben, die in langer Voruntersuchung schwitzten, drängen sich überall in den Vordergrund, spreizen sich auf öffentlichem Markte, paradien mit großen Schenkungen und milden Stiftungen, führen überall das große Wort, lassen sich in Massenversammlungen feiern und donnern gegen die „Verleumder“ und „Delatoren“, halten Reden und schreiben Brochüren zur Revision des Actienwesens und zur Reform der wirtschaftlichen Gesetzgebung, fungiren als Magistratsmitglieder, Stadtverordnete, Kreisdeputirte und Landesälteste, sitzen als die „Edelsten und Besten der Nation“ in den Parlamenten und spielen hier die Hauptrolle.

Zu jeder Freisprechung in einem Gründerproceß kann sich die Socialdemokratie mit Recht beglückwünschen, sprach der Staatsanwalt Koch in Braunschweig; und wenn je ein wahres packendes Wort gesprochen, so ist es dieses. Wie auch die feile Gründerpresse abwiegeln und vertuschen, schmähern und drohen mag: es gibt kein wichtigeres und brennenderes Thema als die Gründerfrage, die allerdings wieder nur ein Theil der Judenfrage ist. Von ihr hängt das materielle und sittliche Heil unseres Volkes, die Zukunft des Vaterlandes ab. Der blutige Börsen- und Gründungsschwindel und die Straßlosigkeit der Gründer und Schwindler, ihr freches Sichspreizen auf dem öffentlichen Markte, die Macht und der Einfluß, den sie nach wie vor ausüben, sind die Hauptursachen für das lawinenartige Anschwellen der Socialdemokratie. Erst seit dem

Großen Krach erhielt die Socialdemokratie so großen Zulauf: die Armee der Ausgeplünderten und Beschwindelten trat zu ihr über; die unerhörte Krisis führt ihr immer neue Jünger zu, namentlich Handwerker, kleine Geschäftsleute und kleine Beamte. Aus der großen Corruption, aus der fortschreitenden Noth, aus dem allgemeinen Elend zieht die Socialdemokratie, trotz des Ausnahme=gesetzes, immer neue Kraft und Nahrung, denn reißend wächst die Zahl der Unzufriedenen und Mißvergnügten, der Arbeits= und Besitzlosen, der Hungernden und der Verzweifelten.

Nachtrag zu Seite 145.

Nach einer Meldung des „Berliner Börsen=Courier“ vom 28. April 1879 wurde Rechnungsrath a. D. Hefling, wegen Beleidigung des Aufsichtsraths der Rumänischen Eisenbahn=Gesellschaft, vom Kreisgericht in Essen zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt! Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

V. Liberale „Freiheiten“.

Im Sommer 1875 veröffentlichte die „Kreuzzeitung“ eine Reihe von Artikeln unter dem sensationellen, bei diesem launfrommen Organ doppelt auffälligen Titel: „Die Aera Bleichröder-Delbrück-Camphausen“, denen dann bald noch eine zweite Serie: „Laster, Bamberger, Oppenheim“ folgte. Während die börsenliberale Presse sonst Alles, was ihr nicht in den Kram paßt, einfach todtschweigt, brach sie diesen Artikeln gegenüber in ein Monate lang anhaltendes Wuthgeheul aus, und die jüdischen Blätter bis herunter zum „Klabberadatsch“ überboten sich in den unflätigsten Schimpfereien. Die fünf „Aera-Artikel“ entwickelten, wie die „Finanz- und Wirthschafts-Politik des neuen Deutschen Reichs den Eindruck reiner Banquier-Politik, d. h. einer Politik von und für Banquiers“ mache, wie die Geld- und Wirthschafts-Politik wesentlich „Judenpolitik“ sei, und Gerson Bleichröder in finanziell-nationalökonomischer Hinsicht als der „spiritus familiaris des Neudeutschen Reichs“ angesehen werden müsse. Sie wiesen auf „die intimen Beziehungen des Herrn v. Bleichröder zum Fürsten Bismarck“ hin, und kamen zu der Schlußfolgerung, daß der Reichskanzler „dem Consortium Bleichröder-Delbrück-Camphausen die intellectuelle Inspiration der Deutschen Wirthschafts-gesetzgebung so zu sagen vollständig in Entreprise gegeben“ habe. Namentlich sei Bleichröder der Erfinder „des sich selbst aufzehrenden Invalidenfonds“, der Urheber der Maß-, Gewichts- und Münz-Reform, der Goldwährung und der Reichsbank. Bleichröder's Ideen würden nun im Parlament durch das jüdische Kleeblatt Laster-Bamberger-Oppenheim vertreten, und diese kämpften hauptsächlich für die Bank-, Actien- und Börsen-Freiheit, welche Freiheiten, „wie die Sachen factisch liegen, Judenprivilegien“ seien.

Diese famosen Artikel waren nicht in der Redaction der „Kreuzzeitung“, auch nicht auf ihr Verlangen geschrieben; sie wurden ihr angeboten und von dem damaligen Leiter des Blattes, Herrn v. Nathusius, mit mancherlei Abänderungen aufgenommen. Als Verfasser nannte sich später F. Perrot, der eine lange Reihe von Schriften gegen das Actien-, Bank- und Eisenbahn-Untwesen veröffentlicht hat; aber wie man sagt, hatte er in jenen Artikeln nur die Gedanken und Aufzeichnungen des verstorbenen Herrn v. Wedemeyer verarbeitet, der ursprünglich, wie Herr v. Dieft-Daber, für einen persönlichen Freund des Herrn v. Bismarck galt, bis er mit dem Platzregen der liberalen „Freiheiten“ sich zu einem leidenschaftlichen Frondeur und unversöhnlichen „Reichsfeind“ ausbildete.

H. B. Oppenheim, einst Lehrer, dann Schüßling von Lasfer und Bamberger, war von Perrot wohl nur des Dreiflang's wegen übernommen; in der praktischen Politik hat er nie eine Rolle gespielt, und nur einmal von 1874 bis 1877 im Parlament geseßen, für Reuß ältere Linie, wo ihn bei der Neuwahl der Socialdemokrat Wilhelm Blos schlug. Oppenheim war mit Recht ungehalten und antwortete in der jüdischen „Gegenwart“ von Paul Lindau mit einem Artikel: „Ueber das Niederträchtige“, worin er sich über „Judenhege“, „Sep-Sep-Krankheit“ und „drehtrante Esel“ ereifert. Interessanter war, daß die Officiösen den jüdischen Blättern secundirten. Die halbamtliche „Provinzial-Correspondenz“, welche der Geh. Ober-Regierungsrath Hahn, natürlich ein Semite, leitet, sprach von „niedriger sittlicher Auffassung“ in den „Aera-Artikeln“. Fürst Bismarck fühlte sich persönlich tief beleidigt, und er hatte Ursache dazu, insofern die „Aera-Artikel“, ebenso geschmacklos wie unklug, eine Parallele gezogen hatten zwischen ihm und dem tiefverschuldeten Herrn v. Beust, mit dessen Eintritt in den Staatsdienst Oesterreich's, dort eine neue Börsen- und Gründungs-Schwindel-Periode in Scene gegangen war. Der Reichskanzler erklärte am 9. Februar 1876 im Reichstag: die „Aera-Artikel“ enthielten die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer, verleumderische Beschuldigungen gegen die höchsten Beamten des Reiches, „ohne den leisesten Anhalt und mit einer komischen Unwissenheit in Personalgeschichten“; aber leider in einer Form, die nach dem Urtheil juristischer Autoritäten strafrechtlich

nicht zu fassen sei. Angesichts der prompten und scharfen Verurtheilungen in den sonstigen zahllosen „Beleidigungs-“ und „Verleumdungs“-Proessen, mußte diese Behauptung auffallen, zumal die Form der „Aera-Artikel“ keineswegs eine besonders geschickte und vorsichtige war. Des Fürsten Zorn war so groß, daß er sich im offenen Parlament zu der Apostrophe hinreißen ließ: die Abonnenten der „Kreuzzeitung“ sollten sich von einem solchen Blatte lossagen; „wer es halte und bezahle, mache sich mit der Lüge und Verleumdung schuldig!“ Mehrere hundert Leser der „Kreuzzeitung“, zum größten Theil Edelleute, erklärten darauf in diesem Blatte, daß sie demselben nach wie vor treu bleiben wollten und mit seiner Haltung einverstanden wären. Die Gründer- und Judenblätter aber stellten diese unabhängigen Männer wieder als hartgefottene „Reichsfeinde“ und fast als hochverrätherische Empörer hin. Trotz der zahlreichen Zustimmungen legte Herr v. Nathusius die Redaction der „Kreuzzeitung“ im Frühling 1876 nieder; wahrscheinlich hatten ihm die „Aera-Artikel“ seine Stelle gekostet.

Fürst Bismarck warf also dem Verfasser der „Aera-Artikel“ „komische Unwissenheit in Personalgeschichten“ vor, und in der That mußte die Zusammenstellung von Bleichröder mit Camphausen jedem einigermaßen Eingeweihten ein Lächeln entlocken. Camphausen war nichts weniger als ein Freund Bleichröder's, wohl aber der Intimus des Herrn Adolf Hansemann und der Discontogesellschaft. Als Präsident der Seehandlung war er häufig der Verbündete und Genosse der Discontogesellschaft gewesen, und als Finanzminister blieb er ihr ein mächtiger Gönner. So mächtig und so eifrig, daß er eben den Neid und die Eifersucht Bleichröder's erregte, denn die beiden regierenden Bankhäuser gehen zwar bei vielen Finanz-Operationen Hand in Hand, aber es sind trotzdem zwei feindliche Brüder, die sich in tiefster Seele hassen und beständig gegen einander intriguiren. Nach dem „Krach“ begann der „Berliner Börsen-Courier“, ein Organ Bleichröder's, den Minister Camphausen in der maßlosesten Weise anzugreifen, kanzelte ihn wie einen Schultknaben, ob seiner „Unfähigkeit in finanziellen Angelegenheiten“ ab, sprach von einem „freventlichen Spiel mit den materiellen Interessen des Volkes, die man zu Gunsten impotenter Finanzkunststücken auf's Spiel setzt“, und

brachte October 1874 einen Artikel, der in Nachahmung des Abgeordneten Biegler gegenüber dem Cultusminister v. Mühler, den Satz variierte: „Der Finanzminister Camphausen muß fort von seinem Platz!“ Ebenso that Herr v. Kardorff, der Gehilfe Bleichröder's bei dessen Gründungen, am 10. Juni 1875 einen tadelnswürdigen Ausfall gegen Camphausen, den er „zum Theil als den intellectuellen Urheber unserer wirthschaftlichen Verirrungen“ betrachtete. Minister Camphausen war klug genug zu erwidern, daß er seinem „Freunde Delbrück gegenüber“ auf die Ehre, als „Urheber unserer ganzen Wirthschaftspolitik“ zu gelten, verzichten müsse.

Herr v. Kardorff eiferte gegen die Seehandlung, die er noch vor zwei Jahren gegen Lascker und Eugen Richter hoch gerühmt hatte, deren Existenz er aber jetzt als eine verfassungswidrige bezeichnete, und die er anklagte, daß sie, obwohl ein Staatsinstitut, gleichfalls in Gründungsgeschäften mache und den Gründern großen Vorschub leiste. Die Seehandlung ist ein Dorn im Auge Bleichröder's, weil sie der Discontogesellschaft so außerordentliche Dienste gethan hat. Sie hatte sich consortialiter betheiligt an den von der Discontogesellschaft veranstalteten Emissionen der ungarantirten Eisenbahn-Prioritäten Hannover-Altenbeden, Halle-Sorau-Guben, Berlin-Görlitz &c., welche später den Reichsfonds aufgeladen wurden. Sie hatte kurz vor dem Krach mit der Discontogesellschaft das Bergwerk Gelsenkirchen gegründet, und dabei die wildeste Agiotage verüben helfen: die 50 procentigen Interimsscheine wurden à 118 ausgegeben, was einen Cours von 136 bedeutet, und alsbald bis 175 getrieben, was einem Course von 250 entspricht, während die Bollandie später auf 80 sank. Sie hatte mit der Discontogesellschaft versucht, Partial-Obligationen der famosen Dortmunder Union in Höhe von 2 Millionen Thaler unterzubringen, und da dieser Versuch nicht mehr gelang, dieselben freundschaftlichst beliehen, was ihr noch sehr übel bekommen kann, denn die ganze Dortmunder Union ist wahrscheinlich nicht 2 Millionen Thaler werth. Aber noch weit mehr. Im Jahre 1872, während der Gründungsschwindel auf dem Gipfel stand, ließ Minister Camphausen der Discontogesellschaft durch die Seehandlung drei Millionen Thaler gegen den mehr als billigen Zinssatz von $2\frac{3}{4}$ Procent und ohne jede Unterlage vorstrecken! So beispiellos und so unverantwortlich unterstützte der Finanz-

minister das erste Gründer-Institut, in solch' unerhörter Weise verließ und gefährdete er Staatsgelder!! Sogar die Oberrechnungskammer sah sich zu einem Monitum genöthigt, aber Herr Camphausen entschuldigte sich mit einem Mißverständniß auf Seiten der Seehandlung, und die „Liberalen“ verloren natürlich kein Wort darüber, denn es handelte sich um ihren constitutionellen Mustermiister. Wie verschiedene Blätter wissen wollten, ist die Discontogesellschaft gar nicht im Stande gewesen, das riesige Darlehn baar zurückzuzahlen, sondern die Seehandlung hätte ihr dafür die Straußberg'schen Eisenbahn-Prioritäten abgenommen, mit denen dann die großen Reichsfonds „invalid“ gemacht wurden. Die „Neue Freie Presse“ in Wien, an welcher Gerson Bleichröder stark theilhaftig ist, brachte unterm 21. September 1875 eine Correspondenz aus Berlin, welche hervorhob, daß Bleichröder die Ankäufe für die Reichsfonds „zur Zufriedenheit der Regierung“ besorgt hätte, daß dagegen die Discontogesellschaft diesen Fonds 91 Millionen Mark in Eisenbahn-Prioritäten zugeführt habe, die durch den Rückgang der Actien der betreffenden Bahnen „gefährdet erscheinen“.

Zwischen Bleichröder und Camphausen bestand also keinerlei Gemeinschaft, denn dieser war der Intimus der Discontogesellschaft, und letztere bildete gewissermaßen das Hauptquartier der Nationalliberalen. Wie in vielen Blättern zu lesen stand, befand sich das Agitationsbureau der nationalliberalen Partei jahrelang in einem der Discontogesellschaft gehörigen Hause, und zwar lag es charakteristischer Weise auf einem Flur mit den Räumen der famosen Rumänischen Eisenbahngesellschaft. Hier verkehrten Miquel, Lasler, Bennigsen und die andern Rorpyphäen der Partei; und von hier gingen die Millionen der Flugschriften, Circulare, Correspondenzen aus, mit denen die Börsenliberalen das Land überschwemmten. Ihre Hauptagitatoren waren die Schullehrer, die mit Begeisterung an dem Cultusminister Falk hängen, der sie von der Aufsicht der Geistlichen befreite und ihre Gehaltsaufbesserung durchführte, und die nun aus Dankbarkeit mit aller Macht den „Culturkampf“ betrieben. Fürst Bismarck opferte den Nationalliberalen nach einander die Minister Graf zur Lippe, von der Heydt, v. Mähler, v. Selchow, Graf Ikenpliz, und an ihre Stelle traten Leonhardt, Camphausen, Falk, Achenbach, Frieden-

thal, die der herrschenden Partei „anverwandt und zugethan“ waren, oder doch mit ihr sich zu stellen wußten. Graf zur Lippe hatte den regierenden Bankhäusern gegenüber, in Sachen der Eisenbahnlinie Berlin=Lehrte, mit Nachdruck und Erfolg das Gesetz geltend gemacht; unter ihm war die Concession zu der vielgenannten Preussischen Central=Bodencredit=Actiengesellschaft*) nicht zu erlangen, und er hat später ausgeführt, daß diese parlamentarische Gründung mit ganz außerordentlichen, geradezu ungesetzlichen Privilegien ausgestattet ist. Auf dem Minister von der Heydt ruhte das Obium, daß er's gewagt hatte, im Frühjahr 1866 das Geld zum Oesterreichischen Kriege anzuschaffen, und so den „Liberalen“, die da declamirten: „Diesem Ministerium keinen Groschen, und wenn die Kroaten vor Berlin stehen!“ ein Schnippchen zu schlagen. Als er 1869 auf einem kleinen Zettel nachwies, daß die Preussischen Einnahmen dem Deutschen Luxus nicht mehr gewachsen seien, und als er nun, um das Deficit zu decken, eine — es ist schrecklich zu sagen — Börsensteuer vorschlug, war er reif für den Schub und wurde abgethan. Minister v. Mühler war „kein Culturlämpfer“, sondern ein Anhänger des Evangeliums, ein Beschützer der beiden christlichen Kirchen, und darum mußte er fallen. Graf Hohenhausen, der Handelsminister, stürzte, als er gegen die Börsen- und Eisenbahnmächte das Staatsbahn=Princip geltend zu machen begann und sich für eine Staatsbahn Berlin=Wehlar=Meß entschied. Da ließ Lascher die Comödie seiner „Enthüllungen“ los; er „brandmarkte“ das „System Straußberg“, und er erhob eine schwere Anklage gegen den Handelsminister, daß dieser die Ausgabe von Actien unter pari gebuldet, daß er das nominelle Anlagekapital bei Eisenbahnen wissentlich und absichtlich höher concessionirt habe, als die thatsächlichen und eigentlichen Bauunkosten betrugen. Der arme Graf Hohenhausen war so überrascht und so wenig redigewandt, daß er keine rechte Antwort fand; er hätte bloß zu antworten brauchen, daß jenes, jetzt von Herrn Lascher „gebrandmarkt“ Verfahren 1865 und 1866 von der Commission des Abgeordnetenhauses, darunter die „liberalen“ Herren v. Rönne, Overweg, Michaelis, Hammacher, Becker, Röppell, Prince-Smith, v. Hennig, v. Bonin, Löwe=Calbe,

*) Vgl. S. 72.

Berger, ausdrücklich functionirt und für gesetzmäßig erklärt worden ist, daß das „liberale“ Abgeordnetenhaus das „System Straussberg“ bei einer ganzen Reihe von Eisenbahn-Vorlagen praktisch verwertet und zu Gesetzen erhoben hat. Hätte Graf Tzenpliz so geantwortet, würden sich die Lasler'schen „Enthüllungen“ sofort als dreister Humbug „enthüllt“ haben, würde Laslerleben nicht angestaunt und verherrlicht, sondern, wie er's verdiente, einfach ausgelacht worden sein. So lange sich das landwirthschaftliche Ministerium in conservativen Händen befand, wollten die „Liberalen“ von ihm nichts wissen, hätten sie es am liebsten ganz beseitigt; erst als der semitische Großkaufmann und Großindustrielle Friedenthal an die Spitze trat, erhielt dies idyllische Ministerium plötzlich eine ungeahnte Bedeutung, und die jüdisch-„liberale“ Presse ward nicht müde, für Herrn Friedenthal eine wüthende Reclame zu machen.

August van der Heydt war ursprünglich Banquier gewesen und blieb es auch als Minister. Auch als Finanz- und resp. Handelsminister blieb er stiller Theilhaber des Bankhauses van der Heydt, Kersten & Söhne in Elberfeld, und später trat sein ältester Sohn als Associé in dieses Geschäft ein. Ebenso entstammt Herr Otto Camphausen einer Rheinischen Banquier-Familie; er ist ein naher Verwandter der Firma A. & L. Camphausen in Köln, die sich 1855/56 wie 1871/72 durch verschiedene, zum Theil sehr fragwürdige Gründungen hervorgethan hat, und von der Herr Arthur Camphausen im Bezirks-Ausschuß der Reichsbank sitzt. Minister Camphausen beseitigte das ihm von Heydt hinterlassene Deficit durch den Verkauf der Königshütte, durch Consolidation oder Vereinerung der Staatsschuld und mit Hilfe des Staatschazes, worauf er ob seiner Finanzkunst von den „Liberalen“ gefeiert und besungen wurde. Der Milliarden-segen veranlaßte ihn dann, über 100 Millionen Thaler Staats-Anleihen zu kündigen, und diese Summe zur Zeit des großen Schwindels der Börse zuzuführen. Während er aber über hundert Millionen Thaler zurückzahlte, contrahirte er mehr als zweihundert Millionen Thaler in neuen Anleihen, was natürlich wieder den regierenden Bankhäusern zu gute kam. Daneben veräußerte er an Domainen ca. 5 Quadratmeilen, den dreizehnten Theil des Gesamtbesitzes, für etwa 10 Millionen Thaler; außerdem Forstgrundstücke, Chauffeehäuser 2c., und mit

dem Erlös wurden die laufenden Ausgaben gedeckt, was der conservative Landrath v. Rauchhaupt im Abgeordnetenhaus mit Recht als die ungesundeste Finanzwirthschaft hinstellte. Trotz alledem paradierte Herr Camphausen alljährlich, unter dem Beifallsgemurmel der „Liberalen“, mit — Ueberschüssen, erhob er dieselben während seines zehnjährigen Regiments zu einer ständigen Institution. Herr von der Heydt hatte den Etat pro 1870 mit einem Deficit von $16\frac{1}{2}$ Millionen Mark aufgestellt, Herr Camphausen ließ in Folge seiner Finanzkunststücke das Rechnungsjahr 1870 mit 18,600 000 Mark Ueberschuß abschließen. 1871 rechnete er einen Ueberschuß von 27,800 000 Mark heraus, 1872 einen solchen von 83,100 000 Mark, 1873 — 64,300 000 Mark, 1874 — 20,300 000 Mark, 1875 — 15,700 000 Mark, 1876 — 22,100 000 Mark und 1877/78 noch 5,400 000 Mark. Sein Nachfolger, Herr Hobrecht, dagegen kam pro 1879/80 mit einem Deficit von 73,750 000 Mark! Und als man sich darob verwunderte, erklärte der neue Finanzminister am 19. Februar 1879 im Herrenhause: Das Deficit sei in diesem Etat nur zum ersten Mal anerkannt; thatsächlich habe es, wie seiner Zeit Herr von der Heydt sehr richtig nachgewiesen, schon seit Gründung des Norddeutschen Bundes bestanden, und sei nur durch Verkäufe von Staatsgütern und durch die aus dem Französischen Kriege resultirenden Einnahmen verdeckt worden. Noch im vorjährigen Etat wären 33 Millionen Mark solcher Einnahmen eingestellt, und doch bedurfte es einer Anleihe von 21 Millionen, um die laufenden Ausgaben zu bestreiten. Das Deficit sei leider noch im Wachsen begriffen! — Diese erstaunliche Erklärung des Herrn Hobrecht wird bestätigt durch den von dem „Liberalen“ Herrn Miedert erstatteten Generalbericht der Budgetcommission zum neuesten Staatshaushaltsetat, woselbst es heißt: Die Ausgabe des Etats pro 1877/78 überstieg die laufende Einnahme um ca. 22 Millionen Mark; die Ausgabe des Etats pro 1878/79 überstieg die Einnahme um ca. 80 Millionen Mark. — Der Preussische Etat leidet also seit zehn Jahren an einem schleichenden Deficit, und der geniale Finanzkünstler Camphausen hat sich, wie so viele Vorstände und Aufsichtsräthe von Actiengesellschaften, einer „Verschleierung der Bilanz“ schuldig gemacht.

Nicht besser ist es mit dem Etat des Deutschen Reiches be-

stellt. Auch das Reich befindet sich seit Jahren im Deficit. Auch hier paradierte Herr Camphausen mit Ueberschüssen, vertuschte er das gährende Deficit mit „vorhandenen Beständen“, obwohl er sich mehr als hundert Millionen neuer Credite zu verschiedenen Zwecken und namentlich zur Durchführung der Münzreform bewilligen ließ. Und hier ging ihm Eugen Richter zur Hand. Wollte Camphausen wirklich einmal Farbe bekennen, trieb ihn das Gewissen, auf das Gespenst des Deficits hinzudeuten, und um es zu verbannen, schüchtern eine Börsensteuer in Vorschlag zu bringen, dann sprang Eugen Richter auf und „enthüllte“ hohnlächelnd, wie in den Schatzkammern, wo die Französischen Milliarden aufgespeichert gewesen, noch immer Beutel und Säcke mit Hunderttausenden und Millionen herumlag; dann fragte dieser tapfere Volkstribun mit dumpfer Grabesstimme: Wo haben Sie jene 15 Millionen, und wo stecken jene 30 Millionen? Ich vermissе Alles in Allem 90 Millionen Mark. Und außerdem hat Herr Richter auch noch 15 Millionen entdeckt, die bei dem Münzgeschäft erspart sind. „Warum verschweigen Sie das Alles? Was wollen Sie mit dem Gelde machen?“ Worauf Herr Camphausen schleunigst den Rückzug antrat und kleinlaut äußerte: es habe ja mit der Börsensteuer noch Zeit, und er werde auch so auszukommen wissen: „Das Wörtlein ‚unmöglich‘ ist in meinem Wörterbuch sehr klein gedruckt.“ („Sehr gut!“ rufen die Liberalen.)* Herr Camphausen war so „liberal“, daß er einerseits die Befreiung der Commanditgesellschaften, also z. B. auch der Discontogesellschaft, von der Gemeinde-Einkommensteuer, andererseits die vollständige Steuerfreiheit der Prostituirten verfügte. In letzterer Hinsicht hat sich sein Nachfolger, Herr Hobrecht, sofort zu dem Grundsatz: Non olet! bekannt, und auch die Töchter der Freude wieder zur Steuer herangezogen.

Ebensowenig wie zwischen Camphausen und Bleichröder, kann eine Verbindung zwischen letzterem und Delbrück nachgewiesen werden; aber ebenso wie Camphausen ist auch Delbrück der Verwandte eines Bankhauses, nämlich der Firma Delbrück, Leo & Co. in Berlin. Adalbert Delbrück, ein Vetter des Exministers, machte zugleich mit dem neuen Präsidenten des Bundes- resp. Reichskanzleramts Carrière,

*) Sitzung des Reichstags vom 20. November 1875.

schwang sich von dem General-Agenten einer Lebens-Versicherung zu einem Generalgründer des jungen Deutschen Reiches auf. Das neue Actiengesetz wurde für ihn eine Goldgrube, er förderte eine unabsehbare Reihe von Gründungen zu Tage, und ward dafür mit dem Titel „Commerzienrath“ geehrt. Noch vor Ausbruch des Actiengesetzes, das er gar nicht abwarten konnte, Anfang 1870, erhielt er von der Regierung die Concession zur Gründung der Deutschen Bank in Berlin. An derselben theilten sich außer ihm: Victor Freiherr v. Magnus, Eduard Freiherr von der Hündt (ein Sohn des früheren Finanzministers), Gustav Rutter, Geh. Commerzienrath Hermann Zwicker, E. J. Meyer, Cohn-Buergers & Co., Siemens & Halske, G. Müller & Co., Hardt & Co., Mamroth, Goldschmidt in Berlin, F. Brumm und Marchand in Stettin, Cohn in Dessau, v. Beckerath, Schroers und Meer in Bresfeld, George Albrecht, Mosle & Co., H. H. Meier & Co. in Bremen, Adolf vom Rath, Victor Wendelstadt, Jacob Löb Elzbacher, A. Carstanjen und Rautenstrauch in Köln, W. A. Platenius und Keller's Söhne in Stuttgart, Friedenthal in Breslau, Gustav Gebhard in Elberfeld, Gaedecke in Königsberg i. Pr., Gebrüder Sulzbach in Frankfurt, Eggert und Langhans in Hamburg, Frege & Co. in Leipzig, H. Marcuse in Walluf, Schöller und Hoersch in Düren, Müller & Co. in Karlsruhe, Roester & Co. in Mannheim, Kronenberg und Wertheim in Warschau, Bamberger & Co. in Mainz u. Als „Erste Zeichner“ theilten sich neben dem Volkstribun Ludwig Bamberger auch dessen ganze Verwandtschaft und Sippe: sein Bruder Rudolf Bamberger in Mainz, sein Vetter Bamberger in Paris, Mitglied der Französischen Nationalversammlung und ein wüthender Preußenfresser, seine Oheime Weißweiler & Goldschmidt in Paris und Bischoffsheim & Goldschmidt in London und sein Vetter Goldschmidt in Berlin. Man kann daher die Deutsche Bank auch eine Gründung der Familien Delbrück-Bamberger nennen. Zum Director wurde ein junger Assessor, Georg Siemens, erwählt, den Bamberger später in's Abgeordnetenhaus wie in den Reichstag bugsirte, und außer diesen beiden Parlamentariern hatte die Bank sich noch mit folgenden umgeben: Müller, Mosle, Meier, Hardt, Overweg und Rapp. Die Deutsche Bank emittirte zunächst 5 Millionen Thaler in 40 procentigen Interimsscheinen, und als

der Börsenschwindel auf der Höhe stand, schritt sie zu einer neuen Emission. Anstatt die alten Actien voll zahlen zu lassen, fabricirte man wieder 5 Millionen Thaler in 40 proc. Interimsscheinen à 110, was einen Cours von 125 bedeutet. Das Agio mit 500 000 Thaler strichen die „Ersten Zeichner“ ein, was selbst in der Börsenpresse einen Sturm des Unwillens erregte, und die Herren veranlaßte, den vierten Theil ihres Trunkgeldes in den Reservefonds fließen zu lassen. Ende 1872 nahmen sie eine dritte Emission, wieder im Betrage von 5 Millionen Thaler vor. Diesmal begnügten sich die edlen Seelen mit der Hälfte der jungen Actien, und da der Cours der alten etwa 115 war, heimsten sie diesmal nur ca. 375 000 Thaler ein. Nach solcher fast beispiellosen Agiotage erwies sich das Kapital von 15 Millionen Thaler viel zu groß, pro 1875 konnten nur 3 Procent Dividende vertheilt werden, und die Actien sanken bis ca. 70. Von der Reichsregierung aber wurde die Deutsche Bank in auffälliger Weise protegirt. Sie gehörte zu den erlesenen Bankinstituten, welche mit dem Invalidenfonds handeln durften; sie vermittelte die Silberverkäufe für Rechnung des Deutschen Reichs, und die Regierung überließ ihr u. A. 100 000 Chassepot-Gewehre, welche die Deutsche Bank — es ist kaum glaublich, aber die „Berliner Börsen-Zeitung“ bestätigte es — nach Frankreich verkaufte.

Adalbert Delbrück und Genossen erhielten auch die Concession zu der Actiengesellschaft für Boden- und Communal-Credit in Elsaß-Lothringen, welche mit kostbaren Privilegien ausgestattet ist und zu der kaiserlichen Regierung in sehr intimen Beziehungen steht. Die Bank, welche ihren Sitz in Straßburg und Filialen in Mülhausen und Metz hat, gewährt hypothekarische Darlehen, namentlich auf Amortisation, gibt Vorschüsse an Communen, Corporationen zc. und ist berechtigt, Pfandbriefe und Communal-Obligationen bis zur Höhe des zwanzigfachen Betrages ihres Actienkapitals zu emittiren. Sie steht unter Aufsicht der Regierung und hat fast einen officiellen Charakter; sie verwaltet die flüssigen Mittel der Communen und die öffentlichen Gelder, und hat dafür eine „Staatsdepositenabtheilung“ gebildet. Die Bilanz von 1874 wies ein Guthaben der kaiserlichen Regierung im Betrage von 17,127 000 Francs auf, und warf eine Dividende von 8 Procent aus. Die Actien der Gesellschaft befinden sich

alle in festen Händen und werden an der Börse gar nicht gehandelt, sind also noch geschätzter als die Antheilscheine der Reichsbank. Im Parlament ist diese Bank gleichfalls vertreten: ihr Director, Dr. juris Jean North, ist Mitglied des Deutschen Reichstages, und außerdem sitzt er im Bezirksausschuß der Reichsbank. Nach dem Rücktritt des Reichskanzleramts-Präsidenten Delbrück trat zwischen der Regierung und der Deutschen Bank eine merkliche Verkühlung ein. Im Juli 1876 veröffentlichte die „Times“ ein Schreiben des Herrn Pietsch, Directors der Londoner Filiale, das zur Beschwichtigung der Silber-Panik dienen sollte. „Als Vertreter des Instituts, durch welches die Deutschen Silberverkäufe in London und im Osten bis jetzt bewirkt sind, und auf das besondere Ersuchen und in Vollmacht der Deutschen Regierung muß ich hiermit die vorhergehenden Mittheilungen in aller Form als irrig und den Thatsachen nicht entsprechend bezeichnen.“ Also ließ sich Herr Pietsch vernehmen, erlitt aber ein trocknes Dementi; der „Reichsanzeiger“ schrieb: „Wir bemerken, daß dem Herrn Pietsch zu einer solchen Veröffentlichung Auftrag oder Vollmacht von der Deutschen Regierung nicht erteilt ist.“ Dieses auffällige Dementi bedeutete, daß Delbrück nicht mehr regierte, und sein Nachfolger Hofmann nicht dieselbe „liberale“ Gesinnung hegte. Indeß wenn auch Delbrück gegangen war, sein Ablatus Michaelis war geblieben, und so erklärt es sich vielleicht, daß schon im September 1876 die „National-Zeitung“ wieder melden konnte: „Die Regierung von Elsaß-Lothringen hat einen Betrag von 2,500 000 Mark Schatzscheinen zur Ausgabe gebracht, welcher von der Deutschen Bank übernommen worden ist.“

Minister Delbrück ist ein noch weit ärgerer Manchestermann als Herr Camphausen, aber er war es nicht immer. Wie Herr Otto Wolff, „Volkswirth“ und Redacteur der Stettiner „Distric-Zeitung“, erzählte, war Delbrück zuerst Schutzzöllner, bis ihn die Herren Prince-Smith, Faucher, Michaelis zum Manchesterthum bekehrten. Sobald er das Bundeskanzleramt übernommen hatte, langte er sich als volkswirthschaftlichen Beirath Herrn Otto Michaelis, Mitredacteur der „National-Zeitung“, der wieder ein Schüler des Herrn Julius Schweizer und von diesem an der Börse eingeführt war. Unter den Händen von Delbrück und Michaelis ergossen sich nun die „liberalen“ Freiheiten: die Ge-

werbefreiheit, Vagabundenfreiheit, Wucherfreiheit, Actienfreiheit, Münzfreiheit und Bankfreiheit. Herr Michaelis ist so „liberal“, daß er das Differenz- oder Zeitgeschäft, das Börsenspiel und die Börsenjobberei „wissenschaftlich“ rechtfertigte, und daß er mit Miquel für die von der Discontogesellschaft begehrte Hundert-Millionen-Thaler-Prämien-Anleihe plaidirte, wobei er auf die „außerordentliche Stärkung“ hinwies, „welche die Kapitalkraft und Unabhängigkeit der Berliner Börse durch die vollkommene Freiheit des Verkehrs auf ihr mit allen Papieren erlangt“ habe, und „vor zweischneidigen Eingriffen in die Freiheit des Börsen-Verkehrs“ warnte. Herr Michaelis ist so „liberal“, daß er dem Fürsten Bismarck nicht mehr geheuer zu sein scheint, daß, obgleich er bereits als Director der Finanz-Abtheilung im Reichskanzleramt waltet, er wahrscheinlich doch nicht an die Spitze des zu errichtenden Reichsschatzamtes treten, sondern diese wichtige Stelle einem weniger freisinnigen Manne überlassen wird.

Wenn Excellenz Delbrück gegen Vasker äußerte: „Es liegt außerhalb der Macht einer jeden Gesetzgebung, Leute, die nun einmal ihr Geld los sein wollen, daran zu hindern“; und wenn er November 1877 im Verein für Gewerbefleiß, anlangend das Vorgehen gegen die Nahrungsmittel-Fälscher, sich vernehmen ließ: man dürfe das Kind nicht mit dem Bade ausschütten — so entsprechen diese „liberalen“ Ansichten ohne Frage den Anschauungen der Herren Otto Michaelis und Julius Schweizer. Andererseits läßt sich nachweisen, wie auch Ludwig Bamberger, der Gründer der Deutschen Bank, großen Einfluß auf Minister Delbrück gewann. Bamberger hatte in den von Herrn Wehrenpfennig herausgegebenen „Preussischen Jahrbüchern“ ein Jubellied auf „Die fünf Milliarden“ gesungen, und dabei die Moral fallen lassen: „Der ganze Organismus unserer Verkehrswelt beruht darauf, daß keine Zinsen verloren gehen.“ Diese Sentenz des Börsen-Philosophen hob Delbrück auf und gab ihr in einer Parlamentsrede die tiefsinnige Fassung: „Es ist das Geheimniß unserer Zeit, keine Zinsen zu verlieren.“ Um keine Zinsen zu verlieren, wurde das „Milliardengeschäft“ übermäßig beschleunigt, geradezu überstürzt, die Milliarden dem Börsen- und Gründungsschwindel zugeführt, eine Steeplechase von Wechselreiterei in Scene gesetzt, bei welcher die Gelbhändler und Börsenjuden Millionen einsfrichen, und Deutschland ganz

erbärmlich über's Ohr gehauen wurde. Minister Delbrück bewunderte und pries die Promptheit, mit der dieses Kartenkunststück sich abwickelte, und er hatte persönlich alle Ursache dazu, denn er erhielt aus der Französischen Kriegscontribution baare zweimalhunderttausend Thaler. Um keine Zinsen zu verlieren, erwarb Delbrück, wozu er gar kein Mandat hatte, für die Reichsfonds über 100 Millionen Thaler ungarantirte Eisenbahnprioritäten, welche zum großen Theile unverkäuflich sind, und bei denen zu befürchten ist, daß Zinsen und Kapital verloren gehen. Bei Belegung dieser Fonds, bei Gründung der Münz- und Bankfreiheit machte Minister Delbrück dem „Volkswirth“ Bamberger die größten Concessionen, und in dem Kampfe gegen die Getreidezölle und für die Handelsfreiheit marschirt er anscheinend unter der Fahne Ludwig Bamberger's. Nichts ist wunderbarer als zu sehen, wie dieser jüdische Mann, der ehemalige Freischärler, der bei Kirchheim-Bolanden tapfer davongelaufen und in London und Paris das Bankfach studirt hat, nach der Neuerrichtung Deutschland's zurückkehrt, und sich nun der wirtschaftlichen Gesetzgebung bemächtigt; wie er den stolzen Einheitsbaum umklammert und die goldenen Äpfel sich und seinem Volke herabschüttelt. Während der in Frankreich zurückgebliebene Bamberger die Französische Republik aufführen hilft, renkt der retournirte Bamberger das neue Deutsche Reich ein.

Schon unter dem Norddeutschen Bunde schufen Delbrück und Michaelis die neue Maß- und Gewichts-Ordnung, indem sie das unpraktische unnatürliche Französische Maß und Gewicht adoptirten. Nachdem wir Frankreich geschlagen hatten, mußten wir, gleich den Barbaren, die Institution des besiegten Feindes annehmen, der trotzdem an der Spitze der Civilisation marschirt. Unsere alten Maße entsprachen der Natur, den Verhältnissen des menschlichen Körpers, wogegen die neuen Maße auf der künstlichsten Berechnung beruhen, und schon wegen der halb lateinischen halb griechischen Wortungeheuer dem Volke nie geläufig werden können. Thatsächlich sind sie bis zur Verzeifung unpraktisch, und selbst die Behörden sehen sich häufig genöthigt, auf die alten Maße zurückzugreifen. Jede Maß- und Gewichtsänderung verursacht dem Publikum Schaden, ganz besonderen Schaden aber, wenn Maß und Gewicht kleiner werden. Das Quart wurde

zum Liter, die Elle zum halben Meter, der Scheffel zum halben Hektoliter, das Loth zum Dekagramm, während die Preise zunächst dieselben blieben, sich aber mit der Schwindelperiode noch sehr erheblich steigerten. Namentlich die ärmeren Volksklassen haben unter der Neuerung sehr empfindlich gelitten, werden bei ihren Einkäufen in der schändlichsten Weise geprellt.

Noch gemeingefährlicher, geradezu verderblich wurde die von Bamberger durchgesetzte Münzreform und Goldwährung. Man denke nur an die berühmte Heze der Oesterreichischen Gulden, an die Heze der sonstigen fremden und einheimischen Münzen und Banknoten. Jahrelang, ununterbrochen dauerte die Einziehung, man konnte sein gutes Geld oft gar nicht unterbringen, hauptsächlich wieder die kleinen Leute büßten beim Umwechseln ein, erlitten aus Unkenntniß herbe Verluste. Dagegen ist die Münzreform wieder ein reicher Segen für die Bank- und Börsenleute; sogar die „Weser=Zeitung“ ließ sich vernehmen, daß Bleichröder und Discontogesellschaft die intellectuellen Urheber der Wache seien. Die Theilung des Groschens in 10, statt früher in 12 Pfennige, bedeutet für die Bewohner Preußen's und anderer Länder eine Einbuße von $16\frac{2}{3}$ Procent; was im Kleinhandel 3 alte Pfennige kostete, kostet jetzt 5 neue Pfennige, d. h. 100 Procent mehr. Von den eingezogenen Münzen lassen sich einige an gewissen Orten gar nicht entbehren, z. B. der Dreier in Berlin, das $2\frac{1}{2}$ -Groschenstück in Norddeutschland. Die neuen Münzen sind nach Größe und Beschaffenheit ebenso geschmacklos wie unpraktisch und mangelhaft, so daß sie schon mehrfach abgeändert und umgeprägt werden mußten; sie verlieren schnell Glanz, Ansehen und Farbe, springen und brechen wie Glas, und können sonder Mühe nachgebildet werden. Nie blühte die Falschmünzerei so wie in unsern Tagen. Dazu fehlt es überall an den passenden Geldzeichen, fast Jedem bereitet das Zählen, Wechseln und Herausgeben Umstände und Verlegenheiten, selbst der Beamte rechnet noch immer heimlich nach dem alten Münzfuß, die Umrechnung fällt ihm sichtlich schwer und kostet die doppelte und die dreifache Zeit. Nicht selten stößt diese Umrechnung auf bare Unmöglichkeit, und z. B. beim Wechselstempel hat man endlich mit Mühe und Noth ein Gesetz fertig gebracht, das die Abstufung nach Markbeträgen durchzuführen sucht und dies ziemlich unvollkommen erreicht, theils zum Schaden

der Reichskasse, theils zum Nachtheil des Publikums. Die Zinsberechnung ist weit umständlicher als früher, man operirt stets mit weit größeren Zahlen und mit den ungeheuerlichsten Brüchen. Die Mark ist eben eine ganz willkürliche Einheit, sie paßt weder für das Thaler- noch für das Guldenland.

Es war grundfalsch, die Münzeinheit herabzumindern, denn schon deshalb mußten die Preise steigen. August Eggers in Bremen schlug als Münzeinheit $1\frac{1}{2}$ Gramm Gold fein, gleich 1 Thlr. $12\frac{1}{2}$ Sgr. vor. Es würde dies der alte Speciesthaler gewesen sein — Wilhelmsthaler wollte ihn Eggers genannt wissen. In 500 Pfennige getheilt, und das Verhältniß von Gold und Silber auf 1 zu 15,55 (statt 1 zu 15,50) festgestellt, würde der Wilhelmsthaler sich ebenso leicht der Norddeutschen Thaler-, wie der Süddeutschen Guldenwährung, und auch der Frankenrechnung angeschmiegt haben. Ein Wilhelmsthaler wäre gleich $2\frac{1}{2}$ Süddeutschen Gulden, 2 Oesterr. Gulden, 1 Fünffrancsstück, 4 Englischen Schilling und 1 Nordamerikanischen Dollar gewesen. Dieser Wilhelmsthaler hätte unser altes Agio auf Gold, das bekanntlich zwischen 11 bis 13 Procent schwankte, in's Gleichgewicht gebracht, denn 4 Wilhelmsthaler bildeten einen Friedrichsd'or resp. Louisd'or, so daß wir mitten in die damalige Goldvaluta hineinversetzt wären. Aber das Alles wollte eben Bamberger nicht; dabei hätten die Banquiers und die Börse zu wenig verdient. Alle Deutschen Münzen sollten ohne Ausnahme eingezogen, eingehandelt, umgewechselt und umgeprägt werden. Etwas ganz Neues wurde geschaffen, eine Münzeinheit erfunden, welche zu keinem andern Münzsystem paßt, im Verkehr mit andern Ländern die schwierigsten Umrechnungen nöthig macht, denn „dem Zimmermann gehören die Späne“, sagt der „geistreiche“ Bamberger in seinen Studien über „Reichsgold“. Soeben hatte man Französisches Maß und Gewicht eingeführt: was wäre einfacher gewesen, als sich an die Lateinische Münzconvention anzuschließen, Geldstücke auszuprägen, die auch in der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien ohne Einbuße hätten ausgegeben werden können? Was wäre natürlicher gewesen, als die Münzeinheit mit dem Grammgewicht übereinstimmen zu lassen? Die neue Mark gleich 1 oder $1\frac{1}{2}$ Gramm fein Gold, das hätte jedes Kind begriffen, jeder Bauer sich nachrechnen können. Aber das sollte eben nicht sein, dabei hätten die

Agiotage-Meyer, Courtage-Levi und Arbitrage-Heymann nicht wie Unkraut sich vermehren und geil herausschießen können. Bamberger setzte die Mark gleich 0,358 423 Gramm fein!! Und in solch' ungeheuerliche irrationale Brüche läuft das ganze Marksystem aus, bei jeder Umrechnung bleibt ein unberechenbarer Grammbruch, und man begreift, wie viel „Späne“ hier für den Wechsel und Goldhändler abfallen müssen. Der Italiener und Franzose trägt, wie der berühmte Technologe Rarmarsch sagt, einen Satz Gewichte in der Geldtasche. Seine Silber- und Bronzemünzen bieten eine Gewichtsscala von 1, 2, $2\frac{1}{2}$, 5, 10 und 25 Gramm dar. Dagegen zeigen die Gewichte der neuen Deutschen Silbermünzen Brüche von $\frac{1}{9}$, $\frac{5}{9}$ und $\frac{7}{9}$ Gramm: Größen, die mit dem metrischen Gewicht, streng genommen, gar nicht zu wägen sind, und denen das Decimalsystem vollständig widerstrebt. Bamberger wollte eine „Deutsch-nationale“ Münze, die aber thatsächlich eine jüdisch-nationale ist, insofern sie der Judenthümlichkeit auf dem ganzen Erdenrund einen neuen Handelsartikel bot, die „goldne Internationale“ wieder ungemein bereichert hat. Andererseits sucht uns zwar Bamberger einzureden, er habe im „Reichsgold“ eine internationale Verkehrsmünze geschaffen, allein der Französisch-Bamberger wechselt das „Reichsgold“ seines nach Deutschland ausgewanderten Vaters nur mit 3 Procent Verlust, und in Paris wird das Bamberger'sche Zwanzigmarkstück im gewöhnlichen Verkehr nicht mit 25, sondern nur mit 24 Francs honorirt. Wer es also in Frankreich ausgibt, verliert daran 1 Franc, und fünfundzwanzigmal dort ausgegeben, bleibt von der ganzen Doppelkrone nicht Ein Nickel übrig.

Um des „Reichsgoldes“ willen, nahm uns Bamberger unser ehrliches Silbergeld und gab uns dafür unterwerthige Silbermünzen und ganz werthlose Nickelfstücke, jenes plumpe häßliche Atergeld, daß unsere Taschen zerreißt und unsere Finger schwärzt. Nicht weniger denn 105 Millionen Mark Reichsnickel gedachte uns Bamberger aufzuladen, jedem neugeborenen Säugling $2\frac{1}{2}$ Mark Nickel als Pathengeshenk in die Wiege zu legen, als Entschädigung für den 2 Loth schweren goldenen Theelöffel, den jeder Deutsche nach Alexander Meyer von den Französischen Milliarden bekommen sollte, aber nicht erhalten hat, da die 40 Millionen goldene Löffel sämmtlich von den Gründern und Börsianern ein-

gesteckt worden sind. Allein glücklicherweise ist die Regierung, nachdem sie von 1873 bis 1876 für ca. 44½ Millionen Mark Reichsnickel hat ausprägen lassen, zur Besinnung gekommen, und hat die weitere Fabrication eingestellt. Böse Zungen behaupten, daß Bamberger Hauptactionär eines Nickelbergwerks ist, ohne dies durch nähere Angaben zu belegen; actenmäßig ist nur, daß er neben seinem Onkel Bischoffsheim im Verwaltungsrath der Actiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrication zu Stolberg und in Westphalen saß, welche Gesellschaft auch bedeutende Gruben im Auslande besitzt, von welcher aber nicht gesagt werden kann, ob sie auch Nickel producirt. Eigens um des Reichsnickels willen gründeten die Semiten Max Nolsba, Julius Pickardt, R. A. Seelig u. die Victoria-Hütte in Raumburg am Roher, deren Actien während der Nickelausprägung ca. 180 standen, hinterher aber bis 4 Brief gesunken sind. Der Geschäftsbericht von 1876/77 klagt, daß die Deutsche Regierung die Ausprägung von Reichsnickel eingestellt hat; daß die Hoffnung, Holland und die Türkei würden sich gleichfalls in Nickel versehen, zu Wasser geworden ist; daß Nickel fast gar nicht mehr begehrt wird und daher rapide im Preise fällt. Für 1872/73 dagegen, wo die Deutsche Regierung ihre Ankäufe machte, vertheilte jene faule Gesellschaft an Dividende 14 Procent, woraus man schließen kann, wie theuer uns das werthlose unpraktische Metall zu stehen kommt.

„Mögen andere sich gefallen“, sagt Bamberger in seiner Schrift „Reichsgold“, „in Betrachtungen über Das, was uns bevorstand, wenn die Schlachten vom 4. bis 6. August 1870 (Weissenburg und Wörth) verloren gingen.“ Wahrscheinlich würde Bamberger nach Frankreich zurückgewandert, und viele seiner Glaubensgenossen ihm nachgefolgt sein, denn an „Reichsgold“ wäre nicht zu denken gewesen. Nach dem Fall von Straßburg jubelte Berthold Auerbach „Wieder unser!“ und nach der Schlacht von Sedan dachte Ludwig Bamberger sofort daran, diesen welt-historischen Sieg zu discontiren. Man höre den genialen Mann selber: „Wenige Tage nach der Schlacht bei Sedan ward in einer Begegnung auf elsässischem Boden zuerst dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß ein günstiger Friede auch rasch benutzt werden müsse, die Deutsche Münzverfassung auf den rationalen Boden zu stellen.“ — Ist das nicht erstaunlich? Bam-

berger spaziert als Schlachtenbummler im eroberten Lande; ihm begegnet wer? —! Etwa Excellenz Delbrück? — Und sie sprechen sofort vom „Reichsgold“?! — Thatsache ist, daß schon am 5. Novbr. 1871 Herr Camphausen im Deutschen Reichstag den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausprägung von „Reichsgoldmünzen“ vorlegte. Der Entwurf wurde mit Begeisterung begrüßt, nicht erst noch einer Commission überwiesen, sondern einfach im Plenum berathen und schon am 4. December 1871 zum Gesetz erhoben. Für „Reichsgold“ stritten in erster Reihe die Juden Bamberger, Lasser und Sonnemann, und hinter ihnen die Gründer und Actien = Verwandten v. Unruh, Braun = Wiesbaden, Mosle, G. A. Schön u. Von den 382 Abgeordneten, die im Reichstag saßen, verstanden vielleicht nur ein Duzend etwas von der hochwichtigen Materie, und von diesem Duzend waren Zehn — Börsenliberale. Zwei oder Drei, die auch etwas davon verstanden, aber nicht Börsenliberale sind, wurden kaum angehört, und das Publikum erfuhr von ihnen gar nichts, denn solche Reden werden von den Berichterstattern der Parlamente, die durchgehends wieder Semiten sind, systematisch unterschlagen. So heißt es in dem Bericht der „National-Zeitung“, welchen ein Herr E. M. Oldenberg liefert (Nr. 543 do 1871): „Abg. Mohl führt in einer sehr gründlichen Rede aus, daß sein Amendement nothwendig sei“ u. Was Moritz Mohl aus Stuttgart, ein ebenso wissenschaftlicher wie praktischer und echt Deutscher Mann, eigentlich gesagt hat, erfährt man erst aus einer Rede des Herrn Sonnemann, in welcher es heißt: Der Abg. Mohl hat ausgeführt, daß die Goldwährung mit großen Nachtheilen für die arbeitenden Klassen verbunden und eine der Ursachen der Massenarmuth in England sei. Ich bin so wachsam, wie irgend Jemand, wenn es sich darum handelt, die Interessen der arbeitenden Klassen wahrzunehmen. (!) An dem Uebergang von der Silber- zur Goldwährung kann das Volk kein größeres Interesse haben, als daran, wenn man von der Berliner Elle zum Meter übergeht. Hier war dem edlen Sonnemann wider Willen eine große Wahrheit entfahren, denn mit der Einführung des neuen Maßes kostete der halbe Meter oder dreiviertel Elle soviel wie früher die ganze Elle, der Verlust des Publikums betrug 25 Procent, und nicht weniger hat es auch beim Uebergang von der Silberwährung zur Goldwährung eingeblüßt.

Durch Gesetz vom 4. December 1871 wurde die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, und nach dem speciellen Verlangen von Bamberger und Lasker, die Einstellung der Ausprägung von Silbermünzen, sowie die Einziehung der alten Gold- und Silbermünzen in's Werk gesetzt. Nicht nur, daß diese Maßregel den wahnsinnigen Börsen- und Gründungsschwindel gleichfalls befruchten und wieder noch steigern mußte: der Uebergang zur Goldwährung geschah auch gerade zu der Zeit, wo Gold zu steigen und Silber zu fallen begann. Aber eben deshalb spornete Bamberger die Regierung, wie er sagte; Dank den Milliarden, welche Frankreich zu zahlen habe, sei Deutschland der Gläubiger des Auslandes, das Gold müsse ihm zufließen, und so werde Deutsches Gold „die Treppe hinauffallen“. Ganz ohne war der Bamberger'sche Calcül nicht; nur hätte die Deutsche Regierung danach trachten müssen, so lange als möglich Gläubiger des Auslandes zu bleiben. Statt dessen wurde die Einziehung der Französischen Milliarden überstürzt; wir erhielten in der Hauptsache nicht Gold, sondern Papier, $4\frac{1}{4}$ Milliarden in 120 000 Wechseln, welche die Europäischen Geldhändler und Börsenjuden unter einander hin- und herschoben und zu artigen Spielchen mischten; für welche Mühehaltung sie viele Millionen einstrichen. An Französischem Golde bekamen wir nur 273 Mill. Frcs., in Silber 239 Mill. Frcs., und unter letzterem befanden sich 92 Mill., welche, wie der Finanzminister Léon Say in seinem Berichte sagt, in Deutschland aufgekauft waren, aus Deutschland abströmende Silbermünzen, die man in Fünffrancsstücke ausprägte und mit denen man Deutschland wieder bezahlte. Wie dieser Vorgang beweist, war die Französische Regierung in ihren Finanzoperationen doch schlauer als die Deutsche; das macht: Herr Thiers hatte als Börsenrath Rothschild, und Fürst Bismarck nur Bleichröder zur Seite, der eigentlich wieder nur eine Art Agent des Hauses Rothschild ist. Unbedingt war Léon Say auch für sich allein schlauer als Delbrück und Camphausen zusammen: sonst hätte diese Herren das Zurückströmen des mit Verlust losgeschlagenen Silbers doch stutzig machen und sie veranlassen müssen, die Durchführung der Goldwährung zu sistiren. Sobald die Französischen Milliarden in dieser überschnellen heillosen Weise, hauptsächlich durch bloße Wechselreiterei, durch Wechsel

auf fictive Forderungen abgezahlt waren, stellte sich das blaue Wunder heraus, daß Deutschland nicht mehr Gläubiger, sondern Schuldner des Auslandes war. Mit der Erscheinung dieses Wunders mußte aber auch der Abfluß des „Reichsgoldes“ eintreten; wir genossen das Schauspiel der „fliehenden Goldstücke“, wie der „geistreiche“ Bamberger sich ausdrückt, denn dieser Mann liebt es, über unser Malheur noch Witze zu reißen.

Durch das Münzgesetz vom 9. Juli 1873 wurde die Demonetisirung, d. h. die Entmünzung und Entwerthung des Silbers förmlich ausgesprochen. Silber bauen wir selber, es wurden bis 1871 in Deutschland jährlich für ca. 6 Millionen Thaler producirt, dagegen nur 180 000 Thaler Gold gewonnen. Trotzdem oder vielmehr ebendeshalb wurde nun Silber als Edelmetall degradirt und König Allgold als alleiniger Herrscher auf den Thron gesetzt. Eine kostbare einheimische Industrie ward geradezu gemeuchelt, und dafür machten wir uns freiwillig vom Auslande abhängig und demselben tributpflichtig. Es war nicht anders, als ob Bamberger und Lasker decretirt hätten (und in der That möchten sie dazu nicht übel Lust haben): wir sollen unser Brod nicht ferner aus einheimischem Roggen, sondern nur noch aus ausländischem Mais backen. Die Einführung der Goldwährung von Seiten einer so hervorragenden Macht, die colossalen Silber-Verkäufe und der noch colossalere Gold-Bedarf Deutschlands, dazu das Speculiren und Hinarbeiten der Goldhändler und Börsenhäuptlinge, daß noch andere Staaten dem Beispiele Deutschland's folgen sollen — mußten das Werthverhältniß der beiden Edelmetalle zu einander auf der ganzen Erde erschüttern, und zwar in einer bis dahin unerhörten Weise. Silber fiel wie noch nie in der Weltgeschichte, es stürzte in drei Jahren tiefer als bisher in Jahrtausenden, es erlitt von Monat zu Monat stärkere Schwankungen als früher in Jahrhunderten. Bamberger hatte das Werthverhältniß von Gold und Silber wie 1 zu $15\frac{1}{2}$ festgestellt, und ungefähr so hatte es seit fast hundert Jahren gestanden. Von Anfang 1873 bis Mitte 1876 verschob sich nun dieses Verhältniß mit reißender Schnelle auf 1 zu fast $20\frac{1}{4}$, d. h. Silber stürzte um ca. 30 Procent. Man begreife, was das sagen will! Alles gemünzte und ungemünzte Silber, alle silbernen Geräthe, Geschmeide und Kunstwerke, alle Silberstücke

in den Bergwerken hatten binnen drei Jahren 30 Procent des Werths verloren; der Staat wie der Private hatten an ihrem Vermögen 30 Procent eingebüßt, als ob über Nacht Diebe eingebrochen wären und es ihnen gestohlen hätten. Auch alle ausstehenden Forderungen, Zinsen, Zins- und Dividenden-Coupons, die in Silber beglichen werden konnten, waren um 30 Procent weniger werth geworden. Und das Alles hatte mit seiner Goldwährung Herr Bamberger gethan!

Die Durchführung der Goldwährung schien dem Finanzkünstler Camphausen nur ein Kinderspiel. Als man im Reichstag das „Reichsgold“ berieth, äußerte er am 11. November 1871 frohlockend: „Ein Deutscher Thaler ist gegenwärtig die gesuchteste aller Münzen im Auslande.“ Das war damals auch der Fall, hörte aber auf, als Deutschland nicht mehr Gläubiger, sondern Schuldner des Auslandes geworden, und als es die Degradation des Silbers ausgesprochen hatte. Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Nordamerika schickten sich gleichfalls an, zur Goldwährung überzugehen; die Staaten der Lateinischen Münzconvention stellten einstweilen gleichfalls die Silberprägung ein, und selbst in Indien, China und Japan ging der Silberbedarf stark zurück. Niemand begehrte mehr Silber, und die Deutsche Regierung warf Silber massenhaft auf den Markt. Wie es scheint, war die Deutsche Bank der Herren Adalbert Delbrück und Ludwig Bamberger hauptsächlich um der Deutschen Silberverkäufe willen gegründet worden, welche man, wie schon erwähnt, dieser Bank übertrug. Gleich nachdem das Gesetz über „Reichsgold“ fertig geworden war, emittirte die Deutsche Bank 5 Millionen Thaler neue Actien mit einem Aufgelde von 500 000 Thaler, und beging Herbst 1872 à Conto der Silberverkäufe nochmals eine solche Agiotage. Im Jahre 1872 hielt sich der Silberpreis in London, dem Weltmarkt für den Metallhandel, zwischen 61 und 60 (60 Pence pro standard ounce); 1873 sank er bis 59, 1874 bis 57 $\frac{1}{4}$, 1875 bis 55. Da erschraf die Deutsche Regierung und schien mit den Verkäufen inne halten zu wollen, aber die Gründer- und Judenblätter drängten sie weiter. Die „National-Zeitung“, das Organ der Herren Bamberger und Lasker, schrieb unterm 2. Juli 1875: „Weshalb entschließt sich die Reichs-Finanzverwaltung nicht, die in ihren Händen befindlichen ca. 80 Millionen Thaler in Silber

um jeden Preis zu verkaufen? Selbst wenn sie daran 10 Procent, also 8 Millionen Thaler verlöre, so wäre doch damit der große Vortheil nicht zu theuer bezahlt, daß wir endlich reinen Tisch bekämen.“ Das war selbst der jüdisch-demokratischen „Volkszeitung“ zu stark, und sie rechnete der „National-Zeitung“ vor, daß der „reine Tisch“ nicht bloß 8 Millionen, sondern mindestens 45 Millionen Thaler kosten würde. Mitte 1876 erreichte die Silber-Panik den Gipfel. Damals schrieb Herr Pietsch, als Vertreter der Deutschen Bank, an die „Times“ einen Beschwichtigungsbrief: die Deutsche Regierung sei weit entfernt, ihre Silber-Verkäufe zu forciren und zu den so sehr niedrigen Preisen zu verkaufen. Begreiflicherweise war dieses Schreiben nicht besonders diplomatisch, und der „Reichsanzeiger“ desavouirte denn auch Herrn Pietsch in aller Form. Am 10. Juli 1876 notirte Silber in London 46 $\frac{7}{8}$, was gegen 1872 eben einen Verlust von ca. 30 Procent bedeutete. In den nächsten sechs Monaten hob der Cours sich bis 58 $\frac{3}{4}$, worauf er von Neuem zu sinken begann. Januar bis Mai 1879 bewegte er sich zwischen 49 und 50, näherte sich also wieder bedenklich dem tiefsten Stande. Ein Bericht, welcher unterm 11. Juli 1876 dem Englischen Parlamente erstattet wurde, führt als Ursache der unerhörten Silberentwerthung auch die gesteigerte Ausbeute der Amerikanischen Silbergruben an. Allerdings hat sich in den Vereinigten Staaten die Production von Silber, die 1871 circa 18 Millionen Dollar betrug, 1878 auf 36 Millionen Dollar, also um das Doppelte gehoben; indeß neben und mit dem Silber wird auch Gold gewonnen, und die Gold-Ausbeute auf der Erde hat überhaupt noch nicht erheblich nachgelassen. Die gesteigerte Silberproduction allein wäre nicht entfernt im Stande gewesen, den Preis des Edelmetalls so zu werfen: das beweisen die Vorgänge in Californien und Australien, wo in den fünfziger Jahren eine riesige Ausbeute von Gold stattfand, ohne daß der Werth desselben wesentlich beeinträchtigt wurde. Jener Bericht bestätigt denn auch, daß die Silberentwerthung hauptsächlich durch die Einführung der Goldwährung in Deutschland und andern Staaten verschuldet ist; und er kommt zu dem Schlusse, daß wenn man fortführe, die Goldwährung auf der ganzen Erde in's Werk zu setzen, für das weitere Sinken des Silbers gar keine Grenze angegeben werden könne. „Der bei Weitem größte Theil des ge-

wonnenen Silbers wanderte in die Schmelztiegel der Münzstätten, denn für Kunst- und Gewerbebezüge ist sein Gebrauch ungleich geringer, als man gewöhnlich glaubt.“ Ohne Frage muß ein Artikel tief im Preise sinken, wenn man nach länger als zweitausendjährigem Gebrauche ihn plötzlich seiner hauptsächlichsten Bestimmung entzieht und seine fernere Nichtverwendbarkeit decretirt.

Welche Störungen und Verschiebungen die Einführung der Goldwährung im Inlande wie Auslande verursachte, ist geradezu fabelhaft. Die Furcht vor den Silberverkäufen Deutschland's drückte die Silbervaluta in Ostasien dermaßen herunter, daß, wie die Deutsche Bank in ihrem Jahresbericht von 1875 klagte, die Betriebsfonds ihrer Filialen in Shanghai und Yokohama entwerthet wurden. Also die Bank, welche die Deutschen Silberverkäufe ausführte, kam selber in Gefahr! In Oesterreich war Silbergeld bisher eine solche Seltenheit gewesen, daß es die Mehrzahl der Bevölkerung nie gesehen hatte; Oesterreichische Banknoten hatten schon 50 Proc. unter Pari gestanden, und standen 1871 noch 19 Proc., September 1873 noch 13 Proc. unter Pari. Nach Einführung der Goldwährung begann nun die Differenz zwischen Papier und Silber immer kleiner zu werden; Juni 1875 notirten Oesterreichische Banknoten 183,30, Oesterreichische Silbergulden nur noch 184,50, und am 1. Juli 1876 geschah das Unerhörte: die Gulden standen 163 und die Noten 165, also um 2 höher; Papier hatte gegen Silber ein Agio erreicht, Silber war werthloser als Papier geworden. Nicht etwa hatten die Oesterreichischen Finanzen sich so verbessert, nicht die Papiervaluta sich gehoben, sondern die Silbervaluta sank ihr nach. *) Später erholte sich der Oesterreichische Silbergulden wieder etwas, doch nur vorübergehend; am 5. Mai 1879 notirte er an der Berliner Börse 174, während Oesterreichische Banknoten 173,85 standen, so daß die Differenz eine ganz unbedeutende ist. Als Mitte 1876 die Papiervaluta die Silbervaluta überholt hatte, sahen die zuständigen Behörden sich genöthigt, den Postvorschußverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bis auf Weiteres auszusetzen und den Postanweisungsverkehr zu be-

*) Studie zur Deutschen Münzreform von W. L. Hertzlet in Berlin. Ohne Jahreszahl.

schränken. Solche Maßnahmen pflegen sonst nur in Zeiten der Kriegsgefahr einzutreten. Damals berechnete die „Berliner Börsen-Zeitung“, daß in Deutschland an Oesterreichischen Werthpapieren, die auf Silber lauten, mindestens für 2000 Millionen Mark vorhanden sind. Da nun Oesterreich die Coupons in Silber einlöste, ergab dies pro 1875 und 1876 einen Zinsen-Verlust von 50 bis 60 Millionen Mark, welchen Angehörige des Deutschen Reiches erlitten, und mindestens ebensoviel büßten sie ein an den Nordamerikanischen Effecten, die seit zehn Jahren in Massen auf den Deutschen Markt geworfen waren. Zwar verlangte die „liberale“ Presse, daß die Coupons dieser Papiere in Gold bezahlt werden sollten, und erbosteten sich über den „Silberschwindel“, aber eine gesetzliche Verpflichtung dazu ist nach dem Wortlaut der Schuldurkunden gar nicht vorhanden. Zu alledem kam noch, daß in Folge der Silberentwerthung Arbeitslöhne und sonstige Productionsunkosten stiegen, während unsere Fabrikate und Manufacte, die nach Ländern ausgeführt werden, welche Silberwährung besitzen, wie Oesterreich, Rußland, Ostasien, Südamerika, in demselben Verhältniß schlechter bezahlt werden. Genug, der Gesamtverlust, welcher das Publikum trifft, ist gar nicht zu schätzen, übersteigt aber jedenfalls noch sehr weit den Schaden, welchen die Regierung bei ihren Silberverkäufen erleidet.

Nach der siebenten Denkschrift über die Ausführung der Münzgesetzgebung (vom 15. Februar 1879) sind in Deutschland bisher eingezogen an groben Silbermünzen

und wieder ausgeprägt 391 „ „

so daß der Ueberschuß beträgt 582 Mill. Mark.

An Thalerstücken aus den Jahren

1750 bis 1871 sind ausgeprägt 395 Mill.,

eingezogen 195 „ „

bleiben 200 Mill., = 600 „ „

Das überschüssige Silber ergibt mithin 1182 Mill. Mark.

Verkauft sind 628 Mill. Mark,

also die größere Hälfte, wobei sich ein Verlust von ca. 90 Millionen Mark ergeben hat, so daß der Gesamtverlust bei den Silberverkäufen sich auf ca. 170 Millionen Mark stellen würde. Dazu treten dann noch die großen Zinsen-Verluste, sowie die Unkosten für Einziehung und Einschmelzung der alten, für Aus-

prägung der neuen Münzen. Die Denkschrift berechnet zwar den bisherigen Verlust bei den Silberverkäufen aus verschiedenen Gründen um circa 28 Procent geringer, indeß ist leider zu befürchten, daß der thatsächliche Gesamtverlust jene Schätzung noch sehr überholen, der „reine Tisch“ noch weit mehr kosten wird. Verschiedentlich deuteten die Börsenzeitungen an, daß unser Thaler im Auslande, namentlich in Amerika, nachgeprägt werde, also das von der Regierung verkaufte Silber im gemünzten Zustande wieder zurückkehre. Thatsächlich sollen aus ältern Jahrgängen blanke Thaler mit einem blaugelb schillernden Schein vorkommen. Auch wenn unser Thaler vollwerthig, ohne jegliche Fälschung nachgeprägt wird, würde dieses Geschäft bei dem tiefen Stande des Silbers einen Profit von ca. 25 Procent abwerfen, was selbstredend für Deutschland wieder einen Verlust von 25 Procent bedeutet. Unter solchen Umständen würden wir, wenigstens so lange der Thaler noch umläuft, unser Silber nie los werden, immerfort Silber mit Schaden fortwerfen müssen, während es durch die Hinterthür immer wieder hereinschlüpft. Und daß Silber in demselben Grade zuströmt, wie Gold abfließt, hat man seit Jahren beobachtet. Wie aber, wenn sich die Nachprägung im Auslande nicht auf die vollwerthigen Thaler beschränkte, wenn man auch die unterwerthig ausgeprägten neuen Reichsilbermünzen nachbildete, was für Verluste müßten uns dann treffen, wo wäre da überhaupt ein Ende abzusehen?! Und daß diese Perspective kein bloßes Phantasiegemälde ist, daß eine solche Gefahr wirklich besteht, haben nicht nur die Börsenblätter angedeutet, hat wohl auch Herr Bamberger durchblicken lassen wollen, als er am 5. December 1876 im Reichstag äußerte: es sei an Silbergeld bereits genug vorhanden, und die Regierung möge mit der weiteren Ausprägung einhalten. Und doch waren damals noch nicht, wie es das Gesetz vorschreibt, 10 Mark auf den Kopf der Bevölkerung ausgeprägt.

„Es gibt wenige Dinge auf der Welt, die einen so tiefen Sinn in sich bergen, als das Geld!“ sagt Bamberger im „Reichsgold“; und wenn man ihm sonst kein Wort glauben will, dies muß man ihm glauben, dies hat er durch die uns von ihm bescheerte Münz- und Bankverfassung unwiderleglich bewiesen. Unser alter ehrlicher Thaler war im Werthverhältniß zum Golde wie 15 $\frac{1}{2}$ zu 1 ausgeprägt.

Aus 1 Pfund fein Silber schlugen wir 30 Thaler, also 90 Mark. Von der Bamberger'schen Mark aber gehen 100 auf 1 Pfund; sie wurde von vornherein um 10 Procent unterwerthig ausgeprägt. Während das alte Verhältniß zwischen Gold und Silber sich bereits zu weiten begann, schnürte es Bamberger noch enger zusammen, und statt 1 zu 15,50, setzte er 1 zu 13,95. Und der „Deutsche Münzgesetzgeber“, wie Bamberger in edler Bescheidenheit sich selber nennt, that so mit voller weiser Absicht: Silbergeld sollte fortan nur Scheidemünze sein, war nur für den Verkehr im Innern des Landes bestimmt, und es war daher gleichgültig, ob man es 10 oder 50 Procent unter Werth ausmünzte. Als nun am 10. Juli 1876 Silber in London 46 $\frac{7}{8}$ notirte, also um ca. 30 Procent gefallen war, stellte sich folgender Effect heraus: Unser alter ehrlicher Thaler galt nur noch 2 Mark 14 Pfennig, die Bamberger'sche Mark hingegen hatte statt 100, nur noch den Werth von 64 Pfennig! Zuweilen verspürt Bamberger den Kitzel, die Eiterbeulen seiner Gesetzgebung selber aufzudecken, die Regierung davor zu warnen und dafür verantwortlich zu machen, und die Vertreter der Regierung stehen dann verwirrt und verlegen vor ihm da, und wagen nicht einmal zu sagen, daß sie doch nur gethan haben, was er vorgeschrieben hat. Was die jüdischen und börsenliberalen Gesetzgeber eingebrockt haben, nöthigen sie die Regierung auszulöffeln. So machte damals auch Bamberger die Regierungs-Vertreter auf die tiefe Unterwerthigkeit des Reichsilbers aufmerksam und empfahl, namentlich keine silbernen Fünfmärkstücke mehr auszuprägen, wobei er fallen ließ: Von den Bayerischen Dreikreuzerstücken in Silber sind bei der Einlösung mehr zurückgekommen, als ausgemünzt waren. Nach seinem Verlangen wurde denn auch die Ausmünzung der Fünfmärkstücke, von welchen bereits 71,653 000 Mark geschlagen, gänzlich eingestellt und auch die Ausprägung der sonstigen Silbermünzen ziemlich eingeschränkt. Nach Bamberger's Verlangen wurden dann auch die goldenen Fünfmärkstücke in die Welt gesetzt, von dieser winzigen unpraktischen Münze in den Jahren 1877 und 1878 an 28 Millionen Mark fabricirt. „Für Leute, die auf der Straße stehen mit kalten Händen, mag die Münze unbequem sein“, witzelte Bamberger, „aber nicht jede Münze ist für jeden Verkehr gemacht.“ In der That scheint das „Reichsgold“ nur für die „goldene Internationale“ geschlagen

zu werden. Neuerdings drängen die Judenblätter wieder mächtig, die Regierung solle mit den Silberbeständen aufräumen, die Thalerstücke sämtlich einziehen und dafür auf den Kopf der Bevölkerung 5 Mark Reichsilber mehr ausgeben, die Ausprägung der Silbermünzen von 427 auf 641 Millionen Mark erhöhen. Bamberger und Genossen haben also eine neue Parole ausgegeben, und man darf neugierig sein, ob die Regierung wieder gehorchen wird.

„Wenn schon Goldwährung, dann auch eine Weltmünze!“ ließen sich Sachverständige vernehmen. „Man schlage Goldmünzen und bezeichne sie bloß nach dem Feingehalt, welcher aber eine ganze, möglichst eine runde, leicht theilbare Zahl repräsentiren muß!“ Eine ähnliche Münze besaßen wir bereits: die frühere Deutsche Krone, welche genau 10 Gramm fein Gold enthielt und in Reichsgoldwährung einen Werth von 27 Mark 90 Pf. hatte. Aber Bamberger erklärt das Verlangen nach einer Weltmünze, die auch im Auslande vollen Cours hat, für eine „Utopie“; weil nämlich damit die Agiotage aufhören würde. Das einzige und richtige internationale Verkehrsmittel ist „Reichsgold“, sagt Bamberger, und er löste das Problem einer „Weltmünze“ nach seiner Art, indem er das Zwanzigmarkstück schuf und ihm einen Feingehalt von 7,168459 gab. Wie schon erwähnt, paßt die neue Doppelkrone in kein anderes Münzsystem hinein, sie wird daher im Auslande nur mit Verlust gewechselt und verursacht hier, im Gegensatz zu Französischen und Englischen Goldstücken, stets Schererei und Uebervortheilung. Für die Banquiers aber ist sie eine Goldquelle. 50 frühere Kronen gingen auf ein Pfund reinen Goldes, aus welchem jetzt $69\frac{3}{4}$ Zwanzigmarkstücke oder $139\frac{1}{2}$ Zehnmarkstücke oder 279 Fünfmarkstücke geschlagen werden. Wie man sieht, sind gerade und sogar ganze Zahlen mit weiser Vorsicht vermieden, damit beim Wechseln und Handeln hübsch „Späne“ abfallen. Das Normalgewicht des Zwanzigmarkstücks beträgt 7,96495, des Zehnmarkstücks 3,98248, des Fünfmarkstücks 1,99124. Beim „Umlauf“ dürfen die Kronen und Doppelkronen 5 pro mille, die halben Kronen 8 pro mille vom Normalgewicht verlieren. Diese „Abnutzung“, welche nicht selten mittelst Feile oder Scheidewasser zu geschehen pflegt, ist also von vorne herein den Münzschlächtern freigegeben. Goldstücke, welche in Folge des „Umlaufs“ und der

„Abnutzung“ noch mehr verlieren, unter das Passirgewicht herabsinken, werden auf Kosten des Reichs eingezogen. Als Bamberger diese harte Forderung stellte, schrat Camphausen zurück, und gab zu bedenken, wie sehr durch solche Verpflichtung die Reichskasse geschädigt werden könne. Bamberger erklärte stolz, daß die „negative und unentschiedene Haltung“ der Regierungsvertreter, „gegenüber solchen Fragen, die für die Wissenschaft Axiome und für alle Culturvölker lebendige Praxis geworden“, ihn veranlasse, den Antrag zurückzuziehen. Camphausen verwahrte sich gegen eine solche Beschuldigung und erinnerte daran, daß „Rom nicht an Einem Tage gebaut“ sei! Aber Lasfer nahm den Antrag seines Freundes Bamberger wieder auf, rief dem Finanzminister zu: Noblesse oblige! und die ungeheuerliche Forderung der jüdischen Dioskuren ward zum Gesetz erhoben. Dieser Vorgang wirft ein blendendes Licht auf den börsenliberalen Charakter unserer modernen Gesetzgebung, zeigt die Judenherrschaft und die Judeuprivilegien in bengalischer Beleuchtung. Bamberger sprach mit edler Dreistigkeit von „Axiomen der Wissenschaft“ und von einer „für alle Culturvölker lebendigen Praxis“, und Camphausen nahm diese geschwollene Phrase für „Reichsgold“. Der Finanzminister wußte nicht einmal, daß in England, dem „liberalen“ Musterlande, eine solche Verpflichtung keineswegs besteht, daß hier den Verlust für abgenutzte und beschlittene Münzen nicht der Staat, sondern Derjenige trägt, bei welchem sie angehalten werden. England ist mithin, den Münzschlächtern gegenüber, nicht entfernt so „liberal“ und so „nobil“ wie Neudeutschland.

An „Reichsgold“ ist bis Ende 1878 die colossale Summe von 1672 Mill. Mark vollwerthig ausgeprägt; aber wieviel davon noch im Lande ist, wissen nur die Goldhändler. Nach Einziehung der Französischen Milliarden begann sofort der Abfluß des „Reichsgoldes“, denn Gold stieg in demselben Maße, wie Silber fiel. Der Abfluß war bereits Mitte 1875 so bedenklich, daß die Preussische Bank ihren Zinsfuß erhöhte, um so die Wechselcourse aufs Ausland zu drücken. Allein damit erreichte sie nichts; der Wechselcours fiel nicht, und die Goldausfuhr hörte nicht auf. Nur Ein wirksames Gegenmittel gab es, und Bamberger führt es selber an: Einziehung, starke Verminderung der

Banknoten; aber um der Börsenmächte willen, durfte davon nur ein mäßiger Gebrauch gemacht werden. Es war eben zuviel Geld im Lande: Papier, Silber und Gold. In Folge der massenhaften Ausprägung circulirten an Münzen Anfang 1874 bereits 937 Mill. Mark gegen früher mehr. Unsere neuen vollwichtigen Goldstücke waren in England, Frankreich, Belgien sehr begehrt, und selbstverständlich wurden die vollwichtigsten ausgeführt, mit ihnen war der größte Rebbes zu machen. Die Goldausfuhr zu verbieten, wagte man nicht, und ein solches Verbot würde auch wenig genützt haben: unsere Goldkronen gehen gewöhnlich als Silber declarirt über die Grenze. Nach der „Deutschen Landes-Zeitung“ hätte ein Matador der Gründer und Börsianer, der zugleich im Central-ausschuß der „Reichsbank“ sitzt, dem Finanzminister Camphausen ganz offen eine Million Mark in Goldkronen mit 20 000 Mark Agio zum Rückkauf angeboten, und dazu bemerkt, daß andernfalls die Goldfische mit einer Abance von 24 000 Mark nach England wandern würden. Die Klagen über den Abfluß des Goldes erklärt nun Bamberger für sehr thöricht. Dieser Börsenphilosoph sagt: Die Fähigkeit, auszuwandern, ist die Grundbedingung jeder guten Münze. Wenn das „Reichsgold“ auswandert, so erfüllt es nur seine Bestimmung. Der beste Beweis von dem Werthe unserer Goldkronen ist ja eben der, daß sie sämmtlich davonlaufen. Nur schlechte unterwerthige Münzen bleiben im Lande. Unser „Reichsilber“ z. B. stiehlt uns Niemand; „Reichsilber“ ist gut genug für uns, aber „Reichsgold“ ist für den internationalen Verkehr. — Die Moral von der Geschichte ist also: man hätte es gerade umgekehrt machen sollen. Hätte man die Silbermünzen vollwerthig und die Goldstücke unterwerthig ausgeprägt, aus einem Pfunde Gold nicht 139½, sondern 150 Zehnmarkstücke geschlagen, wäre der colossale Schacher in Gold und Silber einfach unmöglich gewesen, würden nicht die Juden, sondern der Staat ein Geschäft gemacht haben.

Gleich bei Verathung des ersten Münzgesetzes forderten Bamberger, Sonnemann und Lasker das „Recht der freien Prägung“, die „Freiheit“ der Privaten, Gold auszuprägen, und bei dem zweiten Münzgesetz setzten sie ihre Forderung glücklich durch. Das verschämte Sträuben der Regierungs-Vertreter löste sich in Willfährigkeit und Hingebung auf. Bamberger stellt im „Reichsgold“

den Herren Camphausen, Delbrück und Michaelis ein günstiges Zeugniß aus, und constatirt nur eine „gewisse Schwerbeweglichkeit und Aengstlichkeit“. Artikel 12 des Gesetzes vom 9. Juli 1873 gestattet also „Privatpersonen“, auf allen Münzstätten des Reichs Zwanzigmarkstücke für ihre Rechnung prägen zu lassen. Die Prägegebühr darf 7 Mark auf das Pfund Feingold (ungefähr $\frac{1}{2}$ Procent) nicht übersteigen. Dieser winzige Schlagschlag mußte die „Privatindustrie“ mächtig fördern, und in der Praxis ward er noch tiefer heruntergesetzt, die Prägegebühr auf 3 Mark für das Pfund oder $\frac{3}{14}$ Proc. fixirt! Nun ließ Israel prägen, daß es eine Lust hatte. Bis Ende 1878 sind für Rechnung des Reichs 1321 Millionen Mark, für Privatrechnung 353 Millionen Mark in Gold ausgemünzt worden. Ein starkes Fünftel aller Goldstücke ist also auf Bestellung des Hauses Israel geschlagen worden, und selbstverständlich zum Zwecke der Ausfuhr. Nach Abzug der Prägeunkosten bleibt der Reichskasse ein Profit von 25 Pfennig pro Pfund Feingold oder etwa $\frac{1}{50}$ Procent, während die Goldhändler einen Schmu von durchschnittlich $2\frac{1}{2}$ Procent machen, d. h. ihr Verdienst verhält sich zu dem des Reichs wie 140 zu 1. Es brauchte nur der Schlagschlag angemessen erhöht, etwa auf 2 Procent normirt zu werden, und mit der Privatprägung wäre es vorbei, der „Freizügigkeit des Goldes“, wie der „geistreiche“ Bamberger es nennt, wäre ein Niegel vorgeschoben, und der Abfluß des Goldes würde von selber aufhören. Bei Verathung des Münzgesetzes protestirte Herr Lascker feierlich dagegen, daß man den Einzelstaaten eine besondere Münzhoheit belassen solle, forderte und erhielt aber diese Münzhoheit für sein Volk, für das auserwählte Volk der Juden. Das Privatprägerecht spricht der Staatsouverainetät Hohn, es würdigt die Staatsgewalt zu einer „Stücklohnarbeiterin“ herab, welche auf Befehl der Börse gegen einen durch Gesetz bestimmten Maximallohn arbeiten muß.*)

Da die „goldene Internationale“ sich bereits über die ganze Erde hin die Hände reicht, besteht die Privatprägung auch in

*) Vergl. „Die colossale Ausbeutung des Deutschen Nationalvermögens durch die Börse, das Ausland, die Reichsbank und die übrigen privilegierten Bittelbanken etc.“ Hannover, Alindworth's Hof-Druckerei. Ohne Jahreszahl.

anderen Ländern, namentlich in England, Frankreich, Oesterreich. Die Englische Münze berechnet sogar weder Prägung noch Münzkosten. Im Französischen Senat beantragte am 15. Juni 1876 Herr v. Ventavon: der Staat solle fortan allein berechtigt sein, Silbermünzen zu prägen; indem er diese „Freiheit“ den Privaten einräume, überlasse er ihnen einen Gewinn von 60 bis 80 Millionen. Herr Rouland, Gouverneur der Bank von Frankreich, warnte „vor allen extremen Beschlüssen, welche dem Geldverkehr Eintrag thun könnten“. (Es ist dies genau die Sprache der Herren Otto Michaelis und Julius Schweizer!) Der Antrag des Herrn v. Ventavon wurde verworfen. Die Regierung der Französischen Republik war und ist eine äußerst börsenliberale. Im Parlament wie in den Büreaux der Verwaltungsbehörden sitzen Aufsichtsräthe und Börsenverwandte, und sie haben überall die Oberhand. Im Oesterreichischen Abgeordnetenhause bemerkte am 21. April 1879 der Finanzminister de Pretis: Da das Sinken des Silberpreises von der Speculation zum Nachtheil des Staates ausgebeutet wird, da eine Masse Silber hereinströmt, welches für Privatrechnung geprägt wird, um dann in die Staatskassen zu fließen, so habe ich die Privatprägung einstellen lassen, „natürlich vorbehaltlich der Summen, welche bereits angemeldet waren, und für welche daher die Münze Verpflichtungen übernommen hatte“. Herr de Pretis hatte also fünf Jahre gebraucht, um zu entdecken, daß die Silberbaiffe und die Prägefreiheit von der Speculation zum Nachtheil der Staatskasse ausgebeutet werden; und selbst dann noch gestattet er, daß die vorhandenen Bestellungen, die gewiß nicht unbedeutend sind, von der Münze erst ausgeführt werden. Holland und Belgien prägten früher auch für Privatrechnung, sind aber so weise gewesen, diese „Freiheit“ aufzuheben.

Was Bamberger auch vorbringen mag, Deutschland hatte nicht die geringste Veranlassung, zur reinen Goldwährung überzugehen. Seine Handelsbilanz war bis zum Französischen Kriege eine sehr günstige, seine Production, sein Verkehr wuchsen hoffnungsvoll, und mit den Französischen Milliarden hätte es den Nationalwohlstand festigen und heben können. Nur aus Ursachen der Börsenherrschaft wurden uns diese Milliarden zum Fluche. Genauer besehen, hatten wir keine bloße Silberwährung, sondern schon immer eine Art Doppelwährung; es bedurfte nur einer

Reform, um das Goldagio zu beseitigen. Landwirth und Industrielle, Kapitalisten und Arbeiter waren gegen die Krisen des Auslandes geschützt, weil das Währungsmetall und gesetzliche Zahlungsmittel Silber war, und Silber zur Ausfuhr keinen besonderen Anreiz bot. Holland hatte seine Goldwährung abgeschafft und war zur Silberwährung übergegangen. In Frankreich gilt seit 1803 die Doppelwährung; Jeder zahlt nach Belieben in Gold oder Silber, wobei gesetzlich das Verhältniß von 1 zu 15½ besteht. Dadurch erzeugt sich ein steter Zu- und Abfluß von Metall, je nachdem die Zahlungen in Gold oder Silber stattfinden. Wenn Gold begehrt wird, geben die Banken Silber her, und im umgekehrten Falle Gold, so daß sie gewissermaßen einen Bankhaß errichten. Sogar England hat keine reine Goldwährung, sondern eine heimliche Doppelwährung, insofern für seine Colonien, namentlich in Indien, die Silberwährung besteht. Die reine Goldwährung ist überhaupt ein Un Ding, ein jüdischer Humbug. Der Börsenjude Ricardo in London, richtig Levi geheißen, und der eigentliche Vater des staats- und gemeingefährlichen Manchesterthums, erfand die Fabel von der „Werthbeständigkeit des Goldes“, daß Gold ein merkwürdig werthbeständiges, Silber dagegen ein im Werthe überaus schwankendes Metall sei; und Bamberger wußte diesen Lehrsatz mit Hilfe der Herren Camphausen, Delbrück und Michaelis in's Praktische zu übersetzen. Wie indeß drei Jahrtausende der Weltgeschichte bezeugen, wird der Werth des Goldes stets am Silber gemessen, und umgekehrt; der eigentliche Werth der beiden Edelmetalle beruht auf ihrem Werthverhältniß zu einander, das von ihrer Production und ihrer Verwendung abhängt und darum hin und her schwankt. Das eine oder das andere Metall kann zwar, wie es jetzt mit dem Silber geschehen, durch Börsen-Operationen künstlich entwerthet werden, aber nicht dauernd; Silber wird gewiß wieder zu Ehren kommen und sein Werthverhältniß zum Golde wieder zusammenrücken, aber dann wird wahrscheinlich Deutschland weder Gold noch Silber mehr besitzen, und seine Geldzeichen werden nur noch aus Papier bestehen.

Außer Bamberger hat die reine Goldwährung noch einen „wissenschaftlichen“ Vertreter in Herrn Soetbeer, ursprünglich Secretair der Hamburger Handelskammer, dann wegen seiner

Verdienste um Einführung der Goldwährung, von der Preussischen Regierung, wahrscheinlich auf Vorschlag der Herren Delbrück und Michaelis, zum Geheimen Regierungsrath und Honorar-Professor in Göttingen ernannt. Gegen die Goldwährung ist neuerdings aufgetreten Professor E. Sueß in Wien; er will nachweisen, daß Gold keine Zukunft hat, daß auf der Erde sich bald ein Mangel an Gold einstellen müsse, was natürlich eine bloße Hypothese ist. Die Nothwendigkeit der Doppelwährung haben wissenschaftlich zu begründen gesucht: Moriz Mohl in Deutschland, Wolowski und Cernuschi in Frankreich. Weit schwerer als die Untersuchungen der Theoretiker wiegen die Erfahrungen und Urtheile der Sachleute und Staatsmänner. Rouland, Gouverneur der Bank von Frankreich, ließ sich im Senat folgendermaßen vernehmen: Man beobachte die Schwierigkeiten, welche in Deutschland mit dem Uebergang von der doppelten zur einfachen Währung verbunden sind. Diese Nation befindet sich jetzt in der eigenthümlichen Lage, daß sie eine Menge Silber außer Cours gesetzt hat und dasselbe ohne ungeheure Verluste nicht verkaufen kann. Einstweilen verliert sie aber die Zinsen davon. Sie hält ihre Verkäufe noch aus einem andern Grunde zurück, weil nämlich das Gold allein für alle Bedürfnisse nicht genügt. Gold ist die Münze des Reichen, Gold kann nur zu großen Zahlungen dienen und nimmt leicht den Weg nach dem Ausland, was das Deutsche Reich jetzt erfahren muß. Dieses unglückliche Land (Allgemeines Gelächter!) Ich bitte um Entschuldigung, fährt Herr Rouland fort, ich will nur sagen: Deutschland befindet sich seiner Münzreform wegen in einer unglücklichen Verlegenheit. Ich behaupte an der Hand von Thatfachen, daß der Uebergang zur Goldwährung in Deutschland auf große Schwierigkeiten stößt, und daß Deutschland auf dieser Bahn schon sehr unschlüssig geworden ist. Ich halte es daher nicht für unmöglich, daß es sich jetzt Zeit nimmt und die neuen Gesetze nach und nach unausgeführt läßt. Jedenfalls ist die in Deutschland gemachte Erfahrung für Frankreich nicht einladend. — — Angesichts der trüben Erfahrungen, welche Deutschland macht, schrecken Holland und Oesterreich vor der Einführung der Goldwährung zurück. Der Oesterreichische Finanzminister bekannte, daß er eine solche Verantwortung nicht übernehmen könne, daß er's noch nicht wage, sich für eine bestimmte Richtung

zu entscheiden, daß er eine abwartende Haltung beobachten müsse. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die sich von Deutschland verleiten ließen, ihm mit der Goldwährung zu folgen, haben auf der gefährlichen Bahn bereits wieder Kehrt gemacht und sich nicht gescheut, den begangenen Fehler offen einzugestehen und nach Kräften zu verbessern. Frühjahr 1878 beschloß der Congreß die Ausmünzung des Silber-Dollar und verlieh ihm wieder den Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel. Unser Herr Michaelis dagegen ist fest und unerschütterlich, weil unfehlbar; er erklärte im Parlament, daß für Deutschland die Sache entschieden sei.

Mit dem Uebergange zur reinen Goldwährung setzten wir uns allen Erschütterungen des Goldmarktes aus, machten wir uns, zumal wir Schuldner des Auslandes wurden, von demselben ganz und gar abhängig. Und zwar ohne jede Noth. Wenn Alexander Meyer meint, wir wären nicht mehr im Stande gewesen, unsern ausgedehnten Verkehr mit der Silberwährung zu bewältigen, so ist das wieder jüdische Spiegelscherelei, denn jeder Eingeweihte weiß, daß mindestens elf Zwölftel der internationalen Geschäfte nicht durch Metall, sondern durch Wechsel ausgeglichen werden. Während Herr Sonnemann versicherte, wir würden beim Verkauf unseres Silbers etwa 4 Procent verlieren, fiel Silber um 30 Procent, und selbstverständlich stieg in demselben Grade das Gold. Nur 1872 profitirte Herr Camphausen beim Einkauf von Gold, indem er sich nämlich das steigende Agio gut schrieb; bald aber ging das Agio so hoch, daß der Minister seinen Profit wieder abschreiben mußte, da sein Goldbedarf ihm immer theurer zu stehen kam. Mit 1672 Mill. Mark ausgemünztem Golde hat das Reich erst 973 Mill. Mark Silbermünzen einzuziehen vermocht, und ca. 600 Mill. Mark sind noch im Rückstande, welche nach demselben Verhältniß eingezogen, noch die Ausmünzung von 1031 Mill. Mark in Gold erfordern würden. Deutschland's Währung ist noch lange keine Goldwährung, sondern thatsächlich eine Mischwährung, und sie droht, sich in reine Papierwährung aufzulösen. Noch ist der Silberthaler gesetzliches Zahlungsmittel, noch darf die Reichsbank mit ihm ihre Noten einlösen, und er bildet zum Theil ihre Metalldeckung. Geht aber das Experimentiren mit der Goldwährung und damit die Silberentwerthung weiter, müssen alle Schuldner ruiniert werden; alle

Hypothesen und sonstigen Darlehen, die in Silber aufgenommen wurden, müssen in Gold verzinst und in Gold zurückgezahlt werden.

Wie Bamberger auf seine Ankläger auch schimpfen und sie „brandmarken“ mag; ob er sich auch erbiehen mag, seine „Geschäftsbücher“ vorzulegen, um den „Kerlen“ und „Canailen“ zu beweisen, daß er nicht etwa für die Goldwährung eingetreten sei, um sie für Börsenoperationen auszunutzen*); ob er auch jammern mag, er sei „bei den reinsten Bestrebungen“ seit Jahren den niedrigsten Verdächtigungen ausgesetzt — es sind offenkundige Thatsachen, daß seine Münzverfassung und die Goldwährung nur den Interessen der Judenchaft dienen, von dem ausgewählten Volk hundertfach ausgebeutet werden. Sogar die jüdisch-demokratische Volkszeitung sagte: „Hinter der reinen Goldwährung steckt nicht viel Sauberkeit!“ Gold ist leichter auszuführen als Silber, am Schacher mit Gold, am Einschlachten der Goldstücke ist weit mehr zu verdienen. Die Juden fressen fürmlich das Gold. Von den Staaten des heutigen Reichsgebiets sind in den letzten hundert Jahren 540 Mill. Mark in Goldmünzen ausgeprägt worden, und als es 1873 und 1874 zur Einziehung kam, fanden sich nur noch 90 Mill. Mark zusammen. Ueberall ist es die „goldene Internationale“, sind es die Juden, welche den Uebergang zur Goldwährung verlangen. Die „National-Zeitung“ schrieb (Nr. 74 do 1879): „Ein auf diesem Gebiet anerkannter russischer Fachmann, Herr Goldmann, hat eine Brochüre veröffentlicht; er fordert eine Umordnung (!) der russischen Staatsbank in eine Nationalbank nach Art der Französischen und der Deutschen Reichsbank, und gibt den Rath, Goldwährung einzuführen.“ Dasselbe Blatt meldete (Nr. 193 do 1879): „Eine sehr beachtenswerthe Schrift des Herrn Th. Herßla hat mit triftigen Gründen den halbigen Uebergang Oesterreich's zur Goldwährung als eine kaum aufzufhebende Nothwendigkeit bezeichnet.“ Die Silberbaiffe bot Oesterreich die denkbar günstigste und vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit, die Baarwährung einzuführen, aber die Judenblätter gaben sich alle Mühe, um zu beweisen, daß die Abschaffung der Papierpest keinen rechten Zweck hätte, da man ja doch über kurz

*) Bgl. S. 36.

ober lang zur Goldwährung würde übergehen müssen. Dazu bemerkte das Preßburger „Recht“: „Die Münzreform in Deutschland ist die eigentliche Ursache der großartigen Krise, in welcher wir uns befinden, und die räthselvoller als jemals uns ansieht, da Niemand auch nur ahnen kann, wie lange sie dauert, und wo sie hinaus will. Und trotz dieser abschreckenden Erfahrungen im gepriesenen Nachbarreich, genirt unser Oesterreichisch-Ungarisches Judenthum sich nicht, auch unserm Reiche den Uebergang zur Goldwährung in einem Augenblicke anzurathen, wo das Gold gegen Silber einen noch nie dagewesenen Preis hat. Natürlich um so größer ist der Nutzen, den die Semiten wieder an uns machen könnten!“

Die Krönung der Bamberger'schen Münzverfassung, der „Schlußstein“, wie er's selber nennt, war nun das Bankgesetz, richtiger Banknotengesetz, vom 14. März 1875. In der von seinem Freunde Julius Rodenberg (eigentlich Heymann Levi geheißen) herausgegebenen „Deutschen Rundschau“ erzählt Bamberger die Vorgeschichte dieses Gesetzes. In dem ersten Artikel, der den „geistreichen“ Titel führt „Zur Embryologie des Bankgesetzes“, heißt es: „Bereits im December 1872 hatte das Reichskanzler-Amt einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher in gerader Linie auf die Reichsbank losging und, wie das nicht anders sein konnte, auf die Umwandlung der Preussischen Bank in die für Gesamtdeutschland. Der Entwurf trug bereits die Unterschrift des Reichskanzlers; dennoch ist er nie in den Bundesrath gelangt. Wo blieb er denn hängen? Offenbar an den Säulen des Preussischen Finanzministeriums! Sowohl der Präsident des Reichskanzler-Amtes, als sein Mitarbeiter in diesem Fach, Geheimrath Michaelis, haben sich stets in dem Sinne geäußert, daß an ihrer Absicht auf Errichtung einer Reichsbank nicht zu zweifeln war. Dagegen benutzte der Preussische Finanzminister die Gelegenheit der Debatte über die Reichskassenscheine im Frühling 1874, um das Parlament zu bedeuten, daß er seinen eigenen persönlichen Plan für ein Bankgesetz habe, also offenbar abweichend von dem, welcher im Reichskanzler-Amt bestand.“ Herbst 1874 erschien der von Michaelis ausgearbeitete Gesetzentwurf; er enthielt nicht die von Bamberger und Genossen begehrte „Reichsbank“, wurde aber trotzdem von einem großen Theil der „liberalen“ Presse sehr

günstig aufgenommen. Die Presse war noch nicht instruiert, und sie hatte keine Ahnung von dem, was hinter den Coulissen vorging. Sie erhielt Contreordre, und vor dem Publikum begann die Aufführung einer spannenden Komödie, eines wahren Intriguen-Lustspiels, dessen Rollen überaus sinnreich vertheilt waren, und als dessen Regisseur sich ohne Mühe — Bamberger erkennen läßt. Im November ging der Gesetzentwurf dem Reichstage zu, und bereits im October wurde er von dem „Sechsten Deutschen Handelstag“ debattirt, der sich unter dem Vorsitz des Commerzienraths Delbrück versammelt hatte. Herr Adalbert Delbrück bezeichnete den unter der Firma seines Veters, des Ministers, erschienenen Gesetzentwurf für verfehlt, da er für Deutschland eine „wirthschaftliche Trennung“ bedeute. Der Referent, Herr Soetbeer, bezeichnete den Gesetzentwurf als „unannehmbar“, erklärte sich gegen die vorgeschlagene einprocentige Banknotensteuer und verlangte eine „Reichsbank“. In demselben Sinne äußerten sich Herr Alexander Meyer und die Majorität des Handelstages.

Am 16. November 1874 begannen die Debatten im Reichstag. Schon die Motive zum Gesetzentwurf enthielten die „magere Bemerkung“, daß derselbe die Errichtung einer Centralbank oder die Umwandlung der Preussischen Bank in eine „Reichsbank“ nicht präjudicire, und Minister Delbrück vertheidigte sein Kind wie ein lässiger Stiefvater. Er wies auf die Resolutionen des früheren Reichstages und des „Deutschen Handelsstandes“ hin, erklärte, daß der Gedanke einer „Reichsbank“ dem Reichskanzler-Amt nichts weniger als antipathisch gewesen, und warf die Frage auf, wie die gewünschte Centralbank wohl zu gestalten sei. „Soll sie, was ja zulässig wäre, eine reine Reichsbank in dem Sinne sein, daß das Kapital vom Reiche hergegeben wird; soll sie eine gemischte Bank sein, wie jetzt die Preussische; oder soll sie ausschließlich eine Privatbank sein?“ Von der Notenbesteuerung sagte Excellenz Delbrück: „Ich weiß sehr wohl, daß diese Bestimmung dem Entwurfe die meisten Gegner erwecken wird, und ich wundere mich darüber nicht. Es liegt ja nahe, und ist mir wiederholt entgegengehalten worden, daß in dieser Steuer eine Vertheuerung des Geldes stecke.“ In dieser classischen Weise führte der Vertreter der Regierung den Gesetzentwurf ein, so legte er den Gegnern der Vorlage die Worte förmlich in den Mund, und machte ihnen

die Formulirung und Begründung ihrer Gelüste zum leichten Spiel. Nach einander standen Bamberger, Lasker, Sonnemann und v. Kardorff auf und erklärten: der Gesetzentwurf sei ohne „Reichsbank“ „unannehmbar“. Bamberger genirte sich so wenig, daß er ausrief: „Ich nehme kein Gesetz an ohne Reichsbank, und jedes Gesetz mit einer Reichsbank!“ Sonnemann sagte, er wolle einmal beweisen, daß er kein „Reichsfeind“ sei; mit der „Reichsbank“ biete er der Regierung die Gelegenheit, in Süddeutschland und selbst in Elsaß-Lothringen „moralische Eroberungen“ zu machen. Und als Fürst Bismarck sich im Saale zeigte, rief Bamberger ihn zum Beistande an gegen den „Particularismus“, der in der Vorlage stecke, debutirte Bamberger in der Rolle der Kassandra und forderete den Reichskanzler auf, dafür zu sorgen, daß der „Preis, den er so glücklich um das Reich geschlossen, nicht wieder aufgebrochen werde“. Finanzminister Camphausen sah sich plötzlich im Parlament wie in der Presse als „Particularist“ und „Reichsfeind“ angegriffen. Die „National-Zeitung“ schrieb: „Jedermann in Deutschland weiß, daß ein Conflict zwischen speciell Preussischen Finanzinteressen und den Bedürfnissen des Reiches und der Geschäftswelt (!) in Wirklichkeit besteht.“ Doch Herr Camphausen lenkte flugs ein, und versicherte in seiner „constitutionellen“ Redeweise: er sei stets von der Auffassung ausgegangen, daß „die Preussischen Verhältnisse sich jeder Regulirung des Bankwesens müßten anpassen lassen, wie sie von der Majorität der verbündeten Regierungen und des Reichstags gewünscht werden möchte; daß es keine Form gebe, in welcher Preußen einen unbedingten Widerstand zu leisten habe“. Zu seiner Entschuldigung führte der Minister an, daß er noch nie Gelegenheit gehabt habe, mit seinem Freunde Delbrück über die Bedingungen zu sprechen, unter welchen die Preussische Bank in eine „Reichsbank“ umzuwandeln sei. — Ob Camphausen wie Delbrück sich scheuten, in Sachen dieser Umgründung das erste Wort zu sprechen; oder ob sie bereits einverstanden waren, und wie die Römischen Auguren einander heimlich zulächelten, ist schwer zu entscheiden. Jedenfalls gab Camphausen seinen Widerstand sofort auf, und er überließ die Preussische Bank den Gründern für ein Butterbrod.

Gleich am ersten Tage der Debatten stellte Lasker den Antrag,

die Vorlage an eine Commission zu verweisen, welche den Gesetzentwurf durch Bestimmungen über die Errichtung einer Centralbank ergänzen möge. Dieser Antrag war merkwürdiger Weise mitunterschieden von dem freiconservativen Fürsten Hohenlohe-Langenburg und von dem conservativen Freiherrn v. Minnigerode! Vermuthlich übersehen diese Herren nicht, was sie eigentlich thaten, denn die verschlagenen Hebräer Lasfer, Bamberger und Sonnemann lehnten einstweilen jede Aeußerung darüber ab, ob die Centralbank aus Reichsmitteln oder unter Betheiligung des Privatkapitals herzustellen sei. Das Centrum ließ sich nicht täuschen, es roch den Braten und erklärte sich gegen die geplante „Reichsbank“, worauf es natürlich von den „Liberalen“ wieder der „Reichsfeindschaft“ beschuldigt wurde. Aber der diplomatische kleine Herr, welcher sich Windthorst-Meppen nennt, spielte den „Reichsfreunden“ einen argen Streich; er wies nach, daß der Lasfer'sche Antrag gegen die Geschäftsordnung verstoße, und, o Schrecken! bei der Abstimmung entschied sich die Mehrheit des Hauses gegen die Zulässigkeit desselben. Mit dem Centrum stimmte die Fortschrittspartei und verschiedene Conservative, auch etliche Nationalliberale. Herr v. Forckenbeck fühlte sich dermaßen verletzt, daß er das Präsidium niederlegte. Aber Windthorst rief: „Wir müssen unsern alten Präsidenten wieder haben!“ Nachdem der kleine Schalk den Präsidenten gestürzt hatte, überkam ihn Mitleid, und er half den Präsidenten wieder einsetzen — zur großen Demüthigung der Nationalliberalen, die ihre Niederlage nicht verhehlen konnten. Indes sie wußten sich zu entschädigen. Der Gesetzentwurf ward dennoch an eine Commission verwiesen, nur daß diese nicht die Lasfer'sche Verhaltungsmaßregel ausdrücklich mit auf den Weg erhielt. In der Sache selber war nichts zu machen; dazu waren die „Reichsfreunde“ zu zahlreich, und die Conservativen zu harmlos und zu schlaff.

Die Commission beschloß, in die Behandlung des Gesetzentwurfs erst einzutreten, wenn die Regierungen sich über die Frage der „Reichsbank“ schlüssig gemacht und bestimmte Erklärungen abgegeben hätten. Diese ließen nicht lange auf sich warten. Herr Delbrück überbrachte den „Reichsfreunden“ als Weihnachtsgeschenk die „Reichsbank“, und zwar in der Gestalt, wie sie ihren ungezügeltsten Begierden entsprach. Die Preussische Bank war bis zum

Jahre 1846, wie es sich gebührt, eine wirkliche und reine Staatsbank gewesen; dann gestattete man den Geldleuten eine Betheiligung mit 10 Millionen Thaler in Privatanteilen à 1000 Thaler, welche 1856 um 5 Mill. Thaler und 1866 abermals um 5 Mill. Thaler vermehrt wurden. Neben diesem Actienkapital von zusammen 20 Mill. Thaler betrug der Staatseinschuß 1,906 800 Thaler. Von dem Gewinn erhielten die Anttheilseigner vorweg $4\frac{1}{2}$ Procent; den Ueberschuß theilte der Staat mit ihnen, so daß sie von 1866 bis 1874 folgende Dividenden bezogen: $13\frac{1}{8}$, $8\frac{1}{10}$, 8, $9\frac{1}{6}$, $11\frac{3}{4}$, $12\frac{9}{10}$, $13\frac{1}{3}$, 20 und resp. $12\frac{3}{4}$ Procent. Schon bei dieser mit großen Privilegien ausgestatteten Bank schöpften die Actionäre den Rahm ab; der Staat arbeitete für sie und verwerthete in ihrem Interesse seine Hoheitsrechte, namentlich die Ausgabe von Banknoten, sowie die von Behörden, Kirchen, Schulen und Stiftungen deponirten, überaus niedrig zu verzinsenden Gelder; von einem Papier, so sicher wie nur eins in der Welt, bezogen die Actionäre eine außerordentlich hohe Rente, weshalb dieses Papier auch weit über Pari stand, 1872 bis 230 stieg und Anfang 1874 noch ca. 200 notirte. Nach der eigenen Offerte der Regierung sollte nun die Preussische Bank in der neuen „Reichsbank“ aufgehen, und diese, ihrem Namen zum Hohne, ganz und gar den Gründern überlassen werden. Das Reich schloß sich von jeder Betheiligung mit Capital selber aus, und offerirte eine reine Actiengesellschaft mit 40 Mill. Thaler; das Reich übernahm nur die Verwaltung und beanspruchte dafür die Hälfte des Restgewinns, nachdem an die Actionäre wieder $4\frac{1}{2}$ Procent Zinsen vorweg gezahlt sind. Dieses generöse Anerbieten machte Excellenz Delbrück der Bankcommission des Reichstags; er selber hot von vorne herein soviel, als die Bamberger, Lasker und Sonnemann überhaupt nur fordern konnten; und er hot jedenfalls weit mehr, als die Hebräer im Reichstag offen zu fordern gewagt haben würden. Bamberger, der natürlich zum Berichterstatter gewählt wurde, ging sofort an die Arbeit. „Mit leichter Hand“ fügte er der Vorlage die „Reichsbank“ ein; wie der „geistreiche“ Börsen-Philosoph bemerkte, hatte er nichts weiter zu thun, als „eine Wand von dünnem Fachwerk, welche die Preussische Bank vom Reiche schied, bei Seite zu schieben und so das Gefaß zu erweitern“. Hauptsächlich um der „Reichsbank“

willen, mußte der Reichstag nachgerirciren; zum Zwecke des Banknotengesetzes und des Civilehegesetzes, welches zu jenem einen würdigen Pendant bildet, trat er im Januar 1875 zu einer Nachsession zusammen.

Sobald es feststand, daß die „Reichsbank“ den Charakter einer reinen Actiengesellschaft erhielt, bekehrte sich der große Volkstribun Eugen Richter aus einem Gegner zu einem warmen Freunde dieser Schöpfung. Bei der ersten Lesung der Vorlage hatte er geäußert: Eine Centralbank könne naturgemäß nur creditfähigen Leuten Credit gewähren, und wenn sich daher der Deutsche Handelstag für eine solche ausgesprochen, so sei das für ihn nichts weniger als maßgebend, denn der Handelstag sei nur die „organisirte Vertretung von Großhandel und Großindustrie“. Als sich dann aber Stimmen erhoben, welche verlangten, das Reich solle den Gewinn aus der „Reichsbank“ nicht den Geldleuten überlassen, sondern die Centralbank aus Reichsmitteln errichten, das Kapital z. B. dem Invalidenfonds entnehmen — da schrieb Herr Richter in seiner Correspondenz: eine solche Anlage sei dem Reiche nicht zu empfehlen, da der Invalidenfonds hier „eine mindestens 4½-procentige Verzinsung einbüßen“ würde; da berechnete dieser Finanzkünstler, daß die Actionäre der künftigen „Reichsbank“ nur eine sehr mäßige Rente zu erwarten hätten. Die „National-Zeitung“, welche den Artikel übernahm, wurde von der „Volkszeitung“, die in dem Verfasser nicht ihren Parteigenossen Eugen Richter, sondern Herrn Bamberger vermuthete, „schamloser Berechnungen“ angeklagt. Sogar dieses jüdische Blatt kämpfte in Sachen der „Reichsbank“ gegen die unverantwortliche Begünstigung der Finanzleute; es forderte den Reichstag auf, „nicht eine Bourgeois-Politik zu betreiben, welche nur geeignet ist, die Partei der Demagogen zu verstärken“, und es schrieb mit tiefem Verständniß für die Situation: „Freilich schmeckt es den Herren Banquiers ganz köstlich, wenn sie die Kapitalien des Invalidenfonds in ihre Hand bekommen, und sich dafür Antheile der Reichsbank kaufen, um die Gewinne in ihre Tasche zu stecken.“ Nicht anders wie Richter in seiner Correspondenz, äußerten sich die Minister Delbrück und Camphausen im Reichstag. Auch sie betonten und berechneten, daß die Actionäre der „Reichsbank“ nur auf schmale Dividenden zu hoffen hätten, was sogar Sonnemann zu bezweifeln sich erlaubte; und

als die Conservativen den Antrag stellten, die Reichsbank doch wenigstens zur Hälfte aus Reichsmitteln zu begründen, gab Excellenz Delbrück die unsterbliche Antwort: „Wenn dem Staate angeschlossen wird, ein Gewerbe zu treiben, dann muß man den Nachweis führen, daß dies nöthig ist; nicht umgekehrt hat der Staat die Gründe anzugeben, weshalb er ein Unternehmen ablehnt.“ Im Uebrigen bemerkte der Minister, daß „bereite Mittel“ nicht vorhanden wären, und daß daher zu einer Anleihe geschritten werden müßte. Aus dem Reichsinvalidenfonds konnte also die Reichsbank nicht mehr dotirt werden; die Kapitalien des Invalidenfonds waren festgelegt in Straußberg'schen Eisenbahn-Prioritäten. Excellenz Delbrück bewies, daß er noch „liberaler“ und manchesterlicher ist als die manchesterlichen Nationalliberalen. Nach der Regierungsvorlage sollte die Actiengesellschaft der „Reichsbank“ frei sein von allen staatlichen und Gemeindesteuern; ein Privilegium, welches selbst die Preussische Bank nicht genoß. Bamberger und Conforten hatten eine menschliche Regung verspürt und die Befreiung von den Gemeindesteuern gestrichen, worauf sich Minister Delbrück erhob und die vollständige Steuerfreiheit der „Reichsbank“ als eine Sache der „Gerechtigkeit und Billigkeit“ forderte. Dieser Tabak war selbst dem biedern Gründer Braun-Wiesbaden zu stark; er gab zu verstehen, daß die Aussichten der Reichsbank-Actionäre denn doch nicht gar so schaudervolle seien, und das Recht der Besteuerung ward den Gemeinden gewahrt.

Die Regierungsvorlage verlangte eine Besteuerung der ungedeckten Banknoten. Es sollten ungedeckt umlaufen dürfen 380 Mill. Mark gegen 1 Procent, und was darüber fabricirt wird, gegen 5 Procent Steuer. Von jenen sogenannten continгентirten Noten waren der neuen „Reichsbank“ 250 Mill. Mark, der Rest den übrigen Zettelbanken zugebacht; aber diese Summen wurden von verschiedenen Seiten als sehr ungenügend bezeichnet. Adermann, Günther, Sonnemann und Genossen verlangten 15 Mill. Mark mehr zu Gunsten der Frankfurter, der Sächsischen, der Leipziger und der Braunschweiger Bank. v. Kardorff, Dr. Georgi und v. Schaaf verlangten für die Reichsbank statt 250 nicht weniger denn 300, Roske aus Bremen gar 350 Mill. Mark. Die Berliner Börse verspürte noch größeren Appetit und hatte petitionirt, den ungedeckten Notenumlauf nicht auf 380 Mill.

Mark zu beschränken, sondern auf 630 Mill. Mark festzusetzen. Der Edle v. Kardorff, der Freund Bleichröder's, versicherte, daß er diesem Gesetze „große Opfer“ gebracht habe, aber darauf müsse er bestehen, daß die Summe der ungedeckten Noten erhöht werde; Herr v. Kardorff wollte, wie Geheimrath Michaelis ihm entgegnete, unsere kranke Industrie durch ungedecktes Papiergeld „concurrentzfähig“ machen. Wieder waren die Rollen vortrefflich vertheilt. Der tugendhafte Lasker vertrat, wie Bamberger sagt, „überall die strengen Grundsätze“; der „geistreiche“ Bamberger war weit weniger prüde, und der junge Siemens, Director der Deutschen Bank, zeigte eine Weitherzigkeit, die selbst Bamberger bedenklich machte. Lasker tabelte Bamberger, Bamberger tabelte Siemens und warnte vor ihm. Lasker überströmte wieder von „Sittlichkeit“. Er wies darauf hin, daß die Preussische Bank durch Vermehrung ihrer Noten den großen Schwindel gefördert habe, und während er mit Bamberger die Riesengründung der „Reichsbank“ beging, schrieb er, daß er den Gründern den „Krieg bis auf's Messer“ ankündige. Bankdirector v. Schaaf aus München erklärte, daß er Lasker'n das Messer schleifen wolle, aber er beschwor den jüdischen Cato, doch nicht durch zu „strenge Grundsätze“ in Sachen der ungedeckten Banknoten seine Unsterblichkeit auf's Spiel zu setzen. Lasker bemerkte: er wisse sich frei von jedem Mißwillen gegen Industrie und Handel, und er betrachte die Klage der Agrarier, daß jede Note ein Raub an den öffentlichen Kräften sei, für eitel „Kinderei“. Indes nicht nur die „Agrarier“, sondern auch ein ehrlicher Nationalliberaler machten sich dieser „Kinderei“ schuldig. Ein großer Theil der Deutschen Industrie lebt, wie Professor Zellkamp aus Breslau entwickelte, vom wohlfeilen Bankcredit, von ungedeckten Noten, die man gegen Reitwechsel beziehe, und dies sei die Ursache der zahllosen Bankrotte und der regelmäßig wiederkehrenden Krisen. Herr Zellkamp beantragte, die neue „Reichsbank“ solle ihre Noten sofort zur Hälfte, nach fünf Jahren zu Dreiviertel und nach zehn Jahren voll mit Metall decken. Wie Herr Oldenberg in seinem Parlamentsbericht als Curiosum anführt, wurde dieser Antrag nur noch von dem Abg. v. Ludwig unterstützt. Bamberger's Wünsche gingen darauf hin, die „Reichsbank“ in der Ausgabe von ungedeckten Noten überhaupt nicht zu beschränken, und der Finanzminister Camphausen theilte diese Neigung, aber

hier leistete Herr Michaelis ernstlichen Widerstand, und so einigte man sich, die Summe der ungedeckten Noten von 380 auf 385 Mill. Mark zu erhöhen; die überschüssigen 5 Millionen wurden den Banken in Hannover, Lübeck und Bremen zugetheilt.

Die sogenannten Raubstaaten unter den Banken, die Fabrikanten der wilden Kassenscheine, gedachte die Vorlage ganz außerhalb des Gesetzes zu stellen, aber der junge Siemens wußte sie durch ein Hinterpförtchen doch hineinzubringen. Unterstützt von den Herren Mosle, Braun-Wiesbaden, Rapp, Georgi, v. Schauf, Chevalier, Rudolf Parisius und Gustav Müller aus Stuttgart, stellte er den Antrag, diejenigen Zettelbanken, welche ihre Notenausgabe auf den Betrag ihres Grundkapitals begrenzen, von den Beschränkungen loszusprechen, die im Interesse der Solidität dem Geschäftsverkehr der „Reichsbank“ auferlegt sind, d. h. diesen Banken den Betrieb von Geschäften zu gestatten, welche mit der Ausgabe von Noten unvereinbar sind, die Sicherheit des von ihnen fabricirten Papiergeldes beeinträchtigen und gefährden. Solche anstößigen Geschäfte sind namentlich industrielle Unternehmungen und hypothekarische Anlagen. Dieser famose Antrag des jungen Siemens ward bei der zweiten Lesung des Gesetzes mit 125 gegen 124 Stimmen, also mit Einer Stimme Mehrheit angenommen. Die Stimme, welche den Ausschlag gab, gehörte dem Herrn Schulze von Delitzsch. Wahrscheinlich in Betrachtungen über die sociale Frage versunken, die er bereits vor einem Vierteljahrhundert durch Sparen und Selbsthilfe, durch Gründung von Vorschuß-, Consum- und Rohstoffvereinen gelöst zu haben wähnte, verfehlte dieser ehrwürdige Greis bei dem sogenannten Hammelsprunge, welchen die Reichstagsboten exerciren, die Rein-Thür und stolperte durch die Ja-Thür, und als er sein Versehen corrigiren wollte, litt es Präsident v. Jordanbeck nicht. Da nun aber vorauszusehen war, daß Herr Schulze bei der dritten Lesung besser Acht geben werde, brachte der fugenbafte Laster einen Compromiß zu Stande, wonach es dem Bundesrath überlassen bleibt, jenen Zettelbanken solche verpönten Geschäfte „auf Grund des nachgewiesenen besonderen Bedürfnisses zeitweilig oder wideruflich auch ferner zu gestatten“. Hier ließ also Laster die „strengen Grundsätze“ fahren und erwies sich weit Loderer als Bamberger, fast ebenso läberlich wie der junge Siemens. Excellenz Delbrück

aber erklärte, Namens des Bundesraths, das diesem zugemuthete, sehr delicate Mandat übernehmen zu wollen „im wohl erwogenen Interesse einer allseitig befriedigenden Lösung“. So wurde dem Gesetzentwurf wieder ein neues „Gelaß“ eingeschoben, ein Schlupfwinkel für zweifelhafte Noten-Fabrikanten, und die Bankacte bildet ein wahres Labyrinth von Hauptzimmern und Ausnahmefämmerchen.

Nachdem die Börsenliberalen spielend so Ungeheuerliches erreicht hatten, darf man es ihnen nicht verargen, daß sie noch mehr zu erreichen trachteten, denn der Appetit wächst beim Essen. Auch die einprocentige Steuer für das ungedeckte Noten-Contingent von 385 Mill. Mark fiel, weil sie ja kein bankpolitisches, sondern nur ein „fiscalisches“ Interesse habe! Hätte die Regierung auf dieser Steuer fest und ernsthaft bestanden, wäre sie leicht und gern bewilligt worden. Statt dessen hatte, wie die „National-Zeitung“ in ihrer Nummer 29 de 1875 nach der Lasker'schen Correspondenz meldete, der Vertreter des Bundesraths, nämlich Herr Michaelis, in der Commission die Steuer „zwar formell noch vertheidigt, aber so kühl, daß gerade diese Art von Vertretung am meisten dazu beigetragen hat, die Steuer zum Fall zu bringen, indem man vermuthete, die Regierung selbst wolle davon Abstand nehmen“. Dieselbe classische Haltung beobachtete Minister Camphausen vor dem Parlament, wo er erklärte: er habe zunächst von der Steuer selber abgerathen und sich erst hinterher dafür entschieden; er könne sich nur der Aeußerung des Vertreters der verbündeten Regierungen anschließen, daß das Gesetz an der Notenbesteuerung nicht scheitern werde; aber auf die Gefahr hin, „von Neuem in den Ruf der Fiscalität zu kommen“, müsse er dem Reichstage die Verantwortung zuschieben, wenn diese „wirthschaftlich verständige Maßregel“ unterbleibt. Zugleich las man in der von Herrn Geh. Rath Hahn redigirten halbamtlichen „Provinzial-Correspondenz“: „Der Entwurf (zum Bankgesetz), so wie er aus den Verathungen der Commission hervorgegangen ist, stellt sich als die Frucht eines großartigen Compromisses (!), eines hochherzigen (!) beiderseitigen Entgegenkommens der verbündeten Regierungen und der Reichstagsmehrheit (!) auf einem der schwierigsten aller Gebiete der Gesetzgebung dar. Es wird an dem Ergebnisse der glücklich soweit geführten Verhandlungen nichts Wesentliches mehr verändert werden dürfen, wenn nicht die reife Frucht dieser

Vereinbarung für das volkswirtschaftliche Gedeihen des Deutschen Volkes verscherzt werden soll.“ — — Von Seiten der Regierung wurde allerdings mehr als zuviel „Entgegenkommen“ bewiesen; welche „hochherzigen“ Opfer die Börsenliberalen gebracht haben, und welche „Frucht“ dem Deutschen Volke in der „Reichsbank“ gereift ist, wird man später erfahren.

In solchen Auslassungen der Regierungs-Vertreter und der officiösen Presse mußten die Börsenliberalen eine Ermunterung, ja eine indirecte Aufforderung sehen, die Notensteuer abzulehnen, und sie thaten dies denn auch mit großer Majorität. Die Majorität neigte, wie die „National-Zeitung“ bemerkte, „sich der milderen Ansicht zu; sie beabsichtigte wohl im Allgemeinen, damit manchen erschrockenen Gemüthern einen kleinen Trost, ein Zeichen der Theilnahme zu gewähren“. Bei der Abstimmung, die wieder durch Hammelsprung stattfand, tänzelte auch der Cultusminister durch die Nein-Thür. Herr Falk, der Chef der „Culturkämpfer“, stimmte gegen die Notenbesteuerung, stimmte zu Gunsten der Zettelbanken gegen die Regierung! Ei, wie schmunzelten und feigten da die Börsenliberalen. In dritter Lesung versuchten die Conservativen noch einmal die Notensteuer durchzubringen, aber nun warf sich Eugen Richter in's Zeug: Es sei schon sehr hart, daß die „Reichsbank“ zu den Gemeindesteuern herangezogen werde; solle sie nun auch noch ihre ungedeckten Noten versteuern, so fürchte er, daß ihre Actien zu einem angemessenen Course kaum begeben werden können, so erscheine ihm die Betheiligung des Privatkapitals, auf die er den größten Werth lege, höchst gefährdet. Vielleicht wäre die Noten-Versteuerung doch noch durchgegangen; denn auch die zahlreichen Ignoranten in der Versammlung begannen zu begreifen, wie unverantwortlich es sei, den mit solch' hocheinträglichen Privilegien versehenen Zettelbanken außerdem noch auf Kosten des Staatsäckels ein großes Geschenk zu machen — da brachte Excellenz Delbrück die Steuer zu Fall, indem er eine für den gesunden Menschenverstand nur sehr schwer verständliche Erklärung abgab. Er befürwortete die Steuer unter der Voraussetzung, daß die Gewinnvertheilung bei der „Reichsbank“ nach Vorschlag der Regierung festgesetzt werde, bat aber die Steuer abzulehnen, falls nach dem Antrage der Commission die Gewinnvertheilung zu Gunsten der Reichskasse abgeändert werde. Herr Delbrück

verwarf also die „Combination“, die dem Reiche zugleich die Notensteuer und einen größeren Gewinnantheil bei der „Reichsbank“ zuführen wollte; er stritt buchstäblich für die Actionäre der „Reichsbank“ gegen die Reichskasse!! Ein solch' börsenliberaler Minister ist noch nicht dagewesen!

Das Banknotengesetz wurde mit derselben unanständigen Hast durchgepeitscht wie sein würdiges Seitenstück, die Actiennovelle. Unmittelbar nachdem über die Bankacte im Ganzen abgestimmt war — und das geschah, ohne den vorgeschriebenen Druck der Zusammenstellung abzuwarten — erhob sich Herr Delbrück, um den Reichstag zu schließen. Nachdem er die Allerhöchste Ermächtigung verlesen, sprach er den „lebhaften Dank“ der verbündeten Regierungen für die „hingebende Thätigkeit“ aus, welche das hohe Haus „während einer langen und arbeitsvollen Session“ bekundet habe. „Die Ergebnisse dieser Session reihen sich an die der erfolgreichsten Sessionen, welche der Reichstag zurückgelegt hat.“ In der börsenliberalen Presse ertönten Posaunenstöße. Die „National-Zeitung“ begrüßte „mit rückhaltloser Freude den großen politischen Factor, der mit der Reichsbank unserm öffentlichen Leben zuwächst“. In der „Reichsbank“ begrüßte sie „eine neue Kräftigung des Reiches“, und vom „Standpunkt der weiteren Stärkung der Reichsbank“ hätte sie ihr eine Erhöhung des ungedeckten Noten-Contingents gewünscht. Weil diese ungedeckten Noten nicht von 250 auf 350 Mill. Mark vermehrt wurden, stimmte Herr Mosle aus Bremen mit schwerem Herzen gegen das Gesetz. Mit ihm verwarfen es, aber aus entgegengesetzten Gründen, das „reichsfeindliche“ Centrum, einige Fortschrittler und etliche Conservative. Der Sächsishe Abgeordnete Dr. Heine erklärte: Mit der Errichtung der „Reichsbank“ wird, ähnlich wie in Frankreich, jener frivole Strich zwischen Arm und Reich, zwischen Kapital und Industrie gezogen, an dem ich keinen Theil haben will. Rechtsanwalt Schröder (Pippstadt), der wohl begriff, wo man mit der sogenannten „Reichsbank“ eigentlich hinaus wolle, verbreitete sich über den „internationalen“ Goldhandel und über den Goldjuden Ahasverus, was Bamberger persönlich nahm, und worauf er mit der erhabenen Ruhe Nathan's des Weisen erwiderte: „Wer sich in Gedanken und Bildungsregionen bewegt, wie ich, für den sind solche Angriffe nicht vorhanden!“ Indes hat Bamberger

selber gar bedenkliche Dinge angedeutet. In dem „geistreichen“ Artikel: „Zur Geburt des Bankgesetzes“ erzählt er von dem „Stürmlaufen“ der Zettelbank-Directoren „auf alle maßgebenden Kreise“; in der Reichstagsitzung vom 28. Januar 1875 erzählte er von den Anfechtungen und Versuchungen, welchen die Abgeordneten, Seitens der Bank-Interessenten, ausgesetzt waren. „Wenn ich sehe, mit welcher Gewalt man auf uns einbringt, so sage ich: ich habe wohl gewußt, wie schlimm es in Deutschland steht, aber in einen solchen Abgrund habe ich noch nicht gesehen!“ Wo schon Bamberger einen Abgrund erblickt, wie schlimm müssen die Dinge da in Wirklichkeit beschaffen sein!

Nach § 61 des famosen Banknotengesetzes ward die Preussische Bank den Actionären der „Reichsbank“ für 5 Mill. Thaler überlassen. Ein wahres Spottgeld, eine unverantwortliche Verschleuderung, denn der Gewinnantheil des Preussischen Staates hatte bereits 1866 ca. 1,300 000 Thaler betragen; er betrug 1870 ca. 1,500 000 Thaler, 1871 ca. 1,600 000 Thaler, 1872 ca. 1,800 000 Thaler, 1873 ca. 3,100 000 Thaler und 1874, also schon in der Krachperiode, noch 1,645 000 Thaler. Eine Kapitalisirung des Durchschnittsertrages der letzten zehn Jahre hätte die Abfindungssumme statt auf 5, auf 25 Mill. Thaler normiren müssen; Herr Camphausen war, der Börse gegenüber, doch ein zu „liberaler“ Finanzminister! Trotzdem berechnet der Hebräer Bamberger, daß der Preussische Staat beim Verkauf der Bank ein glänzendes Geschäft gemacht habe. März 1875 lag der Abtretungs-Vertrag dem Herrenhause vor. Berichterstatter war Excellenz v. Rabe, Mitgründer der Hansemann'schen Hypotheken-Actien-Gesellschaft, welcher mit zwei Worten die Annahme der Vorlage empfahl. Da erhob sich Graf Udo zu Stolberg und beleuchtete den liberalisirenden Charakter unserer modernen Gesetzgebung, die staats- und gemeingefährliche Tendenz der neuen „Reichsbank“. Aber diese Wahrheiten stießen auch im Herrenhause auf zugetrübte Ohren; Oberbürgermeister Hasselbach aus Magdeburg, mehrfacher Aufsichtsrath, versicherte, auch Conservative könnten mit der neuen Schöpfung wohl zufrieden sein und hätten sich in der Finanz-Commission thatsächlich so geäußert. Schon jetzt sei bemerkt, daß der Gewinnantheil des Reiches bei der „Reichsbank“ sich weit niedriger stellt als früher der Gewinnantheil des Preussischen Staates bei der Preussischen

Bank, was wohl hauptsächlich das von 20 auf 40 Mill. Thaler erhöhte, wie es sich jetzt zeigt, viel zu hohe Grundkapital verschuldet. 1876 warf die „Reichsbank“ für die Reichskasse rund 650 000 Thaler ab, 1877 und 1878 rund je 700 000 Thaler.

Wie bei allen anderen Gründungen, wurde auch bei der „Reichsbank“ das Actienkapital recht hoch gegriffen — um der Agiotage willen. Die Hälfte der „Reichsbankantheile“, wie die neuen Actien heißen, ward den Actionären der Preussischen Bank überlassen, denn dies hatten die Regierungs-Vertreter als eine *conditio sine qua non* hingestellt. Die Ueberlassung von 20 000 Antheilen mit zusammen 20 Mill. Thaler bedeutete, wie Herr Sonnemann berechnete, ein Geschenk von 5 Mill. Thaler; in Wahrheit waren es 8 bis 10 Mill. Thaler, da die „Reichsbankantheile“, von denen Eugen Richter fürchtete, daß sie zu einem angemessenen Course kaum würden begeben werden können, schon vor der Emission an der Börse bis 150 bezahlt wurden. Die Actionäre der Preussischen Bank, vorwiegend Finanzbarone und Börsenhäuptlinge, Gründer und Juden, avancirten also mit einem Schlage zu Actionären der „Reichsbank“. Die andere Hälfte der Antheile sollte dem Publikum überlassen werden, und damit sie auch minder Bemittelten zugänglich würden, war in der Bankcommission des Reichstags der Antrag aufgetaucht, die Actien nicht in Stücke von 3000, sondern nur von 1000 Mark zu zerlegen. Dagegen erklärte sich aber der sittenstrenge Lasker. Er bekämpfte den Antrag „im Interesse des kleinen Kapitals“ (Wer lacht da?), das sich gar leicht von „momentanen Strömungen“ beeinflussen lasse, aber von allen „flottirenden Interessen“ fern gehalten werden müsse. Diese Laskerhafte „Ethik“, von Bamberger dem Reichstage vorgetragen, rührte die Börsenliberalen fast zu Thränen, und das „kleine Kapital“, das man bei allen anderen Gründungen ohne Gewissensbisse confiscirt hatte, ward von dieser Riesen-Gründung, wo jeder Actionär profitiren mußte, mit sittlichem Hochgefühl ausgeschlossen. Nach einer Bekanntmachung des Reichskanzlers sollte die andere Hälfte der „Reichsbankantheile“ am 4. und 5. Juni 1875 zur öffentlichen Subscription aufgelegt werden, und zwar zum Course von 130. Allein, wie die „Berliner Börsen-Zeitung“ schrieb, hatten bereits am 1. Juni bei der Preussischen Hauptbank „überaus zahlreiche Zeichnungen“ stattgefunden. Von wem? Doch

wahrscheinlich von den Hauptactionären der Preussischen Bank, ihren Freunden und Clienten. Am 4. Juni stürmte das „Publikum“ auf die Zeichnungsstellen ein. Schon am frühen Morgen belagerten Hunderte das Gebäude der Hauptbank in der Jägerstraße, stießen, drängelten, quetschten sich zum Erbarmen, wurden nach vielen Stunden Harrens endlich eingelassen und zeichneten. Aber es war nicht mehr viel zu haben; nur Wenige fanden noch Berücksichtigung, die Meisten hatten sich umsonst halb todt drücken lassen. „Ein dreisteres, an die schlimmsten Zeiten des Gründungsschwindels erinnerndes Spiel ist wohl selten mit dem ‚großen Publikum‘ gespielt worden“, schrieb die „Staatsbürger-Zeitung“. „Mit dem Namen des Fürsten Bismarck ist ein empörender Mißbrauch getrieben.“ Das Agio für die 20 000 Antheilscheine, welche zu 130 aufgelegt wurden, betrug zusammen 6 Millionen Thaler und floß in den Reservefonds, also indirect in die Taschen der Reichsbank-Actionäre. Trotz des hohen Agio konnten die glücklichen Zeichner ihre Antheilscheine sofort mit einem Profit von 150 bis 200 Thaler pro Stück verkaufen. Obwohl in Folge des übermäßigen Grundkapitals die Actien bisher nur eine Dividende von durchschnittlich 6 Proc. gewährten, behaupten sie doch einen Cours von 150 bis 160, und dies hat seine Ursachen in den mächtigen, geradezu souverainen Privilegien der „Reichsbank“.

Dank der den „Privaten“ eingeräumten „Prägefähigkeit“, theilt das Reich die Münzhohheit mit jüdischen Goldhändlern und Münzschlächtern; ein anderes Hoheitsrecht, die Ausgabe von Papiergeld, hat es so gut wie ganz abgetreten, nämlich den Bettelbanken überlassen. Durch Gesetz vom 30. April 1874 wurde der Reichskanzler ermächtigt, Reichskassenscheine zum Gesamtbetrage von 120 Mill. Mark, und erforderlichen Falls darüber, in Abschnitten zu 5, 20 und 50 Mark auszugeben. Bei der Verathung dieses Gesetzes eiferte dagegen sehr Herr Mosle aus Bremen; er erachtete principiell die Ausgabe von Staatspapiergeld für „verwerflich“, während er, wie erwähnt, das ungedeckte Noten-Contingent der Reichsbank mit Gewalt um 100 Millionen Mark erhöhen wollte! Die Reichskassenscheine mit 40 Millionen Thaler sind durch den im Julius-thurm lagernden, in Gold ausgemünzten Reichskriegsschatz von gleichem Betrage völlig gedeckt. Trotzdem nannte Herr Mosle unser Reichspapiergeld „ungedeckt“, und Herr v. Kardorff be-

zeichnete es als das „aller schlechteste und allergefährlichste“ Papiergeld. Solche Behauptungen wagen die Börsenliberalen zu Markte zu tragen. Graf Udo zu Stolberg hingegen verwarf in der erwähnten Herrenhausrede alle Privat-Banknoten, und wollte dafür nur Reichskassenscheine. Das Gesetz vom 14. März 1875 verlieh der neuen „Reichsbank“ und 32 anderen Zettelbanken die Befugniß, soviel Noten zu fabriciren, als sie wollen. Die Banknoten brauchen nur zu einem Drittel bedeckt zu sein; Anträge, welche mindestens die halbe Deckung verlangten, machte Excellenz Delbrück mit dem Bemerken zu Schanden, daß die Dritteldeckung eben „kanonisch“ geworden sei. Die „kanonische“ Dritteldeckung braucht aber nicht einmal baar vorhanden zu sein; sie darf auch in Goldbarren und ausländischen Münzen bestehen. In Folge der daniederliegenden Geschäfte betrug der Notenumlauf im Jahre 1877 nur etwa 930 Mill. Mark, und 1878 war er auf ca. 860 Mill. Mark gesunken; die Reichsbank besaß 1877 eine Metalldeckung von $75\frac{1}{4}$, und 1878 eine solche von $79\frac{1}{3}$ Procent. Aber sobald die Börse den Cancan beginnt, und der Schwindel blüht, arbeiten auch sofort die Noten-Fabriken angestrongter. Noch Ende 1874 betrug der Noten-Umlauf der Deutschen Zettelbanken $1325\frac{1}{2}$ Mill. Mark; und die Noten-Ausgabe der Preussischen Bank hielt gleichen Schritt mit dem großen Börsen- und Gründungsschwindel, steigerte sich von Mitte 1870 bis Frühling 1873 ganz enorm. Mit der Einführung der Schutzzölle, mit der Galvanisirung der Actien-Beichen werden auch die Zettelbanken wieder viel zu thun bekommen.

Selbst wenn eine Bank ihre Noten voll bedeckt erhält, verdient sie mit denselben noch immer erheblich mehr, als sie in Betreff der Metalldeckung an Zinsen verliert, namentlich in Zeiten, wo der Zinsfuß für Wechsel und Lombard steigt. Dazu tritt der erkleckliche Gewinn für ausgegebene Noten, welche verloren gehen oder präclubirt werden. Den Zettelbanken sind nun aber an unbedeckten Noten 385 Mill. Mark, ohne jede Steuer, freigegeben. Die Regierungs-Vorlage verlangte nur 1 Proc. Steuer, während der Disconto- und Lombardsatz der Zettelbanken gewöhnlich 5 bis 6 Procent beträgt. Sogar Herr Camphausen meinte, daß es eigentlich doch widersinnig sei, gewöhnliche Wechsel zu besteuern, und privilegierte Wechsel, d. h. ungedeckte Noten, frei

zu lassen. Sogar Herr Lasfer äußerte: „Was will 1 Procent Steuer jährlich von 385 Mill. Mark Noten bei einer Anlage von 5 bis 6 Milliarden in Disconten oder discountfähigen Papieren bedeuten!“ Ein Procent Steuer würde die Summe von 3,850 000 Mark ergeben; Herr Mosle berechnete aber, daß bei einem Umsatz der Zettelbanken von 5 bis 6 Milliarden die einprocentige Steuer eine Differenz von 50 bis 60 Mill. Mark bedeuten würde, schlug jedoch diesen Umsatz weit höher an. In der That haben denn auch allein bei der „Reichsbank“ die Gesamtumsätze im Jahre 1878 = $44\frac{1}{4}$, und im Jahre 1877 = $47\frac{1}{2}$ Milliarden betragen. Hiernach und in Erwägung, daß nicht bloß 1, sondern 5 Procent Steuer gerechtfertigt wären, sowie in Anbetracht aller sonstigen Vortheile, darf das Geschenk, welches das Reich den Zettelbanken mit dem Notenprivileg gemacht hat, auf jährlich 100 Mill. Mark veranschlagt werden. So „liberal“, d. h. so freigebig sind die Herren Camphausen, Delbrück und Michaelis gewesen! Von den ungedeckten unversteuerten Noten mit 385 Mill. Mark entfielen zunächst 250 Mill. Mark auf die „Reichsbank“. Sie ist aber nach § 9 des Gesetzes vom 14. März 1875 die geborne Erbin der übrigen Zettelbanken, sofern diese in Folge leichtsinniger Aufführung ihr Notenprivileg verlieren, oder es aus anderen Gründen ohne Entgelt oder gegen Entschädigung aufgeben. Solches haben von den 32 „kleinen Dämonen“ bereits 15 gethan (nach dem Verwaltungsbericht pro 1877 zahlte die „Reichsbank“ an drei ihrer Concurrentinnen eine Abfindung von 65 000 Mark), und der Reichsbank ist bereits ein hübscher Zuwachs an ungedeckten steuerfreien Noten geworden, der Gesamtbetrag derselben hat sich binnen drei Jahren von 250 auf fast 274 Mill. Mark gehoben. Bei der Berathung des Gesetzes bekämpfte der fortschrittliche Abgeordnete Rohland das ungeheuerliche Erbrecht der „Reichsbank“, aber der sittenstrenge Lasfer gab folgende Deduction zum Besten: Für mich hat der Antrag, die ungedeckten Noten zu vermindern, ursprünglich etwas sehr Sympathisches, aber im Interesse des Handels und der Industrie dürfen wir die Höhe des ungedeckten Notenquantums nicht von einem bloßen Zufall abhängen lassen. — Die „Reichsbank“ wird allmählich sämmtliche übrigen Zettelbanken, wie diese gleich gefürchtet haben, verspeisen. Sie gefährdet auch bereits das Geschäft der Banquiers, insofern

sie diesen, da sie gleichfalls für Dritte Werthpapiere an- und verkauft, die beste Kundschaft wegnimmt. Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft haben darüber wiederholt Beschwerde geführt, und Herr Bamberger hat diese Petitionen anscheinend befürwortet, indem er, der Bank-Gesetzgeber, in einem Artikel der „National-Zeitung“ die der „Reichsbank“ überwiesene Befugniß, auch das Commissionsgeschäft zu betreiben, auf einen „gesetzgeberischen Lapsus“ zurückführen wollte! Das Schönste aber ist, daß der „Berliner Börsen-Courier“ die Regierung anklagte, sie bewege sich mit der „Reichsbank“ „auf der abschüssigen socialistischen Bahn“, insofern die „Reichsbank“ doch ein „reines Staats-Institut“(!) sei, und nun den armen Banquiers das Brod vom Munde wegnehme. Den Geschäftsbetrieb der „Reichsbank“ leitet thatsächlich der aus den Haupt-Actionären erwählte „Centralauschuß“, und die Wahrheit, welche der „Börsen-Courier“ aber gar nicht auszusprechen wagt, ist die, daß hier die großen Juden die kleinen Juden auffressen.

„Mit dem Bankgesetz“, ruft Bamberger triumphirend aus, „ist der dreifache Kreis geschlossen, in dem das Geldsystem des Deutschen Reiches ruhen und sich entwickeln soll. Es vollendete im Januar 1875, was die Goldwährung und die Münzeinheit durch die Gesetze vom 4. December 1871 und vom 9. Juli 1873 begonnen und fortgesetzt hatten.“ Erst die „Reichsbank“ beseitigte die Schranken, welche der von Bamberger angestrebten „Freizügigkeit des Goldes“ noch entgegenstanden, und der § 14 des Bankgesetzes, das „liebe Kind“ Bamberger's, wie es sein Glaubensgenosse, Advocat Isaac Wolffson aus Hamburg, nannte, ist der eigentliche Schlüssel zum internationalen Goldhandel und Geldverkehr. Dieser Paragraph besagt: „Die Reichsbank ist verpflichtet, Barrengold zum festen Sage von 1392 Mark für das Pfund fein gegen ihre Noten umzutauschen.“ Das Complement hierzu ist § 18, und er lautet: „Die Reichsbank ist verpflichtet, ihre Noten a) bei ihrer Hauptkasse in Berlin sofort; b) bei ihren Zweiganstalten, soweit es deren Baarbestände gestatten, dem Inhaber gegen coursfähiges Deutsches Geld einzulösen.“ Diese beiden Paragraphen erleichtern nun gar sehr die Geschäfts-Operationen. Wenn der Goldhändler Barrengold einliefert, empfängt er den festen, außerordentlich hohen Preis zunächst in Noten, kann

diese aber im selben Augenblick zur baaren Einlösung präsentieren. So braucht er das Barrengold nicht erst in die Münze zu tragen und dort die Prägung abzuwarten, worüber er Zeit und Zinsen verliert: die „Reichsbank“ erhebt auch nur den winzigen Schlagschatz von 3 Mark pro Pfund Gold oder $\frac{3}{14}$ Proc. Allerdings darf die „Reichsbank“ noch einstweilen in Silberthalern zahlen, und darum drängen die Juden auch so energisch, die Thalerstücke sämmtlich einzuziehen. Nur die Hauptbank muß die präsentirten Noten sofort einlösen; thun es auch die Filialen, namentlich die an der Grenze, z. B. Hamburg, Bremen, Köln, Straßburg, so erspart der Goldhändler noch die Transportkosten. Niemand braucht Papiergeld, selbst Reichskassenscheine, in Zahlung anzunehmen; doch nehmen alle Reichs- und Landeskassen die Noten der „Reichsbank“ und zum Theil auch die Noten der anderen Zettelbanken. Niemand braucht in „Reichsilber“ mehr als 20 Mark, in „Reichsnickel“ mehr als 1 Mark in Zahlung zu nehmen; das Reich muß dagegen „Reichsilber“ in Beträgen von mindestens 200 Mark, Nickel und Kupfer in Beträgen von mindestens 50 Mark gegen „Reichsgold“ eintauschen. Sogar Bamberger, welcher zunächst auf Durchführung dieser Bestimmung drang, meinte hinterher einmal: sie scheine ihm doch bedenklich; der Handel könnte von solcher Befugniß einen sehr ausgiebigen Gebrauch machen, und das Reich durch zu starke Einlieferung von „Reichsilber“ und „Reichsnickel“, durch zu starke Präsentation von Reichskassenscheinen in Verlegenheit setzen. Diese Verlegenheit würde sicher eintreten, ein großes Deficit an „Reichsgold“ zu Tage kommen, falls die Regierung auch noch den Rest der Thalerstücke einzieht, und die Ausprägung von „Reichsilber“ vermehrt. Ebenso unbequem könnte die Einlösung der Reichskassenscheine werden, von denen etwa noch 163 Mill. Mark umlaufen, und von denen die „Reichsbank“, welche sie als Deckung ihrer Noten benutzen darf, im Mai 1879 ca. 47 Mill. Mark eingesperrt hatte. Bei der Unmenge der circulirenden Banknoten und der ausgeprägten Goldmünzen sind die Reichskassenscheine vollkommen überflüssig, namentlich die Abschnitte zu 5 und 20 Mark, und sie befördern auch nur den Abfluß des „Reichsgoldes“.

Die §§ 14 und 18 des Bankgesetzes erleichtern nicht nur die „Freizügigkeit des Goldes“ oder den Goldhandel: sie haben noch

eine weit tiefere Bedeutung, von der das große Publikum nicht eine Ahnung besitzt, und die, wie man wenigstens annehmen muß, auch der Regierung ein mit sieben Siegeln verschlossenes Geheimniß ist. Vermöge dieser beiden Paragraphen ist die „Reichsbank“ genöthigt, einerseits soviel Noten auszugeben, andererseits soviel Goldstücke prägen zu lassen, als die Börse will und in ihrem Interesse für nöthig hält. Je mehr Gold die Börse einliefert, desto mehr Noten hat die „Reichsbank“ herzugeben, und je mehr Noten die Börse zur Einlösung präsentirt, desto mehr „coursfähiges Deutsches Geld“ hat die „Reichsbank“ anzuschaffen. Es ist dies, was man im gewöhnlichen Leben eine Zwidmühle nennt. Also „regelt den Geldumlauf im gesammten Reichsgebiet“ nicht die Regierung, auch nicht die „Reichsbank“, obwohl dies in § 12 des Bankgesetzes als ihr eigentlicher Zweck angegeben ist, sondern die Börse. Die Börse kann nach ihrem Belieben und Gefallen die Geldzeichen, Papier wie Metall, vermindern und vermehren; sie kann Geld knapp und flüssig machen, Geldklemmen und Geldüberfluß erzeugen, Geldkrisen hervorrufen, Handels- und Industrie-Krisen verschärfen und ausbeuten. Wenn die Börse durch massenhafte Präsentation der Noten die „Reichsbank“ und die übrigen Zettelbanken nöthigt, mit ihren Baarbeständen zurückzuhalten, im Discontiren von Wechseln und im Lombard-Verkehr schwieriger zu werden, und wenn sie dazu das „Reichsgold“ ausführt, entsteht eine Geldklemme. Umgekehrt erzeugt sie durch übermäßige Einlieferung von Goldbarren, indem sie Banknoten und Goldmünzen über Bedürfniß in Umlauf setzt, Geldüberfluß. Selbstverständlich bedarf es den Zettelbanken gegenüber keines starken Druckes; sie lassen die Notenpresse arbeiten, sobald es irgend lohnt. Während das Reich auf Befehl der Börse vollwichtige Goldstücke gegen einen Lohn von $\frac{3}{14}$ Procent schlagen, und „abgenutzte“ beschlagnahmte Goldstücke auf seine Kosten wieder einschmelzen muß, münzen die souverainen Zettelbanken werthloses Papier gegen einen Schlaglohn von $99\frac{99}{100}$ Procent. Sie können Milliarden in Banknoten ausgeben, ohne ihren Metallbestand um Eine Mark zu verringern, indem sie die zurückströmenden Noten mit dem Gelde einlösen, welches sie sich durch Wiederausgabe derselben Noten beschaffen. Dank der Börse und den Zettelbanken lag das Geld in der Schwindel-Ära „auf der Straße“, leiden wir noch immer

an künstlichem Geldüberflusse, und gerade in der gegenwärtigen Krisis schwerer als je vorher. In Folge der Bamberger'schen Münz- und Bankverfassung haben wir an Geldzeichen (Münzen und Papiergeld) etwa 1000 Mill. Mark oder ein starkes Viertel mehr geschaffen, als wir brauchen. Aus dem künstlichen Geldüberflusse entspringt die trotz der langen Krisis noch immer anhaltende allgemeine Theuerung, entsprang die allgemeine Steigerung der Löhne, daher auch das Recept der Herren Camphausen und Achenbach, der Industrie durch Herabsetzung der Löhne aufzuheben, ein so thörichtes ist. Die Deutsche Industrie krankt an den Ausschweifungen der Schwindelperiode und an dem künstlichen Geldüberflusse; der Geldüberfluß bedingt wieder mit den Abfluß des „Reichsgoldes“, und beide zusammen bewirkten das Sinken der sonstigen Ausfuhr und das Steigen der Einfuhr.

Die „Reichsbank“ steht unter Verwaltung des Reichs, aber sie ist das Eigenthum und das Werkzeug der Börse. Die Hauptactionäre der Preussischen Bank waren die sogenannten 200 Meistbetheiligten, und diese sind auch wieder die Hauptactionäre der „Reichsbank“. Im Centralausschuß der „Reichsbank“ sitzen: v. Hansemann, v. Bleichröder, Franz Mendelssohn, Moritz Blaut, Siegfried Behrend, Abr. Meyer, Zwicker, Arndt, Fr. Gelpcke, L. W. Simon, B. Liebermann, F. A. Schüler, Jul. Bleichröder, Rich. Hardt, L. Ravené, G. Reibel, Freiherr Ernst v. Scharfstein, Th. Sarre, Berthold Simon, Meyer Cohn, Ed. Kieß, S. Simonson, Ed. Helfft, sämmtlich in Berlin, Th. Stern und Baron M. v. Rothschild in Frankfurt a. M. und Peter Hauers in Hamburg. Wie die Namen verrathen, sind es mit wenigen Ausnahmen Semiten; es sind fast lauter Börsenhäuptlinge und Gründer. Vorzugsweise aus Semiten und Gründern recrutiren sich auch die Mitglieder der 16 Bezirksausschüsse in den Provinzen. Semiten und Börsenfürsten sind die Hauptactionäre der „Reichsbank“; manche von ihnen sollen Hunderte, ja Tausende von Antheilscheinen besitzen; doch dürfen auf den Generalversammlungen sich in Einer Hand nur 100 Stimmen vereinigen. Die Zahl der Besitzer von Reichsbankantheilen schmilzt von Jahr zu Jahr, immer mehr Antheile häufen sich in Einer Hand an; Ende 1876 waren als Eigenthümer der 40 000 Actien 8177 Personen verzeichnet; Ende 1877 gab es noch 7771, Ende 1878 nur noch 7690 Actionäre.

Winnen drei Jahren hat sich also die Zahl der Actionäre um 487 vermindert. Von den Antheilseignern waren Ausländer Ende 1876 = 1374, Ende 1877 = 1425, Ende 1878 = 1450. Die inländischen Actionäre vermindern, die ausländischen vermehren sich. Wahrscheinlich besitzt nicht nur der Deutsche, sondern auch der Französische Bamberger Reichsbankantheile, schon jetzt befinden sich 11382 Antheile, d. h. weit über ein Viertel, in ausländischen Händen, und vielleicht nach zehn Jahren gehört die ganze Deutsche „Reichsbank“ dem Auslande. Jedenfalls ist sie schon jetzt Eigenthum und Werkzeug der semitischen Finanzaristokratie Europa's, der „goldenen Internationale“^{*)}

Vermöge der Goldwährung, der Prägefreiheit, des Banknoten-Monopols und der „Reichsbank“, ordnet und beherrscht die souveraine Börse das Deutsche Geldwesen, hat sie der Reichs-Regierung eine dienende Stellung angewiesen, beutet sie das Münz- und Bankwesen in colossaler Weise auf Kosten des Publikums und des Staates aus, behauptet sie eine staats- und gemeingefährliche Uebermacht. Es läßt sich nicht annehmen, daß die Herren Camphausen, Delbrück und Michaelis mit vollem Bewußtsein so gehandelt, die entsetzlichen Folgen und verheerenden Wirkungen ihrer Concessionen an die Börse übersehen, das Deutsche Reich absichtlich der „goldenen Internationale“ ausgeliefert haben; sonst müßte ihnen ohne Gnade der Proceß gemacht werden. Es kann

^{*)} Die März 1870 gegründete Preussische Central-Boden-Credit-Actiengesellschaft (S. 72) ist gewissermaßen ein Seitenstück zur „Reichsbank“; da sie sich gleichfalls mit der unverschämtesten Agiotage einführte, gleichfalls mit den größten, nach den Ausführungen des früheren Justizministers, Grafen zur Lippe, geradezu ungesetzlichen Privilegien ausgestattet ist, und insofern sie, die zum Zwecke der „Hebung des Boden- und Communalcredits und der Bodencultur“ dienen soll, sich gleichfalls in den Händen vorwiegend semitischer Börsenhäuptlinge, der „goldenen Internationale“ befindet. Hansemann, Bleichröder, Oppenheim in Köln und Meyer Rothschild in Frankfurt fungirten als „Gründer“, und im Verwaltungsrath der Gesellschaft sitzen, neben Mitgliedern des Deutschen Reichstags, des Preussischen Herrenhauses und Abgeordnetenhauses, die Französischen Juden Fremy, „Staatsrath und Gouverneur des Credit foncier“, und Baron Alphonse v. Rothschild in Paris. Letzterer ist der vielgenannte „General-Consul des Norddeutschen Bundes“, welcher dem Deutschen Kaiser eine so eigenthümliche Gastfreundschaft bewies, und dessen Schwägerin (oder Schwiegertochter) sich gegen den Deutschen Botschafter so ungezogen betrug.

nur angenommen werden, daß sie im Gefühl ihrer Unkunde sich des eigenen Urtheils begeben, und sich den Forderungen und der Dialektik der Herren Bamberger, Vasker und Sonnemann unterworfen haben.

Für die Regierung aber ist es die höchste Zeit, daß sie die unglückseligen Experimente mit der reinen Goldwährung aufgibt und rettet, was noch zu retten ist; daß sie die Silberverkäufe einstellt und zur Doppelwährung zurückkehrt. In diesem Sinne hatte der um die Agrarier hochverdiente, aber bei Lebzeiten von seinen Parteigenossen lange nicht nach Gebühr geschätzte M. Ant. Rindorf bereits Februar 1875, also gleich nach Gründung der „Reichsbank“, im „Congreß Deutscher Landwirthe“ den Antrag gestellt, an den Reichskanzler eine Petition dahin zu richten, daß schleunigst aus einem Pfunde Silber nicht 100, sondern nur 90 Markstücke geschlagen, die Silbermünzen wieder vollwerthig ausgeprägt werden sollen — war aber mit diesem Verlangen bei den sorglosen gleichgiltigen Conservativen nicht durchgedrungen. Denselben Antrag brachte im Frühjahr 1878 Schröder-Vippstadt im Reichstage ein. Trotzdem sind auch noch 1878 die Silberverkäufe munter fortgegangen, in diesem Jahre wieder rund 1,620 000 Pfund Silber veräußert worden. Erst Mitte Mai 1879 verlautete, daß der Reichskanzler plötzlich eingeschritten sei und die Einstellung der Silberverkäufe angeordnet habe, und in Folge dessen hob sich in London auch sofort der Silberpreis.

Das Privileg der sogenannten „Reichsbank“ läuft leider noch bis Neujahr 1891. Dann steht zu hoffen, daß diese „privilegirte Actiengesellschaft von und für Juden“, wie Perrot sie sehr treffend nennt, beseitigt und eine wirkliche „Reichsbank“ aus Reichsmitteln errichtet, für alleinige Rechnung des Reiches betrieben werde. Dann steht zu hoffen, daß auch mit den übrigen Zettelbanken ausgeräumt wird, und Artikel 5 des Programms der von den „Liberalen“ ebenso verschrienen wie gefürchteten Steuer- und Wirthschafts-Reformer in's Leben tritt, der kurz und bündig lautet: „Papiergeld auszugeben, gebührt allein den gesetzgebenden Factoren des Reiches. Die Banknoten-Privilegien sind zu beseitigen.“ Die ungedeckte, jeder Zeit einlösbare Banknote ist der giftige Wurm, der an den Eingeweiden der Nation frißt. Die Banknote drückt die einheimische

Valuta herab und verursacht stete Valuta=Schwankungen mit dem Auslande, sie treibt das Metallgeld zum Lande hinaus und entwerthet die Edelmetalle, sie verführt zu Ueberspeculationen, begünstigt Börsen- und Gründungsschwindel und erzeugt periodisch wiederkehrende Geld-, Waaren- und Handelskrisen, sie vertheuert die Lebensmittel und erhöht die Steuern, sie vernichtet den unabhängigen Kleinhandel, entwerthet die Arbeit und schmälert den vollen Arbeitsertrag. Die Bettelbanken sind die schlimmsten aller Bucherer, denn sie lassen sich werthlose Papierfetzen mit 4 bis 6 Procent, und in bösen Zeiten noch höher verzinsen. An der Papierpest frankten alle Völker Europa's, und sie bedroht alle Europäischen Staaten mit Revolten und Revolutionen.

Die Ausprägung der Münzen und die Ausgabe von Papiergeld darf nur von Reichswegen und für Rechnung des Reiches geschehen. Die Summe der umlaufenden Münzen muß nach Möglichkeit beschränkt werden, das Papiergeld darf nicht jeder Zeit einlösbar sein, und muß im Reichsschatz volle Deckung haben. Wenn aus den Reichs- und Landeskassen alle Banknoten verbannt und zur Einlösung präsentirt würden, wozu die Reichsregierung wie die Landes-Regierungen durchaus berechtigt sind, wären alle Bettelbanken mit Einem Schlage vernichtet, würde die „Reichsbank“ sofort auf ihr Noten-Privileg verzichten müssen, und das „liebe Kind“ Bamberger's, der § 14 des Bankgesetzes, welcher die „Freizügigkeit des Goldes“ garantirt, Geld flüchtig wie knapp machen kann, wäre todt und begraben. Dieselbe Macht hat aber auch schon das Publikum, ja es kann die Regierungen zu solchen Maßnahmen nöthigen, wenn es alle Banknoten, die es in Händen hat, zur Einlösung präsentirt, und fernerhin die Annahme von Banknoten verweigert. So könnte das Deutsche Volk sich selber helfen, wenn es nicht eben der Deutsche Michel wäre!

Billig erstaunt man, wenn man bedenkt, daß die Börsenliberalen noch nach dem großen Krach Hoheits-Rechte zu annexiren, die Reichs-Hebräer noch inmitten der schweren Krisis solche Gründungen zu begehen wagten, daß die Camphausen, Delbrück und Michaelis, unbelehrt und unbefehrt durch des Volkes Noth und Elend, solch' „großartigen Compromiß“ abschlossen, solch' „hochherziges Entgegenkommen“ bewiesen. Aber die Zeitverhältnisse und Tagesbegebenheiten waren ihnen günstig, man wußte

das Publikum mit anderen Dingen zu beschäftigen und in Athem zu halten. In die Debatten über das Bankgesetz fällt der sensationsreiche Proceß Arnim, fällt der Bürgerkrieg in Spanien und das Schießen auf Deutsche Schiffe, fällt die Verhaftung des klerikalen Abgeordneten Majunke mitten in der Reichstagsession. Während man die „Reichsbank“ gründete, schlug der unselige „Culturkampf“ seine höchsten Wogen. Fürst Bismarck, vor Geiztheit und Erregung außer sich, heftete den Meuchelmörder Kullmann an die „Rockschöße des Centrums“, und die officiöse Presse schämte sich nicht, eine Vereinigung von gläubigen Christen und hochangesehenen Männern, darunter Geistliche, Gelehrte, Edelleute und Staatsbeamte, als die „Partei Kullmann“ zu bezeichnen. Der sittenstrenge Laster „brandmarke“ die Politik des Centrums als „Verbrechen gegen das Vaterland“; worauf Windthorst mit heißem Spott erwiderte: so könne nur reden, wer mitregiere. Die „Reichsfreunde“ waren vor Begeisterung und Bewunderung förmlich toll, und sie opferten dem Fürsten Bismarck täglich soviel Weihrauch und Myrrhen, daß der ganze Gesichtskreis in Wolken und Nebeln schwamm.

Mit seinen „Enthüllungen“ gegen Wagener, Fürst Putbus und Prinz Biron erklimm Lasterleben den Chimborasso seiner Popularität, und vielleicht war diese dreiste Komödie nur der Prolog zu dem später in Scene gehenden Drama der Münz- und Bankfreiheit. Die Gründung der „Reichsbank“ zeigt die Nationalliberalen auf dem Gipfel der Macht; sie regierten nicht nur mit, wie Windthorst sagte, sondern sie regierten allein, wenigstens in allen wirthschaftlichen und handelspolitischen, socialen und juristischen Fragen, die sie alle zu Gunsten des Kapitals und der Börse modelten. Mit „sofratischer Heiterkeit“ beherrschte der Berichterstatter Bamberger die Bank-Debatten; immer stand ihm das „treffende Wort“ zu Gebote, und das hohe Haus folgte noch in später Nachmittagsstunde „mit ungetheilter Theilnahme und in bester Laune“ seinen „geistreichen“ Wizen und orientalischen Gleichnissen. Der „parlamentarische Jongleur“ — so nannte ihn später einmal die „Vossische Zeitung“ — schloß seine Replik mit der Versicherung: „das Metall, mit dem er am meisten hantire, sei das Blei der Lettern oder das Silber der Rede; das Gold des Schweigens zu führen, daran verhiinderten ihn die Reden

der Gegner“. Die Nationalliberalen waren im Gefühl ihrer Macht so üppig, in ihren Gelüsten so ausschweifend, daß sogar Herr Michaelis in Sachen des ungedeckten Noten-Contingents den Unerfättlichen ein „No quid nimis!“ zurief. Auch die Nemesis, die unsichtbar bereits über ihren Köpfen schwebte, schien sie warnen zu wollen. Mitten in der Bank-Debatte, während man nach der „Ethik“ des tugendhaften Laster, das „kleine Kapital“, die „flottirenden Interessen“ von der Betheiligung an der „Reichsbank“ ausschloß, löste sich von der Decke des Saales ein zwei Fuß langes Stück und stürzte mit großem Geräusch unter die Nationalliberalen. Das war ein doppelt böses Omen, nach Zukunft wie Vergangenheit hin. Das schon mehrmals mit großen Unkosten gestückte Interimsgebäude des Reichstags empörte sich ob der „Reichsbank“-Gründung wie wegen des noch immer verzögerten Neubaus, ob der Strausberg'schen Eisenbahn-Prioritäten, mit denen auch der Fonds für Errichtung des neuen Parlamentshauses festgelegt ist. Noch ein anderer Vorgang war bedeutungsvoll. Die „National-Zeitung“, ursprünglich von christlichen, echt freisinnigen Männern begründet, und abgesehen vom „Börsen-Hintertheil“, Jahrzehnte hindurch von ehrenwerthen Männern geleitet, war allmählich in jüdische Hände gefallen, und die jüdischen Dioskuren Laster und Bamberger hatten bei ihr schließlich die Oberhand gewonnen. Als das Bankgesetz in Scene ging, wurde Friedrich Zabel, der alte ehrenfeste Chef-Redacteur seit einem Vierteljahrhundert, beseitigt. Voll Scham und Schmerz hatte er dem feilen Treiben zugeesehen, das im Dienste der Börse sich in seinem Blatte breit machte, und dem er nicht zu steuern vermochte. Nun wurde der würdige Herr auf den Altentheil gesetzt, und an die Spitze der Zeitung trat, von Laster und Bamberger empfohlen, Herr Dernburg, ein semitischer Advocat aus Darmstadt. Unmittelbar bevor der Gesekentwurf mit dem von Bamberger eingefügten „Gelaß“ der „Reichsbank“ zur zweiten Lesung gelangte, legte Zabel die Redaction nieder, und gleich nachdem das Gesetz fertig geworden, starb er. Er mochte die „Reichsbank“ nicht mehr erleben. Mit Zabel schieden auch mehrere seiner treuen Mitarbeiter aus der Zeitung, und von dem alten Stamme blieben nur Diejenigen, welche sich dem neuen Regime anzupassen verstanden.

Nach Gründung der „Reichsbank“ begann es mit den Nationalliberalen abwärts zu gehen, begann schon im Sommer 1875 die „Verleumdungsära“. Den Anfang machten die „Aera-Artikel“ in der „Kreuzzeitung“, und sechs Wochen später folgte — man wird es nicht glauben wollen — die „Provinzial-Correspondenz“. Noch eben hatte das halbamtliche Blatt die „Aera-Artikel“ der „niedrigen sittlichen Auffassung“ bezichtigt, und kurz darauf versiel es in dieselbe Sünde. In einem Ende August erschienenen Aufsatz „Die Störungen im Verkehrsleben und ihre Ursachen“ ließ sich Herr Geheimrath Sahn folgendermaßen vernehmen: „Selbstverständlich stimmen alle Urtheilsfähigen in der Ansicht überein, daß das gegenwärtige Siechthum des gewerblichen Lebens eine naturgemäße unvermeidliche Folge der Verblendung ist, mit welchem die Speculation sich in den Jahren 1871 und 1872 auf alle Geschäftszweige warf.“ — „Auch das billigste und schonendste Urtheil darf nicht der Auffassung Raum geben, als sei der Grund der eingetretenen Uebelstände vorwiegend in der Fülle des Geldzuflusses zu suchen, und nicht vielmehr in dem furchtbaren Mißbrauch der an sich günstigen Verhältnisse, die bei vorsichtiger Benützung zu einer ergiebigen Quelle von Wohlthaten für alle Klassen des Volks werden konnten.“ — „Jedem unbefangenen Beobachter ist daher die Erkenntniß leicht geworden, daß der so weit verbreitete Schwindelgeist seinen eigentlichen Herd an der Börse hatte.“ — „Es ist ferner in Betreff der Berliner Börse daran zu erinnern, daß dieselbe schon lange vor dem Geldzufluß aus Frankreich sich der Spielwuth der Differenzgeschäfte in maßloser Weise hingegeben, und eine große Zahl unsicherer oder geradezu werthloser Papiere in den Verkehr gebracht hatte, um die Leichtgläubigkeit der unerfahrenen Menge auszuheuten. Wenn die erlaubten und unerlaubten Kunstmittel des Gründerthums in schamlosester Weise zur Anwendung kamen, wenn die Speculation unablässig daran arbeitete, Schöpfungen der Privat-Industrie in Actien-Unternehmungen umzuwandeln und neue Actiengesellschaften in das Leben zu rufen, nicht um wirklichen Bedürfnissen zu genügen, sondern um die neuen Papiere mit Gewinn unter das Publikum zu bringen, so findet eine Verschönerung durch den Hinweis auf die Milliarden keine Stelle. Endlich kennzeichnet der dauernde Charakter des Börsengeschäfts

sich durch die Thatsache, daß der Verkehr sich beharrlich vor und nach der Milliardenzeit mit Vorliebe ausländischen Papieren zuwendet, denen keine andere Anziehungskraft beizuwohnt, als gerade die Unsicherheit ihres Werthes und die damit verbundenen erheblichen Preisschwankungen. Deshalb hat das öffentliche Urtheil sich dahin festgestellt, daß die verderblichen Kräfte der Börsen-Speculation in einer für den wirthschaftlichen Aufschwung des Landes aussichtsreichen Zeit die Oberhand gewonnen haben, und durch ihr auf Verlockung und Täuschung der Massen berechnetes Treiben zur Haupturheberin der Schäden geworden sind, unter denen das gesammte Verkehrsleben jetzt leidet."

So schrieb das halbamtliche Blatt, nachdem Finanzminister Camphausen etliche Wochen vorher im Abgeordnetenhaus die Lage des Landes und namentlich die Lage der arbeitenden Klassen als eine so günstige wie noch nie hingestellt hatte. So dementirte die „Provinzial-Correspondenz“ die Minister Camphausen, Achenbach und Delbrück, welche die schwere Krisis für ein unabwendbares Naturereigniß erklärten; welche sich zu Vertheidigern der Börse aufwarfen und die Anklage erhoben, die ganze Nation sei von einem Schwindel erfaßt gewesen; welche von Leuten sprachen, „die nun einmal ihr Geld los sein wollen“. So desavouirte Geheimrath Hahn den Kollegen Michaelis, der in seinen „Volkswirthschaftlichen Schriften“ das Börsenspiel „wissenschaftlich“ rechtfertigt, demselben nachrühmt, daß es Handel und Verkehr „regulirt“, Umschläge ausgleicht und Störungen beseitigt, daß es den Interessen des Publikums diene, „einen Theil der unvermeidlichen Verluste von den Privatinhabern auf die Börse abwälzt“; welcher den „Moralisten“ als den „geschworenen Feind aller wirthschaftlichen Vorgänge“ bezeichnet. Mit so tiefem Verständniß kennzeichnet Herr Hahn den spitzbübischen Charakter der Börse, deckt er den colossalen Raub auf, welchen sie an der Nation begangen hat, enthüllt er sie als die eigentliche Urheberin der schrecklichen Krise.

Das halbamtliche Blatt hatte die Anklage nur gegen die Börse erhoben, aber die „Liberalen“, die sich mit der Börse unwillkürlich identificiren, nahmen die schweren Vorwürfe sofort persönlich. In der „National-Zeitung“ führte die Vertheidigung Herr Julius Schweitzer, indem er sich auf seinen ehemaligen

Lehrling, Herrn Michaelis, berief. In der „Bosfischen Zeitung“ protestirte ein „Volkswirth“, wahrscheinlich Herr Julius Hoppe, im Tone tiefster Entrüstung. Höhnisch ritt er der Regierung ihre „gesetzgeberischen und administrativen Sünden und Unterlassungen“ vor, die Ueberstürzung mit der Actien-Novelle, der Münz- und Währungsreform, der Einziehung der Milliarden und Kündigung der Anleihen, den „Liberalismus“ des Herrn Camphausen gegen die Discontogesellschaft zc. zc. Er warf der „Provincial-Correspondenz“ vor, daß sie in der Börse „das kostbare Instrument, welches die heutige Zeit gar nicht entbehren kann, und welches alle Tage dem soliden Verkehr die unschätzbarsten Dienste leistet“, verleumde, und er schloß mit den fulminanten Worten: „Solche kathedersocialistischen und socialpolitischen Mißthaten, wie die des halbamtlichen Blattes, darf die Regierung nicht ungestraft auf ihre Autorität nehmen.“ —

Aber siehe da! auch die „liberale“ Presse begann das „Verleumdungs“-Geschäft zu betreiben. Schon Ende Juni 1875, zu derselben Zeit, als die „Aera-Artikel“ in der „Kreuzzeitung“ erschienen, brachte das „Frankfurter Journal“ die alarmirende Nachricht, auch die drei großen Reichsfonds seien vergründet, von den 283 Millionen Thaler, mit denen sie ausgestattet, seien über 100 Millionen Thaler in ungarantirten Eisenbahn-Prioritäten festgelegt. Diese Hiobspost wirkte so gewaltig, daß die „Bosfische Zeitung“ den Kopf verlor und sich urplötzlich gleichfalls aufs „Verleunden“ warf. In ihrer Nummer 236 vom 9. October 1875 machte sie Herrn Miquel und die Discontogesellschaft für die Vergründung der Reichsfonds verantwortlich; wies sie nach, daß bei den ungarantirten Eisenbahn-Prioritäten, deren Aufnahme Herr Miquel so überzeugend befürwortet habe, viele Millionen Thaler verloren wären, und sprach die Erwartung aus, daß die bevorstehende Reichstagsession „über gewisse Finanzoperationen einige Klarheit“ gewinnen lassen werde. Die gewünschte „Klarheit“ gab die Regierung nothgedrungen selber, indem sie um Erlaubniß nachsuchte, die fragwürdigen Prioritäten, welche gesetzlich zum 1. Juli 1876 abgeladen werden sollten, welche aber schon seit längerer Zeit „schwer verkäuflich“ seien, und deren Realisation nicht ohne „erhebliche Verluste“ geschehen könne, noch vier Jahre länger, bis zum 1. Juli 1880, behalten zu dürfen. Am 9. und

10. November 1875 fand die erste Verathung der Vorlage statt, und nun geschah das Unerhörte! Auch Bamberger und Eugen Richter traten als „Verleumder“ auf! Bamberger sprach: Es war überhaupt ein Fehler, die Prioritäten zuzulassen (er selber hatte mit Miquel sie empfohlen!); ein noch größerer Fehler war, sie so massenhaft anzukaufen; es scheine ihm, als sei man in dem Wunsche, hohe Zinsen zu erzielen, zu weit gegangen. Bamberger verleugnete also plötzlich sein Recept, das ihm die Herren Delbrück, Michaelis und Camphausen abgelauscht hatten! Eugen Richter behauptete, die Belegung der Fonds sei in viel zu kurzer Zeit geschehen, der übereilte Ankauf falle wunderbarer Weise gerade in die Zeit unmittelbar nach dem großen Krach, wo Alle viel lieber verkauften als kauften, und der massenhafte Ankauf von ungarantirten Prioritäten stehe in offenbarem Widerspruch zu den Grundsätzen, welche er bei Verathung des Gesetzes ausgesprochen, daß nämlich die Gelder so viel als möglich in Staatspapieren angelegt werden sollten, daß die Regierung sich nicht durch Vortheile an Zinsen von dieser Richtung ablenken lassen möge. So ungebührlich „verleumdete“ Herr Richter die Regierung, indem er zugleich die Verantwortlichkeit für die Verirrungen der Herren Delbrück, Michaelis und Camphausen dem Reichskanzler aufzubürden suchte, aber nachdem er solche scharfe Kritik geübt, leistete er das unglaubliche Kunststück, in derselben Rede die „liberalen“ Regierungsmänner wieder rein zu waschen, und sie gegen jede „üble Nachrede“ zu verwahren. „Ich erkläre das Verfahren einfach daraus, daß die Regierung ihrer praktischen Kenntniß der Börsenverhältnisse mehr vertraut hat, als den Grundsätzen, von welchen sich der Reichstag im Jahre 1873 bei Verathung des Gesetzes hat leiten lassen. Man hielt diese Grundsätze für mehr oder weniger altfränkisch, und zog sie nicht in dem Maße, wie sie es verdienten, in Betracht.“

Die Errichtung eines Fonds von 187 Millionen Thaler zum Besten der invaliden Soldaten, welche das neue Deutsche Reich aufrichten halfen, zur Unterstützung der Hinterbliebenen jener Braven, welche die Einheit Deutschland's mit ihrem Leben bezahlt haben, entsprang einer großherzigen Idee des Kaisers und seiner bewährten Berather, und war eine echt nationale That. Die Börsenliberalen konnten sich zuerst eben so wenig mit dem In-

validenfonds wie mit dem Reichskriegsschatz befreunden; sie fürchteten für die „constitutionellen“ Freiheiten, wenn man in den Händen der Regierung solch' riesige Summen belasse, und sie eiferten gegen die „unproductive“ Anlage derselben. Alles, was nicht zum Gegenstande des Schachers gemacht werden kann, gilt diesen Leuten für „unproductiv“. Das Einfachste und Zweckmäßigste wäre gewesen, das Reich zum alleinigen Schuldner des Invalidenfonds zu machen, aus demselben eine wirkliche Reichsbank für Handel und Gewerbe, und daneben eine Reichs-Hypothekenbank im Interesse des Grundbesitzes zu fundiren, den Rest zu productiven Anleihen für Staatseisenbahnen, für das Telegraphenwesen u. zu verwenden. Dadurch wäre der Fonds allen Börsenoperationen entrückt gewesen, hätte er keine „Reichs-Banquiers“, die mit ihm handeln, nöthig gehabt. Aber eben um der Großfinanz willen, erhielt er die Bestimmung, sich „selber aufzuzehren“, und es wurde eine neue „Effectenbank“ gegründet. Nach dem ursprünglichen Gesekzentwurf sollten für den Invalidenfonds erworben werden: Schuldverschreibungen, garantirt vom Reiche oder den Bundesstaaten, von Provinzen, Kreisen und Gemeinden, ferner Eisenbahn-Prioritäten und Pfandbriefe. Gegen die Anlage in Pfandbriefen traten sofort Laszler und Eugen Richter auf. Der tugendhafte Laszler, der sich so gern als Gönner der Landwirths gerirt, verlangte im Interesse derselben die Streichung der landschaftlichen Papiere: der Grundbesitz lebe besser „ohne bereiten Credit“. Desgleichen versicherte Richter, die Aufnahme der Pfandbriefe würde nur zur größeren Verschuldung des Groß-Grundbesitzes führen. Später äußerte er einmal: „Pfandbriefe sind nicht Papiere der Provinzen, sondern sie kommen nur dem großen Grundbesitz im Osten zu gute.“ Der biedere Volkstribun wußte nicht, oder wollte nicht wissen, daß gerade im Osten, z. B. in Ost- und Westpreußen, auch der kleine bäuerliche Grundbesitz von den Landschaften mit Pfandbriefen beliehen wird. Dagegen plaidirte Laszler für die communalen Anleihen und meldete sofort Berlin an, welches 10 Millionen Thaler zur Gründung seiner Canalisation brauchen könne. Grumbrecht, ein querköpfiger, doch ehrlicher Nationalliberaler, wollte die Pfandbriefe, aber auch die Eisenbahn-Prioritäten gestrichen haben. Für die letzteren kämpften Arm in Arm Delbrück, Miquel und Bamberger. Miquel, Mit-

inhaber der Discontogesellschaft, deren Schränke mit Eisenbahn-Prioritäten vollgestopft waren, ließ sich etwa so vernehmen: Ein Privatmann sagt sich, wenn Du gute Prioritäten kaufst, kannst Du daran nicht gar viel verlieren; der Cours schwankt wohl ein wenig, aber nicht erheblich. „Es ist bei Prioritäts-Obligationen kaum möglich, irgend einen Mißbrauch zu treiben, irgend eine Begünstigung eintreten zu lassen.“ So sprach Miquél, während die Discontogesellschaft mit riesigen Posten von Hannover-Altenbecken, Magdeburg-Halberstadt, Cöln-Minden u. bereits unterwegs war, und wahrscheinlich à conto derselben von Camphausen drei Millionen Thaler gepumpt hatte. Bamberger bat, sich nicht das „vortrefflich geeignete Feld“ der Prioritäten zu verschließen; und Delbrück, für den Bamberger in allen Dingen ein Orakel zu sein scheint, schloß sich dieser Bitte an und gab seiner Sehnsucht nach Prioritäten folgenden denkwürdigen Ausdruck: „Ich kann nur bestätigen, daß diese Papiere leichter an der Börse zu placiren sind, wie die große Zahl der Staatsanleihen selbst.“ Worauf sich Miquél noch einmal vor das Haus stellte, und die hohe wirthschaftliche Aufgabe des Invalidenfonds, aber auch die Vortrefflichkeit der Eisenbahn-Prioritäten rühmte. Nicht im Interesse von Eisenbahn-Gesellschaften, sondern im Interesse des Invalidenfonds müßten die Prioritäten angekauft werden, versicherte er. Bamberger hätte am liebsten aus den Reichsfonds ein reines flottes Bankgeschäft gemacht; er empfahl in erster Reihe den umfangreichen Ankauf von Wechseln auf das Ausland. Sodann rieth er zu ausländischen Staatspapieren, und fand lebhafteste Zustimmung bei Herrn Camphausen, der um eine „größere Auswahl von Papieren“ sehr in Sorge war.

Den Ausschlag gaben natürlich Bamberger und Miquél, Lasker und Eugen Richter. Die Pfandbriefe, das solideste Anlagepapier der Welt, die sich sicherer als alle Staatsschuldscheine erwiesen haben und die Kriege von 1795 bis 1815 ohne Creditbruch überdauerten — wurden völlig ausgeschlossen. Ihr Cours ist ein so stetiger, daß die Börse an ihnen zu wenig verdienen kann; indeß sind gerade landschaftliche Pfandbriefe seit dem großen Krach bedeutend gestiegen, und die Reichsfonds hätten an ihnen fast eben so viele Millionen Thaler profitiren können, als sie an den Miquél'schen Prioritäten und an den ausländischen Fonds

von Bamberger eingekauft haben. Definitiv zugelassen wurden nur Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten, Rentenbriefe und Schuldverschreibungen kommunaler Corporationen. Von den letzteren erwarb der Invalidenfonds 156½ Millionen Mark. Davon kommen auf 90 Städte rund 130 und auf 49 Kreiscorporationen rund 26 Millionen Mark. Die Städte sind also sehr begünstigt, und unter ihnen fällt der Löwenantheil wieder den Großstädten zu, wie Berlin, Breslau, Köln, Danzig, Königsberg, Mannheim, München, Stuttgart. Viele Gemeinden wurden zurückgewiesen, weil man das Geld für die ausgeschlossenen Prioritäten brauchte. Die Rentenbriefe blieben eine bloße Decoration; von diesen Papieren, die an Sicherheit den Pfandbriefen gleichstehen, ist nie Eine Mark erworben. Von der definitiven Aufnahme waren die Prioritäten ausgeschlossen, aber Bamberger brachte sie durch eine Hinterthür, Amendement genannt, wieder hinein; er schuf den § 3 des Gesetzes vom 23. Mai 1873, auf welchem die Vergründung des Invalidenfonds beruht, und der also lautet: „Für die Zeit bis zum 1. Juli 1876 kann die Anlage auch erfolgen in Schuldverschreibungen anderer Staaten, in Schatzanweisungen des Reichs oder eines Bundesstaats, in Gewährung von Lombarddarlehen auf Effecten, in inländischen oder ausländischen Wechseln ersten Ranges und in Prioritäts-Obligationen Deutscher Eisenbahngesellschaften.“ Nach dem Sinn und Wortlaut dieses Paragraphen, dessen Tragweite Eugen Richter noch ausdrücklich feststellte, waren Prioritäten also nur als einstweilige Anlage, mit kurz bemessener Frist und in letzter Reihe, erlaubt. Was thaten nun aber Herr Delbrück und Genossen? Von den 561 Millionen Mark, welche für den Invalidenfonds anzulegen waren, erwarben sie an definitiv zugelassenen Effecten nur rund 209 Millionen Mark, dagegen von den provisorisch erlaubten Papieren rund 352 Millionen Mark. Von den erst in letzter Reihe zulässigen Eisenbahn-Prioritäten erwarben sie 272 Millionen Mark, darunter 206½ Mill. Mark ungarantirte. Mit besonderer Vorliebe wählten sie Prioritäten von Strausberg'schen Bahnen, welche Herr Lasker soeben, als schwindelhaft belastet und als unsolid hergestellt, „gebrandmarkt“ hatte. Obwohl zur Belegung des Fonds bis 1. Juli 1875 Zeit gelassen war, hatten Delbrück und Genossen doch so große Eile,

daß sie bereits am 1. October 1873 mit dem ganzen Geschäft fertig waren! Ja, sie hatten große Posten von ungarantirten Prioritäten bereits mehrere Monate früher gekauft, ehe noch das Gesetz vom 23. Mai 1873 ergangen war!! Das Allerschönste aber ist, daß sie, wie später der Abg. v. Ludwig feststellte, gar nicht einmal befugt waren, die Anlagen zu machen, sondern das Gesetz übertrug dieses Mandat der Verwaltung des Invalidenfonds, einer Behörde, die erst gebildet werden sollte!!! Als dieselbe in Thätigkeit trat, fand sie die Unsumme der ungarantirten Prioritäten schon vor, und sie hat davon bis Anfang 1879 kaum ein Drittel los werden können. In derselben Weise wurden auch die beiden andern Reichsfonds vergründet: dem mit ca. 260 Millionen Mark ausgestatteten Festungsbaufonds lud man 104 1/2 Millionen Mark, dem mit ca. 28 Millionen Mark dotirten Fonds zur Errichtung des Reichstagsbaues lud man fast die ganze Summe in ungarantirten Prioritäten auf, darunter wieder riesige Posten von Straußberg'schen Bahnen. Für die zusammen mit ca. 850 Millionen Mark ausgestatteten drei Reichsfonds sind im Ganzen ca. 311 Millionen Mark ungarantirte Prioritäten angekauft worden, und Anfang 1879 hatten sie noch für mehr als 228 Millionen Mark auf dem Halbe. Nie und nirgend sind Staatsgelder in solch unverantwortlicher, geradezu frivoler Weise „angelegt“, das will hier sagen, festgelegt worden.

Anstatt nach Vorschrift des Gesetzes zunächst die Verwaltung des Invalidenfonds zu bilden, und dieser Behörde den Ankauf der Effecten zu überlassen, fing Herr Delbrück, damit die „Reichsbanquiers“ nicht zu kurz kämen, mit dem umgekehrten Ende an; er ließ vor allen Dingen die Effecten ankaufen, und ersparte so der neuen Behörde Kopfzerbrechen und Mühe. Von den 311 Millionen Mark ungarantirten Prioritäten konnte die Verwaltung des Invalidenfonds selber nur noch 3 Millionen Mark erwerben, was sie übrigens auch besser unterlassen hätte! 4 Millionen Mark wurden durch die Deutsche Bank des Vetter Delbrück, und der ungeheure Rest durch Vermittelung der Seehandlung angekauft. Die Seehandlung war die artige Coullisse, hinter welcher die mit ihr verbündeten „Reichs-Banquiers“, namentlich Bleichröder, Discoutogesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft u. standen, das Feigenblatt, mit welchem sie ihre Coursgewinne bedeckten. An-

statt marktgängige Effecten zu kaufen, war die Seehandlung so gefällig, den Reichsbanquiers ganze Serien noch unbegebener Prioritäten abzunehmen, wahre Ladenhüter, welche nach dem Krach an der Börse keine Aufnahme mehr fanden. So bezog die Seehandlung die achte Prioritäten-Serie der Bergisch-Märkischen Bahn mit 90 Millionen Mark, Serien der Cöln-Mindener und der Magdeburg-Halberstädter Bahn mit 97 Millionen Mark, in Summa 187 Millionen Mark, die an der Börse noch gar keinen Cours hatten. Von der Magdeburg-Halberstädter und Hannover-Altenbedener Gesellschaft kaufte sie 96½ Millionen Mark, von der Bergisch-Märkischen 93 Millionen Mark, von der Cöln-Mindener 46 Millionen Mark, zusammen von 4 Eisenbahngesellschaften 235½ Millionen Mark ungarantirte Prioritäten. Von der schwindelhaft belasteten Hannover-Altenbedener Bahn der Herren Straußberg-v. Bemmigen erwarb die Seehandlung 12 Mill. Mark Prioritäten, deren Sicherheit höchst fragwürdig ist; ja sie erwarb Prioritäten von noch nicht fertigen Bahnen und sogar von Bahnen, deren Bau später aufgegeben wurde! Für die ungarantirten Prioritäten zahlte sie durchschnittlich einen Cours von 99½, während zu derselben Zeit garantirte Prioritäten zu 98 angeschafft wurden, und angesehenen Eisenbahngesellschaften später Prioritäten zum Course von 94½ auflegten. Hätte die Verwaltung des Invalidenfonds von den betreffenden Gesellschaften direct gekauft, würde sie nicht nur eine schöne Summe an Provisionen erspart, sondern auch die Effecten vielleicht 10 Proc. billiger haben erwerben können. Die Discontogesellschaft, die als Hauptlieferantin gilt, soll an ihrer Waare ca. 6 Proc. verdient haben. In ihrem Geschäftsbericht pro 1873, woselbst sie auch den Prioritätenhandel erwähnt, berechnete sie einen Reingewinn von 7 Millionen Thaler, und für die vier Geschäftsinhaber, darunter Herr Miquel, 519 000 Thaler. Ist es nicht geradezu niederträchtig, daß die „Reichs-Banquiers“ auf Kosten des Invalidenfonds gemästet wurden?!

Als die „invaliden“ Fonds 1875/76 vor dem Reichstag standen, betonte Eugen Richter, daß ein Theil der ungarantirten Prioritäten 10 bis 13 Procent am Course eingebüßt hätten und thatsächlich unverkäuflich wären, schätzte Freiherr v. Schorlemer-Mst den bilanzmäßigen Verlust auf 18½ Millionen Mark.

Andere berechneten, daß dem Reiche durch den überstürzten Ankauf ein Schaden von ca. 55 Millionen Mark erwachsen ist. Von den ausländischen Fonds, welche Bamberger empfahlen, sanken Russisch-Englische Anleihe, die zum Course von 94 angeschafft waren, später bis etwa 75! Hätte man den Ankauf der Effecten der dazu allein befugten Behörde, der Verwaltung des Invalidenfonds überlassen, würde diese während der fortschreitenden Baiffe Alles weit billiger erstanden, weit mehr am Course erspart haben, als Delbrück und Genossen an Zinsen gewonnen haben wollen. Delbrück und Genossen mußten sich selber sagen, daß sie eine solche Unmasse von Prioritäten unmöglich bis zu dem festgesetzten Termin, dem 1. Juli 1876, ohne riesige Verluste, wieder los werden konnten; sie umgingen das Gesetz mit vollem Bewußtsein und mit voller Absicht. Eugen Richter deutete an, sie hätten sich wohl selber in einer „Zwangslage“ befunden, und diese „Zwangslage“ kann nur der Discontogesellschaft gegenüber bestanden haben, welcher die Seehandlung 3 Millionen Thaler ohne Unterpfand geliehen hatte. Das Centrum beantragte ein Tadelsvotum, doch in der mildesten Form. Da schwenkten die Conservativen, welche die Belegung der Reichsfonds gleichfalls mißbilligend beurtheilt hatten, plötzlich ab, und Freiherr v. Malzbahn-Gülz erklärte: Wenn die Regierung auch „einen Theil der Schuld an dem entstandenen Mißverständnisse (!) mitträgt“, kann meine Partei doch nicht anerkennen, daß sie ihre Befugnisse überschritten hat; wir werden daher gegen die Resolution des Centrums stimmen. Zum Dank dafür fiel Eugen Richter sofort über Herrn v. Malzbahn her, und machte ihn für die „Verleumdungen“ der agrarischen Presse verantwortlich. Einen ähnlichen Ausfall erlaubte er sich am 18. December 1875, wo er bei Berathung des Budgets äußerte: Zum neuen Jahre wünsche ich, daß der conservativen Partei ein so frischer, fröhlicher, freier und mit den Thatfachen so gänzlich unbekannter Vorkämpfer, wie Herr v. Minnigerode, noch lange erhalten bleibe! Der Rückzug der Conservativen in Sachen der „invaliden“ Fonds war die Ursache, daß zwischen ihnen und dem Centrum eine jahrelange Entfremdung eintrat und die Börsenliberalen wieder Oberwasser bekamen. Hätten die Conservativen sich damals mit dem Centrum verständigt, dann wäre der Bankerott des Nationalliberalismus schon

ein paar Jahre früher ausgebrochen. Bei der Debatte über den Preussischen Provinzial-Dotationsfonds, welchen Herr Camphausen mit $3\frac{1}{2}$ Millionen Thaler Strausberg'scher Prioritäten ebenfalls invalidirt hatte, ertheilten ihm die Börsenliberalen sogar ein förmliches Vertrauensvotum, und als Herr v. Below-Saleste sich, Namens der Conservativen, dagegen aussprach, schlug Eugen Richter einen neuen Scandal und beleidigte die Agrarier in der gröblichsten Weise, ohne daß Einer von ihnen ihm die verdiente Büchtigung zu Theil werden ließ. Dem Centrum gegenüber weiß Herr Richter mehr Artigkeit zu beobachten; er ist mit durch die Gnade des Centrums in den Reichstag gewählt, aber die „Germania“ bedeutete ihn bereits, er möge sich künftighin nur nach einem andern Wahlkreis umsehen.

Nach dem Antrage der Regierung genehmigte der Reichstag, daß die Eisenbahn-Prioritäten dem Invalidenfonds bis zum 1. Juli 1880 belassen werden durften, aber wie vorausszusehen, war diese Frist ungenügend und sie mußte neuerdings bis zum 1. Juli 1885 verlängert werden. Auch dann wird ein großer Theil der ungarantirten Prioritäten noch unverkäuflich oder doch nur mit großen Opfern los zu werden sein; wiederum wird der Termin hinausgeschoben werden müssen, und die „National-Zeitung“ gedachte dieser Eventualität bereits mit aller Gemüthsruhe. Wieviel verloren ist an den Prioritäten, die man bisher zu verkaufen genöthigt war, wird die Bilanz erweisen, welche die Reichsschulden-Commission eigentlich schon 1879 aufstellen sollte, aber, wahrscheinlich in Erwartung besserer Zeiten, bis 1880 hinausgeschoben hat. Selbstverständlich verkauft man einstweilen die besseren Prioritäten und hält mit den schlechteren zurück. Der Invalidenfonds gebietet über so große Mittel, daß er noch lange nicht in Verlegenheit kommt; wohl aber verzehrt sich rasch der Festungsbaufonds. Diesem hat man von den ursprünglich überwiesenen Prioritäten mit $104\frac{1}{2}$ Millionen Mark, ca. 45 Millionen Mark abgenommen, welche wahrscheinlich zum Theil dem Fonds für Errichtung des Reichstagspalastes aufgeladen sind; denn dieser ist gleich dem Festungsbaufonds gegen solchen Ballast gesetzlich nicht geschützt. Der Parlamentsbaufonds war bereits seinem ganzen Umfange nach mit 28 Mill. Mark Prioritäten festgelegt. Anfang 1879 besaß er noch $23\frac{1}{2}$ Mill. Mark, darunter $11\frac{1}{2}$ Mill. Mark Strausberg'sche,

nämlich Berlin-Görlitzer. Wie er sich von diesen befreien soll, ist nicht abzusehen, und wenn der Bau wirklich in Angriff genommen wird, dürfte wohl nichts Anderes übrig bleiben, als daß der Staat die Bahn ankauft und so, um vor der Welt den erlittenen Schaden zu verbergen, denselben verdoppelt. Zu diesem heroischen Mittel hat Preußen bereits einmal greifen müssen. Wegen der dem Provinzial-Dotations-Fonds vom Minister Camphausen, im Einverständnisse mit den Herren Lasfer und Friedenthal, aufgeladenen Halle-Sorau-Gubener, welche die Provinzial-Landtage nur unter Vorbehalt des Regresses annahmen, welche selbst Herzog Ujest, der Mitgründer der Bahn, mit Abscheu zurückwies, und deren Verzinsung in Gefahr kam, mußte die Regierung für Halle-Sorau-Guben eine Zinsgarantie von fast 10 Millionen Thaler übernehmen, wodurch auch wieder die „Reichs-Banquiers“, nämlich Discontogesellschaft und Berliner Handelsgesellschaft gewissermaßen eine Art von Staats-Subvention erfuhren, insofern diese beiden Bankhäuser 1,600 000 Thaler jener anrückigen Prioritäten bei der Seehandlung lombardirt hatten, und davon außerdem noch große Posten in ihren Schränken bewahrten. Nach Begründung der Reichsfonds ließen die „Reichs-Banquiers“ plötzlich die Idee der Reichs-Eisenbahnen colportiren, da sie noch starke Vorräthe von Eisenbahn-Actien und Eisenbahn-Prioritäten auf Lager haben; und als das Reichs-Eisenbahn-Project scheiterte, ward das Staats-eisenbahn-Princip auf's Tapet gebracht. Wie die Blätter meldeten, schweben jetzt Unterhandlungen auf Uebernahme durch den Staat zwischen der Preussischen Regierung und namentlich denjenigen Bahnen, deren Prioritäten die Reichsfonds bedrücken, z. B. mit der Bergisch-Märkischen, mit der Magdeburg-Halberstädter, und natürlich auch mit der bodenlos vergründeten Hannover-Münchener der Herren Straußberg und v. Bennigsen. In Folge dieser Unterhandlungen und der Aussicht auf Schutzzölle sind Eisenbahn-Actien und Eisenbahn-Prioritäten seit Neujahr 1879 in Sprüngen hinaufgegangen, sind auch die ominösen Prioritäten gestiegen, welche in den Reichsfonds lagern und zur Zeit fast ebenso hoch notiren als da sie angekauft wurden, welche aber selbstverständlich in solcher Unmasse nach wie vor unverkäuflich sind. Daß die Eisenbahnen, gleich dem Post- und Telegraphenwesen, auf den Staat resp. auf das Reich übergehen müssen, be-

darf keiner Erörterung, und ist ja nur noch eine Frage der Zeit, aber im Interesse der Staatskasse sollte man sich mit dem Ankauf nicht beeilen, und namentlich hätte man durch die Schutz-zoll-Bewegung die Börse nicht zu einer neuen Hauffe ermutigen, die Course nicht allgemein in die Höhe treiben helfen sollen.

Gestützt auf die actenmäßige Geschichte unserer Münz- und Bankverfassung und der „invaliden“ Fonds, darf nun wohl gefragt werden: Worin bestanden denn eigentlich die „schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer“, deren sich die „Aera-Artikel“ in der „Kreuzzeitung“ schuldig gemacht haben sollen? Waren sie wirklich „ohne den leisesten Anhalt“? Haben sie namentlich in Betreff der börsenliberalen Minister Camphausen und Delbrück zuviel behauptet? Ist die Finanz- und Wirthschafts-Politik des Neuen Deutschen Reiches bisher nicht thatsächlich „Banquier-Politik“ gewesen, „Politik von und für Banquiers“? Und haben sich die wirthschaftlichen „Freiheiten“, die Actien-, Münz- und Bankfreiheit, nicht in der That als bloße Börsen-Freiheiten, als lauter „Judenprivilegien“ erwiesen?? — Die „Aera-Artikel“ leiden nur an dem Mangel, daß sie das Beweismaterial nicht erschöpfend und nicht in überzeugender Form beibringen. Und sie begehen den groben Fehler, daß sie den Fürsten Bismarck persönlich mit verdächtigen, und dafür die Discontogesellschaft und Herrn Miquel gänzlich aus dem Spiel lassen. Wahrscheinlich geschah dies auf Veranlassung des Redacteurs der „Kreuzzeitung“, des Herrn v. Nathusius, dessen Oheim, Geh. Oberfinanzrath Scheele, als Präsident des Verwaltungsraths der Discontogesellschaft fungirte. Um des Dunkels Scheele willen, eines Hauptagenten der Discontogesellschaft, mußte das regierende Bankhaus geschont, mußte Herr Miquel sogar vertheidigt und gerechtfertigt werden. Als Miquel wegen der „invaliden“ Fonds in's Gedränge gerieth, schrieb die „Kreuzzeitung“ zur hohen Freude der börsenliberalen Presse: „Wir, seine politischen Gegner, werden auch in Zukunft den politischen Gegner zu treffen suchen, wo immer der Kampf entbrennt, werden aber, wie bisher,

einen Mann nicht persönlich angreifen, von dem wir auf das Bestimmteste zu wissen glauben, daß seine Ziele nur politische sind.“ Gut gebrüllt, „Kreuzzeitungs“-Löwe!

Als am 5. Februar 1876 der Abg. v. Ludwig im Reichstag die öffentliche Anklage gegen den Gründer Miquel erhob, stellte sich dieser vor das Haus und sprach im Tone gekränkter Unschuld: „Ich für mein Theil habe für mich selber nie Geschäfte gemacht, weder Gesellschaften gegründet noch anderes. Wo ich gehandelt habe, habe ich gehandelt als Director der Discontogesellschaft, meiner Pflicht entsprechend.“ Ei, ei, Herr Miquel, das ist eine lasterhafte Unwahrheit! Bei Gründung der Provinzial-Discontogesellschaft zeichneten Sie für Ihre eigene Person 25 000 Thaler, und da diese famosen Actien mit 120 bis 131 an die Börse kamen, haben Sie hier mit Einem Federzuge 5000 bis 7750 Thaler verdient! Ebenso zeichneten Sie bei Gründung der Rumänischen Eisenbahngesellschaft für sich selber 100 000 Thaler, und ähnliche Zeichnungen werden Sie wohl auch noch bei anderen Gründungen sich zu Gemütthe gezogen haben, was keineswegs die „Pflicht“ Ihnen gebot, sondern was bloße Privatgeschäften waren, neben der ungeheuren Lantième, die Sie als Geschäftsinhaber der vielgründenden Discontogesellschaft von 1869 bis 1873 bezogen, und die sich in diesen vier Jahren für Sie und Ihre drei Collegen auf 2,468 000 Thaler stellt; neben den Lantièmen, die Sie von der Provinzial-Discontogesellschaft und wahrscheinlich noch von anderen Gesellschaften, in Ihrer Eigenschaft als „Aufsichtsrath“ erhielten! Für den verleumdeten Miquel rief der sittenstrenge Lasker den Beistand des Centrums an, und Herr Windthorst desavouirte denn auch den Abg. v. Ludwig in aller Form. Desgleichen desavouirten Freiherr v. Schorlemer und Advocat Bachem aus Köln Herrn v. Ludwig, als dieser immer wieder gegen die parlamentarischen Gründer und gegen den Gründer-töchter Lasker lösging. Diese demonstrativen Mißbilligungen waren um so auffälliger, als Freiherr v. Schorlemer den Feldzug gegen die „invaliden“ Fonds geleitet hatte, und Windthorst den Börsenliberalen am 2. März 1876 im Abgeordnetenhaufe zurief: „Die Herren scheinen so sehr innig und fest mit dem Kapital und seinen Instituten in Verbindung zu stehen, daß jede leise Kritik sie in furchtbare Erregung setzt.“ Jene wunderbaren Ver-

leugnungen des Herrn v. Ludwig geschahen angeblich aus Politik; man glaubte die Gründer Miquel und v. Bennigsen, dazu Lascherleben, schonen zu müssen, weil dieselben sich privatim als Gegner des „Kulturkampfes“ gerirt hatten. Aber diese zarte Rücksichtnahme der Herren Windthorst, v. Schorlemer und Bachem hat dem Centrum, wie bekannt, gar nichts genützt, wohl aber viele Freunde desselben stutzig gemacht, und die öffentliche Meinung irre geführt. Auch erfreut sich Herr v. Ludwig nach wie vor der Sympathien des Centrums, denn die übergroße Mehrzahl ist entschieden gründerfeindlich, und die Gründerfrage darf unter keinen Umständen als bloße Parteifrage behandelt werden.

Vermuthlich denkt Fürst Bismarck über die, wie er damals meinte, schändlich und lügenhaft verleumdeten Minister Delbrück und Camphausen auch bereits anders. Aufgefallen ist es, daß er in seinen Reden den verbrecherischen Börsen- und Gründungs-schwindel stets nur gestreift, nie als die eigentliche Ursache der schrecklichen Krisis anerkannt hat. Das mußte selbst ein so loyales Blatt, wie die „Schlesische Zeitung“ rügen, und das tadelte unverblümt sogar die „liberale“, „Magdeburgische Zeitung“, als der Reichskanzler für das Darniederliegen der Geschäfte die „socialdemokratischen Umtriebe“ verantwortlich machte. Auch Fürst Bismarck verwechselt hier die Wirkung mit der Ursache. Er war schwer und mit Recht gereizt durch die Insinuation, als spiele er mit den „Reichs-Banquiers“ unter Einer Decke, als habe er sich von den Gründern irgendwie „betheiligen“ lassen. Wie strenge der Fürst über Gründungen und Erste Zeichnungen denkt, hat er durch die schonungslose Verfolgung Derjenigen bewiesen, die da bloß behaupteten, sein Banquier Bleichröder habe für ihn in Actien der Preuß. Central-Boden-Credit-Actiengesellschaft speculirt, in diesem Papier Differenzgeschäfte gemacht. Dies hätte, nach der Aussage Bleichröder's, sehr wohl geschehen können, ohne des Fürsten Willen und Wissen, und würde auch im andern Falle kaum etwas Unehrenhaftes sein. Aber der Reichskanzler nahm es als einen Rostfleck auf seinem Wappenschild, und wollte ihn durch den Staatsanwalt entfernt wissen. In seiner amtlichen Stellung beweist der Reichskanzler ohne Frage große Uneigennützigkeit, da es ihm ein Leichtes sein würde, sich sein Gehalt verdoppeln und verdreifachen zu lassen, wie es einst Hardenberg gethan hat.

Statt dessen begnügt sich Bismarck mit demselben Gehalt, welches die von ihm geschaffenen Duodez-Minister und die unter ihm arbeitenden Staats-Secretaire beziehen, nur daß er für die ihm zur Last fallenden großen Repräsentations-Unkosten eine Entschädigung erhält. Wenn die Herren v. Wedemeyer, v. Dieft, Perrot, Rudolf Meyer gegen Bismarck in solcher Weise auftraten, so meinten sie wohl im öffentlichen Interesse zu handeln, ja sie behaupteten, auch dem Fürsten durch ihre Publikationen einen Dienst erweisen, ihn von Bleichröder und Consorten trennen zu wollen; aber der Sache selber haben sie keinen Gefallen gethan, im Gegentheil die Bewegung gegen die Gründer gelähmt und abgelenkt. Denn nun kamen alle die parlamentarischen Gründer, faßten den Fürsten unter den Arm und sprachen: Siehst Du, Du wirst jetzt ebenso verleumdet wie wir es sind; und auch Bismarck begann sich über die allgemeine „Verleumdung“ zu ereifern.

Die Gründer Gerson Bleichröder, Adolf Hansemann, F. W. Krause, J. A. W. Carstenn u. wurden in den Adelsstand erhoben. Der Segen, den ihre colossalen Gründungen gebracht haben, ist bekannt. Was ihre sonstigen Verdienste betrifft, so legten Bleichröder und Hansemann die Französischen Anleihen von 1871 und 1872 in Deutschland auf, welche dazu dienten, daß Frankreich seine Schuld an uns in so unheilvoll beschleunigtem Tempo abtragen konnte, und welche auch in Deutschland so rasend überzeichnet wurden. Am 2. Juni 1878 wurde der Deutsche Kaiser von einem Menschen semitischer Abkunft mit Hasenschart nieder geschossen. Auf der Rampe vor dem kaiserlichen Palais harrten schmerz erfüllt Generale und Officiere der weiteren Nachrichten, und ringsumher stand das Volk in bangem Schweigen. Anders ein junger Herr, welcher zwei Dämchen am Arme führte, sichernd und schäfernd umherspazierte und ganz laut die bedenklichsten Witze riß. Ein Rittmeister verwies ihm sein anstößiges Betragen und forderte ihn auf, sich zu entfernen. Der Stutzer antwortete grob, daß er auch Officier sei, und präsentierte seine Karte. Es war der Reserve-Lieutenant v. Bleichröder, bei dessen Ernennung eine Anzahl Officiere des Königs-Husaren-Regiments den Abschied genommen hatten. Es war der Sohn des Mannes, den der Kaiser so außerordentlich geehrt hat. Das ist der Dank vom Hause Bleichröder!

Zu den „liberalen“ wirthschaftlichen „Freiheiten“ gehören ferner die Freizügigkeit und die Wucherfreiheit, deren Vater wieder Herr Laster ist, und die Gewerbefreiheit, welche Laster mit Miquel erzeugt hat. Die Freizügigkeit entvölkerte das platte Land und übervölkerte die Großstädte, sie entzog der Landwirthschaft die Arbeiter und verursachte hier jähe Lohnsteigerungen, während sie die Fabriken und Manufacturen mit überreichlichen, und in Folge der starken Concurrenz, billigen Arbeitskräften versorgte. Nach den Aufstellungen des Regierungsraths v. Scheel hatten von 1871 bis 1875 zugenommen: das platte Land um 0,8, die Landstädte 5,6, die Kleinstädte 10,7, die Mittelstädte 12,4, die Großstädte um 14,8 Procent. Die städtische Bevölkerung wuchs binnen 4 Jahren um 1,866 000 Seelen. Dank der Freizügigkeit, wimmelt das platte Land von Vagabunden und Bettlern, welche die Gelegenheit zu Brandstiftungen und Diebstählen benutzen, wimmeln die Großstädte von Dirnen, Strolchen, Gaunern und Verbrechern, wächst die Unsicherheit in erschrecklichem Grade. Ein vormaliger Polizeibeamter schätzt die Zahl der Verbrechermwelt Berlin's auf 30 000 Personen. In den Großstädten vermehrt sich das Proletariat reißend, schwillt das Armenbudget lawinenartig an, und das platte Land ist noch übler daran. Seine Söhne und Töchter, die es aufgezogen, wandern in die Stadt, und wenn sie dort vor dem 24. Lebensjahre, vor ununterbrochen zweijährigem Aufenthalt mittellos, arbeitsunfähig oder krank werden, schiebt man sie in die Heimat zurück, wo sie von der oft selber sehr armen Gemeinde ernährt werden müssen. Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 ist eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die Landgemeinden, und eine wahre Prämie für arbeitscheues Gesindel. Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, beabsichtigt eine Revision des Gesetzes vorzunehmen, welche die Fristen zu Gunsten der Heimatsgemeinde verkürzen soll, aber dagegen protestirte auf dem Hannover'schen Städtetage der Gründer Miquel, indem er mit lasterhafter „Ethik“ erklärte: „Eine Aenderung des Gesetzes darf vor Allem aus sittlichen Gründen das Heimatgefühl der Hilfsbedürftigen nicht aufheben.“ Wenn also die Landstreicher und Lustbirnen zum Thore hinausgeschoben werden, sollen sie mit dem Gensdarm singen: O Heimat, süße Heimat! Gegen die Laster'sche Freizügigkeit hat sich auch bereits

das Volk empört. In Berlin, Posen und andern Orten kam es zu blutigen Krawallen; einheimische Arbeiter rotteten sich zusammen, fielen über die an öffentlichen Bauten u. beschäftigten fremden Arbeiter her, „da sie hier nichts zu suchen hätten, hier keine Steuern zahlten“, und demolirten das Tagewerk derselben.

Auf Antrag des sittenstrengen Laszler erging das Gesetz über Aufhebung der Zinsbeschränkung vom 14. November 1867. Für dasselbe stimmte auch der Socialdemokrat v. Schweitzer — „aus Bosheit“, wie er sagte; er bezeichnete also die Wucherfreiheit ganz offen als ein wirksames Mittel zur Vermehrung seiner Partei. Welche Verheerungen dieselbe angerichtet hat und täglich anrichtet, kann man selbst aus den „liberalen“ Blättern erfahren. Ihre Opfer sind namentlich Landleute, Handwerker, Beamte und Officiere. Sie hat schon Tausende von Häuslern und Bauern aus dem Besitz vertrieben; sie veranlaßt alljährlich Hunderte von Subhastationen. In verschiedenen Landstrichen Deutschlands haust sie wie eine Seuche, ergreift sie allmählich die ganze Bevölkerung, z. B. auf der Bayerischen Rhön, in Oberschwaben, im Eisenacher Oberlande, in Oberschlesien, Westpreußen und Hinterpommern. Ueber die letzteren beiden Provinzen schrieb ein Justizbeamter der „National-Zeitung“, daß daselbst die Leute täglich beten: „Erlöse uns von dem Wucherer!“ „Wie die Kreuzspinnen haben die jüdischen Wucherer ihre Netze über jene armen unglücklichen Gegenden gespannt.“ Der Wucherzins beträgt fast niemals unter 100 Procent, geht aber bis über 2000 Procent; in einem aus Schwaben berichteten Falle war er auf 5468 Procent gestiegen. Es ist vorgekommen, daß ein Bauerhof um einen Wechsel fortging, auf den der Aussteller in Wirklichkeit nur 50 Mark erhalten hatte, der aber schließlich auf viele tausend Mark lautete. *) Aehnlich geht es in den großen Städten, wo die „Halsabschneider“ und „Eravattenfabrikanten“ sich nach Art des Ungeziefers vermehren. Mit einem Geschäftskapital von tausend Thaler führt solch ein Blutsauger schon ein behagliches Hauswesen; seine stän-

*) Vgl. die Schriften: „Wucherjude und Vorschußverein oder wo borgt man am besten“ und „Die Agitation im Eisenacher Oberland gegen den Wucher“, beide Berlin, 1878; sowie „Die Wucher- und Wechselfrage“ von E. Freiherr v. Thülingen-Rosbach, Berlin 1879.

digen Kunden sind Handwerker, Kleinhändler und kleine Beamte, denen er 3 bis 50 Thaler auf Tage und Wochen gegen Hunderte von Procenten leiht. Täglich liest man in den Zeitungen Offerten von Hebräern, die sich den „Herren Beamten und Officiern“ „auf Discretion“ anpreisen, gegen Wechsel und Ehrenschein leihen. Die Beamtenwelt in Berlin soll mit 4 bis 5 Millionen Mark den Wucherern verhaftet sein. Gar viele Beamte, namentlich Postbedienstete, mußten um Wucherschulden den Dienst verlassen, ließen sich zu Unterschleifen verführen, ergriffen die Flucht oder nahmen sich das Leben. Den Behörden sind ca. 200 Wechseltraubritter allein in Berlin bekannt, die nur Geschäfte mit Officiern machen. 1877 sollen aus der Armee 60 Officiere, 1878 fast 100 Officiere geschieden sein, welche die Wucherer ruinirt hatten. In letzter Zeit ereignete es sich mehrfach, daß Officiere aus den vornehmsten Geschlechtern, gepeinigt von Wucherern, plötzlich verschwanden oder ihrem Leben ein Ende machten.

Das Centrum hat wieder das Verdienst, den Feldzug gegen die Wucherfreiheit unternommen zu haben; und es ist wunderbar, daß die Conservativen auch in einer so populären Frage sich den Rang ablaufen ließen. Die Interpellation des Freiherrn v. Schorlemer führte im Abgeordnetenhaus am 26. Novbr. 1878 zu einer sehr bewegten Sitzung. Windthorst, nicht der gewiegte Rhein, sondern bloß der fortschrittliche Nette, gab seinen Unmuth kund, da er die Begriffe Wucherer und Jude nicht von einander zu unterscheiden vermochte. Schröder-Lippstadt hob den Handschuh auf, und sprach, ein alter Praktikus, zunächst von der oft sinneberückenden Schönheit der Töchter Israels, entwickelte aber dann, daß deren Väter, Männer und Brüder in Wechselfachen sehr ungemüthlich und erbarmungslos zu sein pflegen. Die Börsenliberalen konnten ihren Aerger nicht bemeistern; Dr. Dohrn aus Stettin, Gründer des in Liquidation getretenen Baltischen Lloyd, schrie: „Sind Sie mit Ihrer Judenheke denn noch nicht bald fertig?“ Justizminister Leonhardt gab die köstliche Erklärung ab, daß er die Frage, ob gegen die Wucherfreiheit einzuschreiten sei, weder bejahen noch verneinen könne. Wahrscheinlich wollte er dem Fürsten Bismarck „nicht vorgreifen“, wie die Ladenmamsell Paula Erbswürst zu sagen liebt. In Frankreich bestehen die Zinsgesetze seit 1807, trotz aller Wechsel der Regierungsformen; und auch in Elsaß-

Lothringen sind sie noch in Kraft, sodaß dort eine Frau auf Ehescheidung klagte, weil ihr Mann Wuchergeschäfte betreibe, und der Richter diesen Grund für genügend hielt, um die Ehe zu trennen. Die „National-Zeitung“, welche den Brief des Justizbeamten übernommen hatte, suchte diese Dummheit wieder gut zu machen; sie „brandmarkte“ den „agitatorischen Charakter“, die jesuitische Taktik des Centrums, dessen Bemühen es sei, „die Grundlagen unseres staatlichen Lebens zu verwüsten“. „Nach der Gründerhege die Wucherhege“, schrieb das jüdische Blatt; „je lauter Einer mitschreit, desto tugendhafter ist er, und wer zu wählerisch oder zu stolz ist, der Gemeinheit auf das Kampffeld zu folgen, der scheint verloren.“ Ja, wer eine solch' freche Sprache führt, der ist schon verloren! — In Oesterreich ist das Gesetz dem Wucher zu Leibe gegangen. Ein Jude, Namens Singer, meldete der „National-Zeitung“: „Niemand fühlt sich jetzt wohler als ein Cavalier, den sein leichtsinniges Leben finanziell ruinirt hat, als der Schuldner überhaupt und als der Revolverjournalist. Es wird Niemand einfallen, die Wucherer in Schutz zu nehmen. (!) Aber es verletzt das Rechtsgefühl, zu wissen, daß es in der Macht eines Polizei-Commissars steht, eine ganze Familie sofort von Haus und Herd zu weisen. Und das ist bei uns der Fall. Ein Mann, der Wucherezinsen zahlen mußte, denuncirt seinen Gläubiger. Dieser wird vor die Polizei gerufen, verhört und kann im nächsten Augenblick das Ausweisungsdecret bekommen. Die Volksdichter frischen bereits ihr Pathos gegen die Wucherer auf, kurzum, Wien hat eine interessante Hege mehr.“ — O, glückseliges Oesterreich! Wenn wir doch in Deutschland erst so weit wären!

Herr Reichensperger verlangte die Wiedereinführung von Zinstagen, welche Alexander Meyer und Braun-Wiesbaden natürlich als mittelalterliche Institutionen bezeichneten. Auch der freiconservative Professor Rasse aus Bonn konnte sich als „Cultorkämpfer“ mit Zinstagen nicht befreunden; nach seiner Ansicht hätte der Wucher in Folge der Creditanstalten (!) abgenommen, und ein Darlehn zu 12 Proc. wäre unter Umständen ein wahrer Freundschaftsdienst. Als Correlat zu den Zinstagen verlangte das Centrum die Beschränkung der Wechselfähigkeit, ohne welche alle Wuchergesetze umgangen werden können. In demselben Sinne haben sich auch die Agrarier ausgesprochen. Die Conservativen

des Reichstags dagegen brachten einen Gesetzentwurf ein, welcher, ohne Zinstagen auszuwerfen, und ohne den Begriff des Wuchers zweifellos festzustellen, denselben mit Geldbuße resp. mit Gefängniß bedroht. Es ist dies ein homöopathisches Mittel, das mit demselben Erfolg auch gegen Wanzen und Skorpione versucht werden könnte. Gründliche Abhilfe kann nur durch Abänderung der Wechselordnung geschehen. Wozu brauchen Bauern, Handwerker, Beamte, Officiere die Wechselfähigkeit? Nach dem Antrage Reichensperger ist dieselbe nur Kaufleuten, Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und Hilfsklassen zu belassen, auf Verlangen auch Grundbesitzern, welche gewerbliche Unternehmungen betreiben, Bergwerksbesitzern und Gewerkschaften. Die allgemeine Wechselfähigkeit, die sich bis auf Dienstboten, Weiber und Kinder erstreckt, ist wieder eine Judenfreiheit. Der Wechsel mit seinen ungeheuerlichen Machtbefugnissen und furchtbaren Wirkungen ist in Wahrheit wieder ein Judenprivileg, und die allgemeine Bereicherung der Judenchaft, ihre finanzielle und sociale Uebermacht datirt seit Einführung der Allgemeinen Deutschen Wechselordnung vom 27. November 1848.

Wucherfreiheit und Gewerbefreiheit schufen eine Armee von neuen Geschäftsleuten, die Rückkaufshändler, welche den Ankauf von alten und neuen Sachen betreiben, und dem Verkäufer freistellen, das Object binnen einer, gewöhnlich kurz bemessenen Frist und mit einem wucherischen Aufschlage zurückzunehmen. Laster ist der Vater dieser vorwiegend jüdischen Geschäftsleute, welche jetzt schon in jedem Landstädtchen sitzen. In Berlin gibt es über 1000, und wer von ihnen sich mit 60 Proc. begnügt, gilt noch gar nicht für einen Wucherer. Die Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869, die man in Anbetracht ihrer Wirkungen weit richtiger die Gewerbe-Unordnung nennen kann, gab das Geschäft der Pfandleiher im Wesentlichen frei. Wo diese nun an Zinsbeschränkungen gebunden sind, verwandelten sie sich meistens in Rückkaufshändler; wo solche Beschränkung nicht stattfindet, gibt es nur Pfandleiher, aber beide vermehren sich wie die Heuschrecken. Bis Neujahr 1873, wo Bayern mit der Gewerbe-Ordnung beglückt wurde, existirte in München noch kein Privat-Pfandleiher; 1874 zählte man bereits 60, 1875 = 78, 1876 = 104 und 1877 = 149 dieser Menschenfreunde, welche durch-

schnittlich zu 120 Proc. leihen. Nach der Gewerbe-Ordnung kann dem Pfandleiher das Gewerbe nur gelegt werden, wenn er wegen Vergehen oder Verbrechen gegen das Eigenthum, begangen aus Gewinnsucht, bestraft ist; jeder andere Verbrecher darf eine Pfandleihe eröffnen, wie solche z. B. auch von Dirnen betrieben werden, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht bestraft sind. Wird nun einem Pfandleiher das Gewerbe gelegt, so verwandelt er sich einfach in einen Rückkaufshändler, und schlägt so dem Gesetz ein Schnippchen. Unterm 3. Mai 1879 hat die Regierung endlich eine Vorlage an den Reichstag gelangen lassen, welche dem Unwesen steuern soll, Pfandleiher wie Rückkaufshändler wieder concessionspflichtig machen will.

Bekanntlich hat die Gewerbe-Ordnung auch das ärztliche „Gewerbe“ freigegeben; nur dürfen die Quackalber sich nicht „Arzt“ nennen, während es den approbirten Ärzten wieder freisteht, ihre Hilfe einfach zu versagen. Welche Unzuträglichkeiten, Mißstände, Unglücksfälle diese „Freiheiten“ herbeiführen, wie viel Menschen sie um Gesundheit und Leben bringen, wird auch zuweilen in der „liberalen“ Presse berührt. Zu welchen Inconsequenzen die Gewerbe-Ordnung führt, beweist eine Entscheidung des Preussischen Ober-Tribunals, wonach ein Mann, der geburtshilfliche Handlungen ohne Approbation vornimmt, straflos ist, während eine Frau deswegen bestraft wird! Der vorhin gedachte Gesetzentwurf will nun auch auf „naturärztlichem“ Gebiet Abhilfe schaffen, indem er den Verwaltungsbehörden in der Concessionirung von Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten etwas mehr Spielraum gewährt. Unter der Herrschaft der Gewerbe-Ordnung ist in Deutschland die Zahl der Privat-Krankenanstalten von 219 auf 366, die Zahl der Privat-Irrenanstalten von 66 auf 111 gestiegen. Von den ersteren befinden sich 76, von den letzteren 48 unter nichtärztlicher Leitung! In Preußen vermehrten sich die Privat-Entbindungsanstalten von 34 auf 184, und von diesen entbehren 180 der ärztlichen Leitung!! Welche düsteren Geheimnisse diese verschiedenen Privatanstalten umschließen, welchen Speculationen und Niederträchtigkeiten, Intriguen und Verbrechen sie Vorschub leisten, braucht nicht erst ausgeführt zu werden. In schreiendem Widerspruch zu der freigegebenen Medicinalpulscherei steht das Reichs-Impfgesetz vom 8. April 1874,

von dem das Preussische Ober-Tribunal urtheilt, daß es „sehr tief in das Recht der Eltern an ihren Kindern und in die persönliche Freiheit der Eltern selbst eingegriffen“ hat. Gegen den Impfwang liegt bereits eine reiche Literatur vor; Autoritäten der Wissenschaft haben ihn als ein gräßliches Unheil bekämpft, und namentlich Professor Germann in Leipzig hat dafür ein erdrückendes Material beigebracht. Dem „III. Hilferuf an den Hohen Deutschen Reichstag“ (Chemnitz, Januar 1878), mitunterschieden von 85 promovirten Aerzten, ist ein Verzeichniß von 1141 Fällen beigegeben, wo in Folge des überimpften Giftes, Tod, Krankheit oder Siechthum eintrat. Von 1141 unschuldigen Kindern starben in Folge der Abimpfung 127; 419 wurden von der Syphilis, die übrigen von anderen, vorwiegend ekelhaften Krankheiten überfallen. Nach einer amtlichen Mittheilung der Regierung zu Frankfurt a. O. erkrankten im Jahre 1876 zu Lebus von 26 zwölfjährigen Schulmädchen, die sich der Wiederimpfung unterziehen mußten, 18 an der Syphilis, von denen 15 in das öffentliche Krankenhaus kamen, wo sie auf höhere Weisung unentgeltlich behandelt wurden. Solche Massen-Ansteckungen durch Ueberimpfung sind auch aus anderen Orten, z. B. aus Budau constatirt.

Unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit ist die Zahl der Gast- und Schankwirthschaften in Preußen von 1870 bis incl. 1876 um 31 Procent, in gewissen Industriebezirken um 57 bis 140 Procent gestiegen. Im ganzen Reiche vermehrten sich in dieser Periode die Wirthschaften von rund 188 000 auf rund 255 000, also etwa um 67 000. Mit dieser Vermehrung wuchs auch das Laster der Trunksucht, und diese ist, wie die Acten der Gerichte ergeben, die Mutter der meisten Vergehen und Verbrechen. Die Verurtheilten gehören überwiegend dem mittellosen Stande an, und der Staat trägt demnach die enormen Kosten der Untersuchung und der Verpflegung in den Strafanstalten. Gegen die Einführung der Mäßigkeitsvereine haben, neben den jüdischen Schänkern, auch die „Liberalen“ stark agitirt und die Geistlichkeit beschuldigt, durch diese Vereine das Volk unter seine Herrschaft bringen zu wollen. Der Entwurf zur Gewerbe-Ordnung machte die Concessionirung der Wirthschaften von der Frage des Bedürfnisses abhängig, aber die „Liberalen“ fürchteten für die „constitutionellen“ „Freiheiten“, wollten der Polizei aus politischen

Gründen nicht solche Gewalt belassen, und beschränkten die Prüfung des Bedürfnisses auf die „Erlaubniß zum Ausschänken von Branntwein und den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus“. Wie in Betreff der Pfandleiher, so gibt die Gewerbe=Ordnung auch in Betreff der Branntweinschänker gewissermaßen einen Fingerzeig zur Umgehung des Gesetzes. Wer die Concession zu einem Branntweinschank nicht erhielt oder nicht nachzusuchen wagte, etablirte sich als Gastwirth, was ihm nur höchst selten verwehrt werden konnte, und in Folge dessen haben sich in Preußen die Schankstätten namentlich unter der Firma „Gastwirthschaft“ vermehrt; aber die Wirkung ist natürlich dieselbe. Als Laster und Miquel sahen, was sie angerichtet hatten, schrieen sie „Samiel hilf!“ und forderten die Regierung auf, dem für die concessionirenden Behörden „geradezu unwürdigen Zustand“ ein Ende zu machen. Die mehrerwähnte Vorlage unterwirft denn auch die „Gastwirthschaften“ der Bedürfnisfrage, aber die in social= wie finanzpolitischer Hinsicht einzig richtige Maßregel ist eine hohe Besteuerung der Schankstätten.

Früchte der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit sind das Ueberwuchern und die Ausartung des Hausirhandels, die schwindelhaften Waaren=Auctionen, welche sogar im Umherziehen betrieben werden, und die vielberufenen Wanderlager, welche heute jedes Städtchen und Dorf unsicher machen. Hausirhandel, Waaren=Versteigerungen und Wanderlager, zumeist wieder in jüdischen Händen befindlich, schädigen und ruiniren das solide Geschäft, und beuten die niederen Volksklassen, denen bloßer Schund und allerhand betrügerische Imitationen zu hohen Preisen angeschmiert werden, in der schändlichsten Weise aus. Eine ganz besondere Frucht der Gewerbe=Ordnung ist die Theaterfreiheit, welche nach Versicherung der „Liberalen“ eine neue Blüthe des Deutschen Theaters hervorzubringen würde, in Wahrheit aber, wie Jedermann weiß, dasselbe auf den Hund gebracht hat, welche heute Theater=Directoren wie Schauspieler verfluchen. An jedem größeren Orte schossen neue Theater wie Pilze auf, in jedem Krähwinkel schlug eine Bühne ihren Karren auf, oder machten gar zwei solcher Kunsttempel sich Concurrenz. Der Schauspieler war plötzlich der gesuchteste Artikel, die Gagen stiegen wie an der Börse die Bergwerks=Actien, die Zahl der männlichen und weiblichen Künstler

verdreifachte sich, Schneidergesellen und Heringsträmer, Nähterinnen und Ladenmamsells traten in Schaaren zur Bühne über. Heute, wo in Folge der wahnfinnigen Concurrenz ein allgemeiner Theater=Arach eingetreten ist, sind alle jene Unglücklichen beschäftigungslos; sechsend und schwindelnd durchstreifen sie das Land, ihr ursprüngliches Gewerbe haben sie verlernt und scheuen die ehrliche Arbeit, sie sind für dieses Leben verloren, und die „liberalen“ Gesetzgeber haben sie auf dem Gewissen. Eine faule stinkende Frucht der Theaterfreiheit sind die zahllosen Tengel-Tangel und sogenannten „Volks theater“, wo in scheußlichem Singang, widerlichen Frazen und ekelhaften Boten der „Culturfampf“ gepflegt, Religion und Tugend, Sitte und Scham verhöhnt, alles Edle und Reine mit Füßen getreten, unschuldige Gemüther, namentlich Kinder und Weiber, vergiftet, Unzucht und andere Ausschweifungen offen betrieben werden.

Wenn die Gewerbefreiheit das ganze Volk tief geschädigt hat, so hat sie dafür Einen Stand, den ehemals so blühenden Stand der Handwerker, geradezu vernichtet. Dank der Gewerbefreiheit kann Jeder ohne Prüfung und ohne Lehrzeit dasjenige Gewerbe oder Handwerk treiben, das ihm gefällt, und das ihm seine Mittel erlauben; er darf Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge nehmen soviel ihm beliebt. Was die Lehrlinge, Gesellen und Gehilfen lernen wollen, ist ihre Sache; sie sind keiner Prüfung unterworfen, und sie können ihr Verhältniß jederzeit mit Leichtigkeit lösen. In diesem Stück Laster=Miquel'scher Gesetzgebung feiert die Manchester=„Freiheit“ ihren Triumph! Der sachkundige Meister, der geschickte Geselle, der folgsame Lehrling schwinden immer mehr; jeder unreife Geselle oder Lehrling kann sich selbständig machen, Puscherei und Stümperei sind gesetzlich geschützt. Das Handwerk ist dem Kapital ausgeliefert, dem Kapitalisten steht nur noch der Arbeiter gegenüber; der Handwerksmeister sinkt, da er mit dem Kapitalisten nicht concurriren kann, zum Lohnarbeiter herab, der ganze Handwerkerstand wird durch das Fabrikarbeiterthum aufgesogen. Irgend ein Jude pachtet die in den Gefängnissen eingeschlossenen Handwerker und nennt sich in seinen Anzeigen z. B. „Inhaber der Schuhmacherarbeitskräfte der Königl. Strafanstalt zu Briesg“.

Am 21. März 1876 berieth das Preußische Herrenhaus über

eine Petition selbständiger Handwerker und Fabrikanten aus Berlin. Die Bittsteller hatten ausgeführt, daß sie, Handwerker und kleine Gewerbetreibende, einen nach Millionen zählenden Stand repräsentiren, daß sie aber ohne Vertretung seien; sie baten um Errichtung von Gewerbe- und Handwerkerkammern nach Art der bestehenden Handelskammern. Der Berichterstatter, Oberbürgermeister Hobrecht, beantragte die einfache Tagesordnung, indem er sich gegen die geforderte „Sondervertretung“ erklärte: „Ich würde gegen meine innere Theilnahme für diesen Stand handeln, wenn ich es befördern wollte, daß diesen Hunderttausenden (es ist fast die Hälfte der Bevölkerung Berlin's) eine Vertretung gegeben würde, wie sie der Handelsstand hat. Das würde nur herbeiführen ein noch viel weiteres Versinken in falsche Wege, die unsere Handwerker zum Glück im Begriff sind, zu verlassen.“ Ist eine solch' manchesterliche Logik wohl erhört?! So sprach der berufene Vertreter der Interessen der Berliner Bürgerschaft, der damalige Oberbürgermeister und heutige Finanzminister! So sprach aber auch der Regierungs-Commissar, Geheimrath Lohmann. Er constatirte, daß solche Petitionen die Regierung nicht veranlassen können, den Gegenstand in nähere Erwägung zu ziehen; auch dieser Herr gebrauchte das Schlagwort der Börsenliberalen, indem er von „Interessenvertretung“ sprach und „freie Vereinigungen“ empfahl. Herr v. Kleist-Nezow nannte diese Antwort mit Recht ein „schlimmes Zeichen“, denn dieser Geheimrath ist der Typus unseres oberen Beamtenthums, das vom National-Liberalismus großgezogen und an den Brüsten des Manchesterthums gesäugt worden ist. Einen Wiederhall fand die Petition nur bei den Conservativen, nach einander standen die ärgsten „Reactionäre“ auf und sprachen für die Handwerker. „Dies ist der Punkt“, sagte Graf von der Schulenburg-Beekendorf, „wo die sociale Frage auf das Allerstärkste hineinspielt. Als wir das Gewerbegesetz machten, sind von Handwerkern Hunderte von Petitionen eingegangen, die leider alle unter den Tisch geworfen wurden.“ Herr v. Kleist-Nezow sprach: „Der Handwerkerstand leidet in der ganzen Monarchie am meisten; der Stand, der den gesegnetsten Einfluß in den kleineren Städten und auf dem platten Lande haben könnte, der so recht eigentlich in den ehrenwerthen Meistern ein Stand kleiner Herren sein sollte. Dieser Stand

wird von oben gedrückt durch das Kapital, und von unten bedrängt durch die Auflösung aller Zucht. Die Handwerker können keine ordentlichen Gesellen, noch weniger Lehrlinge bekommen. Das Zurückbringen der entlaufenen Lehrlinge ist sehr erschwert. Die Gesellen kommen nicht mehr mit ihren Wanderbüchern, es ist häufig verlaufenes Gesindel, das schon im Zuchthaus gesessen.“ Die Petition wurde, gegen den Antrag der Herren Hobrecht und Lohmann, der Regierung zur Erwägung überwiesen, aber sie scheint auf den damaligen Minister Achenbach keinen Eindruck gemacht zu haben.

Immer größer wird die Noth des Handwerks, es hat nicht einmal mehr die Kraft zu schreien und zu klagen; in dumpfer Resignation liegt es am Boden. Da endlich ist ihm ein Retter erschienen in der Person des pensionirten Gründers und ehemaligen Mitinhabers der Discontogesellschaft. Herr Miquel, der in Gemeinschaft mit Laster das Handwerk zu Fall gebracht, ist in sich gegangen und will ihm wieder auf die Beine helfen. Nachdem er sich auf den Oberbürgermeister-Stuhl in Osnabrück zurückgezogen, hat der „Meister in der Gesetzgebungskunst“, wie die „liberale“ Wochenschrift „Nordwest“ ihn nannte, ein Statut für die dortige Schuhmacher-Innung ausgearbeitet, und der Handelsminister Herr Maybach hat dasselbe als Musterstatut allen zuständigen Behörden empfohlen. Man höre nun, wie ein alter Handwerksmeister in einer Zuschrift an die „Neue Westfälische Volks-Zeitung“ in Bielefeld darüber urtheilt: „Das Miquel'sche Statut steht auf einer Stufe mit den übrigen Beglückungsversuchen der liberalen Theoretiker — mit der Abschwächung der religiösen Erziehung in den Schulen, mit der übertriebenen Ausdehnung des Unterrichts in den Fortbildungsschulen, mit der Ausstellung von Lehrlingsarbeiten als Ersatz für die Gesellen- und Meisterprüfungen, mit den Unterhaltungsabenden der Volksbildungsvereine, mit dem Unfug sogenannter populärer Vorträge über Wärmeerscheinungen, Tonschwingungen, Culturbestrebungen der Votokuben u. s. w., wodurch lediglich der Seelenfriede der Gesellschaft gefährdet wird. Innungsstatuten bestehen seit Aufhebung der verschrieenen Bänke in allen Städten Deutschland's, und weit besser durchdachte als das Miquel'sche. Hier soll nur auf das der hiesigen Tischler von 1852 hingewiesen werden, welches noch

jetzt rechtsgültig ist. Diese Statuten haben aber nie recht zur Geltung kommen können, da sie ebenso wie das Miquel'sche, den Mitgliefern lediglich Lasten auferlegen, ohne ihnen Vortheile einzuräumen.“ Wie in Osnabrück Gründer Miquel, so haben in Berlin Professoren und semitische Advocaten die Reorganisation des Handwerks in die Hand genommen, und Herbst 1878 — höre es und staune, Europa! — einen Verein „Berliner Lehrmeister für das Wohl der Lehrlinge“ begründet. Von wirklichen Handwerksmeistern waren nur wenige erschienen, und diese protestirten. Stellmachermeister Grande, Schuhmachermeister Bierberg u. A. bemerkten: „Der Phrase ‚Freiheit‘ zu Liebe hat man eine Gewerbe-Ordnung geschaffen, die der Bügellofigkeit Thür und Thor geöffnet. Nun die Herren die schlimmen Folgen einsehen, wollen sie durch das abgenutzte Mittel der ‚Selbsthilfe‘ den Schaden curiren. Was nützt ein Verein, dem die große Mehrheit der Meister fern bleibt? Dem Handwerk kann nur geholfen werden, wenn die Meister sich zusammenthun und vom Staat ordentliche Gesetze fordern, und die Handwerker werden diese nur erlangen, wenn sie sich von den liberalen Parteien nicht mehr als Stimmvieh gebrauchen lassen.“ So sprachen die braven Männer, und ihre Worte bedürfen keines Zusatzes. Dem Handwerk ist nur zu helfen durch Wiedereinführung von obligatorischen Zünften und Innungen, von obligatorischen Gesellen- und Meisterprüfungen. Alles Herumsflicken an der traurigen Gewerbe-Unordnung ist zwecklos. Die Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom 17. Juli 1878 ist spurlos vorübergegangen, und ebensowenig können die Abänderungs-Anträge nützen, welche 1879 von Seiten der Conservativen wie des Centrums gestellt wurden.

Zu den „liberalen“ Freiheiten gehört die Miquel-Lasker'sche Verwaltungsreform, die vielbesungene Kreis- und Provinzial-Ordnung mit den gefeierten Verwaltungsgerichten, welche in Preußen den Sieg der „Selbstverwaltung“ durchführen sollten. Doctrinärer und unpraktischer ist vielleicht kein anderes Werk der „liberalen“ Gesetzgeber; im Volke wie unter den Beamten sind die Klagen darüber, sind der Wirrwarr, die Rath- und Hilflosigkeit gleich groß. Eine Unmenge von Behörden fungiren über- und nebeneinander, wie Amtsvorsteher, Landrath, Kreis-Ausschuß, Regierung, Bezirks-Verwaltungsgericht, Bezirksrath, Oberpräsident,

Provinzialausschuß, Provinzialrath, Landesdirector mit verschiedenen Landesrathen, Oberverwaltungsgericht und Minister. Fortwährende Ministerial-Entscheidungen und -Interpretationen sind nothwendig, um die unteren Behörden einigermaßen durch dieses Chaos zu bringen. Und nun erst das Volk! Wie die „liberale“ „Schlesische Presse“ mittheilte, lief ein Schmied, welcher eine Schmiede bauen wollte, sieben Monate herum, bis es ihm gelang, die competente Behörde zu finden. Die einfachste Sache kann bis in die höchsten Instanzen getrieben werden. Ein Knecht, der seinem Herrn entlaufen ist, und dem der Amtsvorsteher die zwangsweise Zurückführung androht, verklagt diesen beim Kreis-Ausschuß, verklagt den Landrath, verklagt die Regierung, und ruft schließlich den Minister oder das Ober-Verwaltungsgericht an. Früher genügte eine Verfügung des Rentmeisters oder des Landraths, um irgend eine Beschwerde zu beseitigen, einen gewalthätigen Dorfschulzen zur Raison zu bringen; jetzt kann wegen einer im Schulhause zerbrochenen Fensterscheibe ein Proceß entstehen, der durch mehrere Instanzen läuft, wo auf beiden Seiten Advocaten plaidiren, und Kosten erwachsen, die den strittigen Gegenstand um das Hundertfache übersteigen. Die frühere Verwaltung war patriarchalisch, einfach und billig, für das Publikum völlig kostenfrei; die gepriesene „Selbstverwaltung“ erweist sich als reine Beamtenwirthschaft, sie hat das Schreibwerk in ungeheurerlicher Weise vermehrt, und sie ist, wie alle „liberalen“ Reformen, lasterhaft verzwickelt und über die Maßen kostspielig.

Durch die ganze „liberale“ Gesetzgebung geht der Zug, Alles zu nivelliren, zu uniformiren und ebendadurch zu atomisiren. Alle Standesunterschiede sollen aufhören, alle historischen Eigenthümlichkeiten weggewischt werden, das Volk sich in lauter gleichförmige Einzelwesen ohne jeden lebendigen Zusammenhang auflösen. Dies ist nothwendig für die eigentliche Tendenz der „liberalen“ Gesetzgebung, welche darin besteht, allen Besitz zu mobilisiren, ihn dem Kapital, dem Schacher und der Börse dienstbar zu machen. Belege dafür sind eine Reihe von neueren Preussischen Gesetzen, namentlich die Subhastationsordnung vom 15. März 1869, die Hypothekengesetze vom 5. Mai 1872 und die Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875. Die neue Subhastationsordnung begünstigt die rasche Austreibung des Besitzers

und erschwert seine Rettung, indem sie sämtliche Hypothekengläubiger gegen ihn losläßt. Die neuen Hypothekengesetze erleichtern die Zerstückelung des Grundbesitzes, erleichtern den Uebergang des Grundstücks und der Hypotheken aus einer Hand in die andere, gestatten dem Eigenthümer, auf seinen Namen Grundschulden eintragen, für sich selber Grundschuldbriefe ausfertigen zu lassen, und diese wie einen Blanco-Wechsel weiterzugeben. Die neue Vormundschaftsordnung, in der die „National-Zeitung“ die Lösung einer „socialen und wirthschaftlichen Frage ersten Ranges“ begrüßte, entzieht dem Gericht die Verwaltung des Vermögens der Unmündigen, das früher in unbedingt sicheren Hypotheken angelegt wurde, und überläßt es dem Vormunde, der in der Regel dafür Börsen-Effecten ankauft. Alle neuern Gesetze athmen einen semitischen Geist, sie sind für die Ehrlichen Fußangeln und für die Schwindler Goldgruben. Wieviel Waisen werden jetzt schändlich beraubt, wieviel ungetreue Vormünder stehen vor dem Criminalrichter! Die geringe Caution, welche bei der Subhastation von den Biethern verlangt wird, führt nicht selten zu Uebervortheilungen der Gläubiger oder nöthigt zu einer neuen Versteigerung. Welcher Unfug, welche Betrügereien können nicht mit den Grundschuldbriefen, mit der verzögerten „Auflassung“ oder Löschung geschehen! Die Uebergabe des verkauften Grundstücks erfolgte früher regelmäßig zugleich mit dem Contractsabschluß, die heutige „Auflassung“ macht einen besondern „feierlichen Act“ nothwendig. Sie erfolgt ohne Vorlegung des Kaufvertrages, durch bloße Erklärung der Contrahenten vor dem Richter. Izig verkauft ein Haus an Christian, kommt aber nach einigen Tagen mit einem andern Manne und spricht: „Herr Richter, hier ist Moses, dem ich mein Haus auflassen will!“ — „„Aber Izig, Sie haben doch an Christian verkauft?!““ — „Das geht Sie nichts an, Herr Richter, ich lasse auf an Moses.“ Dieser Fall ist mehr als einmal vorgekommen. Der Richter muß dem Schwindler ebenso Hilfe leisten wie dem Bucherer. Inzwischen hat Christian von dem gekauften Hause schon Besitz ergriffen, aber das nützt ihm nichts; er kann durch bloße „Erzöhung“, wie der cannibalische Ausdruck lautet, nicht Eigenthum erwerben; er wird hinausgeworfen und kann nur gegen Izig auf Rückgabe des Kaufgeldes klagen. Wenn aber von diesem nichts beizutrei-

ben ist, muß er auch zufrieden sein. Daß Moses von dem Verkauf an Christian gewußt, also mit Ihig unter einer Decke gespielt hat, darf ihm nicht entgegengehalten werden; er bleibt trotzdem reblicher Besitzer. Das Herrenhaus strich diese, die malafides ausdrücklich sanctionirenden Sätze, aber das „liberale“ Abgeordnetenhaus stellte sie wieder her, indem es sich von der Ansicht leiten ließ, daß eine „Bevormundung des Publikums in den Bildungs- und Culturzuständen des Volkes keine Rechtfertigung finde“. — —

Die Krönung der „liberalen“ Gesetzgebung auf dem Rechtsgebiet sind die neuen „Justizgesetze für das Deutsche Reich“. Der Justizcommission des Reichstags, welche sie berieth, präsidirte Gründer Miquel, und in derselben entwickelte mit die hervorragendste Thätigkeit Herr Lasfer. Außer diesen beiden Advocaten saßen noch folgende in der Commission: Wolffson aus Hamburg, Grimm aus Mannheim, Eysoldt aus Pirna und Bölk aus Augsburg, und man kann von den Justizgesetzen einfach sagen, daß sie von Advocaten für Advocaten gemacht sind. In allen größeren Processen dürfen sich die Parteien fortan nicht selber vertreten, sondern es ist für dieselben der Anwaltszwang vorgeschrieben; die Parteien sind von dem guten Willen und dem Geschick ihrer Mandatare abhängig; was diese versäumen, ist kaum wieder einzuholen; die Advocaten nehmen in dem neuen Prozesse eine erhöhte Machtposition ein, und der Richter tritt gegen sie gleichsam zurück. Werden sie einer zahlungsunfähigen Partei von Gerichtswegen bestellt, so muß der Staat sie honoriren; ihre Gebühren, die in Preußen erst 1875 um 25 Procent erhöht wurden, sollen nach der Regierungsvorlage um weitere 40 Proc. gesteigert werden, und die Commission des Reichstags, welche die Gebührenordnung berieth, und welche zur Hälfte aus Advocaten bestand, forderte noch 14 Proc. darüber, also ca. 90 Proc. mehr gegen den Tarif von 1875. Es soll dem Advocaten aber auch freistehen, mit dem Mandanten ein Honorar, höher als die Tage, zu vereinbaren, so daß er sich die fettesten Prozesse und die freigebigsten Clienten auswählen darf. Während die Commission des Reichstags die Gebührenordnung berieth, tagten am 1. und 2. März 1879 in Berlin 323 Advocaten aus ganz Deutschland, darunter erschrecklich viele Semiten, und sie übten natürlich einen Druck aus auf

jene Commission; einen weit stärkeren Druck, als der später von Herrn v. Jordanbeck zusammengetrommelte, aber vollständig verregnete Städtetag in Sachen der Getreidezölle auf den Reichstag übte. Als Berichterstatter über den Entwurf zur Gebührenordnung fungirte Justizrath Lefse, der siegreiche Verteidiger in den Gründerprocessen, und er entwickelte sehr elegisch, wie die Justizreorganisation den Advocaten große Opfer auferlege, wie aber der Advocatenstand an Opfer und Selbstverleugnung gewöhnt sei. Außer den Gebühren der Advocaten erhöhen sich auch sehr wesentlich die Gerichtskosten, und dazu treten die Gebühren für die sogenannten Gerichtsvollzieher, so daß der Obertribunalsrath Bähr, ein ehrlicher Nationalliberaler, äußerte: mindestens die Hälfte sämmtlicher Processen würden ebensoviel an Kosten verzehren, als das Streitobject beträgt.

Das ganze Proceßwesen wird sich für das Publikum viel verwickelter, umständlicher und kostspieliger gestalten. Die Landgerichte befinden sich in weiter Entfernung von einander, und die Amtsgerichte sind in Preußen nicht, wie es ursprünglich beabsichtigt war, über das platte Land vertheilt, sondern gleichfalls nach größeren Orten gelegt. Die Justiz wird, namentlich bei größeren Processen, fortan ein Luxus sein, den sich nur noch reiche Leute erlauben dürfen; der arme Mann muß sich mit dem Einzel- oder Amtsrichter begnügen. In Processen bis 100 Thaler entscheidet der Einzelrichter, und er ist mit einer außerordentlichen Gewalt bekleidet; von den Anträgen und Erklärungen der Parteien läßt er nur protokolliren, was er für angemessen erachtet. Die neuen Justizgesetze haben den souverainen, aber doch constitutionellen Kreisrichter zum autokratischen Amtsrichter erhoben. Auf Antrag der Nationalliberalen sind die Gehälter der Richter, über die Regierungs-Vorlage hinaus, wesentlich gesteigert, die der Staatsanwälte hingegen herabgemindert worden; denn die Richter sind durchgängig „liberal“, der Staatsanwalt höchstens freiconservativ. Advocaten können fortan zu den höchsten Richterstellen berufen werden, und da unter ihnen das semitische Element bereits überwiegt, haben wir Aussicht, die höchsten Gerichtshöfe mehr und mehr mit Semiten besetzt zu sehen. Ein glänzender Anfang ist gemacht; zum Ersten Präsidenten des neuen Reichsgerichts, zum Lord Oberrichter des Deutschen Reichs, ist Herr Simson ernannt.

Niemand wird behaupten können, daß dieser Mann als Rechtslehrer, Schriftsteller oder praktischer Jurist eine besondere Bedeutung erlangt hat; dazu hat er nicht Zeit gehabt, weil er die Hälfte seines Lebens in den Parlamenten verbracht hat. Chef der Deutschen Justizverwaltung ist Herr Friedberg. Excellenz Simson, Excellenz Friedberg, Excellenz Friedenthal, Excellenz Philipsborn: — „Wie schnell gehen wir, Kinder Israel, wir machen Riesenschritte!“ sagte am 19. December 1867 der Präsident der Alliance universelle Israélite, der Französische Jude Isaac Crémieux.

Die Durchführung der neuen Justizorganisation kostet viele Millionen, und diese wiegen in der heutigen Krisis doppelt schwer. Viele Richter wollen die neue Mode nicht mehr mitmachen, und lassen sich pensioniren, viele Richter und Staatsanwälte werden zur Disposition gestellt, viele Subalternbeamte auf Wartegeld gesetzt. Die neuen Justizgesetze bedeuten einen großen Rückschritt, namentlich gegen das Preussische Verfahren, das nach dem Ausspruche von Autoritäten ohne Frage das beste in Deutschland war. Das Zurückgreifen auf den Einzelrichter, an Stelle der Collegialgerichte, ist ein großer Rückschritt, er gefährdet die Rechtssprechung: das haben selbst „liberale“ Juristen erklärt. Sogar „liberale“ Abgeordnete bezeichnen die Justizreorganisation als ein Experiment, das leicht scheitern könne, und es fragt sich, ob zu ihrer Durchführung überhaupt das nöthige Material an Richtern und Schöffen vorhanden ist. Jedenfalls wird sie einen allgemeinen Wirrwarr, eine Confusion sonder Gleichen hervorrufen, und eine ununterbrochene Flickarbeit nöthig machen. Schon jetzt erheben sich Angstrufe aus dem Juristenstande. Advocat Weinhausen in Köln schreibt: „Vom 1. October 1879 an ist ein aus dem Grabe zurückgerufenes mittelalterliches Gewohnheitsrecht einiger Französischen Städte — Gesetz im Deutschen Reich. Wenn am 1. October ein Gläubiger auf Grund eines Erkenntnisses die sämtliche fahrende Habe seines Schuldners am frühesten Morgen (6 Uhr) pfänden läßt, so haben alle übrigen Gläubiger das Nachsehen. Der Gläubiger darf bei der Pfändung anwesend sein, und der Schuldner hat keine Ahnung von der exorbitanten Maßregel; denn ein vorheriger Zahlbefehl findet nicht statt. Wenn gegen einen Schuldner in derselben Viertelstunde drei verschiedene Con-

tumacialurtheile ergehen, welche in Zukunft provisorisch vollstreckbar sind, so hängt es vom Zufall oder vom Wohlwollen des Gerichtsschreibers, vielleicht auch dessen Gehilfen ab, welcher Gläubiger zuerst das obige Verfahren ausüben läßt.“ — Mit den neuen Justizgesetzen ist das Publikum in die Hände der Advocaten gegeben. Während die Heilkunst jedem Quacksalber überlassen ist, hat man die Advocaten mit neuen Privilegien umgeben, die da zwingen, von ihnen Gebrauch zu machen.

Zu den liberalen „Freiheiten“ gehört die Sündfluth von Gesetzen, mit denen Preußen und das Reich seit 1867 überschwemmt ward. Lasster, Bamberger, Miquel waren die eigentlichen Gesetzgeber; nach Lasster's Behauptung hatte die Gesetzgebung in Preußen fünfzig Jahre gefeiert, und dies wollte er mit seinen Freunden nachholen. Man hat berechnet, daß seit 1867 auf jeden Tag ein halb Duzend neuer Gesetzesparagraphen kommen. Das Volk ließ dieses Unmaß in Betäubung und Apathie über sich ergehen; und so erklärt es sich, daß die Börsenfreiheiten und Judenprivilegien kaum Widerspruch fanden, fast kein Aufsehen mehr erregten. Nur in den Parlamenten, die Jahr für Jahr so ziemlich neun Monate tagten, ertönte dann und wann ein Nothschrei. Im Herrenhause sprach Herr v. Knebel-Doeberitz: „Plurimae leges, minimum juris! Je mehr Gesetze, desto weniger Gesetzmäßigkeit! Wer wagt es, Rittersmann oder Knapp, zu tauchen in diesen Schlund!“ Im Abgeordnetenhause klagte der neuconservative Herr v. Köller: „Geht es in dieser Art fort, so weiß ich nicht mehr, wo die Leute herkommen werden, die die Gesetze überhaupt noch kennen und in Ausführung bringen sollen!“ Desgleichen bemerkte der freiconservative Graf v. Bethusy-Huc: „Wenn wir 100 Paragraphen, wie bei dem Competenzgesetz, in einer Sitzung, und die dritte Berathung der Städteordnung in einigen Stunden erlebigen, so darf es nicht überraschen, wenn das Land gegen uns den Vorwurf der Trivilität erhebt.“ Windthorst-Meppen sagte kurz und rund: „In Preußen machen wir Gesetze mit Dampf, und die taugen alle nichts.“ Sogar die „Vossische Zeitung“ schrieb: „Wir möchten den Rechtskundigen sehen, der heute noch alle die Gesetze und Fußangeln, die dem ahnungslosen Staatsbürger gelegt sind, im Kopfe hat und kennen

kann!" — Thatsächlich kennen selbst Beamte und Richter die Gesetze schon lange nicht mehr.

Zu den liberalen „Freiheiten“ gehören endlich die Ausnahme-gesetze gegen 15 Millionen Katholiken und 2 Millionen Socialdemokraten. Nachdem das Deutsche Reich glücklich geeinigt, begann sofort der „Culturfampf“ gegen ein starkes Drittel der Bevölkerung, und die „Liberalen“ beseitigten mit Wollust einen Artikel der Verfassung nach dem andern.

VI. Der neue Culturkampf.

Der „Culturkampf“, das eigentliche Werk der Juden und Börsenliberalen, hat sich in der Rechnung des Fürsten Bismarck als ein schwerer Fehler erwiesen. Die katholische Kirche steht unerschüttert da, die eingesperrten und vertriebenen Priester und Bischöfe sind in den Augen des Volks zu Märtyrern geworden, das katholische Volk, das sich in seinem Glauben verfolgt wähnt, klammert sich um so fester an die Geistlichkeit. Die Bewegung der sogenannten Alt- oder Staatskatholiken ist kläglich im Sande verlaufen. Die katholische Presse ist gewachsen wie nach einem Mairegen das Laub. Vor dreißig Jahren gab es in Deutschland 4 bis 5 katholische Blätter; als der „Culturkampf“ begann, waren es etwa 30, jetzt sind es weit über 300, und sie haben mit die größten Auflagen. Im Reichstag ist das Centrum die stärkste und die geschlossenste Partei, und nach dem Sturze der National-liberalen ist es auch die Ausschlag gebende Partei geworden.

Als der „Culturkampf“ blühte, schrieb die jüdische „National-Zeitung“: „Es ist eine Lust zu leben!“, die freiconservative „Post“ des Herrn Friedenthal suchte nachzuweisen, daß das Königthum mit der Religion nichts zu thun habe und auch ohne die Kirche bestehen könne; semitische Jöbber- und Wißblätter verhöhnerten ungestraft die Einrichtungen und Diener der christlichen Kirche. Die Schule ward von der Kirche getrennt, dem Einfluß der Geistlichkeit entzogen; weltliche Schulinspectoren wurden eingeführt, die Kreis-Schulinpection zum Theil bloßen Elementarlehrern übertragen; die Simultanschulen schossen wie Pilze auf, und die Juden protestirten, wenn der Lehrer den Unterricht mit einem christlichen Gebete begann. „Die Simultanschulen sind die Pionniere

der Socialdemokratie“, sagte Dr. Westermayer aus München im Reichstage. Die facultative Civilehe hätte für alle Fälle genügt; statt dessen wurde die obligatorische eingeführt, der kirchlichen Einsegnung die zweite Stelle angewiesen, und die Geistlichen von der Function eines Standesbeamten ausgeschlossen. Die ganze Gesetzgebung nahm einen culturlämpferischen Charakter an. Die neue Vormundschaftsordnung beseitigte die Erziehungsberichte der Vormünder, welche durch die Hände der Geistlichen gingen, und das Vormundschaftsgericht steht heute außer aller Verbindung mit den Waisen, so daß es nicht einmal den Aufenthalt derselben kennt. Desgleichen haben die neuen Justizgesetze in Ehefachen den Sühneverfuch vor dem Geistlichen aufgehoben, und so den Dienern der Kirche wieder ein Feld seelsorgerischer Einwirkung und persönlicher Berührung mit den Gemeindegliedern entzogen. Kann man sich da wundern, wenn die Entchristlichung des Volks reißende Fortschritte macht, wenn die Socialdemokratie zum Massenaustritt aus der Landeskirche aufforderte, wenn Materialismus, Rohheit, Laster und Verbrechen so erschrecklich wuchsen, wenn es endlich zu den Mordversuchen auf das Leben des Kaisers kam?! Nicht die katholische, wohl aber die evangelische Kirche wurde durch den Culturlampf erschüttert und zerrüttet. Die Zahl der Taufen, Trauungen, Confirmationen und kirchlichen Begräbnisse fiel an manchen Orten um 70 Procent. Eine große Anzahl von Verbrechern bezeichnet sich vor Gericht als „confectionslos“. Nicht die Römische Curie, sondern der Preussische Staat hat die Unkosten des „Culturlampfes“ tragen müssen; Preußen aber ist, wie der Abg. Pfarrer Dauzenberg aus Kaiserswerth einmal sagte, „viel zu arm, um den Luxus des Culturlampfes aufbringen zu können“. Die weltlichen Schulinspectoren, die an Stelle der verjagten katholischen Schulschwestern eingesetzten Lehrer, die Standesbeamten kosten „heidenmässig viel Geld“; und die Wege zum Standesamt, die Abfertigung auf demselben sind für das Volk weit unbequemer und zeitraubender als früher der Gang zum Geistlichen. Die eigentliche Frucht des Culturlampfes ist gleich der Frucht der Gründerprocesse den Socialdemokraten zu gefallen, und es ist nur dem Loyalen und monarchischen Sinn des Preussischen Volkes zu danken, daß es bei uns zu keiner Erschütterung des Staatswesens gekommen ist. Wenn aber jetzt

auch Frankreich den Culturkampf beginnt, so wird die Republik dabei stöten gehen, und Herr Gambetta kann sich mit seinen Agenten, den Musterreisenden, auf die Socken machen.

Nach dem ersten Attentat sprach Kaiser Wilhelm zu einer Deputation: „Auf dem Boden der christlichen Religion müssen wir stehen bleiben!“ Diese Aeußerung gab der „Germania“ Veranlassung, an den Kaiser eine Adresse zu richten, und darin hervorzuheben, wie sehr das christlich-religiöse Bewußtsein durch den „Culturkampf“ gelitten habe. Was that nun aber eine jüdische Zeitung? Das Mosse' (Moses')sche „Berliner Tageblatt“ hatte die Unverschämtheit, den Kaiser an seinen „großen Ahnherrn“ zu erinnern, der einen Unterschied in der „Confession“ nicht gemacht habe. Zugleich pries es die Vortrefflichkeit der jüdischen Religion und ihrer Befenner an. „Die Juden haben in freier Selbstverwaltung ohne Papst und ohne landesherrliche Beeinflussung ihren Glauben selbst geregelt.“ „Die jüdische Bevölkerung besteht aus stillen, friedlichen Bürgern, aus loyalen Unterthanen.“ Genau vierzehn Tage, nachdem dieser Artikel erschienen war, schoß ein Mensch semitischer Abkunft den Kaiser nieder; ein Semite, der hauptsächlich mit Juden verkehrte, und mit verschiedenen jüdischen Nihilisten, wie Aaron Liebermann zc., in Correspondenz stand. — Nach den Attentaten ahnte der Nationalliberalismus, daß sein letztes Stündlein geschlagen hatte, und wie Reineke Fuchs stellte er sich urplötzlich fromm und kirchlich an, begann er förmlich Buße zu predigen. Die „National-Zeitung“ eiferte gegen die „Salzbildung“, welche die Köpfe verdrehe und zur eflen Selbstüberhebung und tollern Großmannsjucht verführe. Die „Magdeburgische Zeitung“ schrieb: „Wenn die Gier nach Geld die erwerbenden Klassen wie ein Fieber durchschüttelt, wenn die auri sacra fames aller Gebote der Sittlichkeit spottet, wenn der Gründungschwindel das Land jahrelang durchtobt, hat man dann noch ein Recht, sich zu verwundern, daß die unteren Volksschichten diesem Beispiele in ihrer Weise nacheifern, und auf Kosten der Besitzenden sich ein Schlaraffenleben bereiten zu können glauben? Und wenn von den klugen Füchsen, die ihren Kopf rasch aus der Schlinge zu ziehen wissen, das Märchen ausgesprengt wird, daß auf die Gründungsära die Verleumdungsära gefolgt sei, kann man dann noch überrascht sein, daß diese planmäßige Verwirrung aller sitt-

lichen und rechtlichen Begriffe sehr böses Unheil in den niedern Ständen stiften müsse?" Aber bald darauf versuchte das Berliner Tageblatt die Dreiheit der „Socialdemokratie, des Ultramontanismus und der evangelischen Orthodogie“ für die Attentate verantwortlich zu machen. Das jüdische Blatt spielt sich gern als Organ des Cultusministers auf, was wohl eitel Flunkerei ist; allein es mußte doch überraschen, daß Herr Falk am 15. Januar 1879 im Abgeordnetenhanse eine Art Polemik gegen die von seinem Amtsvorgänger v. Mühler vertretene orthodoxe Richtung vom Stapel ließ. Wie die „Kreuzzeitung“ vermerkte, hat dies in Allerhöchsten Kreisen keineswegs sympathisch berührt, und Herr Falk hat dadurch seine ohnehin wankende Stellung wahrscheinlich noch mehr erschüttert. Ueber das Regiment Mühler wird die Geschichte ganz anders urtheilen, als es die jüdisch-„liberale“ Presse thut, und die jetzt im raschen Niedergange begriffene Aera Falk wird von ihr gewiß eine weit ungünstigere Kritik erfahren.

Der „Culturkampf“ geht seinem Ende entgegen, doch ein neuer großer Culturkampf steigt herauf, der vielleicht noch länger währen wird als der alte, den aber, wie zu hoffen steht, Katholiken und Protestanten vereint, brüderlich Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind, gegen die wahren „Reichsfeinde“ auskämpfen werden.

Der neue Culturkampf gilt in erster Reihe den „liberalen Freiheiten“, die alle bloße Börsenfreiheiten und Judenprivilegien sind. Von der ganzen „liberalen“ Gesetzgebung seit 1867 darf kein Stein auf dem andern bleiben, alle diese Gesetze müssen gründlich revidirt werden, denn sie sind alle gegen das Christenthum und die Christliche Kirche gerichtet, sie sind alle zum Vortheil einer winzigen Minorität gegen die ungeheure Majorität des Volkes gemacht. Ackerbau, Gewerbe und Handwerk, die drei Hauptbeschäftigungen der Bevölkerung, sind von der Gesetzgebung systematisch vernachlässigt und geschädigt worden; sie hat ihre ganze Pflege und Liebe dem Handel, und allenfalls noch der Großindustrie zugewandt. Zu Gunsten des allein selig machenden Handels sind Handelskammern und Ausnahmegerichte: Handelsgerichte eingesetzt, sind eine lange Reihe von Ausnahmerechten: Handelsrecht, Wechselrecht, Actienrecht, Concursrecht zc. geschaffen, sind die Nährstämme mit Steuern und Abgaben überbürdet. So-

balb Landwirth, Fabrikanten, Handwerker auch für sich ein Recht reclamiren, donnern die Börsenliberalen gegen „Interessen=Politik“, gegen die „Vertreter von Klassen=Interessen“, die sie als „Socialisten“ denunciren; und doch gibt es in Deutschland keine andere „Interessen=Vertretung“ als die des Geldsacks und der Börse.

Die liberalen Freiheiten haben dem Landwirth den Arbeiter und den Credit entzogen. Zwar sind in Deutschland 30 Hypotheken= und Grundcredit=Banken gegründet, aber hauptsächlich um der Agiotage willen. Sie zahlen ihren Verwaltungsräthen fette Tantiemen, auch zum Theil den Actionären gute Dividenden, aber dem creditsuchenden Grundbesitzer gegenüber sind sie böse Wucherer. Eine 1878 erschienene Brochüre sagt: „Hypothekenbanken, auf Actien gegründet, können dem Grundbesitzer niemals helfen, sind vielmehr seine schlimmsten Feinde.“ Sene 30 Banken haben über eine Milliarde Mark in Hypotheken=Antheilscheinen ausgegeben und unter das Publikum gebracht, denen sie den stolzen, vertrauenerweckenden Namen „Pfandbriefe“ beilegen. Diese Papiere gewähren aber nicht entfernt die Sicherheit der landschaftlichen Pfandbriefe, sondern es sind nur wieder eine Art von leider privilegierten Banknoten. In der Schwindelära haben auch die Hypothekenbanken geschwindelt, viele Grundstücke und Bauländereien, natürlich gegen wucherisches Damno, ungebührlich hoch beliehen; dieselben kommen jetzt zur Subhastation, und die Banken erleiden Ausfälle, oder sie sind gezwungen, die beliebten Grundstücke zu übernehmen. Ein Herr Eugen Heymann aus Breslau hat in einer Brochüre „Vor dem neuen Krach“ bereits einen allgemeinen Zusammenbruch dieser Institute und damit neues namenloses Elend signalisirt. Unter der Creditnoth, der Steigerung der Arbeitslöhne, dem Wachsen der Abgaben und Lasten ist die Landwirthschaft in Deutschland ungemein zurückgegangen; mit dem Beginn der nationalliberalen Herrschaft begann plötzlich mehr Getreide eingeführt als ausgeführt zu werden; während noch 1867 eine Mehr=Ausfuhr stattfand, betrug die Mehr=Einfuhr im Jahre 1877 bereits über 33 Millionen Centner. Abgesehen von der ungeheuren Summe Geldes, welche so in's Ausland abfließt, bedeutet dieser Rückgang eine höchst bedenkliche und gefährliche Abhängigkeit von dem Auslande, eine empfindliche Schmälerung des Nationalwohlstandes, eine fortschreitende Zunahme des un=

bebauten Landes. Die „National-Zeitung“ freilich sah in der großen Mehr-Einfuhr nur „einen Vortheil, welcher der Entwicklung unserer Industrie zu gute kommt“. Unter der Herrschaft des Geldliberalismus zeigt sich in den meisten Staaten Europa's das Sinken der Bodenrente, das Hinströmen der Bevölkerung nach den Großstädten, das erschreckliche Anwachsen des Proletariats. „Es ist eine unumstößliche Wahrheit“, sagt de Masquard, „daß, wenn der Wohlstand einer Nation lediglich auf Industrie und Handel basiert wird, dieser Wohlstand nur von kurzer Dauer sein kann, da er zur Verflachung, zum Müßiggang und zum allgemeinen Elend führt. Die Vergrößerung der Industrie hat gewaltige und zahlreiche Gefahren, die der Landwirthschaft hat keine. Wäre nur der dritte Theil der ungeheuren Summen, welche der Industrie geopfert, der Landwirthschaft zugeflossen, so würden sich weder die Industrie noch die Landwirthschaft in der verzweifeltsten Lage befinden, in der sie heute sind.“ Nichts ist bezeichnender, als daß nach dem Krach der Großindustriellen und Großkaufmann Friedenthal landwirthschaftlicher Minister in Preußen wurde; und daß, als er in einer Parlamentsrede die Interessen der Landwirthschaft gegen die Eisenbahnmächte verfocht, Eugen Richter ihn des Socialismus beschuldigte, ihn mit dem Socialdemokraten Bebel verglich! Herr Friedenthal, der von der „liberalen“ Presse ununterbrochen gefeiert wird, will der kranken Landwirthschaft durch „Landescultur-Rentenbanken“ helfen, welche aber die „Kreuzzeitung“ als eine neue bloße Verschuldungsform bezeichnete; daneben empfahl er, statt des Körnerbaues, den Anbau von Handelsgewächsen, dem aber leider unser Klima entgegensteht. Nach dem Recept von Miquel wurden auf den zerstückelten Domainen Bauern angepflanzt, die jedoch fast alle wieder ausgingen, da es ihnen an dem Betriebskapital gebrach; auch Bauern lassen sich nicht über Nacht züchten, sondern sie wachsen nur allmählich, ebenso wie Seeleute. Was dem Bauernstande noth thut, ist eine Wiederherstellung des bäuerlichen Erbrechts, wonach der Hof in der Familie bleibt und nicht parcellirt werden darf. Den Grundbesitzern aber ist zu rathen, daß sie zunächst wieder im eigenen Hause Herr zu werden suchen, die landwirthschaftlichen Vereine, Clubs, Congresse u. s. w. von den „liberalen“ General-Secretairen und sonstigen manchesterlichen Elementen säubern.

Weit schwerer als die Landwirthschaft leidet das Kleingewerbe; am meisten, wie Herr v. Kleist-Mekow sagte, das Handwerk, für das sich nirgends eine Hand rührt. Und doch ist der Handwerkerstand ebenso wichtig wie der Bauernstand. In Preußen umfaßte am 1. December 1875 der Großbetrieb 1,379 000 Personen, der Kleinbetrieb (mit weniger als 5 Gehilfen) 2,247 000 Personen. Wie der Letztere mit Steuern überbürdet wird, darüber sagte eine Denkschrift des Finanzministers v. d. Heydt im Jahre 1869: „Während die classificirte Einkommensteuer die größeren Industriellen bis zu höchstens 1½ Procent ihres Reineinkommens trifft, sind die geringeren Gewerbetreibenden, deren Reingewinn äußersten Falls auf 300 bis 500 Thaler angenommen werden kann, nicht selten mit einem Klassensteuersatz von 12 bis 16 Thaler veranlagt.“ Die Klassensteuer ist seitdem herabgesetzt, aber dafür sind die Communalsteuern um das Fünffache gestiegen. Murren die Handwerker, so werden sie „Zünftler“ und „Reactionäre“ gescholten, und sie bilden nach wie vor die Heeressäulen, mit denen der Liberalismus seine Wahlsiege erricht. Welche Macht im Handwerkerstande schlummert, welchen Einfluß er ausüben könnte, hat Herr Birchow auf dem letzten Parteitage der Fortschritts-partei verrathen. Er sagte damals: „Wir wollen nicht auf die wandelmüthigen Männer der Bourgeoisie rechnen, auf die Männer des großen Kapitals, die wir 1862 bis 1864 auch hatten; wir müssen unsere Unterstützung nach rechts suchen. Denn vollständig unterschieden von jener Bourgeoisie ist das gute echte Deutsche Bürgerthum, aber politisch noch zu ungeschult. Wir brauchen eine große Verstärkung, und die ist um so schwieriger zu beschaffen, wo die heranwachsende Generation von einem uns fremden Geiste erfüllt und, genau genommen, reactionär ist.“ Handwerk und Kleingewerbe werden nächstens von allen Parteien eifrig umworben werden; wenn sie aber klug sind, stellen sie sich auf eigene Füße, und sorgen für sich selber, wozu freilich nothwendig ist, daß sie sich in der Presse wie im Parlament eine gehörige Vertretung schaffen.

Die Nährstände verkümmern, weil der Handel überwuchert, und zwar nicht der schöpferische Großhandel, sondern der unfruchtbare Zwischen- und Detailhandel, der semitische Schacher. Dank dem semitischen Geist, welcher sich, wie sogar Herr Moske

betonte, in Deutschland „eingefülzt“ hat, schwindet die Lust zur ehrlichen Arbeit, drängt Alles zum Handel, als dem leichteren Erwerbe. Nach der Gewerbezählung von 1875 kommt schon auf je 76 Seelen Eine im Geld- oder Waarenhandel beschäftigte Person. Ein geradezu grauenhaftes Verhältniß! 1 zu 70 ist in Deutschland etwa die Proportion zwischen Judenthums und Christenheit, und da die Juden, trotz aller politischen „Freiheiten“ nach wie vor überwiegend dem Handel obliegen, ist der Procentsatz, den zu demselben die Christen liefern, verhältnißmäßig ein äußerst geringer. Am schauderhaftesten sieht es in dieser Hinsicht natürlich in Berlin aus, wo die Verjudung mit Riesenschritten fortgeht. Wie Herr Albalbert Delbrück in einer Generalversammlung der Corporation der Kaufmannschaft anführte, gehören von den Einwohnern Berlin's 60 Procent dem Handelsstande an! In Berlin handelt und hausirt Alles, Männer und Weiber, bis zum sechsjährigen Kinde herab; in jedem Hause ist nicht Ein Laden, sondern mehrere; in jedem Keller, auf jedem Hofe befindet sich ein Schank- oder ein Productengeschäft. Mindestens die Hälfte der Geschäfte, Läden und Wirthschaften ist in Deutschland zu viel; in Berlin gut drei Viertel. Der unmäßige Zwischen- und Hausirhandel hält künstlich die Preise hoch, und veranlaßt alljährlich zahllose Bankerotte. Die „freie Concurrrenz“, die dem Publikum gegenüber bloßer Schwindel ist, endigt in Betreff der Handelsleute mit dem „allgemeinen Concur“. Es gibt heute Hunderte von verfrachten Actien-Directoren, Tausende von bankerotten Kaufleuten, Zehntausende von beschäftigungslosen Commis. Es überwuchert namentlich der „illegitime“ Handel: die Börsen-Jobberei, das Differenzspiel, der Handel mit allerhand Loospapieren und ausländischen Effecten. In Frankreich, Oesterreich, England, Italien und andern civilisirten Ländern dürfen ausländische Werthe nur mit Genehmigung der Regierung eingeführt werden, und sie unterliegen der Besteuerung. In Deutschland hingegen können alle möglichen Schwindelpapiere frei gehandelt werden, sind sie völlig steuerfrei, und die Regierung sieht ruhig zu, wie alljährlich Millionen in's Ausland fließen, Millionen dem Publikum aus der Tasche gestohlen werden. Welche Heuchelei, wenn die Börsenliberalen die Spielbanken aufhoben, wenn sie gegen die Staatslotterien donnern, während an der

Börse über 70 verschiedene Loospapiere aller Länder gehandelt werden (in Berlin betreibt ein schwunghaftes Geschäft in diesen gemeingefährlichen Papieren Herr Jean Fränkel!); während das Differenzspiel an den Börsen sich täglich um viele Millionen dreht! Neben dem Börsen-, Actien-, Wechsel- und Concurs-Privileg besitzt der Handel auch die allergrößten Steuer-Privilegien. Wenn der städtische Hausbesitzer mit etwa 7 Procent, der ländliche Grundbesitzer bis 20 Procent belastet ist, so trägt der Kaufmann etwa $4\frac{1}{2}$ Procent an Steuern, d. h. soll er tragen; thatsächlich entrichtet er etwa $1\frac{1}{2}$ Procent, und in den ersten Kreisen noch weniger; gerade die großen Banquiers und großen Bankinstitute begehen die ärgsten Defrauden an der Einkommen- und Gewerbesteuer. Hypotheken unterliegen bei jedem Umschlage der Stempelspflicht; der an und für sich sehr unbedeutende Wechselstempel wird nur Einmal, nicht für jedes Giro erhoben. Sogar die Gerichtskosten stellen sich für den Kaufmann niedriger; die Eintragungen und Löschungen im Handelsregister sind 10 bis 50 Mal billiger als die im Grundbuch.*) Während alle Rechtsgeschäfte, welche den Umlauf von Kapitalien vermitteln, mit Stempelabgaben belastet sind, während der Stempel beim Verkauf von Grundbesitz 1 Procent beträgt, findet an den Börsen und Banken ein völlig stempelfreier Umschlag statt. Klingt das nicht fast unglaublich? Noch immer wagt die Regierung nicht, eine Börsensteuer einzuführen. Nur mit $\frac{1}{4}$ Procent erhoben, würde dieselbe jährlich mindestens 50 Millionen Mark abwerfen; in der Schwindelperiode, wo der tägliche Umsatz an der Berliner Börse ungefähr eine halbe Milliarde betrug, hätte sie ca. 900 Millionen Mark ergeben. 1874 entdeckte die „Deutsche Landeszeitung“ eine Kabinettsordre vom 30. April 1847, welche jedes Börsengeschäft einer Stempelabgabe von 15 Sgr. unterwirft; aber dieselbe soll regelmäßig umgangen werden. Die fortwährende Vermehrung des Telegraphenwesens, die kostspieligen Telegraphenanlagen kommen hauptsächlich dem Handel und der Börse zu gute; der neue Telegraphentarif des Herrn Stephan vertheuert

*) Vgl. „Die goldene Internationale“ (die Bezeichnung ist zuerst von Rudolf Meyer in der „Berliner Revue“ gebraucht) von Stadigerichtsrath C. Wilmanns, Berlin 1876.

den Nahverkehr und verbilligt den Weitverkehr, belastet den Privat- und kleinen Geschäftsmann und macht den Börrianern ein Geschenk von mehreren Hunderttausend Mark jährlich.

Weil der Handel, der Schacher, die Tobberei überwuchern, weil die Börse den Nährständen das Blut abzapft, mindert sich die Zahl der productiven Arbeiter, schmälert sich der Arbeitsertrag, wurde das Deutsche Product „billig und schlecht“. Jährlich werden Millionen an Kapital aus Deutschland gezogen, Tausende von rüstigen Arbeitern nach dem Auslande spedirt. Die börsenliberale Presse empfiehlt die Auswanderung und Colonisation, indem sie als Ursache der allgemeinen Noth die „Uebervölkerung“ bezeichnet; und doch ist der Nordosten unseres Vaterlandes dünn bewohnt, noch gibt es in Deutschland große Strecken unbebauten Landes, noch kann es jedes seiner Kinder brauchen. Alljährlich kehren Hunderte von verunglückten oder betrogenen Auswanderern nackend und siech in die Heimat zurück; aber die Regierung sieht dem Untwesen mit gekreuzten Armen zu; die Seelenverkäufer durchziehen unbehindert die Provinzen, und die ganze Nacht hindurch flammt auf dem Potsdamer Platz in Berlin ein weithin leuchtendes Transparent: „Amerika!“; Herr Messing hat zur Bequemlichkeit des Publikums sein Auswanderungs-Bureau gleich im Potsdamer Bahnhof aufgeschlagen!

„Die Steuern und Abgaben müssen vermindert werden!“ Dies war das dritte Wort des „Liberalismus“, bevor er zur Herrschaft kam. Wirklich hat er in Preußen auch einige Steuern beseitigt. So hob er den Zeitungs- und Kalenderstempel auf, wodurch die armen Verleger jährlich ca. 4 Mill. Mark, der Besitzer der „Völnischen Zeitung“ jährlich etwa 220 000 Mark erspart. So hob er den Chauffeezoll auf, wodurch die Staatskasse jährlich mehr als 4 Mill. Mark verlor. So beseitigte er die Schlacht- und Mahlsteuer, welche jährlich etwa 20 Mill. Mark einbrachte. Durch diese gleißnerischen Steuerbefreiungen suchte er das Volk zu blenden; thatsächlich kamen sie wieder nur dem Handel, dem Großbetrieb, den Fleischern und Bäckern zc. zu gute. Zeitungen und Kalender, Transport, Fleisch und Brod wurden nicht billiger; der Ausfall mußte ersetzt werden durch directe Steuern, und die Communalsteuern stiegen wie rasend. Nach Aufhebung der Accise stellten sich die Preise für Mehl und Fleisch nur im Großverkehr,

bei Lieferungen zc. etwas billiger, keineswegs im Detailverkauf, und die Städte, welche die Schlachtsteuer beibehalten haben, denken nicht daran, diese reichliche Einnahmequelle aufzugeben. Professor Laspeyres in Gießen hat in seinem Studierzimmer festgestellt, daß an einer Reihe von Orten Mehl und Fleisch genau um den Betrag der Steuer billiger geworden sind. Aus der Praxis kann dem gelehrten Manne Folgendes entgegengehalten werden. In verschiedenen Städten, wo die Accise noch erhoben wird, stellen sich Brod und Fleisch trotzdem billiger als an verschiedenen Orten, wo die Steuer beseitigt ist; sie sind z. B. in Berlin erheblich theurer als in Dresden. In ein und derselben Stadt variiert der Preis des Brodes um 30 und mehr Procent. In Berlin z. B. wog am 1. Juni 1879 ein Brod, das 50 Pfennig kostet, bei einem Bäcker $4\frac{1}{2}$ Pfund, bei dem andern 6 Pfund, und zwar war es bei beiden Bäckern von derselben Güte. In Berlin sagten die Schlächter voraus, daß mit dem Wegfall der Schlachtsteuer das Fleisch nicht billiger, aber schlechter werden würde; thatsächlich wurde seitdem, trotz aller polizeilichen Aufsicht, in Berlin viel Fleisch von kranken und ungeborenen Thieren verkauft. Allerdings würden mit der Wiedereinführung der Mahl- und Schlachtsteuer auch sofort Brod und Fleisch wieder steigen, und zwar um das Doppelte und Dreifache der Steuer; denn der Zwischenhandel beutet jede Veränderung gegen das Publikum aus; aber eben darum sind die Experimente der „liberalen“ Gesetzgeber auch so unheilvoll. Ein ganz ähnlicher Schwindel ist das Declamiren gegen die Salzsteuer, welche dem Reiche ca. 35 Mill. Mark einträgt, ohne daß sie der arme Mann auch nur empfindet. Es ist nur zu bedauern, daß der Preussische Staat sich das Salzmonopol hat nehmen lassen. Wenn es nach dem Willen der Börsenliberalen gegangen wäre, hätten sie alle Domainen, alle fiskalischen Forsten, Bergwerke, Salinen, alle Staatsseisenbahnen verklopft — weil alles Dieses „in Privatbesitz übergegangen, einen viel höheren Ertrag abwerfen würde“, wie die „Vossische Zeitung“ und verschiedene Jobberblätter ausführten — hätten sie das ganze Post- und Telegraphenwesen am liebsten einem Straußberg in Entreprise gegeben, oder es in eine Actiengesellschaft vergründet. Nicht aber soll der Staat seine Regalien und Machtbefugnisse vermindern, sondern erweitern. In erster Reihe ist das Tabaks-

monopol in's Werk zu setzen. Moriz Mohl hat überzeugend nachgewiesen, daß dasselbe dem Reiche eine große Einnahme liefern, dem einheimischen Tabaksbau einen guten, sichern Absatz gewähren, das Publikum aber mit einer preiswürdigen Waare versorgen würde. Desgleichen muß das ganze Versicherungswesen vom Reiche übernommen werden. Millionen an Versicherungsprämien gehen alljährlich aus dem Lande; Millionen gehen durch den Bankerott oder durch die Betrugereien aus- und inländischer Gesellschaften dem Publikum verloren; eine Assurance von Reichswegen würde dem Versicherten unbedingte Sicherheit und dem Reiche eine jährliche Einnahme von mindestens 100 Mill. Mark beschaffen.

Der Plan des Fürsten Bismarck, durch größere Ausbildung der indirecten Steuern, die directen zu vermindern, nicht nur die unteren, sondern womöglich auch die mittleren Volksschichten von allen directen Steuern zu befreien, ist in finanzieller wie in politischer Hinsicht ein vortrefflicher. Nicht nur werden die Einnahmen des Staates sich steigern, ohne daß die große Volksmasse eine stärkere Belastung verspürt und ohne daß sie solche thatsächlich erleidet: sie wird auch weniger geplackt und gereizt, ein versöhnendes, beruhigendes Element wird in sie hineingetragen; was freilich den „constitutionellen“ Freiheitshebeln durchaus nicht paßt. Die Ausführung dieses Planes ist auch nicht so schwierig, obgleich ihn Herr Hobrecht im Parlamente „Zukunftsmusik“ nannte, welches Wort er im stenographischen Bericht vorsichtig wieder strich. Das Reich braucht nur das Münz- und Banknotenregal von der Großfinanz zurückzufordern, das Versicherungswesen zu übernehmen, das Tabaksmonopol und die Börsensteuer einzuführen, und die daraus fließenden Erträge würden schon genügen, um alle Einkommen bis 1000 Thaler von jeder directen Steuer zu befreien. Es kann aber auch noch ein Bouquet von weiteren Steuern gewunden werden; von solchen, die zum Theil in andern Staaten bereits bestehen, und die vorzugsweise das Kapital und den Handel treffen würden. In erster Reihe ist dringend zu empfehlen eine Besteuerung der Hypotheken-Kapitalien und eine Besteuerung aller Zins- und Dividenden-Coupons. Die letztere Steuer beträgt in England $1\frac{1}{4}$ Procent, in Frankreich etwa 7 Procent, in Italien bis 15, in Oesterreich bis 20 Procent. Um

das Kapital zu fassen, ist eben eine Kapitalsteuer nothwendig, an welche übrigens sogar Herr Bamberger schon gedacht hat; das Groß der Börsenliberalen freilich verlangt noch eine Quotifirung der Einkommensteuer, welche wieder dem Kapital zu gute kommen würde. Das Renten-Einkommen muß mindestens doppelt so hoch besteuert werden als das Arbeits-Einkommen. Ebenso gerechtfertigt ist eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, namentlich wenn das Erbe an entferntere Verwandte oder an fremde Personen fällt. Frankreich hat eine weit höhere Erbschaftssteuer als die Deutschen Staaten. Sehr empfehlenswerth ist ferner eine Eisenbahn-Villet-Steuer. Für England und Schottland ergab dieselbe im Jahre 1878 etwa 16 Mill. Mark. Die betreffenden Eisenbahn-Gesellschaften wollen die Steuer ablösen, und haben der Regierung die Summe von 10 Mill. Pfund geboten. Eine neue indirecte Reichssteuer hat endlich Dr. Julius Meyer, Bezirksgerichts-Rath in Auzbach, vorgeschlagen, die Besteuerung aller Inserate und Placate mit etwa 10 Procent des Kostenbetrages. Nach seiner Schätzung würde diese Steuer 14 Mill. Mark abwerfen, wahrscheinlich aber das Doppelte. Sie hat den Vortheil, daß sie nicht auf das Publikum abgewälzt werden kann, sondern von der Reclame getragen werden muß, eine wirkliche Luxussteuer ist. In Preußen bestand übrigens die Inseratensteuer schon; alle Zeitungs-Annoncen mußten zugleich auch in den sogenannten Intelligenz-Comtoirs aufgegeben werden, was erst 1849 in Wegfall kam.

Der Nationalliberalismus hat sich in Börsenfreiheiten übernommen, er ist an den Börsen-Privilegien erstickt. Unter dem Aushängeschild des Liberalismus hat er 12 Jahre hindurch „politischen Kleiderhandel“ getrieben, und die einzige Freiheit, die unter ihm florirte, war die Gauner-Freiheit. Keineswegs soll damit gesagt werden, daß alle Nationalliberalen auch Börsenliberale sind; es gibt viele ehrliche Nationalliberale, es gibt innerhalb der nationalliberalen wie der Fortschrittspartei viele ehrenwerthe und achtbare Männer, welche sich des Börsen- und Gründungsschwindels und ihrer daran theilhabenden Parteigenossen von Herzen schämen, welche es mit der Freiheit wahr und ernstlich meinen; aber der Nationalliberalismus als solcher hat nur in Servilismus und Byzantinismus gemacht, und stand wesent-

lich im Dienste der Judenschaft. Es gibt aber auch unter allen andern Parteien, namentlich unter den Freiconservativen, Börsenliberale und Judengenossen; sie verkehren unter einander wie Freimaurer, grüßen sich wie die Auguren, und die Fraction ist ihnen ein bloßes Gewand. Der neue Culturkampf gilt allen Denen, welche in der Schwindelperiode als Gründer, Erste Zeichner, Aufsichtsräthe oder Actien-Directoren thätig waren. Sie sind alle inficirt, alle angestockt; sie müssen alle aus dem öffentlichen Leben verschwinden, namentlich aus dem Parlament und aus dem Amte entfernt werden. Unmöglich kann es dem Fürsten Bismarck damit Ernst gewesen sein, den Gründer v. Bennigsen zu seinem Collegen zu machen. Wenn ein Mann Talent zum Minister hat, so ist es Miquel, der alle sonstigen Koryphäen der nationalliberalen Partei weit überragt, und ohne seine Bethheiligung bei der Discontogesellschaft, wäre ihm auch wahrscheinlich ein Portefeuille zugefallen. Statt dessen passirte es ihm, wie die Blätter meldeten, daß seine Wahl zum Landschaftsrath der Osnabrücker Rittercurie von der Regierung „aus formellen Gründen“ nicht bestätigt wurde. Andererseits freilich ist man wieder auffällig bemüht, ihn überall heranzuziehen. So ward er als Mitglied der Generalsynode einberufen; Minister Achenbach hatte ihn als Vertrauensmann zur Berathung über die Handwerker- und Arbeiterfrage eingeladen; Minister Maybach empfahl das von Miquel verfaßte Muster-Innungs-Statut; Minister Friedenthal berief ihn in das Landes-Ökonomie-Collegium, um sich über Erbpacht und Erbzins zu äußern; und neuerdings verlautete, daß er als Mitglied in das erweiterte Reichs-Gesundheitsamt eintreten solle. Unter Achenbach erschien auf der Bildfläche des Handelsministeriums plötzlich Freiherr Max Maria v. Weber, mehrfacher Gründer und bekannt aus dem Osenheim-Processe, wo er seinen früheren sehr ungünstigen Bericht über den faulen Zustand der Lemberg-Czernowitzer Bahn vor Gericht zu Gunsten des Angeklagten abzuschwächen suchte. Nachdem in Folge dessen Baron Weber in Oesterreich unmöglich geworden, ist er in den Preussischen Dienst, wenn auch vorläufig nur als „Hilfsarbeiter“, eingetreten, und die Judenblätter sind bemüht, für ihn eine unverschämte Reclame zu machen. —

Der neue Culturkampf gilt der Gründerwirthschaft, wie sie

sich leider auch in Staats- und Gemeindeverwaltung eingenistet hat. „Keine Regierungsform ist theurer als die constitutionelle“, sagte Windthorst, aber die theuerste von allen constitutionellen ist doch wieder der Nationalliberalismus oder der Schein-Constitutionalismus. Er ist die Ursache, daß die Einzelstaaten wie die Communen mit rasender Eile der Verschuldung entgegenreiben. Seine ununterbrochene Gesetzesfabrikation, seine kostspieligen Experimente, seine heillose Verschwendung verzehrten Hunderte von Millionen. Er schuf immer neue Behörden, ein neues Heer von Beamten, die luxuriösesten Dienstwohnungen; er war unerschöpflich in Museen, Irrenhäusern und anderen Prachtbauten, in Nordpol-Expeditionen, Feldzügen gegen Nebelau, Coloradokäfer u.; er vergründete bei der Gotthardbahn 30 Mill. Francs, er riß ohne Grund die Provinz Preußen auseinander; noch neuerdings schickte er den Professor Hirsch mit mehreren Adjutanten auf die Pestfuche, und theilte das Reich an der Weltausstellung in Sidney. Dem Nationalliberalismus verdanken wir das Ueberwuchern des Parlamentarismus, das ununterbrochene Tagen aller möglichen Körperschaften, das gleichzeitige Tagen von Reichstag, Landtagen, Provinziallandtagen, Synoden u., wodurch ebensoviel Geld wie Zeit vergeudet, im Volke Theilnahmlosigkeit und Ekel erzeugt wird. Alle diese Parlamente werden seit zwölf Jahren von ein und denselben Leuten angeführt, die tagtäglich in Reden, Anträgen, Amendements, Interpellationen, Resolutionen und Zeitungs-Correspondenzen machen, und hinter ihnen steht eine große Heerde, die jahraus, jahrein nur Ja oder Nein sagen, aufstehen und niedersitzen und den Hammelsprung exerciren, bei welcher geistestödtenden Beschäftigung sie nothwendigerweise ver kümmern oder doch parlamentarisch verbummeln müssen. Unsere Parlamente wimmeln von berufsmäßigen Parlamentariern, die das Gesetzmachen als ein Handwerk betrachten und von ihrem Mandate leben. Namentlich überwuchern Berliner, Beamte und Juristen. Im Reichstag sitzen gegenwärtig 52 Berliner und 182 Beamte, ohne die Geistlichen; im Preuß. Abgeordnetenhaus 65 Berliner und 194 active oder ehemalige Beamte, ohne die Geistlichen. Während die sogenannte Landrathskammer von 1855 nur 79 Landräthe zählte, sitzen heute im Reichstage 125, im Abgeordnetenhaus 128 Juristen. Die activen Beamten und Richter,

welche dem Landtag angehören, beziehen neben ihrem Gehalt noch fünf Thaler Diäten pro Tag, auch die in Berlin wohnen; und der Staat muß außerdem ihre Stellvertreter besolden. Sie verursachen also doppelte Unkosten, während sie ihr Amt versäumen und sich des Amtes entwöhnen, während sie zum Theil gar nicht zu ersetzen sind, und namentlich die Richter zur Durchführung der Justizreorganisation jetzt dringend gebraucht werden. Bismarck verlangte schon im constituirenden Reichstag von 1867 den Ausschluß der Beamten, und thatsächlich ist es ein Widersinn, Staatsdiener als Volksvertreter zu wählen; entweder kommen sie mit der Regierung in Conflict, oder sie müssen ihre Ueberzeugung verleugnen und bilden sich wohl gar zu Strebern aus. Weber im Reichstag noch im Abgeordnetenhaus sitzt ein einziger Bauer; von Handwerkern gibt es im Abgeordnetenhaus ebenfalls keinen, im Reichstag nur den Socialdemokraten Bebel und den Maurermeister Bauer aus Hamburg, der sich aber schon als „Architekt“ bezeichnet. Kann man dergleichen Parlamente wohl noch Volksvertretungen heißen? Müßten nicht in jedem von beiden mindestens ein Duzend Bauern und ein Duzend Handwerker sitzen? Eine Verlängerung der Legislatur-Perioden von 3 auf 6 Jahre ist weder im Interesse des Volkes, noch der Regierung; dagegen würde es vollkommen genügen, und der Parlamentarismus eine segensreiche Vereinfachung erfahren, wenn das Budget, anstatt in jedem Jahr, nur alle drei Jahre berathen wird. Das Dreiklassen-Wahl-System und überhaupt jede Wahl nach einem Censuz kommt nur der Bourgeoisie zu gute; das allgemeine directe Wahlrecht hat sich beim Reichstag bewährt, und man könnte es ohne Gefahr für alle Parlaments- und Communalwahlen einführen; nur müßte das Alter für Wähler und zu Wählende erhöht, für die Ersteren etwa auf das 30., für die Letzteren auf das 35. Lebensjahr heraufgesetzt werden. Eine solche Reform würde die Socialdemokratie wesentlich schwächen, und auch den Pseudo-Liberalismus beschneiden. Ein gleich dringendes Erforderniß ist, die Großjährigkeit erst wieder mit dem 24. Lebensjahre eintreten zu lassen; die Lasker'sche Frühreife wird hauptsächlich von Wucherern und Wechselmännern ausgebeutet.

Der neue Culturkampf gilt der Presse, die nicht für, sondern gegen das Publikum geschrieben wird, die das Publikum in der

fabelhaftesten Weise belügt und schädigt. „Unsere Zeitungen schreibt der Auswurf der Nation!“ hat Professor v. Treitschke im offenen Colleg gesagt. In der Hauptsache werden sie von jüdischen Commis geschrieben, und so ziemlich die ganze Presse gehört der Judenchaft. Fürst Bismarck soll die Officiösen seine „Sauhirten“ nennen, und er soll geäußert haben: „Anständige Leute schreiben nicht für mich.“ In der Hauptsache wird die officiöse Presse gleichfalls von Semiten bedient, und daher leistet sie auch so wenig, daher unterläßt sie jeden ernstlichen Kampf gegen die Börsen-Freiheiten und Judenprivilegien. Die Parlamentsberichte werden fast ausschließlich von Juden geliefert, und auch die sonstigen Reporter sind überwiegend Semiten. Ist es nicht geradezu komisch, daß den Parlamentsbericht des jüdischen Herrn Oldenberg zugleich die nationalliberale „National-Zeitung“, die fortschrittliche „Vossische“, die freiconservative „Schlesische Zeitung“, die officiöse „Norddeutsche Allgemeine“ und die hochconservative „Kreuzzeitung“ in schönster Eintracht abdrucken, sodaß in allen diesen Blättern Lasker, Bamberger und Sonnemann als Parlaments-Redner stets die Hauptrolle spielen? Die Conservativen wünschen seit Jahren für die „Kreuzzeitung“ einen eigenen Bericht, aber sie können es gegen Dr. Heffter, den spiritus familiaris des Blattes, nicht durchsetzen. Dieser Herr beschäftigt mit Vorliebe jüdische Reporter, die er zur Berichterstattung z. B. auch nach specifisch christlichen Vereinen, nach Lehrer- und Pastoren-Versammlungen und nach der General-Synode schickt! Desgleichen bediente ein Jude Klausner zugleich die fortschrittlichen und die katholischen Blätter, und über die Wucherdebatten im Abgeordnetenhaus lieferte er einen so tendenziös gefärbten Bericht, daß die „Schlesische Volks-Zeitung“ Lärm schlug. Auf Veranlassung des Herrn Daßbach, Redacteur der „Trier'schen Landes-Zeitung“, hat die katholische Presse endlich ein eigenes parlamentarisches Bureau errichtet. Welche Dinge aber in der „liberalen“ Presse möglich sind, beweist der folgende hochergöbliche Fall. Die fortschrittliche Berliner „Volkszeitung“ ist wahrhaft großartig in den Schimpfereien, welche sie auf die Gefinnungslosigkeit der Nationalliberalen häuft. Nun theilte die „Neue Magdeburger Zeitung“ eines schönen Tages mit, daß das fortschrittliche Blatt einem nationalliberalen Consortium, bestehend aus den Parlamentariern Miquel, Ham-

macher und Burg, gehört. Die Herren müssen sich also, wollen sie ihr Vermögensobject nicht entwerthen, von ihrem eigenen Blatte täglich in der gröblichsten Weise injuriiren lassen!

Der neue Culturkampf gilt der Judenherrschaft. Die Juden haben das Geld, sie beherrschen das ganze Geschäft, sie machen die öffentliche Meinung und die Gesetze, sie erklimmen die höchsten Sprossen der Beamten- und Richter-Hierarchie. Wenn dies so fort geht, sind wir Deutsche binnen 30 Jahren in unserm eigenen Lande besitz- und rechtlos. Polen ist von den Juden aufgefressen, Oesterreich und Ungarn von ihnen halb verzehrt, Rumänien ist ihnen soeben, an Händen und Füßen gebunden, ausgeliefert, Deutschland droht dasselbe Schicksal. Die Judenherrschaft ist ein Christenwerk. Dank einer falsch verstandenen „Toleranz“ und „Humanität“, gegen welche sich unsere erlauchteten Geister erklärten, haben wir die Juden uns über den Kopf wachsen lassen, hat uns der fotor judaicus, der Knoblauchduft, völlig benommen und die Sinne umnebelt, haben wir die Juden so lange „emancipirt“, bis sie unsere Herren geworden sind. Die sociale Frage ist einfach die Judenfrage. Schon Marat sagte: „Die Französische Nationalversammlung hat mit der freien Concurrenz die Lösung zur industriellen Anarchie, Betrügerei und Verarmung gegeben.“ Der jetzt häufig erwähnte „Bürger“ Lockroy sprach am 31. Januar 1874 im Versailler Parlament: „Sie haben eine Finanzaristokratie geschaffen, deren Bedingungen Handel und Industrie sich fügen müssen. Dieselbe ist jetzt noch so mächtig, wie unter dem Kaiserreich; ihretwegen sind die Arbeiter zum Feiern und die Bauern zu Entbehrungen verurtheilt.“ Der Börsenliberalismus erhebt sich über den Besitz der „tobten Hand“, und doch sind die milden Stiftungen der Klöster zc., namentlich für die unteren Volksklassen, von unendlichem Segen gewesen; die Judenschaft aber saugt den Völkern das Mark aus und häuft einen Besitzstand an, der ebenso colossal wie unfruchtbar ist. Die Juden marschiren an der Spitze aller Länder und aller Parteien. Die Russischen Nihilisten sind mit Juden durchsetzt, und die Deutsche Socialdemokratie ist bereits in den Händen der Juden, wird von ihnen heimlich und offen subventionirt. Das Jodberthum coquettirt mit dem Socialismus, benützt ihn als Werkzeug und sucht an ihm einen Schutz für Zeiten der Gefahr. Die socialdemokratische Presse war haupt-

fächlich von Juden bedient; unter den Rednern, Reisepredigern und Missionaren der Socialdemokraten befanden sich viele Juden. Daher auch die Wuth der jüdisch-„liberalen“ Presse gegen die „Christlich-Socialen“ des Hofpredigers Stöcker, gegen die Professorschule der Ratheder-Socialisten, gegen den „Centralverein für Social-Reform“ und die von diesem herausgegebene Zeitschrift „Der Staats-Socialist“.

Die manchesterliche Gesetzgebung, die schwere Krisis haben Zehntausende von „Socialdemokraten aus Verzweiflung“ geschaffen. Sobald die Gesetzgebung umkehrt, der Staat ihnen seine helfende Hand entgegenstreckt, fallen jene Zehntausende, namentlich Handwerker, kleine Geschäftsleute und kleine Beamten wieder ab. Auch der Rest muß dem Deutschen Volke zurückgewonnen werden, und er ist gar nicht so schwer wiederzugewinnen. Herr Birchow erklärte die Socialdemokraten für die ärgsten Feinde der Fortschrittspartei, und Eugen Richter klagte: „Die Socialisten treten auf gegen die Wanderlager, für Schutzzölle, für die Eingriffe der Polizei in das Gewerbe und den Lebensmittelverkehr — überall für die Verschärfung der Staatsgewalt!“ In der That sind die Socialdemokraten für einen starken, straffen Staat, der den Schwachen gegen die Ausbeutung des Gewaltigen schützt, der zwischen den einzelnen Klassen und Ständen das Gleichgewicht herstellt; während die Pseudo-Liberalen einen bloßen „Nachtwächter von Staat“ wollen. (Reichseisenbahnen, Tabaks-Monopol, Uebernahme des Versicherungswezens durch den Staat, allgemeines directes Wahlrecht, Steuerbefreiung der Arbeiter u. sind alles ursprünglich socialistische Forderungen.) Die Socialdemokraten haben sich gegen den übertriebenen Freihandel erklärt, aber mit Schutzzöllen allein kann ihnen nicht geholfen werden. Die Frage, ob Freihandel, ob Schutz Zoll, wäre leicht entschieden, wenn auf der einen Seite nur die Laster, Bamberger, Eugen Richter, Delbrück ständen; aber auf der andern Seite stehen die Löwe-Galbe, v. Kardorff, Mosle, Godeffroy. Das heutige Bündniß zwischen „Landwirthschaft und Industrie“ ist zuerst in einer 1876 erschienenen Brochüre von F. Stöpel vorgeschlagen. Ohne den Beistand der Landwirthschaft würden die Schutzzöllner nichts erreicht haben; daher suchten sie die Agrarier einzufangen. Das Programm Bismarck's vom 15. December 1878 ist wesentlich ein agrarisches, es beruht in der Hauptsache auf dem von M. Ant. Miendorf

ausgearbeiteten, schutzzöllnerisch angehauchten Entwurf eines Werthzolltarifs vom 15. Februar 1878; aber der neue Zolltarif geht über beides weit hinaus. Die größten Gründer und Sünder stehen an der Spitze der Schutzzoll-Bewegung; so suchen sie ihre Unthaten vergessen zu machen, und gleichzeitig begehen sie eine neue Gründung. Die Schutzzöllnerei birgt große Gefahren in sich. Sie drängt unaufschiebbare Reformen in den Hintergrund, und sie erhält die allgemeine Theuerung, die sich sonst nicht hätte behaupten können, und die bereits im thatfactlichen Rückgange begriffen war; ja sie ruft eine neue Steigerung der Preise hervor, und sie ermuthigt die Börse zu einem neuen Cancan. Was die Landwirthe durch Getreidezölle gewinnen, werden sie der Industrie doppelt zurückzahlen müssen, und außerdem laden die Conservativen ein Odium auf sich, das die „Liberalen“ brav ausbeuten werden. Mögen die Conservativen sich vorsehen, damit sie nicht wieder unter die Füße kommen! Mögen sie zeigen, daß sie in der Zeit ihres Glends gelernt und vergessen haben! Der Nationalliberalismus ist bankerott, aber die Lasker, Bamberger, Miquel, v. Bennigsen sind noch lange nicht todt, und sie werden Alles anbieten, um einerseits den Fürsten Bismarck zurückzugewinnen, und andererseits das Volk wieder mit sich zu reißen. Sollen die Getreide- und Viehzölle keine Vertheuerung von Brod und Fleisch herbeiführen, so muß die Regierung Brod- und Fleischtagen einführen, und den Getreidehandel selber in die Hand nehmen. Eine Vertheuerung der Lebensmittel in der heutigen Zeit der schweren Noth wäre ein Unheil. „Nicht aus Durst nach Rache, aus Hunger nach Brod entstehen die meisten Revolutionen“, sagt Shakespeare; und Europa ist ohnehin unterminirt, Europa steht auf einem Vulcan! Von dem neuen Culturkampf hängt der Bestand des jungen Reiches, die Zukunft des Deutschen Volkes ab. Möge des Reiches Noth durch den neuen Culturkampf friedlich gehoben werden!

Im Verlage von Bernhard Weyberg in Osnabrück erscheint demnächst:

Deutsches Handwerk und historisches Bürgerthum.

Von

Otto Blagau.

„Der Handwerkerstand leidet am meisten; der Stand, der den segnetsten Einfluß in den kleineren Städten und auf dem platten Lande haben könnte, der so recht eigentlich in den ehrenwerthen Meistern ein Stand kleiner Herren sein sollte. Dieser Stand wird von oben gedrückt durch das Kapital, und von unten bedrängt durch die Auflösung aller Zucht.“ — „Dies ist der Punkt, wo die sociale Frage auf das Allerstärkste hineinspielt. Als wir das Gewerbegesetz machten, sind von Handwerkern Hunderte von Petitionen eingegangen, die leider alle unter den Tisch geworfen wurden.“ — Diese Aussprüche, welche am 21. März 1876 im Herrenhause fielen, bilden den rothen Faden, welcher sich durch die obige Schrift zieht. Sie zeigt, wie das historische Bürgerthum oder der eigentliche Mittelstand, welcher drei Jahrhunderte hindurch der Träger unserer Geschichte war, und der auch noch heute den Kern und die Masse des Deutschen Volkes bildet, wie der selbständige Handwerker, Kleinhändler und kleine Fabrikant unter der „liberalen“ Gewerbeordnung verkümmert, von den manchesterschen „Freiheiten“ zerrieben wird. Die Schrift zeigt, was der echte solide Bürgerstand einst war, was er leider jetzt ist, und was er wieder werden kann, wenn er der Bourgeoisie die politische Heeresfolge auftrag und sich nicht länger von den „liberalen“ Phrasenhelden als „Stimmvieh“ gebrauchen läßt, wenn er für eine gehörige Vertretung sowohl in der Presse wie im Parlament sorgt, wenn er die Regierung nöthigt, auch einmal in seinem Interesse Gesetze zu machen. Dann wird das Deutsche Bürgerthum wieder das sichere Fundament des Staates und einen festen Damm bilden zwischen der unerfättlichen Geldaristokratie und der anstürmenden Socialdemokratie. Die Schrift eignet sich besonders zur Massen-Verbreitung.

